

Winfried R. Garscha

Achtzig Jahre Ungewissheit

Die Nisko-Aktion 1939 und ihre verschollenen Opfer

Unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Österreich im März 1938 setzten die neuen Machthaber eine gewaltige Welle von Flucht und Vertreibung in Gang: Durch eine Kombination von administrativen Schikanen, öffentlichen Demütigungen, staatlich sanktioniertem Raub und physischer Gewalt gelang es den Nationalsozialisten in nicht einmal zwei Jahren, 130.000 ihrer Rechte und ihres Eigentums beraubte Österreicher und Österreicherinnen dazu zu bewegen, das Land zu verlassen. Der Großteil von ihnen war jüdischen Glaubens, viele waren erst durch die NS-Gesetze zu „Juden“ gemacht worden. Wem die erforderlichen finanziellen Mittel zur „Auswanderung“ gefehlt hatten oder wem es aus anderen, unterschiedlichsten Gründen – wozu in vielen Fällen auch die moralische Verpflichtung, pflegebedürftige Angehörige nicht im Stich zu lassen, gehörte – nicht gelungen war, dem nationalsozialistischen Machtbereich zu entkommen, geriet ins Visier der NS-Vernichtungspolitik. Der größte Teil von ihnen wurde zwischen Herbst 1941 und Ende 1942 aus Wien in die Ghettos und Vernichtungslager deportiert.

Damit gelang den Nationalsozialisten innerhalb von viereinhalb Jahren die fast völlige Zerstörung einer der bedeutendsten jüdischen Gemeinden Europas: Die Wiener Gemeinde hatte sich durch religiös-kulturelle Vielfalt ausgezeichnet und einen relevanten Faktor der Gesellschaft gebildet.

In jahrzehntelanger Arbeit ist es – in erster Linie durch die namentliche Erfassung der Holocaust-Opfer von Seiten des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes¹ – gelungen, Todesdatum und Ort der Ermordung

1 Brigitte Bailer / Gerhard Ungar, Die namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. Jahrbuch 2013, Wien 2013, S. 63–73. Siehe auch: Gerhard Ungar, Erhebung, Erfassung und Bearbeitung der Quellen. Quellenbestände und Auswertung, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Schwerpunkt: Namentliche Erfassung von NS-Opfern, Jahrbuch 2007,

des Großteils der österreichischen Deportierten zu eruieren. Zu mehr als 64.000 der vermutlich mehr als 66.500 Ermordeten sind die Daten auf der Website des DÖW abfragbar. Es gibt eine Ausnahme: Jene fast 1.600 Männer, die im Oktober 1939 mit den ersten beiden Deportationszügen vom Wiener Aspangbahnhof nach Nisko am San transportiert wurden. Bisher konnte erst für wenige Hundert von ihnen ihr weiteres Schicksal rekonstruiert werden. Bei allen anderen ist ungewiss, ob sie im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete an Hunger und Krankheiten zugrunde gingen, ob sie von den Nationalsozialisten nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion in Lemberg oder einem anderen Zufluchtsort in den besetzten Gebieten der Sowjetunion ermordet wurden, ob sie als Häftlinge oder Zivilinternierte in einem sowjetischen Lager starben – oder ob sie überlebten und nach 1945 in der UdSSR blieben.

Die Nisko-Aktion als Teil der frühen Vertreibungen (1938 bis 1941)

Die Zwangsumsiedlung von 4.800 bis 4.900 jüdischen Männern aus Mährisch-Ostrau/Ostrava, Wien und Kattowitz/Katowice nach Nisko am San im Oktober 1939 war ein – maßgeblich von Adolf Eichmann gesteuertes – Projekt in der Übergangsphase von der Vertreibung zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung.²

Eine große Vertreibungsaktion hatte ein Jahr zuvor, Ende Oktober 1938, polnische Juden und Jüdinnen betroffen, die teilweise seit Jahrzehnten in Deutschland und im nunmehr annektierten Österreich gelebt hatten. Binnen weniger Stunden schoben die Nationalsozialisten 17.000 Menschen per Bahn über die polnische Grenze ab, wo sie einfach „ausgeladen“ wurden. Als die polnischen Behörden darauf mit der Abschiebung von in Polen lebenden Jüdinnen und Juden in die Gegenrichtung antworteten, stoppten die NS-Machthaber die Aktion.³

Wien 2007, S. 30–35. Die Opferdaten werden laufend aktualisiert: <https://www.doew.at/personensuche>.

- 2 Der Übergangscharakter dieser Zwangsumsiedlung wurde argumentiert in: Winfried R. Garscha, Deportation als Vertreibung – Eichmanns Nisko-Experiment 1939 im Kontext der nationalsozialistischen „völkischen Flurbereinigung“, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Forschungen zu Vertreibung und Holocaust. Jahrbuch 2018, Wien 2018, S. 117–142. Zu den widersprüchlichen Zahlenangaben siehe den Exkurs „Kann Brunner nicht zählen?“ weiter unten.
- 3 Alina Bothe / Gertrud Pickhan (Hrsg.), Ausgewiesen! Berlin, 28. 10. 1938. Die Geschichte der „Polenaktion“, Berlin 2018; Jerzy Tomaszewski, Auftakt zur Vernichtung. Die Ver-

Hintergrund dieser ersten Massenausweisung war, dass zahlreiche europäische Staaten nach der Annexion Österreichs die Einreisebestimmungen für Deutsche verschärften, um den vor allem jüdischen Flüchtlingen den Grenzübertritt zu erschweren. Die effektivste Maßnahme war der so genannte „Judenstempel“, dessen Einführung die schweizerische Regierung im September 1939 nach mehrtägigen Verhandlungen mit Hitler-Deutschland durchgesetzt hatte.⁴ Die Abschottungspolitik der Republik Polen unterschied sich von jener anderer europäischer Staaten dadurch, dass sie nicht nur deutsche, sondern in erster Linie eigene Staatsangehörige traf. Schon im März 1938 hatte der polnische Sejm ein Gesetz verabschiedet, das die Aberkennung der Staatsbürgerschaft nach mehr als fünfjährigem Aufenthalt außerhalb Polens erlaubte. In Deutschland bzw. Österreich waren davon 30.000 bzw. 20.000 polnische Jüdinnen und Juden betroffen. Nachdem die polnischen Konsulate in den darauf folgenden Monaten mehrere Hundert Pässe für ungültig erklärt hatten, verordnete die polnische Regierung am 5. Oktober 1938, dass mit 30. Oktober alle Pässe ihre Gültigkeit verlieren würden, die bis dahin keinen Kontrollvermerk des zuständigen polnischen Konsulats trugen. Das offensichtliche Kalkül war, einer Massenausweisung mehrerer Zehntausend Jüdinnen und Juden aus Deutschland nach Polen zuvorzukommen: Indem diese Menschen zu Staatenlosen gemacht wurden, kamen sie für eine mögliche „Rückführung“ in ihren ursprünglichen Heimatstaat nicht mehr in Frage. Dem wiederum wollte Deutschland mit der so genannten Polenaktion zuvorzukommen.

Zu dieser Zeit war die nationalsozialistische Führung noch daran interessiert, Deutschland als einen „zivilisierten“ Staat erscheinen zu lassen, der seine expansiven Ziele mit „friedlichen“ Mitteln verfolge. Doch nur so lange die Ausgewiesenen noch polnische Staatsangehörige waren, ließ sich die Maßnahme noch irgendwie mit geltendem internationalen Recht vereinbaren. Auch die Annexion der so genannten „Sudetengebiete“ vier Wochen zuvor war

treibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938, Osnabrück 2002. Zum Österreich-Bezug der polnischen Maßnahmen siehe: Garscha, Deportation als Vertreibung, S. 132 f. – Wie viele Menschen mit ständigem Wohnsitz im annektierten Österreich davon betroffen waren, ist nicht bekannt. Die „Polen-Aktion“ vom Oktober 1938 war bisher kein Gegenstand der österreichischen Zeitgeschichtsforschung.

4 Siehe die zusammenfassende Darstellung der Verhandlungen zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich in einem Schreiben der Schweizerischen Gesandtschaft in Deutschland an das Auswärtige Amt vom 14. 11. 1938. Abgedruckt in: Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945 (künftig: VEJ), hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und dem Bundesarchiv, Bd. 2: Deutsches Reich 1938 – August 1939, Berlin 2009, Dok. 127, S. 369.

noch nicht als offener Gewaltakt erfolgt, sondern der Tschechoslowakei unter maximalem diplomatischen Druck abgepresst worden: Am 29. September 1938 hatte sich das Deutsche Reich mit Italien, Frankreich und Großbritannien im so genannten Münchner Ankommen darauf verständigt, dass diese Mächte der Abtrennung der mehrheitlich von Deutschen bewohnten Grenzgebiete der ČSR zustimmten.

Derartige Rücksichten waren bei der Nisko-Aktion im Oktober 1939 nicht mehr erforderlich: Deutschland befand sich im Krieg, das Ziel der Deportationstransporte lag auf soeben erobertem polnischen Territorium.

Bereits sechs Wochen zuvor, wenige Tage nach Beginn des Krieges, hatten die Nationalsozialisten begonnen, die letzten noch in Wien wohnenden polnischen Juden aus der Stadt zu „entfernen“. Die Gestapo verhaftete über tausend polnische Staatsangehörige⁵ sowie Staatenlose, die in der Republik Polen Heimatrecht hatten. Unter ihnen waren auch 122 Bewohner des jüdischen Altersheims in Wien-Alsergrund (Seegasse 9).⁶ Die Menschen wurden zunächst in verschiedenen Gefängnissen eingesperrt und anschließend in einem improvisierten Internierungslager im Sektor B des Praterstadions gesammelt. In diesem führte der Kustos der anthropologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums, Josef Wastl, an 440 der festgehaltenen Männer Schädelmessungen und andere pseudowissenschaftliche Untersuchungen durch.⁷ Die tausend Internierten, mehrheitlich ältere Männer und männliche Jugendliche, wurden anschließend nicht nach Polen abgeschoben, sondern in das KZ Buchenwald eingeliefert. Am 30. September 1939 brachte die Gestapo sie vom Stadion zum Westbahnhof. Der österreichisch-israelische Historiker Herbert Rosenkranz, der in den 1970er Jahren als Erster eine Gesamtdarstellung über „Verfolgung und Selbstbehauptung“ der österreichischen jüdischen Bevölkerung vorlegte, ordnete die so genannte „Stadionaktion“ nicht den Vertreibungen zu, sondern

5 Die deutsche Bürokratie vermied nach dem September 1939 den Begriff „polnische Staatsangehörige“ und ersetzte ihn durch „frühere polnische Staatsangehörige“ oder einfach die ethnische Bezeichnung „Polen“, um jede völkerrechtliche Definition des im Oktober geschaffenen staatsähnlichen Gebildes „Generalgouvernement“ zu vermeiden. Siehe dazu: Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945, Stuttgart 1961, S. 68–74.

6 Mit einer Ausnahme waren diese Männer zwischen 74 und 85 Jahre alt. Siehe: Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien 1978, S. 213.

7 Maria Teschler-Nicola / Margit Berner, Die Anthropologische Abteilung des Naturhistorischen Museums in der NS-Zeit. Berichte und Dokumentation von Forschungs- und Sammlungsaktivitäten 1938–1945, in: Akademischer Senat der Universität Wien (Hrsg.), Untersuchungen zur Anatomischen Wissenschaft in Wien 1938–1945, Wien 1998, S. 333–358, hier 340.

schätzte sie als ersten Schritt zur Vernichtung ein. Er leitete dies aus der Beobachtung ab, dass zum ersten Mal die bis dahin von der Kultusgemeinde angewandte Methode nicht mehr funktionierte, Menschen aus den Konzentrationslagern zu befreien, indem ihre sofortige Emigration garantiert wurde: „Der Transport und die Behandlung im Lager selbst waren besonders grausam, so daß Ende 1942 nur noch 181 am Leben waren. [...] Zum Unterschied von vorherigen Verhaftungen bezweckte die September-Aktion keine Urgierung der Emigration, sondern ihre Tötung auf indirektem Wege oder durch Erschöpfung, so daß die Interventionen der Kultusgemeinde um Enthaltung der Buchenwälder fruchtlos blieben.“⁸

Am 13. November 2003 wurde in der Ehrenhalle des Ernst-Happel-Stadions eine Gedenktafel zum „Gedenken an die über tausend in Wien lebenden Juden, die im September 1939 im Praterstadion inhaftiert, rassistisch-anthropologisch untersucht und anschließend in das KZ Buchenwald deportiert wurden“, enthüllt.⁹

Folgt man dieser Interpretation, so war die „Stadionaktion“ vom September 1939 keine Kopie der Einweisung von rund viertausend Wiener Juden nach dem Novemberpogrom 1938 ins KZ Dachau, sondern wies bereits in die Richtung des Mordprogramms späterer Jahre. Die massenhafte Einweisung in Konzentrationslager war erfolgt, weil es 1938 außerhalb der Reichsgrenzen noch keinen Zielort für diese Deportationen gab.

Das änderte sich mit der Eroberung Polens im September 1939. Nun tauchte auf einmal eine europäische Version des schon früher lancierten „Madagaskar-Plans“,¹⁰ der Abschiebung des Großteils der jüdischen Bevölkerung auf eine isolierte Insel vor der Ostküste Afrikas, auf: ein „Judenreservat“ bzw. „Reichs-

8 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 213.

9 Bernhard Hachleitner, Das Wiener Praterstadion Ernst-Happel-Stadion. Bedeutung, Politik, Architektur und urbanistische Relevanz, Wien 2011, S. 226 f. – Text der Gedenktafel: <https://www.wien.gv.at/documents/27041/8044894/2003-11-13-buergermeister-haeupl-enthuellte-gedenktafel-im-ernst-happel-stadion/> [7. 3. 2020].

10 Eine zusammenfassende Darstellung des „Madagaskar-Plans“ aus nationalsozialistischer Sicht ist in dem so genannten Wisliceny-Bericht enthalten, den der ehemalige Mitarbeiter Adolf Eichmanns im Reichssicherheitshauptamt und spätere „Beauftragte für jüdische Angelegenheiten“ für die Slowakei, Griechenland und Ungarn, SS-Hauptsturmführer Dieter Wisliceny im November 1946 während seiner Gefangenschaft in Bratislava verfasste. Erstmals veröffentlicht 1955: Léon Poliakov / Joseph Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, Neuauf., Wiesbaden 1989, S. 89–91. Zwei grundlegende Studien zum „Madagaskar-Plan“ erschienen in den 1990er Jahren: Hans Jansen, Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar, München 1997; Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München ²1998 [= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 53].

ghetto“ im Raum Lublin.¹¹ Adolf Eichmann, der in Wien die Zentralstelle für jüdische Auswanderung aufgebaut hatte, sprach ganz offen darüber. Durch Herbert Rosenkranz ist eine diesbezügliche Äußerung Eichmanns gegenüber einem jüdischen Jugendfunktionär überliefert. Anfang Oktober 1939, nach Abschluss des „Polenfeldzugs“, kündigte Eichmann Daniel Adolf Brunner vom zionistischen Jugendbund Makkabi Hazair an: „Sie wissen, wir haben den Krieg gewonnen. [...] Und darum habe ich, Eichmann, beschlossen, ein Reservat für die Juden in Lublin zu machen. Von übermorgen an werden Transporte nach Lublin gehen.“¹² In einer Besprechung in Wien sicherten Vertreter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung der Gauleitung am 7. Oktober 1939 zu, intensiv „auf eine baldige Lösung der Judenfrage“ hinzuwirken. Eichmanns Chef, Walter Stahlecker, zu dieser Zeit bereits „Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren“, schrieb wenige Tage nach der Besprechung an Gauleiter Josef Bürckel: „Wie Ihnen der Sicherheitsdienst in Wien noch mitteilen wird, haben sich sehr erfreuliche Aspekte für die restlose Lösung der Judenfrage in Österreich gezeigt. Es besteht die Hoffnung, dass eine größere Anzahl deportiert werden kann.“¹³

Die Aktion begann am 17. Oktober 1939 – allerdings nicht in Wien, sondern in Mährisch-Ostrau/Ostrava, wo ein erster Deportationstransport mit 22 Personenwaggons und 29 Güterwaggons zusammengestellt wurde. Am Morgen des 18. Oktober verließ der Zug mit 901 Ostrauer Juden die Stadt. Im Zug befand sich auch eine Begleitmannschaft von zehn SS-Männern des deutschen Grenzpolizeikommissariats und 15 Mitarbeitern der von Eichmann aufgebauten „Zentralstellen für jüdische Auswanderung“ Wien und Prag. Unmittelbar darauf wurde die Aktion auf Wien ausgeweitet: Am 20. Oktober verließ der erste Nisko-Transport mit 912 Männern den Aspangbahnhof.

Gerüchte über nationalsozialistische Pläne eines „Judenreservats“ im Raum Lublin fanden in der internationalen Presse Ende 1939 / Anfang 1940 breite Beachtung.¹⁴ Besonders genau wurden sie von jüdischen Medien verfolgt. Am

11 Siehe zu diesen Plänen: Jonny Moser, *Nisko. Die ersten Judendeportationen*, Wien 2012, S. 24–27; Mečislav Borák, *The First Deportation of European Jews. The transports to Nisko nad Sanem (1939–1940)*, Opava 2010, S. 60–62.

12 Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 216.

13 Der SD-Führer und Befehlshaber der Sicherheitspolizei beim Reichsprotektor in Böhmen und Mähren an Reichskommissar Gauleiter Bürckel (z. Zt. Neustadt a. d. Weinstr.), Prag, 10. Oktober 1939. Faksimile: <https://ausstellung.de.doew.at/popup.php?t=img&id=628> [7. 3. 2020].

14 Moser zitierte in seinem Buch neben Artikeln jüdischer Zeitschriften auch Meldungen der „Neuen Zürcher Zeitung“, der „New York Times“, mehrerer britischer Tageszeitungen sowie der dänischen „Politiken“. Siehe: Moser, *Nisko*, S. 63–67.

22. Dezember 1939 verbreitete die New Yorker jüdische Exilzeitschrift „Aufbau“ beispielsweise eine Information aus Paris, wonach die deutsche Regierung die Pläne für ein Judenreservat im Raum Lublin „zurückgestellt“ habe. Der auf der Titelseite abgedruckte Artikel trug den Titel „Lublin-Plan fallen gelassen? Dafür polnisch-jüdischer Pufferstaat geplant“.¹⁵ Eine Woche zuvor hatte der „Aufbau“ unter Bezug auf britische Pressemeldungen eingeschätzt, dass die ganze Lubliner „Reservation“ möglicherweise nur ein Vorwand sei, „die Juden in Massen über die sowjetrussische Grenze zu treiben. Beinahe 50 % der Juden aus Böhmen, Mähren und Wien sollen gezwungen worden sein, den San-Fluss ins Sowjetgebiet zu überqueren. Wie verlautet, verhandelt Berlin bereits über die Abtretung des Lubliner Gebiets an Russland.“¹⁶ Die Gerüchte über eine „Abtretung“ des Distrikts Lublin des damaligen Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete an die UdSSR entbehrten allerdings jeglicher Grundlage. Die Schätzung, dass beinahe die Hälfte der Deportierten



Blick auf den San bei Ulanów, 10 km flussaufwärts von Zarzecze (Aufnahme vom August 2016)

W. R. Garscha

¹⁵ Aufbau, Jg. 5, Nr. 23 (22. 12. 1939), S. 1.

¹⁶ Aufbau, Jg. 5, Nr. 22 (15. 12. 1939), S. 16.

über den San (und den Bug) gejagt worden seien, war hingegen viel zu niedrig angesetzt. Die eigentliche Botschaft der Meldung vom 22. Dezember – „Lublin-Plan fallen gelassen“ – traf jedoch zu, auch wenn der „Aufbau“ sie noch mit einem Fragezeichen versehen hatte. Was die Zeitung nicht wissen konnte, war, dass der Befehl aus Berlin zum Abbruch der „Umsiedlung“ schon zwei Monate früher ergangen war, nämlich zu einer Zeit, als in Mährisch-Ostrau und Wien noch die Vorbereitungen für weitere Transporte in den Raum Lublin im Gang waren.

Tatsächlich waren nur zwischen 18. und 27. Oktober 1939 Deportationszüge aus Mährisch-Ostrau, Wien und Kattowitz nach Nisko am San gefahren, von wo aus die Männer ins Dorf Zarzecze auf dem gegenüberliegenden San-Ufer marschieren mussten. Eine Minderheit der 4.800 bis 4.900 deportierten Männer wurde in das Lager Zarzecze aufgenommen, einige fanden Unterkünfte weiter flussabwärts in Pysznica, flussaufwärts in Ulanów oder in Orten im Inneren des Distrikts Lublin. Alle anderen Deportierten wurden einfach davongejagt. Die meisten dieser Menschen flüchteten über die nahe Demarkationslinie auf sowjetisches Gebiet, wo die Mehrheit von ihnen interniert und ab 1940 in Lager verschickt wurde. 516 Männer, darunter 198 Wiener, wurden im April 1940 entlassen und durften nach Hause zurückkehren. Sie fielen mehrheitlich späteren nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen zum Opfer.

Weitere Ausweisungsaktionen von Jüdinnen und Juden fanden 1940 an der Ost- und Westgrenze des Deutschen Reiches statt – und zwar wiederum in Territorien, die zuvor dem nationalsozialistischen Machtbereich einverleibt worden waren: Am 13. Februar und 11. März 1940 erfolgte innerhalb weniger Tage die Zwangsumsiedlung von mehr als tausend Personen aus den preußischen Regierungsbezirken Stettin (zu dem auch Stralsund gehörte) und Schneidemühl (heute Piła) in den Raum Lublin im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete,¹⁷ am 21. und 22. Oktober 1940 vertrieben die NS-Behörden über 6.500 Menschen aus Südwestdeutschland nach Südfrankreich,¹⁸ d. h. in das „Hoheitsgebiet“ der mit dem Deutschen Reich kollaborierenden Vichy-Regierung.¹⁹

In seinem „Atlas of the Holocaust“ ordnete der britische Historiker Martin Gilbert die Vertreibungsaktionen in Stettin und Schneidemühl den Deportatio-

17 Zusammenfassend: Albert Gottwaldt / Diana Schulle, Die „Judendeportationen“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945, S. 33–36.

18 Zusammenfassend: Ebenda, S. 37–46.

19 Zum Verlauf beider Aktionen (mit Quellenangaben): Garscha, Deportation als Vertreibung, S. 225–227.

nen der Nisko-Aktion zu und fasste sie unter „Deportationen ins ‚Lublinland‘, Oktober 1939 – April 1940“ zusammen. Unter Einrechnung des weiter unten erwähnten Transports von 120 Personen aus Hamburg über Berlin und Dresden und Mährisch-Ostrau nach Lublin sowie der Vertreibung von Juden und Jüdinnen aus west- und zentralpolnischen Gebieten gelangte er zur Gesamtzahl von 95.000 Deportierten, die zwischen Oktober 1939 und April 1940 im Distrikt Lublin ankamen.²⁰ Gilberts Berechnungen führten die Herausgeber einer dreibändigen amerikanischen Enzyklopädie jüdischen Lebens vor und während des Holocaust zur irrigen Annahme, die Nationalsozialisten hätten 95.000 Juden und Jüdinnen aus Ostrava, Wien und Katowice ins „Durchgangslager“ Nisko deportiert.²¹ Dieser Fehler wurde vom Internetportal „Virtuelles Shtetl“ beim Eintrag über Nisko übernommen.²²

Die 6.500 am 21. und 22. Oktober 1940 nach Frankreich Deportierten stammten aus 138 Orten in Baden, 93 Orten in der Pfalz und 17 Orten im Saarland. Die Aktion, die auf Initiative der beiden Gauleiter Robert Wagner (Baden) und Josef Bürckel²³ (Saarpfalz) vom Reichssicherheitshauptamt angeordnet worden war, wurde von Eichmann koordiniert. Die Mehrheit der aus Südwestdeutschland Vertriebenen wurde im Camp de Gurs interniert, einem von der französischen Regierung im April 1939 für politische Flüchtlinge aus Spanien (darunter auch österreichische „SpanienkämpferInnen“) eingerichteten Lager im Pyrenäenvorland. Wie schon bei der Aktion im Februar/März in Stettin und Schneidemühl waren unter den Vertriebenen besonders viele Alte und Kranke. Die meisten unter ihnen waren in der Nacht aus ihren Häusern geholt worden, manche überlebten die Deportation nur wenige Tage.

Eine letzte „Umsiedlungsaktion“ von Jüdinnen und Juden – in diesem Fall ausschließlich aus Wien – vor dem Beginn der Transporte in die großen Ghettos, die die nationalsozialistischen Besatzer im „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“, im „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ und, nach Beginn des Krieges gegen die UdSSR, im „Reichskommissariat Ostland“ eingerichtet hatten, fand im Februar und März 1941 statt: Am 15.,

20 Karte Nr. 37. Deutsche Ausgabe: Martin Gilbert, Endlösung. Die Vertreibung und Vernichtung der Juden. Ein Atlas, Reinbek bei Hamburg 1982, S. 40.

21 Siehe: Shmuel Spector / Geoffrey Wigoder / Elie Wiesel (Hrsg.), The Encyclopedia of Jewish Life before and during the Holocaust, New York 2001, Bd. 2, S. 894 f.

22 <https://sztetl.org.pl/en/towns/n/137-nisko/99-history/137742-history-of-community> [7. 3. 2020].

23 Nach Beendigung seiner Funktion als „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ war der aus der Saarpfalz stammende Bürckel zum Chef der Zivilverwaltung für das von Hitler-Deutschland annektierte Lothringen ernannt worden.

19. und 26. Februar sowie am 5. und 12. März verließen fünf Deportationszüge mit insgesamt 5.003 Männern, Frauen und Kindern den Wiener Aspangbahnhof nach Zielorten im Generalgouvernement:²⁴ zwei nach Opole Lubelskie und je einer nach Kielce, Modliborzyce und Ostrowiec Świętokrzyski. Die 997 nach Ostrowiec Deportierten wurden in zwei Orte ohne Bahnanschluss gebracht – in das Dorf Łągów und die Kleinstadt Opatów. In all diesen Orten hatte zu diesem Zeitpunkt die Konzentration der einheimischen jüdischen Bevölkerung in Ghettos gerade erst begonnen. Die Ankunft der aus Wien Vertriebenen spitzte die Versorgungssituation zu, da zuvor schon Tausende jüdische Flüchtlinge und Vertriebene aus den vom Deutschen Reich annektierten Gebieten im Westen Polens aufgenommen worden waren.²⁵ Wie aus einem Aktenvermerk von Dr. Becker, der Bürckel bei Besprechungen mit der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vertrat, hervorgeht, hatte Eichmann bereits im November 1939 mit der „Wiederaufnahme der Polenaktion“²⁶ Anfang 1940 gedroht. Aus der Darstellung von Herbert Rosenkranz geht hervor, dass Eichmann diese Drohungen später mehrfach wiederholte.²⁷

Raoul Hilberg ordnete in seinem Standardwerk zur Geschichte des Holocaust die von ihm nur am Rande erwähnte Nisko-Aktion in diese „frühen Vertreibungen“ ein.²⁸ Die spätere Holocaustforschung folgte ihm darin.²⁹ Vom zeitlichen Ablauf her ist diese Einordnung logisch. Zu ergänzen wäre, dass den frühen Vertreibungen auch die Einweisung von rund 30.000 männlichen Juden aus dem gesamten damaligen nationalsozialistischen Machtbereich in verschiedene Konzentrationslager im Gefolge des Novemberpogroms 1938 zuzurechnen ist, darunter jene fast 4.000 österreichische Juden, die nach ihrer

24 Siehe die Übersicht mit Angaben zur Zahl der Deportierten und Überlebenden auf der Website des DÖW: <http://ausstellung.de.doew.at/m17sm66.html> [7. 3. 2020].

25 Details dazu: Winfried R. Garscha, Deportation nach Polen. Die Verschickung von Wiener Juden und Jüdinnen ins Generalgouvernement, in: Christine Schindler / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), Ein lebendiger Ort der Erinnerung: Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes [= Österreich – Geschichte Literatur Geographie, Jg. 61 (2017), H. 3], S. 232–247, hier 242–245.

26 Aktenvermerk Dr. Becker für Regierungspräsident Karl Barth, 13. 11. 1939. Faksimile: <https://ausstellung.de.doew.at/popup.php?t=img&id=631> [7. 3. 2020].

27 Siehe: Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 257 f.

28 Hilbergs Formulierung zeigt, dass er sich mit der Nisko-Aktion nicht im Detail befasst hatte: „Die Transporte aus Wien und Moravská Ostrava vom Oktober 1939 wurden in die kleine Stadt Nisko am San gebracht. Die Idee, aus Nisko eine größere Siedlung zu machen, schlug aber offensichtlich fehl.“ Raoul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt/M. 1990, Bd. 2, S. 416.

29 Siehe beispielsweise: Leni Yahil, Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998, S. 215–266.

Inhaftierung ins KZ Dachau überstellt wurden.³⁰ Allerdings weist die Aktion eine Reihe von Merkmalen auf, die eine gesonderte Analyse nahelegen.

Eines dieser Merkmale ist, dass Nisko nicht, wie alle übrigen in der vorherigen Chronologie genannten Vertreibungsaktionen, ausschließlich Juden und Jüdinnen betraf, die im „Altreich“, im annektierten Österreich oder dem zum deutschen „Protektorat“ erklärten Tschechien ihren Wohnsitz hatten. Im Zuge der Nisko-Aktion deportierte die Gestapo auch Personen aus Gebieten, die erst seit Kriegsbeginn 1939 dem nationalsozialistischen Machtbereich einverleibt worden waren, nämlich die mutmaßlich 2.000 Menschen aus Kattowitz/Katowice und anderen oberschlesischen Orten. Diese sind nicht den „frühen Vertreibungen“ zuzurechnen, sondern sie gehörten zu den mehr als 300.000 Menschen, die 1939/1940 aus den vom Deutschen Reich annektierten Gebieten Polens (d. h. aus den neuen Reichsgauen „Danzig-Westpreußen“, „Wartheland“ sowie aus Ost-Oberschlesien) vertrieben wurden – die Mehrheit von ihnen Jüdinnen und Juden. Ähnliche Maßnahmen in den annektierten Gebieten Frankreichs (Elsass-Lothringen) im Sommer 1940 betrafen weniger Personen, waren aber ebenfalls Teil der von den Nationalsozialisten betriebenen „völkischen Flurbereinigung“.³¹

War die Nisko-Aktion Teil eines Plans für ein nationalsozialistisches „Judenreservat“?

„Der Transportleiter [...] befiehlt uns auszusteigen. [...] ‚Kein Toter‘ bemerkt er ironisch. ‚Wartet, bis sie nach Lublin kommen, dann bringen wir sie mit der Schaufel zu Bett.‘ Zum ersten Male hat jemand ein Ziel erwähnt. [...] Wir fahren nach Lublin. [...] Träumen wir? [...] Ein Judenstaat in Lublin? Hitler, der Erlöser der Juden? Hitler, der Messias? [...] Der Zug fährt ab. Immer wieder wird das Wort Lublin gemurmelt. Aber jetzt ist es nicht allein Lublin. Es ist der Judenstaat. Das Wort klingt wie ein Zauberwort. Jetzt endlich hat unsere Reise ein Ziel. [...]“³²

30 Siehe: <https://www.doew.at/erkennen/ausstellung/1938/die-verfolgung-der-oesterreichischen-juden/der-novemberpogrom-reichskristallnacht>.

31 Details dazu: Garscha, Deportation als Vertreibung, S. 129 f.

32 M. Moldawer, The Road to Lublin. A Survivor's Story, in: Contemporary Jewish Record, New York, Bd. III (März–April 1940), S. 119–122, zitiert nach der Übersetzung von Jonny Moser: Moser, Nisko, S. 64. Teile des englischen Textes erschienen zuletzt in: Jürgen Matthäus / Emil Kerenji (Hrsg.), Jewish responses to persecution, 1933–1946. A source reader, Lanham (Maryland) 2017, Dok. 2–4, S. 42 f.

Nach dem ersten Halt in Berlin, bei dem sie das Ziel des Transports erfuhren, erreichten 120 Hamburger Deportierte am vierten Tag Dresden. Die jüdische Gemeinde organisierte Verpflegung für sie und übernahm die Leiche des Passagiers, der den Strapazen erlegen war.

„Die Juden von Dresden haben schon von dem Lubliner Projekt gehört, aber sie sind nicht beeindruckt davon. Ihr Instinkt lässt sie die Wahrheit erkennen. ‚Es wird keinen jüdischen Staat geben‘, flüstert der Leiter der jüdischen Gemeinde, als sie den Toten aus dem Waggon entfernen. ‚Es wird ein anderes Ghetto, ein alljüdisches Konzentrationslager werden‘. Zum ersten Mal geht uns ein Licht auf. Das ist also die Idee von Lublin. Ein Riesenzoo zum Sterben.“³³

„2. November [...], 2 Uhr nachmittags. Endlich erreichen wir Lublin, die Hauptstadt des neuen jüdischen Staates. [...] Menschen hausen in Ställen, in Kellern, in Panjewagen und in den Trümmern zerstörter Häuser. [...] Den jüdischen Ingenieuren, die man in Mährisch-Ostrau unserem Transport eingliederte, gelang es außerhalb der Stadt [...] Holzbauten [für die bisher Deportierten zu errichten]. [...] Die Polen sind verängstigt. [...] Als Beispiel nehmen wir folgenden Fall. Zwanzig Meilen von Lublin entfernt, fährt [...] ein Bauer auf sein Feld zum Pflügen. Als er ankommt, sieht er auf seinem Acker eine Tafel aufgestellt, die kundtut, hier wäre jetzt ein Terrain des neuen jüdischen Staates. Der Acker ist voller Baracken, [...] er kann die Okkupanten nicht vertreiben, weil alles mit Stacheldraht umzäunt ist und davor SS-Wachen patrouillieren. Der Bauer ist [...] verbittert. Für ihn sind es vor allem die Juden und nicht die SS, die seinen Acker beschlagnahmen.“³⁴

Dieser Bericht erschien erstmals am 25. Jänner 1940 in der New Yorker sozialistischen jiddischen Zeitung Forverts/The Forward. Die seit 1897 in jiddischer Sprache erscheinende New Yorker Tageszeitung, deren Auflage in den 1930er Jahren zeitweise jene der New York Times übertroffen hatte, war ein wichtiges Bindeglied der Einwanderinnen und Einwanderer aus Osteuropa zu ihren kulturellen Wurzeln und bot Neuankömmlingen wie Moldawer ein Forum für Berichte über die Vorgänge im nationalsozialistisch beherrschten Europa. Allerdings erlebte die Zeitung 1939/1940 einen dramatischen Rückgang ihrer Auflage – als Folge der restriktiven Einwanderungsgesetze in den USA, die

33 Ebenda.

34 Moldawer, Road to Lublin, S. 130 ff., zitiert in: Moser, Nisko, S. 102 f.

es Jüdinnen und Juden aus Osteuropa fast unmöglich machten, in die USA zu gelangen. Über den Autor Moldawer ist wenig bekannt. Er stammte aus Polen, hatte aber schon zwei Jahrzehnte in Deutschland gelebt. Er war einer jener Juden, die 1938 ins KZ Buchenwald eingeliefert wurden und 1939 mit der Auflage, Deutschland umgehend zu verlassen, freigelassen wurden. Gemeinsam mit seiner Frau fuhr er nach Hamburg, um sich in die USA einzuschiffen, was aber wegen des Kriegsbeginns nicht mehr möglich war. Am 16. September wurden die beiden festgenommen. Nach fünfwöchiger Haft wurden sie gemeinsam mit anderen aus Hamburg vertriebenen Juden und Jüdinnen auf eine Irrfahrt kreuz und quer durch Deutschland³⁵ und dann über Mährisch-Ostrau nach Lublin geschickt. Mitte November gelang es den beiden, mit Unterstützung des amerikanischen Konsuls in Warschau dank ihrer amerikanischen Visa eine Ausreisegenehmigung zu bekommen. Über Genua erreichten sie die USA, wo Moldawer seinen Bericht zuerst auf Jiddisch und im März 1940 auf Englisch veröffentlichte.

Der langjährige DÖW-Mitarbeiter Jonny Moser, der die erste umfassende Darstellung der Nisko-Aktion in deutscher Sprache vorlegte, die 2012 posthum erschien, hat den Bericht Moldawers aus dem Jahre 1940 erstmals in ausführlichen Auszügen auf Deutsch zugänglich gemacht. Für Moser ist dieser Bericht nicht nur ein Beispiel dafür, in welcher Weise die Gerüchte über ein geplantes „Judenreservat“ oder gar einen „Judenstaat“ in der Welt bekannt wurden, sondern auch dafür, dass es neben den vom Reichssicherheitshauptamt bzw. dem Stab Adolf Eichmanns veranlassten Deportationen von jeweils mehreren Hundert Jüdinnen und Juden auch, wie Moser sie nennt, zu „wilden“ Deportationen³⁶ durch andere SS-Stellen und lokale Behörden kam.

Die Botschaft Moldawers für die amerikanischen Leserinnen und Leser war offenkundig, sie vor Illusionen in einen „Judenstaat“ von Gnaden der Nationalsozialisten zu warnen. Schon am 22. Oktober 1939 hatte die New York Times (wenn auch weit hinten im Blatt, auf Seite 36) eine Meldung der Nachrichtenagentur UPI aus Berlin gebracht, dass der „Abtransport von 2.000 Juden aus Wien in einen ‚Judenstaat‘ im Inneren Polens“ auch „Berliner jüdische Kreise mit Besorgnis“ erfülle, da man erwarte, dass „alle in Deutschland lebenden polnischen Juden umgesiedelt werden“.³⁷

Im besetzten Polen war es besonders schwierig, an verlässliche Informationen heranzukommen. Andererseits waren genau diese Menschen, die den

35 Martin Gilbert hat mit Hilfe von Moldawers Angaben die Fahrtroute auf seiner Karte Nr. 37 eingezeichnet: Gilbert, *Endlösung*, S. 40.

36 Moser, *Nisko*, S. 75.

37 Zitiert in: Ebenda, S. 64 f.

nationalsozialistischen Besatzungsterror täglich erlebten, sehr gut in der Lage, derartige Informationen zu interpretieren, wenn sie sie über ausländische Radiosender erhielten. Jonny Moser hat ein besonders eindrucksvolles Beispiel im Zusammenhang mit den Planspielen zu einem Lubliner „Judenreservat“ zitiert – den Tagebucheintrag des 1943 im Vernichtungslager Treblinka ermordeten polnisch-jüdischen Pädagogen Chaim Aron Kaplan vom 25. Oktober 1939:

„Gestern hörten wir über Radio London, dass die Juden Wiens sich auf Grund eines Befehls zum Verlassen ihrer Heimatstadt bereitzuhalten und nach Polen, in den Bezirk Lublin, umzusiedeln hätten. Das bedeutet: bereitet euch auf die totale Vernichtung vor.“³⁸

Wie Nisko zu einem Thema der Holocaustforschung wurde, soll an dieser Stelle nicht noch einmal dargestellt werden,³⁹ von Interesse ist hier vor allem die Interpretation der überlieferten Quellen in Bezug auf die Frage, ob Adolf Eichmann mit der Nisko-Aktion einen ersten Schritt zur Verwirklichung nationalsozialistischer Pläne hinsichtlich eines nationalsozialistischen „Judenreservats“ umsetzte.

Diese Frage wurde nach 1945 erstmals während des Prozesses gegen Adolf Eichmann in Jerusalem 1961 aufgeworfen. Eichmann wollte den Eindruck erwecken, als habe es sich bei Nisko um eine Art Rettungsaktion gehandelt, die er in Absprache mit der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde organisiert habe, die aber von – ihm missgünstig gesinnten – Parteigenossen in Berlin und Krakau torpediert worden sei.

Gewichtiger als Eichmanns Behauptungen sind jene Dokumente, die belegen, dass Reinhard Heydrich, einer der Hauptorganisatoren des Holocausts, in den Wochen vor Beginn der Nisko-Aktion sich zweimal unmissverständlich im Sinne eines (vorläufigen) „Reservatsplans“ geäußert hat. Eine dieser Äußerungen war zunächst nur aus dritter Hand überliefert: Wie aus einer Tagebuchaufzeichnung des widerständigen Generalstabsoffiziers Helmuth Groscurth hervorgeht, hatte ihn Albert Radke, Major im Generalstab des Heeres, am 22. September 1939 in einer „mündlichen Orientierung“ darüber in Kenntnis gesetzt, dass Heydrich den während des „Polen-Feldzugs“ im Generalstab des Heeres für die Koordination mit den SS-Einsatzgruppen zuständigen Oberst Eduard Wagner an diesem Tag über seine Polen-Pläne informiert habe: „Ein

38 Abraham I. Katsh (Hrsg.), Buch der Agonie. Das Warschauer Tagebuch des Chaim A. Kaplan, Frankfurt/M. 1967, S. 66. Zitiert in: Ebenda, S. 65.

39 Siehe dazu: Garscha, Deportation als Vertreibung, S. 136–139.

Judenstaat unter deutscher Verwaltung bei Krakau. Dahinein alle Zigeuner und sonstig Unliebsame.“⁴⁰

Mittlerweise sind alle relevanten Quellen für die historische Forschung zugänglich – und daraus geht hervor, dass die Idee eines als „Judenstaat“ titulierten nationalsozialistischen Groß-Ghettos unter den für die Massenumsiedlungen im eroberten Polen zuständigen Stellen an der Spitze des NS-Terrorapparats tatsächlich ernsthaft diskutiert wurde. Am Tag vor der oben erwähnten „Orientierung“ hatte Heydrich in einer großen Besprechung der Amtschefs der Geheimen Staatspolizei und der Führer der in Polen tätigen Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD darüber informiert, dass Heinrich Himmler von Hitler mit der „Juden-Deportation in den fremdsprachigen Gau“⁴¹ beauftragt worden war und Hitler außerdem seine Zustimmung gegeben habe, Deportierte „über die Demarkationslinie“ abzuschieben.⁴²

Diese Instruktion wiederholte Heydrich eine Woche später, einen Tag nach Abschluss des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrags, in einer Besprechung der Chefs der verschiedenen Ämter des Reichssicherheitshauptamts: Der Raum „hinter Warschau und um Lublin“ solle ein „Naturschutzgebiet“ oder „Reichs-Getto“ werden, in dem „all die politischen und jüdischen Elemente untergebracht werden, die aus den künftigen deutschen Gauen ausgesiedelt werden müssen“.⁴³

Der erste Autor, der ausführlich über die Nisko-Aktion schrieb, war der Theresienstadt-Überlebende Hans Günther Adler.⁴⁴ Seine Darstellung, die sich weitgehend auf die von Jonny Moser seit den 1960er Jahren gesammelten Dokumente und Erinnerungen stützte, geht allerdings einer etwas anderen

40 Helmut Krausnick / Harold C. Deutsch (Hrsg.), Helmuth Groscurth – Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938–1940. Mit weiteren Dokumenten zur Militäropposition gegen Hitler, Stuttgart 1970, S. 361 f.

41 Mit dieser Formulierung war das spätere Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete gemeint. Hitler äußerte damals bei mehreren Gelegenheiten, dass er den an Deutschland fallenden Teil Polens in drei Streifen unterteilen wolle: Der Westen werde an Deutschland angeschlossen, der mittlere solle ein „fremdsprachiger Gau“ des Reichs werden, während der östliche Streifen, entlang der künftigen Demarkationslinie zur Sowjetunion, alle unliebsamen Elemente aufnehmen solle.

42 Das Protokoll der Besprechung ist abgedruckt in: VEJ, Bd. 4: Polen September 1939 – Juli 1941, München 2011, Dok. 12, S. 88–92.

43 Protokoll der Amtschefbesprechung mit den Leitern der Einsatzgruppen vom 29. 9. 1939, Bundesarchiv, Bestand R 58/825, Bl. 33 f. Zitiert in: Michael Wildt, Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002, S. 461.

44 H. G. Adler, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974, S. 126–140.

Fragestellung nach, nämlich warum die Deportationen so problemlos funktionierten. Auch wenn Adler die Planspiele für ein „Judenreservat“ nicht explizit behandelte, so machte er doch allgemein darauf aufmerksam, welche „bürokratische Apparate in Bewegung versetzt“ wurden, „um von den Spitzen der Exekutive bis zu den lokalen Verwaltungsstellen es so einzurichten, daß alle Beteiligten – die Opfer möglichst eingeschlossen – sich einspannen ließen [...] für die Verheimlichung der Wahrheit zu sorgen, verbunden mit Täuschung und Verlockung zur Selbsttäuschung“.⁴⁵

In seinen eigenen Arbeiten zitierte Jonny Moser – wie oben gezeigt – zeitgenössische Quellen, in denen die diesbezüglichen Planungen beschrieben oder auch kommentiert wurden. Sein eigener „Kommentar“ bestand in der akribischen Schilderung des Schicksals der „Umgesiedelten“ angesichts des völligen Fehlens auch nur rudimentärer öffentlicher Strukturen vor Ort. Da die verarmten, dem deutschen Besatzungsterror ausgesetzten polnischen jüdischen Gemeinden im Distrikt Lublin kaum Unterstützung anbieten konnten, war die einzige Hilfe die Selbstorganisation der Deportierten, einschließlich ihrer Unterstützung durch die Kultusgemeinden „daheim“. Das galt vor allem für jene von Mährisch-Ostrau, da der Wiener IKG durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung weitestgehend die Hände gebunden waren, wie Doron Rabinovici eindrucksvoll dargestellt hat.⁴⁶

In den 1980er und 1990er Jahren machte es sich ein ehemaliger Nisko-Deportierter aus Mährisch-Ostrau, der in Israel den Namen Seev Goshen angenommen hatte, zur Aufgabe, das Lügengebäude, das Adolf Eichmann als Angeklagter in Jerusalem um die Nisko-Aktion errichtet hatte und das in populärwissenschaftlichen und journalistischen Darstellungen mehr oder weniger unkritisch reproduziert wurde, zum Einsturz zu bringen – in erster Linie in zwei Beiträgen in den vom Münchner Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen „Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte“ in den Jahren 1981⁴⁷ und 1992⁴⁸ und in einem Aufsatz, den er 1982 in einem Sammelband publizierte, den das „Haus der Ghettokämpfer“ (in einem Kibbuz bei Akkon) in Kooperation mit

45 Ebenda, S. 83.

46 Doron Rabinovici, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt/M. 2000.

47 Seev Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der „Endlösung“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 29 (1981), H. 1, S. 74–96.

48 Seev Goshen, Nisko – ein Ausnahmefall unter den Judenlagern der SS, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 40 (1992), H. 1, S. 95–106.

der Universität Haifa herausgab.⁴⁹ Im zweiten seiner Beiträge für die „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ deklarierte sich Seev Goshen als Zeitzeuge: „Dem Verfasser kam der Umstand zugute, daß er auf Grund eigener Nisko-Erfahrung die Verlässlichkeit von Aussagen und Urkunden zu beurteilen vermochte.“⁵⁰ 2005 hat Mečislav Borák erstmals auf Goshens ursprünglichen Namen, nämlich Rudolf Goldberger, hingewiesen.⁵¹ Goldberger ist im 26 Seiten umfassenden „Verzeichnis der am 17.X.1939 a [= und] 26.X.1939 aus Mähr.Ostrau nach Nisko a/San abgegangenen Personen“ enthalten.⁵² Das offenbar von der Israelitischen Kultusgemeinde Mährisch-Ostrau angelegte Verzeichnis enthält bei einer großen Anzahl der im April 1940 zurückgeschickten Deportierten den Vermerk „zurückgekehrt“. Bei Juden aus Mährisch-Ostrau war zusätzlich die Kennkartennummer angegeben. Da diese im Reichsprotectorat Böhmen und Mähren erst ab 3. März 1942 vorgeschrieben war, muss das Verzeichnis nach diesem Zeitpunkt erstellt worden sein. Bei den wenigen sonstigen Rückkehrern lauteten die zusätzlichen Vermerke „nach Prag“, „nach Brünn“ (in Einzelfällen sind auch andere Orte wie Oderberg oder das südmährische Trebitsch angeführt) bzw. „unbek. wohin“. In zwei Fällen war eine „Auswanderung“ des Zurückgekehrten (nach Schweden bzw. in die Slowakei) angegeben. Rudolf Goldberger gehört zu jenen rund 20 Prozent der Deportierten, für die das Verzeichnis bei Datum und Ort der Geburt „unbekannt“ vermerkt; das Verzeichnis enthält auch keine Informationen über eine eventuelle Rückkehr oder „Auswanderung“ Goldbergers. Wann Rudolf Goldberger nach Palästina gelangte und wann er den hebräischen Namen Ze’ev [Wolf] Goshen annahm, ist nicht bekannt. Die Akten des Londoner Zentralbüros der Jewish Agency for Palestine enthalten einen Polizeibericht über Reden Rudolf Goldbergers zur Katastrophe des Flüchtlingsschiffs „Struma“, das am 24. Februar 1942 im Schwarzen Meer durch einen Torpedo versenkt wurde.⁵³

49 Ze’ev Goshen, Mivtza Nisko [Die Operation Nisko], in: Universitet Cheifa [Universität Haifa] / Beit Lochangej haGeta’ot [Haus der Ghettokämpfer] (Hrsg.), Dappim leheker tekufat haShoah [Forschungstexte der Holocaust-Periode], Bd. 2, Tel Aviv 1982, S. 177–195.

50 Goshen, Nisko – ein Ausnahmefall, S. 96.

51 Mečislav Borák, Transporty do Niska nad Sanem ve světle literatury a pramenů [Die Transporte nach Nisko am San im Lichte der Literatur und der Quellen], in: Ostrava. Příspěvky k dějinám a současnosti Ostravy a Ostravska [Ostrava. Beiträge zu Geschichte und Gegenwart von Mährisch-Ostrau und des Ostrauer Landes], Jg. 22 (2005), S. 272–295, hier 276.

52 Im Faksimile abgedruckt in: Borák, First Deportation, S. 239–264, hier 245.

53 Eine Kopie des britischen Polizeiberichts befindet sich im US Holocaust Memorial Museum Washington unter der Signatur RG-68.196M – The Zionist Organization/The Jewish Agency for Palestine/Israel-Central Office, London (Z4), 1917–1955.

Zwar sei tatsächlich die Idee der Errichtung eines „Reichsghettos“ im Bezirk Lublin, schrieb Goshen in seinem ersten Aufsatz, „verschiedentlich in vager Form geäußert worden, aber ein ernstgemeintes Vorhaben, in der Umgebung von Lublin einen ‚Judenstaat‘ unter deutscher Oberhoheit oder auch nur eine Art Reservat zu errichten, hat es nie gegeben.“⁵⁴

Auf einer internationalen Konferenz, die die Universität Ostrava anlässlich des 55. Jahrestages der Nisko-Aktion veranstaltete,⁵⁵ ging der angesehene tschechische Holocaust-Historiker Miroslav Kárný noch weiter und vertrat die Meinung, der Plan eines „Reichsghettos“ sei eine propagandistische Tarnung der bereits konzipierten Pläne zum Völkermord an den europäischen Juden und Jüdinnen gewesen.⁵⁶ Ganz so weit wollte Seev Goshen in seinem Referat auf derselben Konferenz nicht gehen. Aber auch er wies die sich hartnäckig haltende Auffassung zurück, es habe ernsthafte Planungen für ein „Reichsghetto“ gegeben. Man dürfe „Versuchsballons“, die möglicherweise zu Täuschungszwecken losgelassen wurden, denen aber „niemals auch nur der Beginn eines Handelns folgte“, nicht mit „Planen“ gleichsetzen. Bis Ende 1939 seien 11.000 Jüdinnen und Juden⁵⁷ in den Distrikt Lublin zwangsumgesiedelt worden, „hingegen z. B. in den Distrikt Warschau, ohne Reservatsplan, [...] ungefähr 40.000.“ Es sei Zeit, meinte Goshen, die „Legende von irgendeinem Lublinplan endgültig [zu] begraben“.⁵⁸

Diverse Verschwörungstheorien, die nach der „Wende“ in Polen üppig zu blühen begannen, sehen hingegen im Plan eines Judenstaats auf polnischem Gebiet alles andere als eine Legende. Der Plan sei eine Fortsetzung jener anti-polnischen Konspiration von Russland und Deutschland gewesen, die schon im Ersten Weltkrieg einen von Juden kontrollierten Pufferstaat („Judeopolonia“) errichten wollte, was dann 1939 mit den Planungen für ein „Lublinland“

54 Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion, S. 94.

55 Philosophische Fakultät der Universität Ostrava (Hrsg.), Nisko 1939/1994. Mezinárodní vědecká konference. Akce Nisko v historii „konečného řešení židovské otázky“ – k 55. výročí první hromadné deportace evropských Židů. Sborník referátů [Die Aktion Nisko in der Geschichte der „Endlösung der Judenfrage“ – zum 55. Jahrestag der ersten Massendeportation der europäischen Juden. Sammelband], zusammengestellt von Ludmila Nesládková, Ostrava 1995. (Nachfolgend zitiert als „Nisko 1939/1994“.)

56 Miroslav Kárný, Tábor Nisko a plán říšského ghetta [Das Lager Nisko und der Plan eines Reichsghettos], in: Ebenda, S. 106–117, hier 109 f. (deutsche Zusammenfassung: 117).

57 Allerdings erreichte die Anzahl der in den Distrikt Lublin Vertriebenen nach den bereits 1982 publizierten Berechnungen von Martin Gilbert, wie oben dargestellt, bis zum Frühjahr 1940 die Zahl von 95.000, was Goshen aber offenbar nicht bekannt war.

58 Ebenda.

umgesetzt werden hätte sollen.⁵⁹ Trotz prominenter Unterstützung durch einen führenden katholischen Publizisten⁶⁰ blieb die Anhängerschaft dieser kranken Geschichtsinterpretation ein kleines Grüppchen antisemitischer Fanatiker. Doch selbst die offizielle Website der Stadt Nisko blieb davon nicht ganz unbeeinflusst. Dort findet sich die Behauptung, die Stadt und ihr Umland sei im Mittelpunkt des Interesses der deutschen Besatzer gestanden: „als Hauptstadt eines jüdischen Territoriums, als Emigrationszentrum im europäischen Maßstab“, denn nach Einschätzung Eichmanns seien Nisko und Umgebung „am besten für die Errichtung eines eigenen ‚Judenstaats‘ geeignet“ gewesen.⁶¹

Seev Goshen setzte sich auch auf der Konferenz in Ostrava, wie schon in seinem ersten Aufsatz zu Nisko, kritisch mit Darstellungen auseinander, die Eichmanns „frechem Posieren als Judenretter“⁶² während des Prozesses in Jerusalem auf den Leim gingen. Keinesfalls habe Eichmann, wie er als Häftling in Jerusalem behauptete, Juden „retten“ wollen. Vielmehr habe er sich „als Vorreiter persönliche Lorbeeren verdienen“⁶³ wollen. Da Eichmann an der oben erwähnten Amtsleiterbesprechung vom 21. September teilgenommen hatte, wusste er um die Pläne von Hitler und Himmler bezüglich der Massendeportationen auf dem Gebiet des eroberten Polens. Von einer Deportation der noch

59 2007 organisierte die rechtsextreme „Patriotenbewegung und Föderation der patriotischen Kräfte ‚Blitz‘“ in mehreren Orten Polens Veranstaltungen zum Thema „Meine Stadt“. Die Veranstaltung in Nisko war dem „Platz von Nisko im Projekt ‚Lublinland‘“ gewidmet, die Referentin sah im Aufbau des Barackenlagers nahe Nisko den Beweis dafür, dass 1939 mit der Umsetzung des Projekts „Lublinland“ begonnen wurde, doch dann hätte sich Hitler für eine andere „Lösung der Judenfrage“, nämlich die „biologische Liquidierung des jüdischen Volkes“ entschieden; in dieser „Lösung“ sei kein Platz mehr gewesen für einen Judenstaat. Siehe: <https://rzadwygnanyrp.wordpress.com/2018/11/04/miejsce-niska-w-projekcie-lublinland-panstwa-zydowskiego-pod-protektoratem-niemieckim/> [7. 3. 2020].

60 Edward Gigilewicz, *Lublinland – Państwo Żydowskie w planach III Rzeszy* [Lublinland – Der Judenstaat in den Plänen des Dritten Reiches], Radom 2004. Gigilewicz ist Verlagsdirektor der angesehenen Katholischen Universität Lublin und Herausgeber der zwanzigbändigen „Encyklopedia Katolicka“.

61 „Nisko i okolice znalazły się w centrum zainteresowania okupanta niemieckiego jako stolica terytorium żydowskiego, ośrodka emigracyjnego w skali europejskiej [...] Nisko i okolice za najbardziej nadające się do założenia wydzielonego ‚państwa żydowskiego‘.“ <https://www.nisko.pl/miasto/poznaj-miasto/historia> [7. 3. 2020].

62 Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion, S. 94. Goshen bezog sich auf Aussagen Eichmanns, sein von Göring und Heydrich abgeegneter Plan sei nur deshalb gescheitert, weil sich Generalgouverneur Hans Frank quergelegt habe; der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement habe ihn, auf Initiative Franks, sogar verhaften lassen wollen.

63 Seev Goshen, Die Nisko-Aktion. Mythos und Wirklichkeit, in: *Nisko 1939/1994*, S. 118–124, hier 120.

in Wien lebenden Juden und Jüdinnen oder jener des Protektorats war bei der Amtsleiterbesprechung nicht die Rede gewesen. Also wollte Eichmann an der Aussiedlung der in den annektierten Teilen Polens lebenden jüdischen Bevölkerung anknüpfen. Genau so war die in der Forschung allgemein als „Initialzündung“ der Nisko-Aktion geltende „Order zur Durchführung der Deportationen“⁶⁴ vom 6. Oktober 1939 formuliert. Goshen wies darauf hin, dass die diesbezügliche Anordnung von SS-Oberführer Heinrich Müller, der zu dieser Zeit gerade zum Chef des Amtes IV (Gestapo) des Reichssicherheitshauptamtes ernannt worden war, nur aus einem Vermerk Eichmanns bekannt ist, der sich auf die Abschiebung der jüdischen Bevölkerung der Kattowitzer Gegend und aus Mährisch-Ostrau bezog.⁶⁵ Wien wurde darin nicht erwähnt. Trotzdem fuhr Eichmann am Tag darauf nach Wien, um mit einem Vertreter von NSDAP-Gauleiter Joseph Bürckel, mit seinem Stellvertreter in der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Alois Brunner, und Hans Günther, seit Juli Leiter der Prager Zentralstelle für jüdische Auswanderung, den „Abtransport der Juden Wiens nach Polen“ zu besprechen. Es war dies jene Besprechung, die den Anlass für das oben zitierte Schreiben Walter Stahleckers aus Prag an Gauleiter Josef Bürckel war, in dem er ausdrücklich die Hilfe der Zentralstelle für die Bemühungen der Wiener Nationalsozialisten, sich der jüdischen Bevölkerung zu entledigen („restlose Lösung der Judenfrage in Österreich“), hervorhob. Damit scheint klar zu sein, dass Eichmann jedenfalls die Rückendeckung seines Chefs hatte. Jonny Moser ist dennoch überzeugt, dass die Besprechung vom 7. Oktober eine eigenmächtige Ausdehnung der Aktion auf Wien durch Adolf Eichmann war.⁶⁶ Für Seev Goshen ist die Tatsache, dass die Weisung des Gestapo-Chefs Müller in Wien nicht erwähnt wurde, ein Hinweis darauf, dass es sich bei Eichmanns Aktenvermerk möglicherweise überhaupt um eine „Fabrikation“ handelte.⁶⁷

Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass Eichmann und seine Mitarbeiter bis zum Zeitpunkt, an dem die Aktion, noch bevor sie richtig angelaufen war, plötzlich abgebrochen werden musste, das „jüdische Reservat“ tatsächlich als zumindest mittelfristige Option betrachteten. Immerhin wurde die Aktion von Eichmann und seinen engsten Mitarbeitern minutiös vorbereitet, worauf beide Gesamtdarstellungen der Nisko-Aktion ausführlich eingingen.⁶⁸ Die Tat-

64 So die Formulierung Jonny Mosers: Moser, Nisko, S. 34.

65 Auch in der Besprechung am 9. Oktober in Mährisch-Ostrau war nur von Deportationen aus Mährisch-Ostrau und Kattowitz die Rede: Borák, First Deportation, S. 322–325.

66 Moser, Nisko, S. 34.

67 Goshen, Mythos und Wirklichkeit, S. 119.

68 Borák, First Deportation, S. 60–82; Moser, Nisko, S. 34–53.

sache, dass die Organisatoren selbst kleinste technische Details vorbereitet, jedoch „nicht bedacht oder gar geplant“ hatten, „wovon und wie die deportierten Juden nach ihrer Ankunft im Osten Polens leben sollten“,⁶⁹ widerlegt diese Auffassung nicht, sondern beweist nur, dass jede „territoriale“ Lösung der „Judenfrage“ den Tod einer sehr großen Anzahl der „Umgesiedelten“ einplante – was auch auf den so genannten „Madagaskar-Plan“ zutraf.

Einem besonders gewichtigen Indiz, dass es nicht nur um einen „Probelauf“ für künftige Deportationen ging, widmete Jonny Moser ein eigenes Kapitel⁷⁰ seines Buches: Sollte das Projekt einer zumindest vorübergehenden Ansiedlung mehrerer Zehntausend Jüdinnen und Juden gelingen, bedurfte es einer funktionsfähigen jüdischen Verwaltung im künftigen Siedlungsgebiet. Eichmann beorderte noch vor Beginn der Aktion (am 10. Oktober 1939) für den 13. Oktober vier Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung Wiens und zwei leitende Beamte der Prager Kultusgemeinde als Repräsentanten der jüdischen Bevölkerung des „Reichsprotectorats Böhmen und Mähren“ nach Mährisch-Ostrau, von wo aus sie mit dem ersten Transport nach Polen reisen sollten, um am Aufbau des „Reservats“ mitzuwirken. Als mögliches zusätzliches Motiv für die Entsendung der hochrangigen jüdischen Funktionäre führt Mečislav Borák an, dass deren Anwesenheit den Ausweisungen „Legitimität“⁷¹ verleihen sollte, d. h. dass dadurch ihre Durchführung in Übereinstimmung mit den jüdischen Gemeinden und der angeblich „freiwillige“ Charakter der „Umsiedlung“ unterstrichen werden sollte.⁷²

An welchem Ort das Durchgangslager für die in das „Reichsghetto“ abzusiedelnden Menschen errichtet werden sollte, stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest. Aus einer Besprechung von Eichmanns Stab in den Räumen des Grenzpolizeikommissariats Mährisch-Ostrau am 9. Oktober 1939 geht hervor, dass Eichmann ein Gebiet etwa 70 bis 100 Kilometer südwestlich von Lublin im Auge hatte, zwischen der Kreisstadt Kraśnik und den beiden Kleinstädten Rozwadów, einer mehrheitlich jüdischen Ortschaft nahe der Einmündung des San in die Weichsel, und Annapol an der Weichsel.⁷³ Als Begründung, warum

69 Andrea Löw, Die frühen Deportationen aus dem Reichsgebiet von Herbst 1939 bis Frühjahr 1941, in: Susanne Heim / Beate Meyer / Francis R. Nicosia (Hrsg.), „Wer bleibt, opfert seine Jahre, vielleicht sein Leben“. Deutsche Juden 1938–1941, Göttingen 2010, S. 59–76, hier 61.

70 „Einberufung jüdischer Funktionäre“, Moser, Nisko, S. 43–45.

71 Borák, First Deportation, S. 74 f.

72 Zur Einbindung der Wiener Kultusgemeinde in die Nisko-Aktion siehe: Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht, S. 197–203.

73 Protokoll der Besprechung in Mährisch-Ostrau vom 9. 10. 1939, erstmals publiziert in: Rudolf Iltis (Hrsg., im Auftrag des Rats der jüdischen Gemeinden in den böhmischen Län-

das von Heydrich Ende September noch bei Krakau vorgesehene Ansiedlungsgebiet hierher verlegt wurde, vertritt Götz Aly die These, Himmler habe bereits „in der ersten Oktoberhälfte [...] die polnischen Beskiden als ‚geschlossenes Siedlungsgebiet‘ für die Südtiroler Optanten⁷⁴ ausersehen, weshalb das geplante Judenreservat plötzlich nicht mehr südöstlich von Krakau (am Abhang der Beskiden), sondern südlich von Lublin errichtet werden“ sollte.⁷⁵ Aly bezieht sich offenbar auf jenen Schnellbrief Heydrichs betreffend die in Polen geplanten Bevölkerungsverschiebungen vom 21. September 1939, der auf Druck der Wehrmacht neu formuliert werden musste. Darin war als Zielgebiet für Juden-deportationen noch das Gebiet definiert worden, das von Krakau bis Jaroslaw/Jaroslaw am San reichte und im Süden von der slowakischen Grenze und im Norden von Polaniec an der Weichsel begrenzt wird.⁷⁶

Gemeinsam mit Walter Stahlecker, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Protektorat Böhmen und Mähren, und weiteren SS-Männern unternahm Eichmann am 12. Oktober 1939 jene Erkundungstour von Warschau aus, über die er – wie weiter unten erwähnt – in seinen Verhören in Jerusalem 1961 berichtete. SS-Obersturmführer Rolf Günther vom Grenzpolizeikommissariat Mährisch-Ostrau fertigte darüber am 16. Oktober einen Bericht an, aus dem hervorgeht, dass Stahlecker von Prag nach Mährisch-Ostrau flog, sich dort über den Stand der Vorbereitungen informieren ließ, mit Eichmann zunächst nach Krakau und von dort weiter nach Warschau flog – offenbar, weil der bestellte Wagen am Flughafen Krakau nicht bereit stand. Der Lancia der Gestapo Mährisch-Ostrau stand nämlich in Warschau. Mit zwei Autos – dem Lancia und einem Mercedes – fuhren Stahlecker und Eichmann nach Südosten, um das

dern und des Zentralverbands der jüdischen Gemeinden in der Slowakei), Nazidokumente sprechen, Prag o. J. (1965), zitiert in: Jonny Moser, Zarzecze bei Nisko, in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hrsg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 9: Arbeitserziehungslager, Durchgangslager, Ghettos, Polizeihäftlager, Sonderlager, Zigeunerlager, Zwangsarbeitslager München 2009, S. 588–596, hier 590. Faksimile des von Kriminalkommissar Wagner am 11. Oktober angefertigten Protokolls: Borák, *First Deportation*, Dok. 8, S. 322–325.

74 Am 23. Juni 1939 erfolgte in Berlin eine deutsch-italienische Vereinbarung, die die deutschsprachige Bevölkerung Südtirols vor die Wahl zwischen dem Erhalt der heimatischen Bauernhöfe und dem Recht, weiterhin ihre Muttersprache zu verwenden, stellte. Wer für die deutsche Sprache „optierte“, musste die Umsiedlung nach Deutschland in Kauf nehmen. Das Abkommen zwischen Mussolini und Hitler wurde am 21. Oktober 1939, also exakt zum Zeitpunkt der Nisko-Aktion, unterschrieben. Siehe: Karl Stuhlpfarrer, *Umsiedlung Südtirol 1939–1940*, 2 Bde., Wien–München 1985.

75 Götz Aly, „Endlösung“. *Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden*, Frankfurt/M. 1995, S. 65.

76 Zitiert in: Goshen, *Eichmann und die Nisko-Aktion*, S. 83.

vorgesehene Gebiet zu prüfen, wobei es vor allem um die Klärung von drei Fragen ging: die „Lebensverhältnisse, die eventuellen Unterbringungsmöglichkeiten und die Fahrtstrecke des Transportes mit dem in Aussicht genommenen Endbahnhof“. ⁷⁷ Offensichtlich entsprachen die Verhältnisse in Rozwadów nicht den Erwartungen, obwohl Eichmann auf der Besprechung am 9. Oktober in Mährisch-Ostrau noch gemeint hatte, das in Aussicht genommene Lager werde sich „wahrscheinlich in der Nähe des Eisenbahnknotenpunktes Rozwadów befinden“. ⁷⁸ Der nächste Bahnhof, Nisko, nur 15 km flussaufwärts von Rozwadów, erschien Eichmann wohl eher geeignet. Die endgültige Entscheidung fiel aber erst nach der Rückkehr der Erkundungsmission nach Krakau. Am 15. Oktober telegraphierte Eichmann den Entschluss, die „Eisenbahnstation für Transporte ist Nisko am San“, an SS-Obersturmführer Günther nach Mährisch-Ostrau. ⁷⁹

Unter den alten Leuten, die Mečislav Borák 1991 und 1993 in Zarzecze interviewte, war auch ein Zeitzeuge, der als junger Bub die Inspizierung des künftigen Lagergeländes durch die Erkundungsmission beobachtet hatte. Weil Adolf Eichmann seit dem Prozess in Jerusalem weltweit zum Inbegriff der Deportationen wurde, aber kaum jemand jemals von seinem Vorgesetzten Stahlecker gehört hatte, schien für den von Borák interviewten Dorfbewohner klar, dass die Gruppe nur von Eichmann selbst angeführt worden sein konnte: „Gemeinsam mit anderen Buben hatten wir die Kühe auf die Weide hinausgeführt, wie üblich nahe der Brücke über den San-Fluss. Aber wir waren sehr überrascht, als sie uns von der Brücke verscheuchten. Sie sagten uns, wir dürften dort nicht sein, weil gleich jemand kommen werde. So versteckten wir uns in einiger Entfernung und schauten, was passieren würde. Einige Autos kamen, und ein deutscher Offizier stieg auf der Brücke aus. Er war vermutlich hochrangig, weil er durch viele andere Deutsche umringt war. Ein paar Tage später hörten wir ein Gerücht, dass es Eichmann gewesen sei und dass er einen Ort für ein Judenlager ausgesucht hatte.“ ⁸⁰

Dass es sich bei der „Gruppe Kultusgemeinde“ nicht nur um eine kurze Erkundungsmission handeln sollte, ging aus der Anordnung, Wäsche und Klei-

77 Moser, Nisko, S. 45. Auszüge aus Günthers Bericht sind auch abgedruckt in: Borák, First Deportation, S. 76 (übersetzt aus: Nationalarchiv Prag, Gestapo, 101-653-1a, S. 25).

78 Faksimile des Protokolls der Besprechung vom 9. 10. 1939: Borák, First Deportation, Dok. 8, S. 322–325, hier 322.

79 Faksimile des Telegramms vom 15. Oktober 1939 in: Borák, First Deportation, Dok. 11, S. 330.

80 Aufzeichnung eines Gesprächs von Mečislav Borák mit Stanisław Dziura, abgedruckt in: Borák, First Deportation, S. 76.

derung für mindestens vier Wochen mitzunehmen, hervor. Da sich unter den von Wien nach Mährisch-Ostrau und von dort dann nach Polen beorderten Funktionären auch der Stellvertreter von Amtsdirektor Josef Löwenherz, Benjamin Murrelstein, befand, protestierte Löwenherz bei Eichmann und schlug vor, statt Murrelstein dessen von vielen Angehörigen der Kultusgemeinde ohnehin abgelehnten jungen Mitarbeiter Robert Prochnik,⁸¹ Sekretär der Amtsdirektion der Kultusgemeinde, nach Polen zu entsenden. Eichmann bestand darauf, dass Murrelstein wenigstens während der ersten Tage der Aktion vor Ort anwesend sein müsse. Die Voraus-Gruppe war prominent zusammengesetzt. Von Wiener Seite gehörten ihr an: der bereits genannte Benjamin Murrelstein in seiner Funktion als Leiter der Auswanderungsabteilung der Kultusgemeinde (Murrelstein stammte aus Lemberg und war mit den Verhältnissen in Polen vertraut); der ebenfalls in Lemberg geborene stellvertretende Leiter des Palästinaamts in der Marc-Aurel-Straße Maurycy Moses Grün; weiters der aus Czernowitz gebürtige sechzigjährige Bankier und Industrielle Berthold Storfer,⁸² Leiter des „Ausschusses für jüdische Überseetransporte“; Julius Boschan, der zunächst die Expositur der Kultusgemeinde bei der Zentralstelle für jüdische Auswanderung leitete und dann bis Dezember 1939 in Nisko blieb. Aus Prag waren dies der ebenfalls aus Galizien stammende Leiter des Palästinaamts der Kultusgemeinde Jakob Edelstein, den Eichmann im Mai 1939 nach Palästina geschickt hatte, um bei den Behörden des britischen Mandatsgebiets „einen entsprechenden Anteil der [für die legale Immigration erforderlichen] Zertifikate für das Protektoratsgebiet sicherzustellen“;⁸³ der bei der Prager Kultusgemeinde tätige Wiener Richard Friedmann, der die Arrangements der Wiener Kultusgemeinde mit Eichmann zur Erleichterung der Emigration möglichst vieler Jüdinnen und Juden vehement ablehnte.⁸⁴

Unabhängig davon, ob überhaupt, und wenn, in welcher Form eine etwaige Ansiedlung im Distrikt Lublin erfolgen sollte, ging es den unmittelbar mit der

81 Zu Prochnik: Dieter J. Hecht / Michaela Raggam-Blesch / Heidemarie Uhl, *Der Aspangbahnhof – zentraler Deportationsort für Jüdinnen und Juden aus Wien und Österreich. Historische Darstellung und Quellendokumentation*, Wien 2016, S. 20; Gerhard Zeilinger, *Überleben: Der Gürtel des Walter Fantl*, Wien 2018, S. 99. (Fantl erinnerte sich an Prochniks „Befehlston“ und sein herrisches Auftreten „in Breecheshosen und schwarzen Schaftstiefeln [...], als wäre er selbst ein SS-Mann“.)

82 Gabriele Anderl, *9096 Leben – Der unbekannteste Judenretter Berthold Storfer*, Berlin 2012.

83 Wolf Gruner, *Die Judenverfolgung im Protektorat Böhmen und Mähren. Lokale Initiativen, zentrale Entscheidungen, jüdische Antworten 1939–1945*, Göttingen 2016, S. 72.

84 Zu Richard Friedmann: Lisa Hauff, „... zwischen Hammer und Amboss“. Selbstwahrnehmung und Zuschreibung bei Benjamin Murrelstein, in: Ronny Loewy / Katharina Rauschenberger (Hrsg.), *„Der Letzte der Ungerechten“. Der „Judenälteste“ Benjamin Murrelstein in Filmen 1942–1975*, Frankfurt/M. 2011, S. 53–74, hier 68.

Durchführung des Projekts befassten NS-Funktionären letztendlich in erster Linie darum, die sich durch die Eroberung Polens ergebenden Möglichkeiten zur Vertreibung möglichst vieler Jüdinnen und Juden außerhalb der neuen Reichsgrenzen zu nutzen. Diese Personen hatten alle die Ränge von SS-Obersturm- und Hauptsturmführern, was dem (niedrigen) Offiziersrang eines Oberleutnants bzw. Hauptmanns bei der Wehrmacht entsprach. Erst im Laufe des Krieges wurden einige von ihnen zu Sturmbannführern, Eichmann sogar zum Obersturmbannführer (Oberstleutnant) befördert. Nur Theodor Dannecker war SS-Oberscharführer (Feldwebel) und wurde erst spät zum Hauptsturmführer befördert. Beteiligt waren neben Adolf Eichmann Alois Brunner, nach Eichmanns Weggang ab Frühjahr 1939 De-facto-Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, der Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Prag Hans Günther und sein Bruder Rolf Günther von der Wiener Zentralstelle, der die Aktion in Mährisch-Ostrau koordinierte, sowie Eichmanns engster Mitarbeiter im Reichssicherheitshauptamt, der bereits genannte Theodor Dannecker. Die relative Entscheidungsfreiheit von Funktionären eines so niedrigen Ranges hatte vor allem zwei Gründe:

Erstens wurden sie von Personen aus der unmittelbaren Umgebung der Leitung des Reichssicherheitshauptamtes unterstützt. Eine besonders wichtige Rolle bei Eichmanns Plänen bezüglich Nisko spielte der bereits erwähnte Walter Stahlecker, der ein gutes Verhältnis zu RSHA-Chef Reinhard Heydrich hatte. Stahlecker stand damals kurz vor seiner Ernennung zum SS-Oberführer. 1941 übernahm er das Kommando der Einsatzgruppe A. Am 31. Jänner 1942 berichtete er Heydrich auf über hundert Seiten („Stahlecker-Bericht“) über die Erfolge der von ihm befehligten Mordeinheiten im Baltikum und in Weißrussland: Eine Viertelmillion hatten sie bis dahin schon umgebracht, informierte er salopp. Die Anzahl der „noch vorhandenen Juden“ schätzte er auf 128.000. Estland war auf der beigefügten Karte schon mit „judenfrei“ vermerkt.⁸⁵ Als Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Österreich hatte Stahlecker bereits 1938 in Wien eng mit Eichmann zusammengearbeitet. Er war formaler Leiter der – de facto von Eichmann allein geführten – Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Im Juni 1939 ernannte ihn Himmler zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Protektorat Böhmen und Mähren, womit Stahlecker unmittelbares Durchgriffsrecht gegenüber der Sicherheits- und Ordnungspolizei auf allen Ebenen hatte.

85 Siehe dazu: Winfried R. Garscha, „Ein unermüdliches Beharren auf Empirie und Nüchternheit“. Die Erforschung der Vernichtungsstätte Maly Trostinec, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Deportation und Vernichtung – Maly Trostinec. Jahrbuch 2019, Wien 2019, S. 65–151, hier 75.

Zweitens war die Befehlsstruktur durch die Tatsache begünstigt, dass in den Tagen der Nisko-Aktion in den eroberten Gebieten noch keine Zivilverwaltung existierte – das Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete wurde erst am 26. Oktober 1939 geschaffen, also nach dem formalen Abbruch der Nisko-Aktion. Die Wehrmacht war gerade dabei, ihre Kommissare durch zivile Landräte zu ersetzen,⁸⁶ und durch die plötzliche Ankunft Tausender Juden überrascht. Sie protestierte gegen den „völlig planlos einsetzenden Zustrom jüdischer Flüchtlinge und Emigranten“.⁸⁷

Auf die Abwicklung der einzelnen Transporte sowie die unterschiedlichen Angaben zur Zahl der deportierten Personen wird weiter unten näher eingegangen. Im April 1940 war mit der formellen Entlassung von 516 Männern das Scheitern der Aktion offenkundig. Über 4.000 Deportierte (darunter mehr als 1.300 aus Wien) blieben im Generalgouvernement bzw. waren über die Demarkationslinie in sowjetisches Gebiet vertrieben worden.

Verwirrend waren die Kompetenzen während des gesamten Zeitraums des Bestehens der „Zentralstelle für jüdische Umsiedlung Nisko“ bzw. des Lagers in Zarzecze. Mit den Planungen war die Zweigstelle Mährisch-Ostrau der Zentralstelle für jüdische Auswanderung Prag beauftragt, das Lager selbst unterstand aber bis zur Übertragung der gesamten Verantwortung an den Lagerkommandanten am 19. Dezember 1939 nicht Mährisch-Ostrau, sondern der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung. Selbst die Bezeichnung des Lagers variierte. Mitunter wurde es auch „Zentralstelle für jüdische Umschulung“ oder auch „Umschulungslager“ genannt. In Korrespondenzen von Deportierten mit der IKG findet sich auch die Bezeichnung „Umsiedlungslager“. Die Entlassungspapiere der 516 Männer trugen teilweise den Stempelaufdruck „Zentralstelle für jüdische Umsiedlung Nisko“ mit dem Zusatz „Kommando SS – Lager Zarzecze“.⁸⁸

86 Bogdan Musiał, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999 [= Quellen und Studien des Deutschen Historischen Instituts Warschau, Bd. 10], S. 14–18.

87 Goshen, Eichmann, S. 93, unter Bezugnahme auf einen Bericht der Aufklärungsabteilung der 44. Division vom 25. November 1939. Die 1938 in Wien aufgestellte 44. Infanteriedivision hatte sich von der Nord-Slowakei aus am Überfall auf Polen beteiligt, war bis Lemberg vorgestoßen und befand sich zu diesem Zeitpunkt im Raum Tomaszów Lubelski. Siehe: <http://www.lexikon-der-wehrmacht.de/Gliederungen/Infanteriedivisionen/44ID.htm> [7. 3. 2020].

88 Borák, The First Deportation, S. 130.

Die Voraussetzung: Die deutsch-sowjetischen Abmachungen von August und September 1939

Am 11. Juli 1961 kam Generalstaatsanwalt Gideon Hausner im Prozess gegen Adolf Eichmann in Jerusalem auf eine Aussage Eichmanns während der achtmonatigen Verhöre durch den israelischen Polizeioffizier Avner Less zu sprechen. Eichmann hatte Less berichtet, wie er sich gemeinsam mit SS-Oberführer Stahlecker am 12. Oktober 1939 auf den Weg gemacht hatte, um einen geeigneten Ort zur Errichtung eines Durchgangslagers zur Aufnahme der umzusiedelnden jüdischen Bevölkerung zu erkunden. Auf dem Weg zum San mussten Stahlecker, Eichmann und ihre Begleiter ein Gebiet durchqueren, das noch von sowjetischen Truppen besetzt war. „Posten des russischen NWD⁸⁹ hatten uns durch das russische Gebiet geleitet.“⁹⁰

Hausner wollte vom Angeklagten wissen, wie es kam, dass sie auf ihrer Erkundungsmission von einem Mann der sowjetischen politischen Polizei GPU begleitet wurden. Eichmann erläuterte, dass sie, um in das Gebiet zwischen Lublin und dem San zu gelangen, die deutsch-sowjetische Demarkationslinie zu überqueren hatten. Für offizielle Fahrzeuge wie Truppentransporte war das damals an bestimmten Punkten möglich, allerdings mussten die deutschen Fahrzeuge bei der Durchquerung des sowjetisch besetzten Gebiets von einem GPU-Mann eskortiert werden. Stahlecker habe ein diesbezügliches Ansuchen bei einem lokalen Grenzposten der Roten Armee gestellt.⁹¹

Es ist nicht anzunehmen, dass die Mehrheit der Personen im Gerichtssaal von Jerusalem mit der Geografie Zentralpolens vertraut war und begriff, dass Eichmanns Aussage nichts Anderes bedeutete, als dass die deutsch-sowjetische

89 Mit „NWD“ war offenkundig „NKWD“ [Volkskommissariat für innere Angelegenheiten], später „MWD“ [Ministerium für innere Angelegenheiten], gemeint.

90 Police d'Israël, Quartier Général, 6^{ème} Bureau (Hrsg.), Adolf Eichmann [= sechsbändige Faksimileausgabe der Verhörprotokolle], Bd. I, S. 124. Auszugsweise zitiert in: Moser, Nisko, S. 45. Ein Exemplar dieser für behördeninterne Zwecke angefertigten Faksimileausgabe, die auch die handschriftlichen Einfügungen und Korrekturen durch Avner Less enthält, wird im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes aufbewahrt.

91 Im englischen Transkript des Hautverhandlungsprotokolls, das vom „Shofar FTP Archive“ zugänglich gemacht wurde, lautet Eichmanns Aussage: „Your Honour, when it was necessary to cross the demarcation line, and permission was granted, this was possible at certain fixed points. This applied to troop transports etc., in any event official vehicles, but only if escorted by a GPU man, and I don't know whether it was still called GPU then or NKVD, which provided the escort across this Soviet sector. Stahlecker applied to the local post of the border police of the Red Army.“ Siehe: <http://www.nizkor.com/ftp.cgi/people/e/eichmann.adolf/transcripts/ftp.cgi?people/e/eichmann.adolf/transcripts/Sessions/Session-091-04> [7. 3. 2020].

Truppenentflechtung auch zwei Wochen nach dem Abschluss des Grenz- und Freundschaftsvertrags am 28. September 1939 noch nicht abgeschlossen war (tatsächlich dauerte die Räumung des gesamten Gebiets zwischen den Flüssen Bug und San durch die Rote Armee noch bis Mitte Oktober 1939). Aus diesem Grund verlief die Demarkationslinie zu dieser Zeit an manchen Stellen noch mehr als hundert Kilometer westlich der vereinbarten Linie entlang des Bugs. Der Verlauf dieser Demarkationslinie und das „Grenzregime“ auf beiden Seiten der Demarkationslinie waren für die nach Nisko deportierten Juden aus Mährisch-Ostrau, Wien und Kattowitz – und darüber hinaus für Hunderttausende polnische Juden und Jüdinnen – von entscheidender Bedeutung für die Überlebenschancen in den darauffolgenden Jahren.

Die beiden deutsch-sowjetischen Verträge vom 23. August 1939 (Nichtangriffspakt⁹²) und 28. September 1939 (Grenz- und Freundschaftsvertrag⁹³) und ihre jeweiligen Zusatzprotokolle regelten neben der sowjetischen Neutralität gegenüber den deutschen Feldzügen u. a. die territoriale Aufteilung Polens und des Baltikums zwischen Deutschland und der Sowjetunion sowie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten. Die Umstände ihres Zustandekommens und die Interpretation der Absichten und Motive insbesondere

92 „Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ und „Geheimes Zusatzprotokoll“. Das Faksimile der beiden von den Außenministern Joachim Ribbentrop und Wjatscheslaw Molotow unterschriebenen Texte ist abgedruckt u. a. in: Ingeborg Fleischhauer, *Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939*, Berlin–Frankfurt/M. 1990, S. 543 f., 545 f. Die russische Urschrift des geheimen Zusatzprotokolls (Sekretnyj dopolnitel’nyj protokol) wurde publiziert in: Erwin Oberländer (Hrsg.), *Hitler-Stalin-Pakt 1939: Das Ende Ostmitteleuropas*, Frankfurt/M. 1989, S. 129 f. Die beiden Texte wurden erstmals publiziert in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945 (künftig: ADAP), Serie D, Bd. VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch, 9. August – 3. September 1939*, Baden-Baden 1956, Dok. 309, S. 206 f. Die Texte des deutsch-sowjetischen Vertrags und des dazugehörigen geheimen Zusatzprotokolls sind auf zahlreichen Internet-Seiten zugänglich. Siehe beispielsweise: <https://www.ns-archiv.de/krieg/sowjetunion/vertrag/nichtangriffspakt.php> [7. 3. 2020].

93 „Deutsch-sowjetischer Grenz- und Freundschaftsvertrag“. Der von den Außenministern Ribbentrop und Molotow unterschriebene Vertragstext selbst sowie die ebenfalls jeweils von beiden Ministern unterschriebenen zwei „geheimen Zusatzprotokolle“, das „vertrauliche Protokoll“ betreffend Übersiedlungen sowie die gemeinsame „Erklärung der Deutschen Reichsregierung und der Regierung der UdSSR. Vom 28. September 1939“ wurden als Faksimile abgedruckt in: Oberländer, *Hitler-Stalin-Pakt*, S. 137. Die erste Publikation der kompletten Texte erfolgte in: ADAP, Serie D, Bd. VIII: *Die Kriegsjahre. 1. Bd.: 4. September 1939 bis 18. März 1940*, Baden-Baden–Frankfurt/M. 1961, Dok. Nr. 157, S. 127 f. – Im Internet u. a. bereit gestellt vom „Münchener Digitalisierungszentrum“: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0027_gre&object=translation&st=&l=de [7. 3. 2020].

der sowjetischen Vertragspartei sind in den letzten Jahren erneut zum Gegenstand heftigster geschichtspolitischer Kontroversen nicht nur zwischen Polen und Russland, sondern auch auf europäischer Ebene geworden. Die ursprünglich nur vereinzelt vertretene Ansicht, der deutsch-sowjetische Pakt sei Ausdruck eines gemeinsamen Völkermordprojekts von Hitler und Stalin, ist seit geraumer Zeit in Polen und in den baltischen Republiken zur kaum hinterfragten herrschenden Meinung geworden. Diese Ansicht wurde mittlerweile auch in den übrigen Ländern der Europäischen Union mehrheitsfähig, wenngleich in Gestalt einer etwas abgeschwächten Interpretation, die in dem Pakt den Auftakt zum Zweiten Weltkrieg sieht, dessen Entfesselung somit beide totalitäre Regime gleichermaßen zu verantworten hätten. Eine entsprechende, nahezu einstimmig beschlossene Resolution des EU-Parlaments von 2009 wurde am 19. September 2019 neuerlich bekräftigt.⁹⁴

Im Folgenden soll nur auf solche Aspekte eingegangen werden, die das Thema des vorliegenden Aufsatzes unmittelbar berühren, wie etwa die Gründe dafür, dass das von deutschen Truppen bereits eingekesselte Lemberg (polnisch Lwów, ukrainisch L'viv) ab Ende September 1939 sowjetisch wurde.

Im zweiten Punkt des Geheimen Zusatzprotokolls zum Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 einigten sich die deutschen und sowjetischen Unterhändler über die Abgrenzung ihrer „Interessensphären“ für „den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete“. Die Grenze zwischen den beiden Interessensphären sollten die Flüsse Narew, Weichsel und San bilden, was hieß, dass die Hauptstadt Warschau teilweise in der deutschen, teilweise in der sowjetischen Interessensphäre lag. Die deutsche Russland-Historikerin Ingeborg Fleischhauer hat darauf hingewiesen, dass der Begriff „Interessensphären“ (und nicht „Einflussphären“) ebenso unterschiedliche Interpretationen zulässt wie die Formulierung der „territorial-politischen Umgestaltung“, für die die russische Version des Vertrags den Begriff *pereustrojstvo* [„Umbau“] verwendete, der im Russischen im Sinne von „Reorganisation“ verwendet wird und keine kriegerische Konnotation hat. Damit bleibe unklar, welche Optionen sich die sowjetische Seite mit den Ab-

94 Der Text der „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. September 2019 zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas“ ist auf der Website des EU-Parlaments zugänglich: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2019-0021_DE.html?fbclid=IwAR3TuxqT_47w4sywfjrMP-04CUUHpu9TxgVxe-q7fqH61EVK-qrBq_nBcZ-E [7. 3. 2020]. – Siehe dazu auch: <http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/gedenktage/23.-august/23-august-ein-gedenktage-als-ausdruck-eines-gemeinsamen-europaischen-geschichtsbewusstseins-oder-von-geschichtsklitterung> [7. 3. 2020].

machungen im Zusatzprotokoll offenhalten wollte.⁹⁵ Der Sinn dieser Abgrenzung ergab sich aus der Übereinstimmung der vertragschließenden Parteien bezüglich der Frage der „Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates“: Ob diese überhaupt „erwünscht“ sei und „wie dieser Staat abzugrenzen wäre“, könne „endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden“.⁹⁶

Aus den Aufzeichnungen des Legationsrates an der deutschen Botschaft in Moskau, Gustav Hilger, über die Verhandlungen von Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop in Moskau geht hervor, dass „die Frage der Erhaltung eines unabhängigen Rest- bzw. Rumpf-Polens [...] auf Wunsch Stalins offengeblieben“ war; die sowjetische Seite wollte, kommentiert Fleischhauer, offenbar „den polnischen Puffer gegen die nach Osten orientierte Wehrmacht wohlweislich erhalten“.⁹⁷ Fleischhauer schließt dies sowohl aus der Formulierung Ribbentrops bei den Verhandlungen im September, dass inzwischen „auch die Sowjetregierung dem Gedanken einer klaren Aufteilung Polens näher gekommen zu sein“ scheine,⁹⁸ als auch aus der Überlegung Stalins, dass die UdSSR bei einem Festhalten an der Weichsel-Grenze „den Weg der Schaffung einer autonomen polnischen sozialistischen Sowjetrepublik gehen würde“, was zu Bestrebungen nach „Wiedervereinigung und Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Staates“ führen und damit „Zwietracht zwischen Deutschland und der Sowjetunion [...] säen“ könne.⁹⁹ Für die erstmals von Martin Broszat¹⁰⁰ vertretene These, es sei Hitler gewesen, der einen deutschen Vasallenstaat „Restpolen“ geplant habe, gibt es außer einer Tagebucheintragung von Generaloberst Halder vom 7. September 1939¹⁰¹ keinen Beleg.

Bezüglich der im Vertrag vorgesehenen „territorial-politischen Umgestaltung“ begann Hitler-Deutschland durch den Angriff auf Polen am 1. September 1939, Fakten zu schaffen. Bereits am zehnten Tag nach Beginn der Kampfhandlungen hatte die Deutsche Wehrmacht nicht nur Warschau eingeschlossen, sondern stieß, nachdem sie von der polnischen Armee am Fluss Narew in einer

95 Fleischhauer, *Der Pakt*, S. 435 f.

96 Ebenda, S. 545.

97 Ingeborg Fleischhauer, *Der deutsch-sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Die deutschen Aufzeichnungen über die Verhandlungen zwischen Stalin, Molotov und Ribbentrop in Moskau*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 39 (1991), H. 3, S. 447–470, hier 451.

98 Ebenda, S. 456.

99 Ebenda, S. 458.

100 Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik*, S. 14.

101 Franz Halder, *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942*, Bd. 1, Stuttgart 1962, S. 65.

blutigen Schlacht fünf Tage lang aufgehalten worden war, in Richtung Bug vor. Mitte September begann der Angriff auf Brest-Litowsk. Im Süden erreichte die Wehrmacht am 12. September Lemberg, das von der deutschen Luftwaffe bereits am ersten Tag des Krieges bombardiert worden war. Unterstützt von der Bevölkerung, darunter Studenten der Lemberger Polytechnischen Hochschule, konnten die von General Władysław Langner befehligten polnischen Truppen die belagerte Stadt über eine Woche lang erfolgreich verteidigen.¹⁰²

Mit dem militärischen Vorstoß weit hinein in jenes Gebiet, das beide Seiten soeben erst als sowjetische Interessensphäre definiert hatten, kam Deutschland den oben erwähnten Vorstellungen über die mögliche Errichtung eines unter sowjetischem Einfluss stehenden polnischen Staats östlich der Weichsel oder der Ausrufung einer polnischen Sowjetrepublik (wie dies ein knappes Jahr später in den drei baltischen Staaten erfolgte) zuvor. Schon seit dem 3. September hatte Berlin darauf gedrängt, dass die UdSSR militärisch aktiv werde.¹⁰³

Die Sowjetunion reagierte auf diesen Druck in zweifacher Hinsicht. Erstens begann sie mit den unmittelbaren Vorbereitungen ihres eigenen militärischen Eingreifens. Am 14. September richteten Verteidigungsminister („Volkskommissar für Militär- und Marineangelegenheiten“) Kliment Woroschilow und sein Stellvertreter, Generalstabschef Boris Schaposchnikow, Direktiven an die Kriegsräte des Weißrussischen und des Kiewer Sondermilitärbezirks, mit denen als Angriffstermin der 17. September festgesetzt wurde, um mit „blitzschnellem Schlag die uns gegenüberstehenden Feindkräfte zu zerschlagen“.¹⁰⁴ In der Kommunikation mit den eigenen Soldaten bot die Führung der Roten Armee diesen eine Motivation für den Angriff, die sowohl die nationalen Gefühle von Ukrainern und Weißrussen berücksichtigte als auch an das Selbstverständnis der Roten Armee als revolutionärer Truppenkörper anknüpfte. So hieß

102 Henryk Ditchin, *Die Politechnika Lwowska in Lemberg. Geschichte einer Technischen Hochschule im multinationalen Umfeld*, Berlin 2015, S. 226. General Langner lehnte deutsche Angebote zur Übergabe der Stadt ab und entschied am 22. September, gegenüber der inzwischen vor Lemberg eingetroffenen Roten Armee (Oberst Iwanow von der 10. Panzerbrigade) zu kapitulieren. Siehe: Jürgen Beck (Hrsg.), *Die Schlachten der Wehrmacht in Polen*, Altenmünster 2019, Bd. 5, S. 24–28.

103 Siehe ADAP, Serie D, Bd. VII, Dok. 567, S. 450 f.

104 Die beiden Direktiven wurden in den 1990er Jahren in Russland veröffentlicht: Rudolf Pichoja / Aleksandr Gejstor (Hrsg.), *Katyn. Plenniki neob'javlennoj wojny. Dokumenty i materialy* [Katyn, Gefangene eines nichterklärten Krieges. Dokumente und Materialien], Moskau 1997, Dok. 3 u. 4, S. 59–63. Zitiert in: Sergej Slutsch, 17. September 1939: Der Eintritt der Sowjetunion in den Zweiten Weltkrieg. Eine historische und völkerrechtliche Bewertung, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 48 (2000), H. 2, S. 219–254, hier 226.

es im Befehl an die Truppen der Belorussischen Front, es sei notwendig, „den aufständischen Arbeitern und Bauern Weißrußlands und Polens beim Sturz des Jochs der Großgrundbesitzer und Kapitalisten Beistand zu erweisen und die Besetzung des Territoriums des Westlichen Weißrußlands durch Deutschland zu verhindern“.¹⁰⁵ Allerdings begnügte sich die Rote Armee nicht mit der Eroberung von Gebieten, die mehrheitlich von einer weißrussisch oder ukrainisch sprechenden Bevölkerung bewohnt waren. Ziel der militärischen Operationen war offensichtlich, die Deutsche Wehrmacht nicht zu weit in das im Geheimen Zusatzprotokoll vom 23. August 1939 als sowjetische „Interessensphäre“ definierte Territorium vordringen zu lassen. Piotr Eberhard, Professor am Institut für Geografie und Raumplanung der Polnischen Akademie der Wissenschaften, fasste in einem Aufsatz zu den Verschiebungen der polnischen Ostgrenze, erschienen in dem von der Litauischen Geografischen Gesellschaft herausgegebenen Jahrbuch, zusammen: „Sowjetische Truppen eroberten Ostpolen, nahmen Grodno im Sturm und überquerten den Bug an seinem Mittellauf, nahmen Siedlce ein und näherten sich sogar Mińsk Mazowiecki“.¹⁰⁶ Damit stand die Rote Armee weniger als fünfzig Kilometer östlich der als deutsch-sowjetische Interessensgrenze vereinbarten Weichsel. Am San hatten Truppen der Roten Armee diese Linie – u. a. bei Ulanów, südlich von Nisko – sogar erreicht.

Zweitens bereitete die sowjetische Regierung die Publikation einer Karte vor, aus der die am 23. August vereinbarte Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären unmissverständlich hervorging. In der Legende zur Karte war allerdings nicht von Interessensphären die Rede, sondern es wurde eine Formulierung gewählt, die offen ließ, wann die Vereinbarung getroffen worden war: „Demarkationslinie zwischen der deutschen und sowjetischen Armee, festgelegt durch die deutsche Regierung und die Regierung der UdSSR“.¹⁰⁷ Die Veröffentlichung der Karte erfolgte erstmals am 18. September, dem Tag nach Beginn des sowjetischen Einmarschs in Ostpolen, auf der Titelseite der Regierungszeitung „Iswestija“ – diese Zeitung wurde nach dem Abschluss des Nichtangriffsvertrags auch nach Deutschland geliefert und lag hier in mehreren Bibliotheken, darunter der Nationalbibliothek in Wien, auf.

105 Einsatzbefehl Nr. 01 des Stabs der Belorussischen Front vom 15. 9. 1939, zitiert in: Slutsch, 17. September 1939, S. 226, nach dem russischen Original: Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv [Russisches staatliches Militärarchiv], fond 35086, opis 1, delo 2, listok 1.

106 Piotr Eberhard, Polish Eastern Border Changes in 1939–1945, in: *Annales Geographicae*, Jg. 39 (2006), S. 29–44, hier 30. Online: http://www.gamtostyrimai.lt/uploads/publications/docs/288_72cfaa039f3b39e338916e24b65159b4.pdf [7. 3. 2020].

107 *Izvestija Sovetov deputatov trudjaščichsja SSSR* [Nachrichten des Rats der Arbeiterdeputierten der UdSSR], 18. 9. 1939, S. 1.



Der Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 wurde von der sowjetischen Regierungszeitung „Iswestija“ schon vier Wochen später, am 18. 9. 1939, öffentlich gemacht. Allerdings informierte der Bildtext nicht, wann und wo diese Linie, die mitten durch die polnische Hauptstadt Warschau führte, vereinbart wurde: „Demarkationslinie zwischen der deutschen und sowjetischen Armee, festgelegt durch die deutsche Regierung und die Regierung der UdSSR“. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Karte auf der Titelseite der „Iswestija“ verteidigte die polnische Armee das seit 11. September eingekesselte Warschau noch gegen die Deutsche Wehrmacht.

Die Veröffentlichung der Karte an diesem und am nächsten Tag deutet darauf hin, dass die sowjetische Seite den von Botschafter Friedrich-Werner Graf von der Schulenburg überbrachten deutschen Zusicherungen misstraute, Deutschland fühle sich – „unabhängig von rein militärischen Operationen“ – an die „in Moskau vereinbarte Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären“ gebunden.¹⁰⁸ Am 18. September äußerte Stalin in einer persönlichen Aussprache mit dem deutschen Botschafter Zweifel, dass sich die Wehrmacht an die

¹⁰⁸ Drahtweisung des Reichsaußenministers an den deutschen Botschafter in der Sowjetunion vom 15. 9. 1939, abgedruckt in: Walther Hofer, Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, Neuauf., Münster 2007, Dok. 27/10, S. 159 f.

Abmachungen halten und auf die vereinbarte Linie zurückgehen würde.¹⁰⁹ Da es zunächst keine Kontakte zwischen den aufeinander zumarschierenden deutschen und sowjetischen Einheiten gab, war es „zu Reibereien zwischen Einheiten der Wehrmacht und der Roten Armee gekommen [...], die auf beiden Seiten Opfer gefordert hatten“.¹¹⁰ Dokumentiert ist ein solcher bewaffneter Zusammenstoß in Lemberg.¹¹¹ Hatten Parlamentäre der Roten Armee am Morgen des 19. September den polnischen Verteidigern gegenüber noch erklärt, sie seien zur Unterstützung gegen die Deutschen gekommen, so einigten sich Einheiten der Ukrainischen Front der Roten Armee in der Nacht auf den 20. September mit dem Kommando der Gebirgsjäger des XVIII. Armeekorps der Deutschen Wehrmacht im Westen der Stadt auf eine gemeinsame Belagerung, was jedoch durch den Rückzug der Wehrmacht am Tag darauf hinfällig wurde.¹¹² Die bei Verhandlungen in Moskau am 20. und 21. September erzielte Einigung auf wechselseitige militärische Unterstützung fand ihren sichtbarsten Ausdruck in einer gemeinsamen Militärparade am 22. September in Brest. Die Parade wurde auf deutscher Seite von General Guderian für die Panzertruppen und dem aus Österreich stammenden Generalleutnant Wiktorin für die Infanterie, von sowjetischer Seite von dem aus einer jüdischen Familie stammenden Brigadekommandeur Kriwoschein, der 1944 eine maßgebliche Rolle bei der Wiedereroberung von Brest durch die Rote Armee spielen sollte, abgenommen.¹¹³ Am 27. September flog der deutsche Außenminister noch einmal nach Moskau, um mit Stalin direkt zu verhandeln. Ribbentrop legte umfangreiche deutsche „Wünsche“ hinsichtlich des polnischen Territoriums vor, da es schließlich Deutschland gewesen sei, das den gewichtigsten Beitrag „zur Lösung der polnischen Frage geleistet“ habe, noch dazu „mit außergewöhnlicher Schnelligkeit“.

109 Drahtbericht des deutschen Botschafters in der Sowjetunion an das Auswärtige Amt in Berlin vom 18. 9. 1939, abgedruckt in: Ebenda, Dok. 27/13, S. 162.

110 Quellen dazu: Slutsch, 17. September 1939, S. 229.

111 Zu den Kämpfen am 19. September in Łyczaków (heute: Lyčakiv), dem östlich des Stadtzentrums gelegenen Vorort Lembergs mit dem großen Prominenten-Friedhof, siehe: Beck, Schlachten der Wehrmacht in Polen, S. 27.

112 Siehe: Artur Leinwand, Obrona Lwowa we wrześniu 1939 roku [Die Verteidigung Lembergs im September 1939], Rocznik Lwowski [Lemberger Jahrbuch], Jg. 2 (1992), S. 33–58. Internet-Ausgabe: <http://www.lwow.com.pl/rocznik/obrona39.html> [7. 3. 2020].

113 Siehe das Foto der drei Generäle im deutschen Bundesarchiv: Bild 1011-121-0011A-22. Das Defilee deutscher und sowjetischer Panzer an der Kreuzung Kościuszko- und Unii Lubelskiej-Straße (später in Gogol- und Lenin-Straße umbenannt) ist eine der Zeichnungen, die der Brester Physiker und Amateurkünstler Wladimir Gubenko nach 1944 aus eigener Erinnerung und gestützt auf Berichte Einheimischer anfertigte: Wladimir Gubenko, Brest moej pamjati. 30–60e gody XX veka [Das Brest meiner Erinnerung. 30er bis 60er Jahre des 20. Jahrhunderts] / Brest of My Memory. 30s–60s of the XX Century, Brest 2019.

Man habe den deutschen Soldaten nicht zumuten können, „sie in umgekehrter Richtung marschieren zu lassen“,¹¹⁴ mit anderen Worten: Die Wehrmacht solle dort stationiert bleiben, wo sie gerade war – und das war nicht nur am Bug, sondern auch im Gebiet der galizischen Erdölfelder bei Borysław und Drohobycz. Im Gegenzug bot Ribbentrop Entgegenkommen bezüglich des sowjetischen Interesses an Litauen (das am 23. August der deutschen „Interessensphäre“ zugeschlagen worden war) an. Stalin war aber nur bezüglich der von der Wehrmacht bereits eroberten Gebiete zwischen Weichsel und Bug zu Zugeständnissen bereit, da es ohnehin zweckmäßig sei, „die ethnographisch zu Polen gehörenden Gebiete in einer Hand und zwar in deutscher Hand zu belassen, damit Deutschland sich dort nach eigenem Gutdünken einrichten könne“.¹¹⁵ Die zweitägigen Verhandlungen führten zur Unterzeichnung eines „Grenz- und Freundschaftsvertrags“. Im Artikel I des Vertrags legten die „deutsche Reichsregierung und die Regierung der UdSSR [...] als Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen im Gebiete des bisherigen polnischen Staates die Linie fest, die [...] in einem ergänzenden Protokoll näher beschrieben werden soll“.¹¹⁶

Die von den beiden Außenministern unterschriebenen Zusatzprotokolle, in denen der sowjetische Anspruch auf Litauen im Austausch gegen die zum deutschen Interessengebiet fallenden Gebiete zwischen Weichsel und Bug ebenso festgelegt wurde wie die gegenseitige Verpflichtung der beiden Staaten, in „ihren“ Gebieten „keine polnische Agitation“ zu dulden, sowie die Abmachungen über den Bevölkerungsaustausch blieben geheim. Im Gegensatz dazu wurde das am 4. Oktober 1939 von Botschafter Schulenburg und Außenminister Molotow unterzeichnete Zusatzprotokoll, das den genauen Grenzverlauf regelte, im deutschen Reichsgesetzblatt – wenngleich mit dreimonatiger Verspätung, nämlich am 5. Januar 1940 – gemeinsam mit dem Text des Grenz- und Freundschaftsvertrages veröffentlicht.¹¹⁷

Für die Jüdinnen und Juden in Deutschland, im annektierten Österreich und dem „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ beschränkte der Beginn des Zweiten Weltkriegs drastisch die Möglichkeiten zur – freiwilligen oder von

114 Fleischhauer, Grenz- und Freundschaftsvertrag, S. 456.

115 Ebenda, S. 459.

116 ADAP, Serie D, Bd. VIII/1, S. 127 f.

117 Bekanntmachung des Reichsministers des Auswärtigen (i. V. Freiherr von Weizsäcker) über den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag sowie das dazugehörige Zusatzprotokoll. Vom 30. Dezember 1939, RGBl. Jg. 1940, Teil II, S. 3–8. Das Reichsgesetzblatt ist über ALEX, die Sammlung historischer Rechts- und Gesetzestexte der Österreichischen Nationalbibliothek, online abrufbar. Der Text wurde auch abgedruckt in: Ingo von Münch (Hrsg.), Ostverträge. I: Deutsch-sowjetische Verträge, Berlin–New York 1971, S. 55–60.

den Behörden forcierten – Emigration. Der Grenz- und Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion bedeutete aber auch, dass die Ostgrenze des nationalsozialistischen Machtbereichs offen blieb – nicht nur für den Warenverkehr, an dem beide Seiten gerade in Kriegszeiten ein besonderes Interesse hatten, sondern auch für den Personenverkehr. Zwischen 1938 und 1941 gelang es rund 18.000 Jüdinnen und Juden,¹¹⁸ vor allem aus Deutschland und Österreich, nach Shanghai zu entkommen, das damals von Japan besetzt war – viele von ihnen auf dem Landweg, d. h. über Moskau und dann weiter mit Zügen der Transsibirischen Eisenbahn. Eine wichtige Rolle bei der Ermöglichung der Einreise in China spielten der nationalchinesische Konsul in Wien, Ho Feng Shan,¹¹⁹ und der japanische Konsul in der damaligen litauischen Hauptstadt Kaunas, Chiune Sugihara,¹²⁰ der dort auch noch aktiv blieb, nachdem Litauen am 3. August 1940 an die UdSSR angeschlossen worden war. Im Archiv der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde finden sich umfangreiche Korrespondenzen, in denen es immer wieder um die vom sowjetischen Reisebüro „Intourist“ verkauften Zugfahrkarten sowie um japanische Einreiseformalitäten ging.

Das lockere Grenzregime entlang der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie ermöglichte nicht nur Hunderttausenden Menschen die Flucht aus dem nationalsozialistisch besetzten Teil Polens – worauf weiter unten („Die Nisko-Aktion als Teil der polnischen Geschichte“) näher eingegangen wird –, sondern erleichterte auch „wilde Vertreibungen“ durch lokale deutsche Stellen. Das sollte in den darauffolgenden Monaten noch zu diplomatischen Verwicklungen zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR führen.¹²¹

Die offene Grenze ermöglichte es auch, dass lange Trecks deutscher „Umsiedler“ aus den nunmehr sowjetisch gewordenen Gebieten die beiden Grenzflüsse Bug und San in die Gegenrichtung überquerten. Diese Umsiedlung war Gegenstand einer Übereinkunft, die Teil des Vertragswerks vom 28. September 1939 war und „Vertrauliches Protokoll“ genannt wurde. Der Text dieses Zusatzprotokolls lautete: „Die Regierung der UdSSR wird den in ihren Interessengebieten ansässigen Reichsangehörigen und anderen Persönlichkeiten deutscher Abstammung, sofern sie den Wunsch haben, nach Deutschland oder in

118 Bernd Martin, Shanghai als Zufluchtsort für Juden 1938 bis 1947. Konturen einer Zwischenstation, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 64 (2016), H. 4, S. 567–596, hier 567.

119 Text einer CNN-Reportage über Konsul Ho: <https://edition.cnn.com/2015/07/19/asia/china-jews-schindler-ho-feng-shan/index.html> [7. 3. 2020].

120 Das Internet-Projekt „Gedenkort Europa“ des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945 widmet Konsul Sugihara einen eigenen Artikel: https://www.gedenkort-europa.eu/de_de/article-chiune-sugihara-1900-ndash-1986.html [7. 3. 2020].

121 Quellen dazu: Garscha, Deportation nach Polen, S. 234.

die deutschen Interessengebiete überzusiedeln, hierbei keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Sie ist damit einverstanden, dass diese Übersiedlung von Beauftragten der Reichsregierung im Einvernehmen mit den zuständigen örtlichen Behörden durchgeführt wird und dass dabei die Vermögensrechte der Auswanderer gewahrt bleiben. Eine entsprechende Verpflichtung übernimmt die Deutsche Reichsregierung hinsichtlich der in ihren Interessengebieten an-



Ausschnitt aus: „Karte des Grossdeutschen Reiches“, hrsg. v. Richard Schwarz, Maßstab 1:1 000 000, Berlin, Nachdruck 1943. Auch der Nachdruck zeigt die Demarkationslinie entsprechend dem am 5. Jänner 1940 im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Verlauf. Der Ausschnitt zeigt den Abschnitt der Demarkationslinie zwischen San und Bug. Die Demarkationslinie verlief von der Einmündung des Wisłok in den San südlich von Leżajsk vorbei an Sieniawa, das für viele Vertriebene und Geflüchtete die erste Station auf dem Weg nach Lemberg war, von dort in gerader Linie bis Oleszyce nach Osten, ab dort weiter nach Nordosten, vorbei an Belżec (dem Ort der nationalsozialistischen Massenvernichtungsstätte 1942/1943) bis zum Flüsschen Solokia und folgte diesem dann bis zu seiner Einmündung in den Bug, sodass die heute ukrainischen Kleinstädte Uhnów (ukrainisch: Uhiw) und Belz (ukrainisch: Bels) in der deutsch besetzten Zone verblieben.

Links oben auf der Karte ist das von Eichmann ursprünglich für die Vertreibungsaktion vom Oktober 1939 in Aussicht genommene Terrain zwischen Kraśnik, Annapol an der Weichsel und Rozwadów am San zu erkennen. Das kleine Dorf Zarzecze an dem der Stadt Nisko gegenüberliegenden San-Ufer fehlt auf der Karte.

sässigen Personen ukrainischer oder weißrussischer Abstammung.¹²² Der im Protokoll „Übersiedlung“ genannte Bevölkerungstransfer fand von Dezember 1939 bis Februar 1940 statt und betraf insgesamt mehr als 150.000 Personen.

Nur wenige Tage nach Abschluss des Grenz- und Freundschaftsvertrages, am 7. Oktober 1939, ernannte Hitler Himmler zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“. Der Erlass nannte als erste der Himmler übertragenen Aufgaben „die Zurückführung der für die endgültige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs- und Volksdeutschen im Ausland“.¹²³ Die größte Gruppe unter ihnen waren die so genannten Wolhynien-Deutschen, deren Wohngebiet nunmehr zur Gänze auf sowjetischem Gebiet lag. Der Westteil des historischen, zwischen den Flüssen Bug und Dnepr gelegenen Wolhynien war nach dem ersten Weltkrieg Teil des wiedererstandenen polnischen Staates geworden.

Ein Bezug zur Nisko-Aktion liegt insofern vor, als für Himmler mit ziemlicher Sicherheit die Vorbereitungen der „Heimholung“ der Wolhynien-Deutschen und anderer deutschsprachiger Minderheiten und ihre Ansiedlung im Warthegau Vorrang vor der Ansiedlung von Juden und Jüdinnen im Generalgouvernement hatte. Unter anderem deshalb mussten die Deportationen nach Nisko nach wenigen Tagen abgebrochen werden.

Die beiden Deportationstransporte von Wien nach Nisko (20. und 26./27. Oktober 1939)

Am 10. Oktober 1939 zitierte SS-Obersturmführer Rolf Günther den Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde, Josef Löwenherz, zu sich in die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in der Prinz-Eugen-Straße und teilte ihm mit:

„Die Kultusgemeinde hat 1000–1200 auswanderungs- und arbeitsfähige Männer auszuwählen und in einer Liste, die mit laufenden Nummern zu versehen ist, zu verzeichnen. Es handelt sich in erster Linie um Handwerker aller Art, insbesondere Tischler, Zimmerleute und Techniker.“¹²⁴

122 ADAP VIII, Dok. 158, S. 128.

123 Faksimile des Erlasses: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0075_vot&object=facsimile&l=de [7. 3. 2020].

124 Aktenvermerk über die Vorsprache des Gefertigten [= Löwenherz] bei Herrn SS-Obersturmführer Günther in der Zentralstelle für jüd. Auswanderung am 10. Oktober 1939, 2.15 Uhr nachm., zitiert in: Löw, Die frühen Deportationen, S. 61 f. Die nachfolgende Zusammenfassung der Anordnung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung folgt der Darstellung von

Ähnlichkeiten der Formulierungen mit denen, die zuvor der Kultusgemeinde in Mährisch-Ostrau mitgeteilt worden waren, sind kein Zufall: Die gesamte Aktion wurde vom Grenzpolizeikommissariat Mährisch-Ostrau aus koordiniert. Die Formulierung „auswanderungsfähig“ bezog sich unter anderem auf Personen, deren Fristen für die Auswanderung, die ihnen bei der Entlassung aus den Konzentrationslagern Dachau oder Buchenwald gesetzt worden waren, ablief.¹²⁵ Die Liste hatte in fünffacher Ausfertigung vorgelegt zu werden und hatte außer Angaben zur Person auch die Zahl der abhängigen Familienmitglieder zu enthalten und war binnen drei Tagen bei der Zentralstelle abzuliefern. Für jeden Transportteilnehmer waren zwei Lichtbilder abzugeben und fünf Mark zur Deckung der Transportkosten zu entrichten. Jeder hatte sich polizeilich abzumelden und seine Lebensmittelkarte zurückzugeben, da die Verpflegung über einen Sammelbezugsschein geregelt würde. Die Meldungen bei der Israelitischen Kultusgemeinde erfolgten im Stadttempel in der Seitenstettengasse.

An Werkzeugen waren von den Transportteilnehmern Geräte und Maschinen zur Holzverarbeitung mitzunehmen, außerdem warme Kleidung, Arbeitskleider, Spirituskocher und Verpflegung für drei bis vier Wochen. Das persönliche Reisegepäck durfte 50 Kilogramm nicht überschreiten. Günther versprach, für Bezugsscheine zu sorgen, um noch fehlendes Werkzeug sowie dreihundert bis dreihundertfünfzig Paar Schuhe einkaufen zu können. Für Proviant und Werkzeuge würden drei zusätzliche Waggons zur Verfügung gestellt werden. Bald stellte sich heraus, dass die Zentralstelle nur Werkzeug zur Verfügung stellen durfte. Kleidung und Schuhe sollten in Polen gekauft werden.

Auch aus einem von Alois Brunner angefertigten Vermerk über eine Besprechung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung mit der Wiener Gauleitung der NSDAP und der Gestapoleitstelle am 16. Oktober zur Koordinierung der bevorstehenden „Umsiedlungsaktion“ wird der enorme Druck deutlich, den Gauleiter Josef Bürckel ausübte, die jüdische Bevölkerung aus der Stadt zu

Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 216 f., die sich auf die Aktenvermerke des Amtsdirektors stützte.

125 In seiner Einleitung einer Dokumentation der Massenverhaftungen im Juni 1938 erläuterte der Weimarer Historiker Christian Faludi, wie die Praxis dieser Fristsetzungen aussehen konnte: „Wem es gelang, das Konzentrationslager zu verlassen, der galt nicht als entlassen, sondern als für die Auswanderung ‚beurlaubt‘. Dementsprechend wurden die jüdischen Häftlinge bereits am Lagertor von der Kriminalpolizei in Empfang genommen und in ihre Heimorte überführt. Dort setzten ihnen die Beamten eine Frist, bis wann sie das Land zu verlassen hatten. Zur Überprüfung der ‚ernsthaften Auswanderungsbemühungen‘ mussten sich die Juden fortan täglich auf den Polizeistationen einfinden.“ Christian Faludi (Hrsg.), Die „Juni-Aktion“ 1938. Eine Dokumentation zur Radikalisierung der Judenverfolgung, Frankfurt/M.–New York 2013, S. 93.

vertreiben. Der Gauleiter sei „mehr als froh“, gab sein Vertreter, ein gewisser Dr. Becker vom Stab des Reichskommissars, bekannt, „dass die geplante Umsiedlung der Juden in Baracken nicht stattzufinden braucht, da die Kosten pro Kopf zum Bau der Baracken allein schon auf RM 500,- gekommen wären“. Der Gauleiter warte schon darauf, die freierwerbenden Wohnungen verteilen zu können, werde „wilde Arisierungen“ verhindern und plane, den „gesamte[n] Realbesitz der Wiener Juden einer Treuhandgesellschaft zu übergeben“, die dann auch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung mitfinanzieren könne. Außerdem setzte die Gauleitung auf eine weitere, besonders zynische Methode den Druck auf die jüdische Bevölkerung zu erhöhen, sich „freiwillig“ deportieren zu lassen: Man wollte dafür sorgen, dass keine Fürsorgeleistungen aus jüdischen Fonds für jüdische Bedürftige mehr fließen konnten. Die NS-Behörden hatten die 1938 aufgelösten Stiftungen und Fonds in eine „Allgemeine Stiftung für jüdische Fürsorge in Wien“ überführt und deren Verwaltung einem Staatskommissar übertragen. Dieser Staatskommissar, Karl Beranek, ein Taxiunternehmer, der auch als Revisor bei der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt tätig war, nahm seine Aufgabe nach Ansicht der Gauleitung offenbar zu gewissenhaft wahr. Auch Eichmann war beim Versuch, Gelder aus dem Stiftungsvermögen auf die Zentralstelle umzulenken, gescheitert.¹²⁶ In der Koordinierungsbesprechung gab der Vertreter der Gauleitung bekannt, dass man Beranek „sofort kaltstellen“ werde, damit ja keine Verzögerung in der Umsiedlung eintreten kann.¹²⁷

Für die Gestapo sagte ihr stellvertretender Leiter Karl Ebner zu, den ganzen Apparat des von ihm geleiteten „Judenreferats“ für die „Umsiedlung“ abzustellen „und bei der Erfassung der Juden entsprechende Maßnahmen zu treffen. „Er bat auch, beim 2. Transport die verhafteten staatenlosen Juden vorzunehmen, ebenso die im KZ befindlichen sofort anzuschliessen. Gleichfalls wird Herr Dr. Ebner veranlassen, dass sämtliche bei den Landgerichten und verschiedenen Bezirksbehörden derzeit inhaftierten Juden durch die Umsiedlung auf kurzem Wege freigegeben werden.“¹²⁸

126 Angelika-Shoshana Duizend-Jensen, *Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. Arisierung und Restitution*, Wien 2004 [= Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission, Bd. 21/2], S. 110; siehe auch: Wolf Gruner, *Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkungen lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933–1942)*, München 2002, S. 285–287; VEJ, Bd. 3: *Deutsches Reich und Protektorat, September 1939 – September 1941*, München 2012, Dok. 24, S. 124–126, hier 125.

127 Aktenvermerk der Zentralstelle für jüdische Auswanderung über eine Besprechung betreffend die erste Umsiedlungsaktion nach Polen, 17. 10. 1939, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945. Eine Dokumentation*, Wien ²1984, Bd. 3, S. 284 f.

128 Ebenda, S. 285.

Seitens der Zentralstelle wurde angekündigt, dass dem ersten Transport in kurzen Abständen weitere folgen sollten – die Rede war von zwei Transporten zu je 1.000 Personen pro Woche, jeweils dienstags und freitags. Es stellte sich jedoch schnell heraus, dass dieses Tempo nicht zu halten war – unter anderem deshalb, weil die freiwilligen Meldungen nur spärlich erfolgten.

Die Kultusgemeinde hatte zur Vorbereitung der Aktion ein zehnköpfiges Organisationskomitee zu bilden, für jeden Zug eine Transportleitung und für jeden Waggon einen Verantwortlichen zu nominieren.¹²⁹ Sie musste weiters dafür sorgen, dass bei jedem Transport zehn Ärzte mit ihren Instrumenten und Medikamenten mitführen. Die Münchner Zeithistorikerin Andrea Löw wies darauf hin, dass weder die Gestapo, die SS, die Zentralstelle für jüdische Auswanderung noch das Reichssicherheitshauptamt „den Betroffenen gegenüber in Erscheinung“ traten. Wie später in den Ghettos ging schon bei der Nisko-Aktion „ihre Taktik auf, die jüdischen Repräsentanten zwischen sich und die jüdische Bevölkerung zu stellen“.¹³⁰

Die ersten drei Transporte sollten am 17., 24. und 27. Oktober 1939 abgehen. Für den vierten Transport sollten bereits ganze Familien eingeteilt werden. Als sich herausstellte, dass der vorgesehene Termin für den ersten Transport nicht zu halten war, verschob ihn die Zentralstelle zunächst auf den 18. Oktober und entschied am 17. schließlich, den Abgang mit 20. Oktober festzusetzen. Als sich abzeichnete, dass zu wenige freiwillige Meldungen erfolgten, um die angeordnete Zahl von 1.000 „Umsiedlern“ zu erreichen, ordnete die Zentralstelle an, die Liste aus ihrer Kartei zu ergänzen, aber auch in diesen Fällen war es die Kultusgemeinde, die die Betroffenen einzuberufen hatte. Die ausgewählten Männer erhielten folgendes Schreiben:

„Über behördlichen Auftrag hat am Mittwoch, dem 18. Okt. 1939, ein großer Transport von arbeitsfähigen Männern im Alter von 18–50 Jahren nach Polen behufs Inangriffnahme von Kolonisationsarbeiten abzugehen. Sie sind von der Behörde für diesen Transport in Aussicht genommen. [...] Sollten Sie dieser [...] Vorladung wider Erwarten nicht pünktlich Folge leisten, müssen Sie sich alle daraus entstehenden Folgen selbst zuschreiben.“¹³¹

129 Zu den Details der Vorbereitung siehe: Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 216 f.

130 Löw, Die frühen Deportationen, S. 62.

131 Zitiert in: Moser, Nisko, S. 81.

Der Hauptgrund für die weitere Verschiebung war vermutlich, dass die Kultusgemeinde bei der Überprüfung der 830 freiwilligen Meldungen feststellen musste, dass, wie Löwenherz am 17. Oktober bei seiner Vorsprache in der Zentralstelle erklärte, etwa dreihundert von ihnen „infolge ihres körperlichen und teilweise geistigen Zustandes für einen Arbeitstransport nicht in Frage kommen und für einen solchen Transport eine schwere Belastung“ bedeuten würden.¹³² Die Gesundheitsuntersuchung übernahm der später nach Theresienstadt deportierte ehemalige Medizinalrat Heinrich Löwenstein von der ehrenamtlich tätigen Ärzteberatung in der Auswanderungsabteilung der Israelitischen Kultusgemeinde.¹³³ Darüber, wie viele Personen als nicht transportfähig eingestuft wurden, gehen die Angaben auseinander. Wie erwähnt, nannte Löwenherz in seinem Aktenvermerk, es seien rund dreihundert gewesen. In der Erinnerung der Überlebenden schrumpfte diese Zahl auf fast null: Die Männer seien „fast durchwegs als transportfähig befunden“ worden, hieß es in einem Bericht aus den ersten Nachkriegsjahren.¹³⁴ Einer der Betroffenen sah den Zustand der von Löwenstein Untersuchten („Krüppel und arbeitsunfähige Menschen“¹³⁵) und nahm offenbar an, diesen sei generell Transportfähigkeit bescheinigt worden. Doch auch Emil Tuchmann,¹³⁶ der 1940 zum Leiter des gesamten jüdischen Gesundheitswesens in Wien ernannt wurde, stellte rückblickend dem alten Medizinalrat ein sehr schlechtes Zeugnis aus. In einer nach 1945 abgefassten Rechtfertigungsschrift distanzierte Tuchmann sich von Löwensteins eigenmächtiger, selbstherrlicher Vorgangsweise bei der Untersuchung von 200 bis 350 Männern vor dem Abtransport nach Nisko. Für die „grausamen Irrtümer und Fehlentscheidungen“, die Löwenstein dabei unterlaufen seien, sei von den Betroffenen die IKG verantwortlich gemacht worden.¹³⁷

132 Aktenvermerk von Josef Löwenherz über die Vorsprache in der Zentralstelle vom 17. Oktober 1939, zitiert in: Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, S. 216.

133 Zur Ärzteberatung: Daniela Angetter / Christine Kanzler, „... sofort alles zu veranlassen, damit der Jude als Arzt verschwindet“. *Jüdische Ärztinnen und Ärzte in Wien 1938–1945*, in: Herwig Czech / Paul Weindling (Hrsg. im Auftrag des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes), *Österreichische Ärzte und Ärztinnen im Nationalsozialismus. Jahrbuch 2017*, Wien 2017, S. 47–66, hier 50.

134 DÖW 02528. Zitiert in: *Widerstand und Verfolgung in Wien*, Bd. 3, S. 287. – Näheres zu diesem Dokument weiter unten.

135 Zitiert in: Moser, *Nisko*, S. 61.

136 Zu Emil Tuchmann: Michaela Raggam-Blesch, *Zwischen Rettung und Deportation. Jüdische Gesundheitsversorgung unter der NS-Herrschaft in Wien*, in: *Jahrbuch des DÖW 2017*, S. 67–88, hier 75–77.

137 Die Rechtfertigungsschrift Emil Tuchmanns („Bericht über meine Tätigkeit bei der Wiener Kultusgemeinde in den Jahren des Naziregimes 1938–1945“) ist im Akt seines Gerichtsverfahrens vor dem Volksgericht Wien enthalten. Original im Wiener Stadt- und Landesarchiv:

Unabhängig davon, wie viele der vorgesehenen Teilnehmer am Transport Medizinalrat Löwenstein tatsächlich als nicht transportfähig einstufte, letztendlich lag es trotzdem an der Kultusgemeinde, und sei es durch Zwangsmittel, eine ausreichende Anzahl ihrer Mitglieder dazu zu veranlassen, sich dem Transport anzuschließen. Löwenherz notierte:

„Herr Obersturmführer Günther gab die Weisung, die hiedurch ausfallenden Personen zu ersetzen, falls aber dies nicht möglich sein sollte, müßten alle in der ersten Liste gemeldeten Personen ohne Rücksicht auf ihren Zustand dem Transport angeschlossen werden.“¹³⁸

Aus einem undatierten Merkblatt für die „Umsiedler“, das u. a. eine genaue Aufstellung der mitzunehmenden Gegenstände enthält, geht hervor, dass nur jene Personen die Aufforderung, sich zum Abtransport einzufinden, ablehnen konnten, deren Auswanderung unmittelbar bevorstand: Das musste „durch Vorlage entsprechender Dokumente zweifelsfrei“ nachgewiesen werden, die bloße „Aussicht auf eine spätere Ausreise“ genüge nicht, man müsse vielmehr in der Lage sein „den Zeitpunkt der Einreise“ in das betreffende Land schon anzugeben. Eine akute Krankheit sei durch ein ärztliches Attest nachzuweisen, auch seien Invalide „bis auf weiteres“ vom Transport ausgenommen.¹³⁹

Der Kultusgemeinde gegenüber erweckten Eichmann und seine Mitarbeiter den Eindruck, im Ansiedlungsgebiet im besetzten Polen gebe es leere, ehemals jüdische¹⁴⁰ Dörfer und die Handwerker des ersten Transports würden nach der Errichtung des ersten Barackenlagers auf diese Dörfer aufgeteilt werden, um mitzuhelfen, weitere Unterkunftsmöglichkeiten zu schaffen. Einen Einblick in die dabei vermittelten Illusionen gibt der Aufruf der Kultusgemeinde an die jüdische Bevölkerung, in dem denen, die sich an der Umsiedlungsaktion beteiligen würden, versprochen wurde, sie könnten sich in dem für die Aktion bereitgestellten Gebiet in Polen „nach den der Israelitischen Kultusgemeinde von kompetenter Seite zugekommenen Mitteilung frei ansiedeln, betätigen und ihre Existenz aufbauen. Für die vorläufige Unterbringung und Verpflegung wird ge-

LG Wien, Vg 3e Vr 1955/45; Kopie im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: DÖW 17142a. Zitiert in: Moser, Nisko, S. 180.

138 Zitiert in: Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 216.

139 Faksimile: <http://de.doew.braintrust.at/popup.php?t=img&id=627> [7. 3. 2020].

140 So in einem Vermerk der Zentralstelle für jüdische Auswanderung vom 18. 10. 1939; Kopie im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: DÖW 02527. Erstmals veröffentlicht von Jonny Moser, Die Judenverfolgung in Österreich. 1938–1945, Wien 1966 [= Monographien zur Zeitgeschichte, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes], S. 16.

sorgt werden. Den ankommenden Juden stehen Vertreter jüdischer Organisationen an Ort und Stelle zur Verfügung.“ Die Kultusgemeinde stellte sogar in Aussicht, dass später Einrichtungsgegenstände nach Polen befördert werden könnten, und beruhigte, dass unvermeidliche Härten gemildert werden könnten, weil die Kultusgemeinde selbst die Aktion leite.¹⁴¹

Als Transportleiter für den ersten Transport setzte die Kultusgemeinde Ernst Kohn ein, einen ehemaligen Hauptmann der k.u.k. Armee, der sich als einer der Ersten in der Seitenstettengasse gemeldet hatte. Er wurde von der SS als Leiter der Spitalsstation in Pysznica, einige Kilometer nordwestlich des eigentlichen Lagers, herangezogen und war unter jenen 198 Männern, die im April 1940 nach Wien zurückkehren durften. Dank seiner „arischen“ Frau blieb Ernst Kohn von weiteren Deportationen verschont. Nach der Befreiung 1945 nahm er den Familiennamen Kolm an. Seine Aufzeichnungen, Abschriften und Kopien, die er in einem desolaten Koffer verstecken konnte, bildeten die Hauptquelle für die Arbeiten von Jonny Moser zur Nisko-Aktion.¹⁴²

Wie bereits erwähnt, legte die Zentralstelle als Abgangsbahnhof des Transports den wenig frequentierten Aspangbahnhof im 3. Wiener Gemeindebezirk fest. Die Zentralstelle gab sich schließlich mit 912 Personen zufrieden. Bei weitem nicht alle waren für die in Aussicht gestellten „Aufbauarbeiten“ geeignet – es gab auch 75-jährige Männer unter den Deportierten.

Trotz der Aufforderung durch den Chef des Reichskriminalpolizeiamtes, Arthur Nebe, die „Judentransporte“ dazu zu nutzen, um auch die „Zigeuner“ loszuwerden, wurden weder diesem noch dem zweiten Transport nach Nisko Roma angeschlossen. Noch am 16. Oktober hatte Eichmann bei der oben erwähnten Besprechung mit Vertretern der Gestapoleitstelle Wien und der NSDAP-Gauleitung in der Zentralstelle in der Prinz-Eugen-Straße versprochen, an jeden Transport drei bis vier „Zigeunerwaggons“ anzuhängen. Für die „Stellungsmachung“¹⁴³ wäre allerdings die Kriminalpolizei, in deren Zuständigkeits-

141 Faksimile des undatierten Aufrufs (vor dem 17. 10. 1939) auf der Website des DÖW: <http://de.doew.braintrust.at/popup.php?t=img&id=627> [7. 3. 2020].

142 Moser, Nisko, S. 11.

143 So die Formulierung in einem vom SD angefertigten Protokoll der Besprechung in Wien, das noch am selben Tag durch den SD-Oberabschnitt Donau an das Grenzpolizeikommissariat Mährisch-Ostrau (Rolf Günther) übermittelt wurde. Das oben zitierte, von der Zentralstelle angefertigte Protokoll derselben Besprechung erwähnt die Deportation der Roma nicht. Zitiert in: Moser, Nisko, S. 55. (Während die Zentralstelle für jüdische Auswanderung im Palais Albert Rothschild in der Prinz-Eugen-Straße ihren Sitz hatte, residierten SS und SD im nahe gelegenen Palais Alphonse Rothschild in der Theresianumgasse. Beide Gebäude verfielen nach 1945 und wurden in den 1950er Jahren abgerissen.)

bereich die „Zigeuner“-Verfolgung fiel, verantwortlich gewesen. Diese ging eigene Wege und hatte schon vor dem „Festsetzungserlass“ des Reichssicherheitshauptamts vom 17. Oktober 1939¹⁴⁴ mit der Deportation österreichischer Roma und Sinti begonnen. In der „Fliegerhalle“ in Schwechat (damals Teil des 23. Bezirks von „Groß-Wien“) hatten die NS-Behörden bereits im Sommer 440 Romafrauen und -kinder konzentriert, die am 26. Juni 1939 in das Konzentrationslager Ravensbrück deportiert wurden.¹⁴⁵

Die 912 Männer hatten einzeln – das hieß vor allem: ohne Angehörige – zum Bahnhof zu kommen. Ernst Kohn musste sich dort mit dem Transportführer, einem Hauptmann der Schutzpolizei namens Lauda, in Verbindung setzen. Lauda begleitete den Transport mit 33 Schutzpolizisten, sodass er genügend Männer hatte, um in jedem Waggon einen Polizisten als Wache zu postieren. Bei windigem, nasskaltem Wetter hatten sich bis 17 Uhr alle in der großen Halle des Aspangbahnhofs eingefunden.¹⁴⁶ 16 Personenwaggons standen bereit. Außer-

144 Der Erlass bestimmte, dass „sämtliche Zigeuner und Zigeunermischlinge“ ab sofort ihren Wohnsitz oder gegenwärtigen Aufenthalt bis auf Weiteres nicht verlassen durften. Siehe: Karola Fings, Gutachten zum Schnellbrief des Reichssicherheitshauptamtes – Tgb. Nr. KPA 149/1939-g- – vom 17. 10. 1939 betr. „Zigeunererfassung“ („Festsetzungserlass“), Köln 2008, <https://zentralrat.sintiundroma.de/download/11145> [7. 3. 2020]; siehe auch: Gerhard Baumgartner, Dezentrale nationalsozialistische „Zigeunerlager“ 1938–1945 auf dem Gebiet des heutigen Österreich, https://www.doew.at/cms/download/8v3s6/gb_projektentwurf.pdf [7. 3. 2020].

145 Helga Amesberger / Brigitte Halbmayr, Namentliche Erfassung der ehemals inhaftierten ÖsterreicherInnen im Konzentrationslager Ravensbrück, in: DÖW-Jahrbuch 2007. Schwerpunkt Namentliche Erfassung von NS-Opfern, Wien 2007, S. 64–83, hier 66. Dass die Häftlinge in Schwechat konzentriert wurden, geht aus dem Erinnerungsbericht einer Überlebenden hervor: Berta Fröhlich (geborene Weinrich), „Die erste Zeit war furchtbar. Ich habe geglaubt, ich halte das nicht aus“, in: Helga Amesberger / Brigitte Halbmayr, Vom Leben und Überleben – Wege nach Ravensbrück. Das Frauenkonzentrationslager in der Erinnerung, Bd. 2: Lebensgeschichten, Wien 2001, S. 53–57.

146 Eine Schilderung der Abfahrt ist enthalten in: Die Höllenfahrt der Tausend. Aus den Erlebnissen des Ignaz „Israel“ R. (= Ignaz Reisfeld), in: Der Sozialistische Kampf / La Lutte Socialiste. Journal Antihitlerien, Jg. 3 (1940), Paris, 13. 1. 1940, S. 3–5. – Reisfeld war die Flucht über die Sowjetunion in das damals noch unabhängige Lettland und von dort nach Frankreich gelungen. „Der Sozialistische Kampf“ gibt das Alter des Autors mit 46 an. Jonny Moser und vor ihm schon Gertrude Schneider nennen 1893 als Geburtsjahr von Ignaz Reisfeld. Siehe: Gertrude Schneider, Exile and Destruction. The Fate of Austrian Jews, 1938–1945, Westport (Connecticut) 1995, S. 171; Moser, Nisko, S. 90. Daher ist es unwahrscheinlich, dass der Autor identisch ist mit dem Vater des 1933 nach Paris emigrierten Bert(hold) Reisfeld, obwohl der aus Wien stammende Filmkomponist Bert Reisfeld (1906–1991) einen Ignaz Reisfeld als seinen Vater bezeichnet. Siehe: Rudolf Ulrich, Bert Reisfeld – Komponist / Filmjournalist, in: Österreich Journal. Das Magazin für Österreicher in aller Welt, Nr. 144, 30. 6. 2015, S. 109 f. Online: http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_144.htm [7. 3. 2020].

dem hatte die SS, wie versprochen, drei Güterwaggons an den Zug gehängt. Das große Gepäck wurde in den Güterwaggons verstaут.

Als der IKG-Amtsdiaktor zum Bahnhof kam, um den Transport zu verabschieden, traf er dort auch den „Judenreferenten“ der Gestapoleitstelle Wien, Karl Ebner, und Hans Günther, der aus Prag angereist war. Günther wandte sich an Löwenherz, den er aus seiner Zeit in der Wiener Zentralstelle gut kannte, und wollte ihn in einer Weise beruhigen, die zeigte, dass Eichmanns Mitarbeiter immer noch bemüht waren, die Mär vom künftigen „Judenreservat“ in Polen aufrechtzuerhalten – vermutlich, um die nächsten Transporte ebenso reibungslos abfertigen zu können wie den ersten. Günther erklärte, die Deportierten würden ihm, Löwenherz, noch dankbar sein, denn sie kämen jetzt in „geordnete Arbeitsverhältnisse“, wo sie „ausreichend und gut gepflegt“ würden.¹⁴⁷ Das war auch der Inhalt der Belehrung der Männer auf dem Bahnhof. Wie zuvor schon den Funktionären der Kultusgemeinde, wurde auch ihnen zugesichert, es würden ihnen „in einer von der polnischen Zivilbevölkerung verlassenen Gegend Haus und Hof zugewiesen“ werden.¹⁴⁸ Dies geht aus einem im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes verwahrten Erinnerungsbericht eines unbekanntes Überlebenden hervor, der zu einer Gruppe von 22 Rückkehrern aus der Sowjetunion gehörte. Der Bericht war vermutlich die Beilage eines Briefes an den KZ-Verband aus dem Jahre 1946 oder 1947, in dem dieser aufgefordert wurde, die Nisko-Deportierten den KZ-Häftlingen gleichzustellen. Damals war der einheitliche KZ-Verband befugt, „Bestätigungen über den Opferstatus eines Verfolgten auszustellen und war verpflichtet, dies auch für Nichtmitglieder zu tun“.¹⁴⁹

Um 18 Uhr mussten die 912 Männer den Zug besteigen, der jedoch erst um 22.22 Uhr Wien verließ. Die Fahrt führte über Lundenburg/Břeclav, Goding/Hodonín und Prerau/Přerov zunächst nach Mährisch Ostrau/Ostrava. Dort wurden drei bereitstehende Waggons mit Bauholz (das Eichmann aus der Slowakei besorgt hatte) und ein weiterer Waggon mit Lebensmitteln und Ausrüstungsgegenständen für die Wachmannschaft an den Zug angekoppelt. Den Proviant hatte die SS in Mährisch-Ostrau bei jüdischen Lebensmittelhändlern beschlagnahmt. Über Kattowitz/Katowice, Krakau und Rzeszów (damals noch nicht in „Reichshof“ umbenannt) ging es weiter nach Nisko am San, wo der Zug in der Nacht zum 23. Oktober eintraf.

147 Zitiert in: Moser, Nisko, S. 53.

148 DÖW 02528, zitiert in: DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, S. 287.

149 Brigitte Bailer, Der KZ-Verband. Informationen zu einer wesentlichen Quelle des Projektes der Namentlichen Erfassung der Opfer der politischen Verfolgung, in: DÖW-Jahrbuch 2007, S. 36–39, hier 43.

Der Zug hielt unterwegs manchmal stundenlang an Stationen, die Schutzpolizisten passten auf, dass niemand während eines solchen Halts ein Fenster öffnete oder gar den Zug verließ. Während der Fahrt musste die Transportleitung die Personaldokumente einsammeln. Ernst Kohn hatte dafür Umschläge für alle „Umsiedler“ erhalten, auf denen er die Namen vermerkte. Die Kuverts lieferte er bei Hauptmann Lauda ab. Die meisten Männer bekamen diese Dokumente nicht wieder zurück und waren somit in den darauffolgenden Monaten nicht in der Lage, sich auszuweisen. Außerdem bekam Kohn den Auftrag, das mitgenommene Geld einzusammeln. Bis zu 300 Reichsmark Bargeld waren pro Person gestattet. Das Versprechen hatte gelautet, dass man sie in Polen zum offiziellen Kurs gegen Złoty eintauschen könne. Kohn lieferte bei der Ankunft in Nisko das eingesammelte Geld samt einer Liste mit den einzelnen Beträgen bei SS-Oberscharführer Danecker ab, da ja nicht alle über Bargeldreserven von 300 Reichsmark verfügt hatten. Tatsächlich erhielten die 912 Männer von Danecker aber nicht den Gegenwert des abgelieferten Geldes – also bis zu 600 Złoty – sondern einheitlich 150 Złoty ausbezahlt. Der Rest, so Daneckers Begründung, verbleibe beim SS-Kommando zur Deckung der Transportkosten. Laut einem Bericht von SS-Hauptsturmführer Rolf Günther an die Staatspolizei Krakau (zur Weiterleitung an Eichmann)¹⁵⁰ waren 100.655,81 Reichsmark an Bargeld eingesammelt worden, der Umtausch in Złoty erfolgte in Kattowitz. Mit anderen Worten: Obwohl die Kosten für die Deportation ohnehin aus „jüdischen Geldern“ – nämlich aus dem durch Ausreisegebühren von so genannten „Nichtglaubensjuden“ gespeisten Gildemeester-Fonds¹⁵¹ – bestritten wurden, kassierte die SS noch zusätzlich mehr als 64.500 Złoty „Deckungsbeitrag“ von den Deportierten ein.

Auf dem Bahnhof durften die Passagiere von jeweils drei Waggons, also etwa 180 Personen auf einmal, den Zug verlassen. Einer der Deportierten, Ignaz Reisfeld, verfasste darüber wenige Monate später, nachdem ihm die Flucht gelungen war, einen Bericht: Die umherstehenden SS-Männer hätten das Leben im Lager auf der anderen Seite des San in den schönsten Farben beschrieben. Viele Umgesiedelte würden dort bereits arbeiten und könnten „abends im ‚Stadtpelz‘ spazieren“ gehen. Aber auch einzelne Wehrmachtssoldaten hätten sich unter die Wartenden gemischt, um sie zu warnen. Sie raunten

150 Zitiert in: DÖW (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Wien*, Bd. 3, S. 286.

151 Zum Gildemeester-Fonds: Theodor Venus / Alexandra-Eileen Wenck, *Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von „Arisierung“ und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938–1941*, Wien 2004 [= Veröffentlichungen der österreichischen Historikerkommission, Bd. 20/2].

von „Sachen [...], die sie nicht für möglich gehalten hätten“.¹⁵² Am Morgen konnte das Gepäck auf die Pferdefuhrwerke verladen werden, die von Einheimischen bereitgestellt werden mussten.

Manche Männer hatten gehofft, dass auf dem Bahnhof Nisko die vorausgereisten leitenden Funktionäre der Kultusgemeinde auf sie warten würden. Allerdings standen dort nur der Wiener IKG-Angestellte Julius Boschan und SS-Oberscharführer Theodor Dannecker. Dass die Funktionäre der Kultusgemeinde, denen viele ohnehin misstrauten, „nicht zu sehen“ waren, stieß, wie aus Erinnerungsberichten hervorgeht, auf Kritik.¹⁵³ Was die Deportierten nicht wissen konnten, war, dass die übrigen jüdischen Funktionäre an diesem 23. Oktober nach Lublin geschickt worden waren. Als Vertreter der Juden und Jüdinnen der „Ostmark“ und des „Protektorats“ sollten sie mit der dortigen jüdischen Gemeinde in Verbindung treten, um sie über das „Siedlungsprojekt“ zu informieren. Eichmann hatte der Gruppe empfohlen, sich auf dem Weg nach Lublin nach „Ansiedlungsmöglichkeiten in der Umgebung“ zu erkundigen. Marmelstein berichtete am 8. November, nach seiner Rückkehr nach Wien, von einer „Tagesreise auf einem Leiterwagen“, zunächst bis Janów Lubelski.¹⁵⁴ Die fünf Funktionäre sprachen bei Otto Stössenreuther vor, dem deutschen Beamten, der als Landrat von Janów und Kraśnik eingesetzt worden war, und baten um Überlassung einiger der infolge der deutschen Luftangriffe unbewohnbar gewordenen Häuser, um in Janów ein Spital für Verletzte und Kranke, die aus Zarzecze vertrieben würden, einzurichten. Erst dadurch erfuhr der Landrat, dass neuerlich Juden in „seinen“ Kreis gebracht wurden, nachdem er die dort wohnenden eben erst vertrieben hatte. „Der Landrat [...] beschwerte sich bei der Tagung der Landräte, beim Regierungspräsidenten in Lublin und bei der Militärverwaltung.“¹⁵⁵ Tatsächlich fand bereits am darauffolgenden Tag in Lublin eine der regelmäßigen Tagungen der Landräte des Distrikts¹⁵⁶ statt, doch einigten sich die Beamten nur darauf, die Stadt Kraśnik für die Deportierten zu sperren.

152 Moser, Nisko, S. 91. Jonny Moser zitierte aus dem unredigierten Manuskript von Ignaz Reissfeld Passagen, die im „Sozialistischen Kampf“ nicht veröffentlicht wurden, nach: Herbert Steiner / Maria Sporrer (Hrsg.), Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse, Wien 1992, S. 119 ff.

153 Zu diesen Kritikern gehörte auch der Verfasser des oben zitierten Nachkriegsdokuments (DÖW 02528). Die nachfolgenden detaillierten Angaben über die Abnahme von Dokumenten und Geld während der Bahnfahrt sowie über die ersten Stunden nach der Ankunft sind ebenfalls diesem Dokument entnommen.

154 Zitiert in: Moser, Nisko, S. 93.

155 Goshen, Eichmann und die Nisko-Aktion, S. 92 f.

156 Die von den Chefs der Zivilverwaltung der Deutschen Wehrmacht eingesetzten Landräte hatten im späteren Distrikt Lublin seit dem 15. Oktober, also noch vor der formellen

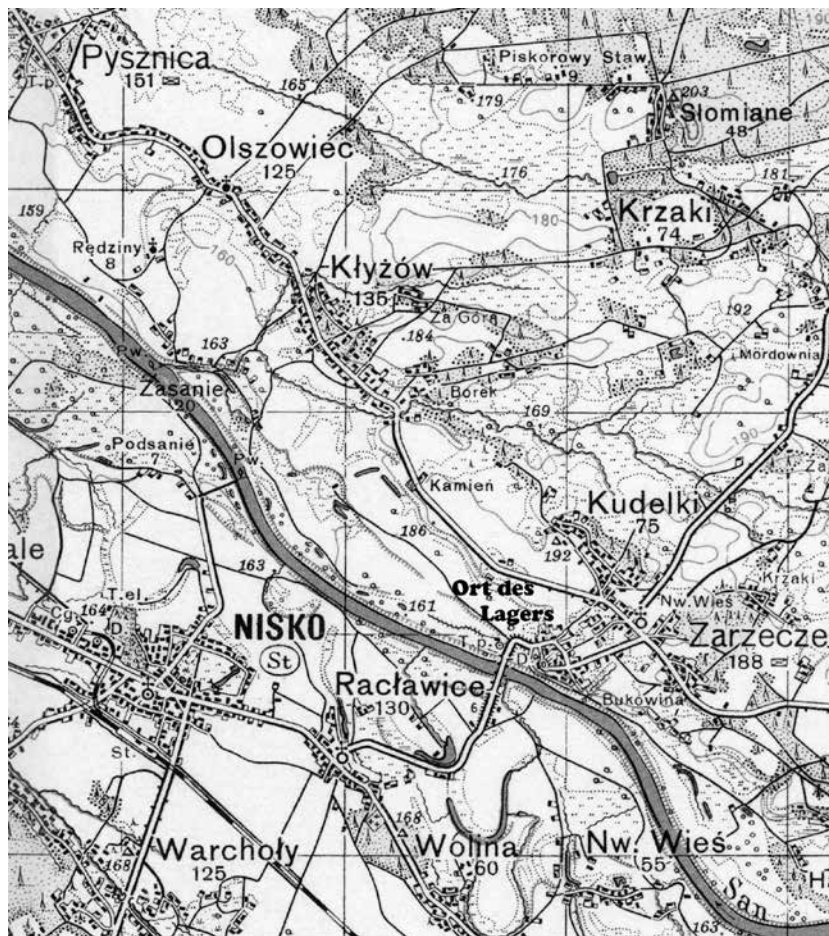
Die Vorsprache bei der Jüdischen Gemeinde in Lublin erbrachte die vage Zusage, den Deportierten zu helfen, über die nahe Demarkationslinie auf sowjetisches Gebiet zu flüchten und sie während ihres Aufenthalts in Lublin zu versorgen. Der Lubliner Gestapo-Chef Eduard Strauch, der zwei Jahre später zum Kommandeur der Sicherheitspolizei für Weißrussland ernannt wurde und die Massenmorde von Maly Trostinec organisierte, bot an, Deportierte in größeren Gruppen zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass sie auf sowjetisches Gebiet gelangten. Die jüdischen Funktionäre lehnten ab, weil sie schon schlimme Details über diese Vertreibungen über die Demarkationslinie gehört hatten. Obwohl der Hauptorganisator der Massenmorde der Jahre 1941 bis 1943, Odilo Globocnik, erst knapp zwei Wochen nach der Abreise der „Gruppe Kultusgemeinde“ aus Lublin sein Amt als SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin übernahm und mit der Konzentrierung der Juden in Zwangsarbeitslagern in und um Lublin begann, war für die fünf jüdischen Funktionäre aus Prag und Wien schon Ende Oktober offensichtlich, was sich dort zusammenbraute. In den zehn Tagen ihres Aufenthalts erlebten sie zwei Gewaltaktionen gegen die jüdische Bevölkerung der Stadt – von den Nationalsozialisten „Pogrome“ genannt, gerade so, als hätten sich die nichtjüdischen BewohnerInnen spontan und ganz ohne Zutun der Besatzungsmacht zusammengerottet. Nur die von Adolf Eichmann ausgestellten Ausweispapiere bewahrten sie vor Einkerkung und Schlimmerem. Besonders ernüchtert war Jakob Edelstein aus Prag. Er hatte gehofft, die Nisko-Aktion würde die Schaffung ökonomisch autarker Ghettos ermöglichen. Anderenfalls hielt er die Deportation der jüdischen Bevölkerung in den Osten für unvermeidlich, was ihren sicheren Tod bedeuten würde.¹⁵⁷

Von all dem wussten die 912 Männer, die sich am Morgen des 23. Oktober von dem etwas außerhalb des eigentlichen Ortsgebiets von Nisko gelegenen Bahnhof auf den Weg ins Lager Zarzecze machten, nichts. Sie mussten sich zu Gruppen formieren und unter Bewachung der mitgereisten Wiener Schutzpolizisten sowie einer SS-Eskorte den eineinhalbstündigen Fußmarsch ans andere San-Ufer antreten. Inzwischen begann es zu regnen. Auf die entsetzlichen

Schaffung des Generalgouvernements und seiner vier Distrikte, ihre Tätigkeit koordiniert. Siehe: Bogdan Musial, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939–1944, Wiesbaden 1999, S. 16 f.

157 Überliefert von: Rut Bondi, Edelshtain neged ha-zeman [Edelstein gegen die Zeit], Tel Aviv 1981. Zitiert von Mečislav Borák (First Deportation, S. 142) nach der tschechischen Ausgabe: Ruth Bondyová, Jakob Edelstein, Prag 2001, S. 166. Siehe auch Edelsteins warnenden Artikel in der britischen Tageszeitung „The Times“ vom 16. Dezember 1939, in deutscher Übersetzung abgedruckt in: VEJ, Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat, Dok. 38, S. 143–146.

Bedingungen, unter denen die ersten Ankömmlinge aus Mährisch-Ostrau die sechs Kilometer bei strömendem Regen zurücklegen mussten, wird weiter unten („Die Nisko-Aktion als Teil der tschechoslowakischen Geschichte“) genauer eingegangen. Doch auch jetzt weichte der Regen schnell den schmalen unbefestigten Weg auf, der von der Behelfsbrücke hinauf ins Dorf führte.



Position des Lagers am westlichen Rand des Dorfes Zarzecze, eingetragen auf einem Ausschnitt aus dem Blatt „Pas 46 / Slup 34 (Rozwadów)“ der „Mapa taktyczna Polski“ [Taktische Karte Polens] 1:100.000 der polnischen Armee, hrsg. v. Wojskowy Instytut Geograficzny [Militärgeografisches Institut], Warschau 1938 (© Public Domain, zur Verfügung gestellt vom Instytut Geografii i Gospodarki Przestrzennej Uniwersytetu Jagiellońskiego [Institut für Geografie und Raummanagement der Jagiellonen-Universität Krakau]). Der heutige Straßenverlauf der Lubelska-Straße unterscheidet sich von der Situation 1939 insofern, als sie nach der San-Brücke nicht mehr in das Dorf Zarzecze abzweigt, sondern direkt nach Kudelki führt und somit das ehemalige Lager-Gelände durchquert.

Als sie schließlich nach Überwindung der Uferböschung das Gelände beim Dorf Zarzecze auf dem gegenüberliegenden San-Ufer erreichten, wo die aus Mährisch-Ostrau Deportierten in den beiden Tagen zuvor erste Lagerbaracken errichtet hatten, erwartete die Männer aus Wien eine böse Überraschung: Die SS sonderte einige Dutzend Männer aus.¹⁵⁸ Nur ihnen wurde erlaubt, in das im Entstehen begriffene Lager einzuziehen. Alle übrigen – vermutlich rund 850 – Deportierten mussten auf der Ługowa-Straße weiter in Richtung Pysz-nica gehen. Zwischen Kłyżów und Pysz-nica wurde endlich Halt gemacht. Der Regen war inzwischen stärker geworden. Alle mussten sich auf einer Wiese aufstellen, während die polnischen Fuhrleute das Gepäck von den Karren luden und ihren Fuhrlohn kassierten. Wie viel das war, darüber gehen die Erinnerungen auseinander – sie reichen von 2,50 Złoty, die schon beim Aufladen auf dem Bahnhof Nisko zu bezahlen gewesen seien, und zwei bis zwanzig Złoty, die beim Abladen kassiert worden seien. Reisfeld schrieb:

„Was dort geschah, kann man im Leben nicht wieder vergessen. Unsere Sachen wurden [...] in den Kot geworfen, wir wurden in eine Gruppe getrieben, wie man es mit Tieren zu tun pflegt.“¹⁵⁹

Die SS-Wachen gaben Schüsse ab, ihr Kommandant schrie, die Juden sollten alle verschwinden. Wer im Umkreis von fünf Kilometer angetroffen werde, werde erschossen. Dazu Reisfeld:

„Panik machte sich breit. Einige Männer warfen schlagartig ihr Gepäck weg und rannten um ihr Leben. Andere brachen hektisch ihre Koffer auf, um wenigstens noch die nötigsten Kleider- und Wäschestücke mitzunehmen. Doch sofort waren sie von Fuhrwerksleuten umstellt, die wie die Aasgeier aus dem Gepäck der Deportierten herausrissen, was sie erwischen konnten. Völlig verschreckt versuchten manche Männer, sich auf die Fuhrwagen zu retten, was die schlauen Bauern gleich als nächsten Auftrag betrachteten. Die Pferde zogen rasch an, die Wagen rumpelten ins Unbekannte.“¹⁶⁰

158 Seev Goshen, ein Deportierter des ersten Transports aus Mährisch-Ostrau, hatte die Szene möglicherweise vom Lager aus beobachtet. In seinem ersten Aufsatz gab er die Zahl der Eingelassenen mit 80 an: Goshen, Nisko – ein Ausnahmefall, S. 98. Ignaz Reisfeld schrieb, die Marschkolonne sei angehalten worden. Es habe geheißen „Handwerker vortreten“, und dann seien „annähernd 50 Mann [...] abgesondert“ worden. Zitiert in: Moser, Nisko, S. 91.

159 Reisfeld, Höllenfahrt, S. 4.

160 Ebenda.

Reisfeld war unter den wenigen, die es geschafft hatten, auf diese Weise die mehr als 30 Kilometer bis Janów Lubelski relativ schnell zurückzulegen. „Nach einer halben Stunde Fahrt hielten die Fuhrleute auf freiem Feld an, erpressten von jedem noch einmal 10 Złoty und fuhren dann erst weiter in Richtung Janów“, wo die Männer von den Wagen absteigen mussten. Inzwischen dunkelte es bereits, doch der Bürgermeister untersagte ihnen zu bleiben, sodass die Männer zu Fuß im strömenden Regen weitermarschierten. In der nächsten Ortschaft „tauchte eine alte Jüdin auf, blickte sie mitleidsvoll an und verhalf ihnen letztendlich zu einer Unterkunft“. ¹⁶¹

Die übrigen Männer verließen die Wiese zu Fuß und marschierten, meist in kleinen Gruppen, nach Norden und Osten, wie vor ihnen schon fast die Hälfte der aus Mährisch-Ostrau hierher deportierten Männer. Wie sich der aus Mährisch-Ostrau stammende jüdische Lagerleiter, Emil Eisler, in den 1960er Jahren erinnerte, nannte die SS diese brutale Vertreibung „Streuen“. ¹⁶²

Etwa zwanzig Männer, die ohne Gepäck davoneilten – unter ihnen Hans Bergmann ¹⁶³ – konnten schon im Nachbarort Jastkowice, nur wenige Kilometer flussabwärts, auf der der Stadt Rozwadów gegenüberliegenden Seite des San, eine Unterkunft finden. Sie trieben einen jüdischen Fuhrmann auf, der die Männer nach Norden, in Richtung Lublin brachte – und zwar bis Zaklików, eine jüdische Ortschaft, in der sich ohnehin schon Flüchtlinge befanden. ¹⁶⁴ Bergmann blieb in Jastkowice, um dort – in ständigem Kontakt mit Kohn – eine „Relaisstation“ einzurichten.

Andere waren weniger glücklich. Nicht einmal vier Wochen nach dem Ende der Kampfhandlungen zwischen polnischen und deutschen – in diesem

161 Reisfeld, unredigiertes Manuskript, zitiert nach: Moser, Nisko, S. 91 f.

162 Brief Emil Eislers an Jonny Moser vom 12. Mai 1965. Zitiert in: Moser, Nisko, S. 89.

163 Dr. Hans Bergmann, 48 Jahre alt, stammte aus Wien. Er war unter jenen 198 Männern, die im April 1940 nach Wien zurückkehren durften. Am 15. Februar 1941 verschickte ihn die Gestapo nach Opole Lubelskie, einer mehrheitlich jüdischen Kleinstadt im Distrikt Lublin. Zu den 4.000 jüdischen EinwohnerInnen, die bei Kriegsbeginn hier gewohnt hatten, kamen bald 8.000 Deportierte, davon 2.000 aus Wien (am 15. und 26. Februar 1941). Bis Jänner 1942 war schon jeder fünfte der Wiener Deportierten an den elenden Bedingungen zugrunde gegangen. Fast alle GhettobewohnerInnen wurden im März, Mai und Oktober 1942 nach Bełżec und Sobibór deportiert und ermordet. Von den 2.003 aus Wien nach Opole deportierten Jüdinnen und Juden sind 28 Überlebende bekannt. Hans Bergmann war nicht unter ihnen. Siehe: <https://www.doew.at/erinnern/fotos-und-dokumente/1938-1945/deportationen-wien-opole-februar-1941-in-diesem-elenden-nest> [7. 3. 2020].

164 Das teilweise online zugängliche Archiv des American Jewish Joint Distribution Committee beinhaltet auch Dokumente über die Unterstützung des Warschauer Joint-Büros für jüdische Gemeinden im Distrikt Lublin, darunter Zaklików. Siehe: <https://archives.jdc.org/our-collections/finding-aids/warsaw/1939-1941/localities/> [7. 3. 2020]. (Dokumente betreffend Zaklików sind unter „File 741“ zu finden.)

Teil Polens auch sowjetischen – Truppen, war die Sicherheitslage noch äußerst prekär. Zahlreiche Gruppen von Flüchtenden wurden in den darauffolgenden Tagen überfallen und ausgeraubt. Meldungen darüber erreichten auch das Lager in Zarzecze. Ernst Kohn, der in Wien von der IKG für den Zug verantwortlich gemacht und ins Lager einquartiert worden war, begann um diese Zeit mit seinen tagebuchmäßigen Aufzeichnungen. Er notierte, was einer Gruppe des ersten Transports aus Mährisch-Ostrau zugestoßen war, die auf dem Weg nach Lublin in Pysznica genächtigt hatte. Dort gab es aus der Zeit, als die jüdische Gemeinde in Ulanów noch so groß gewesen war, dass sie die jüdische Bevölkerung in dreißig Dörfern der Umgebung – darunter Pysznica – betreut hatte,¹⁶⁵ ein leerstehendes Bethaus, das der Gruppe als Nachquartier diente. Gegen Mitternacht wurde das Gebäude unter Beschuss genommen. Einer der Männer wurde erschossen, zwei weitere wurden schwer verletzt, allen wurden ihre letzten Habseligkeiten geraubt. Die Täter konnten nicht ausgeforscht werden.¹⁶⁶ Kleine Gruppen der Verjagten schafften es, nach tagelangem Umherirren im Distrikt Lublin, in Ortschaften mit einem größeren jüdischen Bevölkerungsanteil eine Zeitlang unterzukommen.

Die SS ließ die zurückgelassenen Gepäckstücke ins Lager bringen, wo schon Hunderte Gepäckstücke der Deportierten des ersten Transports aus Mährisch-Ostrau lagen. Der SS-Lagerkommandant tauschte zahlreiche Gepäckstücke bei einem nahen Gestüt gegen Pferde ein.

Der Lagerkommandant, ein von der Danziger Gestapo abkommandierter SS-Sturmbannführer namens Johannes Post, vereinbarte mit seinem Vorgesetzten Eichmann die Errichtung einer Art Expositur des Lagers in Pysznica, um dort ein Spital zu errichten. Für diese Krankenstation mit 15 Betten wurde das Gebäude der Dorfschule genutzt. Außerdem sollten dort durchziehende Juden der nachfolgenden Transporte auf ihrem Weg zu den – angeblich ja reichlich im Distrikt vorhandenen – Unterkünften gepflegt werden. Post beauftragte Ernst Kohn mit dieser Aufgabe, der sich am 26. Oktober mit drei weiteren Männern auf den Weg machte und in Pysznica sowohl mit dem katholischen Pfarrer als auch mit dem polnischen Bürgermeister verhandelte. Der Bürgermeister sagte zu, dass er Männer der Dorfmiliz – gegen Bezahlung – zur Bewachung der Spitalstation abstellen werde. Schon am Nachmittag des nächsten Tages kamen

165 Jerzy Michalewicz / Wiesław Tyburowski, *Żydowskie Okręgi Metrykalne i Żydowskie Gminy Wyznaniowe w Galicji w dobie autonomicznej* [Jüdische Matrikelbezirke und Gemeinden jüdischer Konfession in Galizien in der Autonomie-Ära], Krakau 1995, S. 138. Siehe zur Geschichte der jüdischen Gemeinde von Ulanów auch: <https://sztetl.org.pl/en/towns/u/240-ulanow/99-history/138201-history-of-community> [7. 3. 2020].

166 Zitiert in: Moser, Nisko, S. 95.

13 Wagen aus Zarzecze und brachten sechs Ärzte, einen Apotheker, zwei Pfleger und vorerst einmal sechs Kranke.¹⁶⁷ Die Spitalsstation erwies sich als eine besonders segensreiche Einrichtung für die Deportierten. Zwar konnte in dem kleinen Spital nicht operiert werden, aber es gab elf Ärzte, einen Apotheker, Medikamente und genügend Instrumente. Der einzige bekannte Todesfall hatte nichts mit mangelnder Ausrüstung zu tun.

In Wien war mittlerweile für den Abend desselben Tages, des 26. Oktober 1939, um 21 Uhr die Abfertigung des zweiten Transports angesetzt. Zum Transportleiter bestimmte die IKG den knapp 49-jährigen Karl Braun.¹⁶⁸ Weder der Wiener noch der Mährisch-Ostrauer Kultusgemeinde war bekannt, dass zu diesem Zeitpunkt das Reichssicherheitshauptamt in Berlin bereits zweimal Eichmann und seinen Stab angewiesen hatte, weitere Transporte nach Polen sofort einzustellen. Die Prioritäten waren kurzfristig geändert worden. Heinrich Himmler, Verantwortlicher für die in den eroberten Gebieten geplanten Bevölkerungsverschiebungen, gab der Umsiedlung von „Volksdeutschen“ aus der Sowjetunion den Vorrang. Besonders die Umsiedlung der fast 50.000 Wolhynien-Deutschen in annektiertes polnisches Gebiet (Reichsgau Wartheland) stellte eine logistische Herausforderung dar. Kleinere Aktionen, die noch dazu mit den gerade im Aufbau begriffenen Zivilbehörden im künftigen Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete nicht abgesprochen waren, konnten dabei nur stören. Adolf Eichmann, Alois Brunner und Rolf Günther ignorierten diese Weisung jedoch zunächst und setzten schließlich durch, wenigstens noch jeweils einen zweiten Transport von allen drei Abfahrtsorten durchzuführen.

Die durch die Zentralstelle verlangte Anzahl von eintausend „Umsiedlern“ war wieder nicht durch freiwillige Meldungen zustande gekommen. Nicht einmal 300 Personen hatten sich eingefunden. Als dies um 17 Uhr absehbar wurde, setzte die Gestapo Zwangsmaßnahmen. Alois Brunner griff dabei auf jene

¹⁶⁷ Ebenda, S. 96.

¹⁶⁸ Karl Braun wurde am 28. Januar 1891 im damals ungarischen Kolonicza (im Zuge der Magyarisierung Ende des 19. Jahrhunderts 1899 in „Kiskolon“ umbenannt) im Komitat Zemplén, heute Kolonica an der slowakisch-ukrainischen Grenze, geboren. Wann er bzw. seine Familie nach Wien übersiedelte, ist nicht bekannt. Mitte des 19. Jahrhunderts hatten in dem kleinen Dorf mit mehrheitlich ruthenisch sprechender griechisch-katholischer Bevölkerung zehn jüdische Familien gelebt. Siehe die Online-Ausgabe des „Magyarország geográfiai szótára“ [Geografisches Lexikon Ungarns], Pest 1851: <https://www.arcanum.hu/hu/online-kiadvanyok/Lexikonok-magyarorszag-geografiai-szotara-fenyeselek-BABC3/k-BBD5E/kolonicza-BC078/> [7. 3. 2020]. Über das Schicksal von Karl Braun ist nur bekannt, was durch die weiter unten erwähnten Aufzeichnungen und Berichte von Ernst Kohn überliefert wurde.

jungen Männer zurück, die eigentlich, wie Jonny Moser sich ausdrückte, „den Kern eines dritten Transports bilden“¹⁶⁹ sollten: Kursteilnehmer aus den von der zionistischen Organisation Hechaluz betreuten Jugendlagern, in denen diese eine „Hachschara“ (Vorbereitung zur Erwerbung landwirtschaftlicher und handwerklicher Fertigkeiten) absolvierten. Mit einem „Hachschara“-Zeugnis bestand die Chance auf Ausstellung eines „Arbeiterzertifikats“ durch die britischen Behörden des Mandatsgebiets Palästina. Es bildete somit eine Voraussetzung für die legale Einwanderung nach Palästina. Dass Alois Brunner, seit dem Sommer 1939 de facto Leiter der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung, diese jungen Männer für die Deportation nach Polen auswählte, ist vermutlich ein Zeichen für das zunehmende Desinteresse an der Zusammenarbeit mit zionistischen Organisationen. Die Zwangsumsiedlung in die neu eroberten Gebiete im Osten schien das angestrebte Ziel, Wien „judenfrei“ zu machen, offenbar schneller in erreichbare Nähe zu rücken.

Obwohl die Zentralstelle am Abend noch zweihundert zusätzliche Personen aus einem der beiden von ihr selbst betriebenen landwirtschaftlichen „Umschulungslager“¹⁷⁰ zum Aspangbahnhof schickte, war für Alois Brunner der Zug zum Zeitpunkt der vorgesehenen Abfahrt immer noch nicht ausreichend gefüllt. Deshalb rekrutierte die Gestapo noch am späten Abend zusätzliche Männer aus dem Versorgungsheim der Stadt Wien in Lainz und anderen Fürsorgeeinrichtungen.

Jonny Moser zitierte aus einem Brief von zwei dieser Deportierten vom Dezember 1939:

„Wir besaßen nicht einmal Zeit, uns von unseren [...] greisen Eltern, die bis heute nicht wissen, welches Schicksal uns ereilte, Abschied zu nehmen, da wir durch Drohungen [...] eingeschüchtert, pünktlich gemeinsam zur Abfahrt erschienen [...]“¹⁷¹

Die Einteilung offenbar schwerkranker Menschen in diesen Transport wurde von den Betroffenen und ihren Angehörigen der Leitung der Kultusgemeinde, insbesondere Amtsdirektor Josef Löwenherz persönlich, angelastet. Die IKG

169 Moser, Nisko, S. 74.

170 Gabriele Anderl, Die „Umschulungslager“ Doppl und Sandhof der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung, Teil 1, in: David. Jüdische Kulturzeitschrift, Jg. 15 (2003), Nr. 58, S. 42–48; Teil 2, in: Ebenda, Jg. 16 (2004), Nr. 60, S. 29–34. Beide Teile sind über die Website des DÖW zugänglich: https://www.doew.at/cms/download/7qvab/anderl_umschulungslager_doppl_sandhof.pdf [7. 3. 2020].

171 Moser, Nisko, S. 74.

sei mindestens ebenso schuldig wie „die Regierung, die die radikale Ausrottung der Juden fordert. Immerhin hätte der Kultusvorstand den Mut aufbringen sollen, wenigstens die Krüppel und Kranken vor dem [Ab]transport zu schützen“, schrieb einer der Betroffenen an Löwenherz' Stellvertreter Emil Engel, der für die Fürsorgearbeit der Kultusgemeinde verantwortlich war. Löwenherz mache sich schuldig, „Juden bewusst umzubringen, da die arbeitsunfähigen Menschen wohl den Transport überleben werden, in Polen aber, unter den herrschenden Verhältnissen (Kälte, Verbot von Mitnahme von Hausratsgegenständen) [...] zugrundegehen. [...] Sollte mir der Ewige das Glück schenken, dass ich einmal ins Ausland komme, werde ich nicht ermangeln, das Verbrechen öffentlich anzuprangern.“¹⁷²

Es ist auf der Grundlage der erhalten gebliebenen Dokumente und Erinnerungsberichte nicht möglich, die exakte Abfahrtszeit des zweiten Nisko-Transports festzustellen. Möglicherweise verließ der Zug den Aspangbahnhof erst in den frühen Morgenstunden des 27. Oktober 1939.¹⁷³ Aus diesem Grund wird in der vorliegenden Publikation für den zweiten Nisko-Transport aus Wien die Zeitangabe „26./27. Oktober“ verwendet. Sicher ist nur, dass der Zug am 29. Oktober – einem Sonntag – in Nisko eintraf. An Bord waren mit großer Wahrscheinlichkeit 672¹⁷⁴ Juden und die sie begleitenden Schutzpolizisten.

Ihr deutsches Bargeld dürfte diesen Männern tatsächlich zum offiziellen Kurs von 1:2 in polnisches Geld eingetauscht worden sein. Denjenigen, die über keinerlei Barmittel verfügten – dazu zählten die Pfleglinge, die unmittelbar vor Abfahrt des Zuges aus Heimen geholt worden waren – hatte die IKG ein „Fahrgeld“ in der Höhe von 15 Reichsmark mitgegeben. Das geht aus einem Schreiben von drei Männern hervor, die sich – vermutlich im November 1939 – an die Wiener Kultusgemeinde mit der Bitte wandten, ihnen über die „Zentralstelle für jüdische Umsiedlung Nisko a/San, Pysznica“ Geld zu überweisen. „Die erbetene Unterstützung ist umso dringlicher, als wir von unseren

172 Zitiert in: Ebenda, S. 61.

173 Ein Indiz dafür ist, dass die Ankunft des Transports, wie aus den Tagebuchnotizen des Leiters der Spitalsstation in Pysznica, Ernst Kohn, hervorgeht, zunächst für den 28. Oktober angekündigt war, am Nachmittag dieses Tages aber auf den 29. verschoben wurde. Zitiert in: Ebenda, S. 96. Ein weiteres Indiz ist die – vermutlich allerdings erst nachträglich eingefügte – handschriftliche Bezeichnung der auf einer Schreibmaschine getippten Namensliste: „Teilnehmer-Liste des am 27. Oktober 1939 abgehenden Transportes“, als Faksimile abgedruckt in: Borák, *The First Deportation*, Dok. 3, S. 291–307, hier 301.

174 Die abweichenden Zahlen in verschiedenen Publikationen werden weiter unten, im Exkurs „Kann Brunner nicht zählen?“, erörtert.

Angehörigen, die unter den gegebenen Verhältnissen selbst in Notlage sind, eine Hilfe in dieser Hinsicht nicht erwarten können“.¹⁷⁵

Auch vom zweiten Transport wurden nur wenige Männer ins Lager aufgenommen – nicht nur, weil sie meist ohne handwerkliche Ausbildung und schon zu alt waren, sondern auch, weil das Lager viel zu klein war, um Tausenden Deportierten auch nur vorübergehend als Unterkunft zu dienen. Allerdings begleitete die SS die Übrigen bis zu der Außenstation Pysznica, in der bereits die von Kohn geleitete Spitals- und „Labestation“ bestand. Zweck der Station war offensichtlich, die Deportierten möglichst schnell aus der unmittelbaren Umgebung des Lagers weg zu bekommen. Da die Kochausrüstung für das Spital noch nicht geliefert war, war Kohn auf die Mithilfe der örtlichen Bevölkerung angewiesen. Mehr als heiße Getränke und eine warme Mahlzeit sowie Übernachtungsmöglichkeiten für eine Nacht konnte er den Wiener Deportierten, die gegen Mittag in Pysznica ankamen, nicht anbieten.¹⁷⁶ Als er jedoch den körperlichen Zustand der über 600 Neuankömmlinge sah, ordnete er eigenmächtig an, dass sie am 30. Oktober einen Rasttag einlegen konnten. 180 Männer konnte er in leerstehenden Gebäuden unterbringen, die Übrigen fanden Unterschlupf bei der Dorfbevölkerung. Kohn und der Bürgermeister, der an der schnellstmöglichen Weiterreise der 600 Ortsfremden interessiert war, einigten sich darauf, dass die Dorfmiliz gegen ein stattliches Entgelt von 700 Złoty den Begleitschutz übernahm, der Chef der Miliz sollte sich um verlässliche Fuhrleute kümmern. Immerhin wurden 47 Karren benötigt, denn im Gegensatz zum ersten Transport hatten die Männer des zweiten Transports ihr Gepäck behalten dürfen. Übereinstimmung herrschte über die Route: Diese sollte nach Lublin führen – und zwar über Wola Potocka (westlich von Modliborzyce) und Kraśnik. In Wola Potocka, wo das erste Drittel des Weges nach Lublin zurückgelegt wäre, sollten die Fuhrwerke abgeladen und die Männer den dortigen Behörden übergeben werden.

Aus dem Ruhetag wurde aber nichts, da zahlreiche Dorfbewohner sich zusammenrotteten und den sofortigen Abmarsch der Flüchtlinge verlangten. Daher setzten sich die Fuhrwerke und die zu Fuß marschierenden rund 400 Männer schon zu Mittag in Bewegung. Zuerst vertrieb der Begleitschutz zwar Gruppen von Jugendlichen, die sich dem Konvoi näherten, doch dann musste der Konvoi

175 Josef Goldschmidt, Julius Fischel und Heinrich Robitscher an das Präsidium der Isr. Kultusgemeinde Wien, o. D., Central Archive of the Jewish People, Jerusalem, Karton 738, Ordnungszahl 2489, A/W 2747: XXVI. Abwanderung/Deportationen, B. „Polentransporte“ (Mikrofilm im Archiv der IKG Wien).

176 Diese und die folgenden Angaben sind den von Jonny Moser ausgewerteten Berichten Ernst Kohns entnommen. Siehe: Moser, Nisko, S. 97 f.

den dichten Zamojski-Wald¹⁷⁷ südlich von Wola Potocka durchqueren. Mitten im Wald bog der Konvoi ab und fuhr weiter in den Wald hinein, in Richtung Gwizdów (einem von zahlreichen Fischteichen umgebenen kleinen Dorf). Zwischen den Fischteichen kam es zum Streit zwischen den Fuhrleuten und ihren Kunden: Da ein Teich gerade abgelassen wurde, war ein Bach angeschwollen, der normalerweise durch eine Furt leicht zu passieren war. Ein Karren stürzte um, ältere Männer fielen ins Wasser, aber auch jüngere wurden von den Nachdrängenden ins Wasser gestoßen. Fuhrleute und Begleitschutz verlangten eine „Nachzahlung“, ließen die Gruppe jedoch schließlich unbewacht am Ortseingang von Gwizdów zurück. „Vom Anbruch der Nacht angefangen, wurde massenhaft Gepäck gestohlen. Koffer wurden den Leuten aus den Händen gerissen.“¹⁷⁸ Zwei Männer kehrten noch einmal nach Pysznica zurück, um nach dem Gepäck zu suchen, kamen aber mit leeren Händen zurück. Allerdings war es ihnen gelungen, eine Landkarte zu erhalten. 170 Männer entschieden, mit Hilfe dieser Landkarte zurück nach Südosten, vorbei an Zarzecze nach Ulanów am San zu marschieren. Die Übrigen wollten versuchen, sich nach Norden, nach Lublin, durchzuschlagen. Die Mehrzahl der in Ulanów Angekommenen beschloss, gleich weiter flussaufwärts, in Richtung der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie zu marschieren, was nicht allen gelang – auch von ihnen wurden viele bis aufs Hemd ausgeraubt. 40 Männer blieben in Ulanów. Schließlich gelang es, von den rund 1.000 in Zarzecze von der SS zurückbehaltenen Gepäckstücken dreißig Koffer zu retten und nach Ulanów zu transportieren.¹⁷⁹

Ulanów, wo seit dem frühen 17. Jahrhundert eine Synagoge stand, war im 19. Jahrhundert ein Zentrum jüdischen Lebens am Unterlauf des San. Pogrome in den letzten Jahren der Zugehörigkeit Galiziens zur Habsburgermonarchie, insbesondere während des Ersten Weltkriegs, aber auch Anschläge auf orts-

177 Bis zum Zweiten Weltkrieg waren ausgedehnte Waldgebiete zwischen Zamość und der Weichsel noch Teil der – aus der Zeit der feudalen Grundherrschaft herrührenden – „Ordynacja Zamojska“ [Zamojski'scher Fideikommiss]. Im Zentrum dieser Waldgebiete hatte die Verwaltung der Zamojski'schen Familiengüter Dutzende Teiche für die Fischzucht angelegt.

178 Bericht von Ernst Kohn vom 7. 11. 1939 über den Marsch nach Gwizdów, zitiert in: Moser, Nisko, S. 99.

179 Eine ausführliche Schilderung des Marsches über Gwizdów nach Ulanów enthält ein Schreiben von Teilnehmern des zweiten Transports aus Wien, die sich am 10. Jänner 1940 an das Warschauer Büro des American Jewish Joint Distribution Committee mit der Bitte um Unterstützung wandten. Das Schreiben ist abgedruckt als Dok. 11 in: Andrea Löw, Hilferufe aus dem besetzten Polen. Briefe deportierter Wiener Juden vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1940, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 60 (2012), H. 4, S. 603–633, hier 626–630.

bekannte jüdische Persönlichkeiten in den 1920er und 1930er Jahren hatten die Abwanderung eines Großteils der jüdischen Bevölkerung zur Folge. Der Verlust an EinwohnerInnen war so stark, dass der Ort 1934 auf den Status eines Dorfs zurückgestuft wurde. In den ersten Septembertagen des Jahres 1939 fanden zahlreiche Juden und Jüdinnen, die auf der Flucht vor den Deutschen waren, Aufnahme in Ulanów. Doch am 10. September besetzten vorübergehend Einheiten der Deutschen Wehrmacht die Stadt. Als sich die Rote Armee von Osten näherte, räumten die deutschen Truppen die Stadt. Ab dem 10. Oktober 1939 zog sich die Rote Armee in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrags aus den von ihr besetzten Gebieten in den Wojewodschaften Lublin und Lemberg – zu Letzterer hatte Ulanów bis 1939 gehört – zurück; viele Juden und Jüdinnen folgten ihr. Die Deutsche Wehrmacht „feierte“ ihre Rückkehr in die Stadt mit öffentlichen Demütigungen orthodoxer Juden, denen die Bärte und Pajes (Schläfenlocken) abgeschnitten wurden. Die Besatzungsverwaltung konfiszierte die Häuser und Besitztümer der Geflüchteten. Flüchtlinge und Vertriebene aus den polnischen Westgebieten, aber auch die Nisko-Deportierten, die hier Unterkünfte gefunden hatten, stellten für die verbliebenen jüdischen Einrichtungen eine große Herausforderung dar. Hilfe kam von der polnisch-jüdischen Waisenhilfsorganisation CENTOS (Centrala Towarzystwa Opieki nad Sierotami [Zentralgesellschaft für Waisenfürsorge]), von der von Krakau aus geleiteten „Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“ und vom Warschauer Büro des „American Jewish Joint Distribution Committee“.¹⁸⁰ Das „Joint“ überwies der „Jüdischen Sozialen Selbsthilfe“ regelmäßig Geld und versorgte den Judenrat zu Pessach mit Hunderten Kilo Matze-Brot. Andere jüdische Gemeinden, die ebenfalls mit viel Engagement und finanziellem Aufwand die in ihren Orten untergekommenen Vertriebenen unterstützten, fürchteten angesichts dieser Konzentration der internationalen Hilfe auf Ulanów, vernachlässigt zu werden. Ein entsprechendes Schreiben richtete beispielsweise die Jüdische Gemeinde von Pysznica, die auch nach der Rückkehr der Nisko-Juden nach Mährisch-Ostrau und Wien noch zahlreiche Flüchtlinge beherbergte, nach Warschau.¹⁸¹ Wenige Monate

180 Die Korrespondenz zwischen dem „Joint“ Warschau bzw. dessen Außenstellen in Lublin und Krakau in den Jahren 1940 und 1941 ist online zugänglich: <https://archives.jdc.org/our-collections/finding-aids/warsaw/1939-1941/localities/> [7. 3. 2020]. (Dokumente betreffend Ulanów sind unter „File 699“ zu finden.)

181 Das mit 1. August 1940 datierte, in deutscher Sprache abgefasste Schreiben ist auf der Website des Online-Archivs des American Jewish Joint Distribution Committee im Faksimile zugänglich: http://search.archives.jdc.org/multimedia/Documents/W_3941/W_3941_019/W_3941_019_0533.pdf [7. 3. 2020].

später begann das „Auskämmen“ der kleinen Ortschaften der Umgebung, jüdische Familien wurden zwangsweise nach Ulanów umgesiedelt. Nach Ulanów mussten aber auch Jüdinnen und Juden aus Rudnik, Nisko und Rozwadów übersiedeln. Die erste Arbeit, zu der jüdische Männer (bereits ab Ende Jänner 1940) verpflichtet wurden, waren Hilfsarbeiten bei der – von Pionieren der Wehrmacht bewerkstelligten – Instandsetzung der während des Krieges zerstörten Brücke über den San.¹⁸² Nachdem so genannte Judenräte, die den Besatzungsbehörden verantwortlich waren, im September 1939 zunächst nur in Städten mit mehr als 10.000 EinwohnerInnen verordnet worden waren, setzten die Nationalsozialisten ab Anfang 1940 auch in kleineren Orten Judenräte ein, so auch in Ulanów. Einige Orte im Distrikt Lublin – darunter einige, in denen sich zu dieser Zeit zumindest vorübergehend noch Nisko-Vertriebene aufhielten, nämlich Bełżec, Frampol, Krzeszów und Pysznica – waren unter den ersten im Generalgouvernement, in denen die jüdische Bevölkerung in Ghettos zusammengepfercht wurde, nämlich bereits ab 1. Jänner 1940.¹⁸³ Auch wenn die Ghettos anfangs noch nicht hermetisch abgesperrt waren, bedeutete die Ghettoisierung doch eine wesentliche Erschwernis für die Flucht auf sowjetisches Gebiet. Diese wurde ab Anfang 1940 auch wegen der von der UdSSR ab dem Jahreswechsel verhängten Grenzsperrung praktisch unmöglich.

Nach dem Abmarsch der 400 Männer aus Pysznica in Richtung Lublin kehrte im Dorf vorübergehend Ruhe ein. Freiwillige aus den Reihen der Deportierten verstärkten die Ortsmiliz. Damit erhöhte sich auch die Sicherheit der nichtjüdischen DorfbewohnerInnen, die nunmehr auch durch Männer der jüdischen „Labestation“ vor Überfällen geschützt wurde. Das trug zur Entspannung der Situation bei. Dass vereinzelt auch Angehörige der einheimischen jüdischen Bevölkerung sich an die Deportierten mit der Bitte um Schutz wandten, hing mit dem offenbar verbreiteten Irrglauben zusammen, die deutschen Besatzer hätten tatsächlich ein autonomes „Judenreservat“ eingerichtet. Jonny Moser zitiert einen Brief, den Kohn von jüdischen Bewohnern aus Radomyśl, 20 km flussabwärts, erhielt. Sie waren, obwohl selbst bettelarm, bestohlen worden und wurden auf offener Straße verprügelt. Sie baten Kohn als Leiter der Station in Pysznica, die Kommandantur in Zarzecze zu ersuchen, „gütigst die

182 Die vorstehenden Informationen finden sich auf der Website des Beit Hatfutsot / Museum of the Jewish People, Tel Aviv: <https://dbs.bh.org.il/place/ulanow> [7. 3. 2020].

183 Siehe die von der israelischen karitativen Vereinigung für Holocaustüberlebende „Aviv“ zusammengestellte Ghetto-Liste, die den Forschungsstand bezüglich der Daten der Einrichtung und Liquidierung der einzelnen Ghettos wiedergibt: <https://www.avivshoa.co.il/pdf/Ghetto-Liste-Stand-10.12.2015.pdf> [7. 3. 2020].

nötigen Maßregeln zu ergreifen, um diese sehr bedauerlichen Vorfälle aus der Welt zu schaffen“.¹⁸⁴

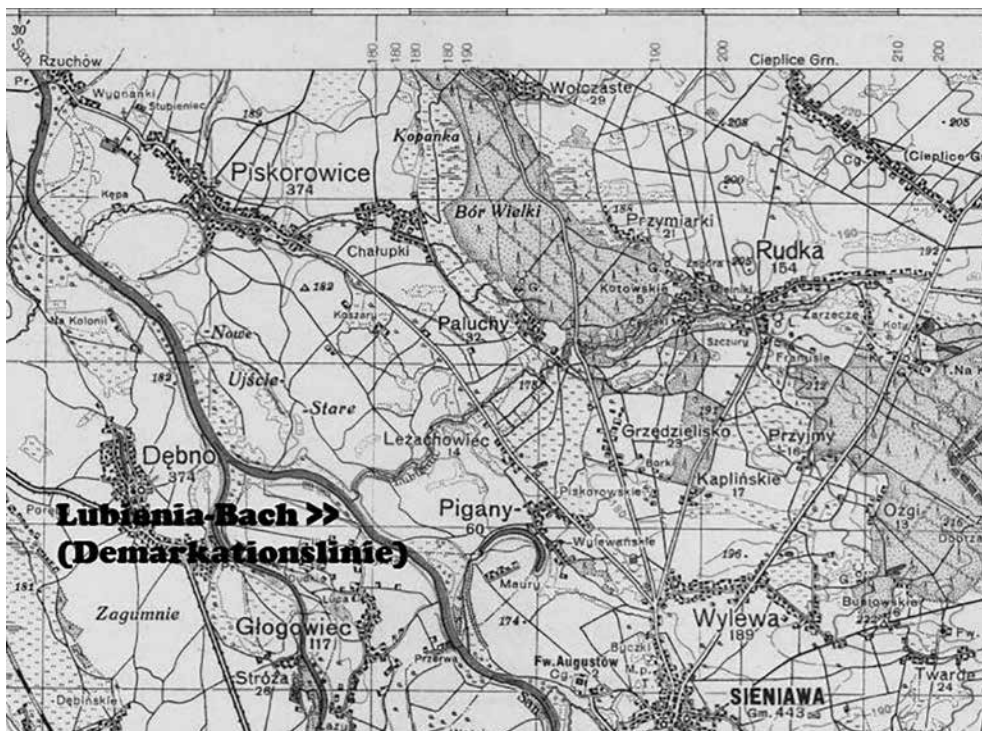
Anfang November hielten sich in der Station Pysznica über 200 Vertriebene auf, Mitte November waren die Öfen fertig, auf denen gekocht wurde. Auch konnten Lebensmittelvorräte angelegt werden. Mit dem Lager Zarzecze wurde eine tägliche Fuhrwerksverbindung eingerichtet. Auch den in Pysznica untergekommenen Männern des zweiten Transports gelang es in einigen Fällen, einige der von der SS-Lagerleitung beschlagnahmte Gepäckstücke ausgefolgt zu bekommen, was vor allem wegen der in den Koffern verstauten Schuhe von Bedeutung war.

Auch wenn der Vorgang des „Streuens“ beim zweiten Transport nicht so brutal erfolgte wie beim ersten, als die Neuankömmlinge durch Schüsse in Panik versetzt und verjagt worden waren, nachdem sie den San erst einmal überquert hatten und damit im Distrikt Lublin angekommen waren, lief die Haltung der SS auch gegenüber den Männern des zweiten Transports auf dasselbe hinaus: Als Kohn über den jüdischen Lagerleiter Eisler das SS-Kommando in Zarzecze über die Vorfälle auf dem Marsch nach Gwizdów informierte, erfolgte keinerlei Reaktion. Letztendlich diente auch die humanitäre Maßnahme der Errichtung von „Labe“- und „Relaisstationen“ auf den potenziellen Fluchtrouten in Richtung Sowjetunion demselben Zweck: die nach Nisko Deportierten so schnell wie möglich vom Lager Zarzecze zu entfernen und zunächst über den ganzen Distrikt zu verteilen, um sie letztendlich „loszuwerden“ – durch Vertreibung über die Demarkationslinie zur UdSSR. Die Mehrheit der Männer flüchtete aber auf eigene Faust auf sowjetisches Gebiet.

Der Nisko bzw. Zarzecze am nächsten gelegene Abschnitt der Demarkationslinie befand sich unmittelbar nördlich der kleinen Stadt Sieniawa. Der Grenz- und Freundschaftsvertrag hatte den San als Grenze festgelegt, und zwar bis zur Einmündung des Wisłok. Gegenüber der Mündung des Wisłok befindet sich die Einmündung eines Baches namens Lubienia. Diesem folgte die Demarkationslinie nach Osten. Zwei Wege führten von Norden an die Grenze: Der eine nahe dem San von Ulanów über Krzeszów (wo die jüdische Lagerleitung von Zarzecze aus vorübergehend eine Etappenstation einrichtete), Kulno und Kuryłówka bis Piskorowice, vier Kilometer vor der Demarkationslinie. Der andere ein gutes Stück weiter östlich. Dieser begann in Pysznica, führte über Domostawa in einem großen Bogen über Biłgoraj nach Brzyska Wola wo eine Etappenstation eingerichtet wurde. Von dort ging es über Dąbrowica bis Cieplice, von wo es ebenfalls rund vier Kilometer bis zur Lubienia waren. An-

184 Schreiben vom 11. 12. 1939, zitiert in: Moser, Nisko, S. 121.

dere marschierten von Biłgoraj direkt nach Süden bis Tarnogród und von dort nach Südosten über Cewków bis zur Demarkationslinie. Unmittelbar dahinter, in Oleszyce, befand sich eine Bahnstation, von wo aus man über Lubaczów nach Rawa Ruska und Lemberg gelangen konnte.



Das Gelände auf beiden Seiten der Lubienia, die 1939–1941 die deutsch-sowjetische Grenze markierte. Zwischen den Orten Piskorowice und Cieplice ist der „Bór Wielki“ [„Großer Hochwald“] zu erkennen. Ausschnitt aus dem Blatt „Pas 48 / Slup 35 (Jarosław)“ der „Mapa taktyczna Polski“ [Taktische Karte Polens] 1:100.000 der polnischen Armee, hrsg. v. Wojskowy Instytut Geograficzny [Militärgeografisches Institut], Warschau 1938

© Public Domain, zur Verfügung gestellt vom Instytut Geografii i Gospodarki Przestrzennej Uniwersytetu Jagiellońskiego [Institut für Geografie und Raummanagement der Jagiellonen-Universität Krakau]

In den Etappenstationen gab es Proviant und Geld, das von Zarzecze und Pysznica aus geschickt wurde, sowie ärztliche Betreuung. Die wichtigste Aufgabe der Etappenstationen war es jedoch, das sichere Passieren der Grenze zu erleichtern, sei es durch die Vermittlung von Fluchthelfern oder von Fuhrleuten, die wussten, wann man unbemerkt über die Demarkationslinie fahren

konnte. Die deutschen Wachen schauten meistens weg, weil sie offensichtlich die Order hatten, die jüdischen Flüchtlinge nicht an der Ausreise zu hindern. Den Leitern der Relaisstationen gelang es, verlässliche Informanten unter der örtlichen Bevölkerung zu finden, die beispielsweise eindringlich vor dem Passieren von Waldgebieten warnten, da diese zwar eine Deckung gegenüber möglichen Polizeistreifen boten, gleichzeitig aber Banden als Unterschlupf dienten, weshalb man Gefahr lief, ausgeraubt zu werden (was auch oft passierte). Das Waldgebiet von Ozanna im Mittelabschnitt konnte relativ einfach umgangen werden, als besonders gefährlich stellte sich jedoch der „Bór Wielki“ zwischen Piskorowice und Cieplice, unmittelbar an der Grenze, heraus. Die Versuchung, sich dort zu verstecken, wenn ein Versuch gescheitert war, die Grenze zu überqueren, war groß. Doch Raubüberfälle gab es auch weiter nördlich: Nachdem Ende November mehr als hundert Männer Pysznica verlassen hatten und nach Süden marschiert waren, in der Hoffnung, nach Sieniawa auf der sowjetischen Seite zu gelangen, wurde es immer schwieriger, die Station gegen Überfälle zu verteidigen. Einigen Deportierten wurden dabei sämtliche noch vorhandenen Barmittel geraubt, bevorzugte Beute waren aber die Gepäckstücke der Juden.

Da kaum jemand eine Landkarte hatte, wussten viele Flüchtlinge nicht, wo sie sich eigentlich befanden. Manche erzählten hinterher, sie seien durch den Bug gewatet – tatsächlich handelte es sich um den Lubienia-Bach. Allerdings wurden weiter östlich, am Bug, seitens der NS-Behörden immer wieder Gruppen von jüdischen Vertriebenen zum Ufer gejagt, wo sie dann versuchen mussten, auf die sowjetische Seite des Flusses zu gelangen.

Jonny Moser hat in seinem Buch ausführlich die gescheiterte Flucht mehrerer kleinerer Gruppen um Ernst Kohn zwischen 19. und 29. Dezember 1939 geschildert.¹⁸⁵ Eine Gruppe hatte die damals noch nicht zugefrorene Lubienia bereits überquert – das Gepäck war mit Stricken über den vier Meter breiten Bach gezogen worden, wer gute Stiefel hatte, watete durch das seichte Gewässer, andere wurden von starken Bauernburschen auf die sowjetische Seite der Demarkationslinie getragen. Zwei Gruppen von Flüchtlingen wurden auf dem Weg nach Sieniawa von einer sowjetischen Patrouille verhaftet und auf die Ortskommandantur der Roten Armee gebracht. Dort saßen schon hundert Männer und Frauen fest. Die Ankündigung des Kommandanten, die Flüchtlinge mit Fuhrwerken zur mehr als 20 km flussaufwärts gelegenen Bahnstation Surochów (gegenüber dem deutsch besetzten Jarosław) zu bringen, von wo aus am nächsten Morgen um 5 Uhr früh ein Zug nach Lemberg abfahren werde,

¹⁸⁵ Ebenda, S. 124 f.

erwies sich als leeres Versprechen. Tatsächlich wurden sämtliche Flüchtlinge in der Nacht zum 21. Dezember nach Dobra, nordöstlich von Sieniawa, gebracht und unter Waffengewalt zurück auf die deutsche Seite getrieben. Dort wurden sie von einer deutschen Patrouille aufgegriffen, Frauen und Kinder durften in einem Haus schlafen, die Männer mussten die Nacht im Freien verbringen. Sie marschierten weiter in Richtung Bełzec, wurden jedoch am 25. Dezember neuerlich festgehalten und mussten schließlich den Rückweg antreten. Am 29. Dezember war Kohns Gruppe wieder in Pysznica.

Alle diese Flüchtlinge und Vertriebenen – unter ihnen mehr als 1.300 der fast 1.600 österreichischen Nisko-Deportierten – reihten sich in die nach Hunderttausenden zählenden Flüchtlinge ein, die zwischen September 1939 und der Schließung der Grenze durch die sowjetischen Behörden Ende 1939 dem deutschen Besatzungsregime in Polen zu entkommen versuchten. Damit wurde das Schicksal der Nisko-Deportierten gleich in doppeltem Sinne auch zu einem Teil der polnischen Geschichte, worauf weiter unten näher eingegangen wird.

Die verzweifelte Situation, in der sich die verschiedenen Gruppen von Nisko-Deportierten befanden, die irgendwo im Distrikt Lublin „gestrandet“ waren, weil ihnen die Flucht über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie nicht gelungen war, spiegelt sich in zahlreichen Briefen wider, die – mitunter mit mehrmonatiger Verspätung – bei der Kultusgemeinde in Wien einlangten. Andrea Löw hat einige dieser Briefe veröffentlicht und analysiert.¹⁸⁶ Die Verbitterung über die vermeintliche Untätigkeit der Wiener IKG erfasste schließlich auch Ernst Kohn. An Julius Boschan, den IKG-Funktionär, mit dem er bis Dezember 1939 in Zarzecze bzw. Pysznica zusammengearbeitet hatte, schrieb er am 22. Februar 1940: „Du musst Mittel und Wege finden, um die Herren dort zur Vernunft zu bringen.“¹⁸⁷ Nach seiner gescheiterten Flucht war Kohn von seinem Posten als Leiter der Spitalsstation Pysznica abberufen worden, sah sich aber weiterhin als Vertreter der Interessen der „leider nur mehr 150 Wiener Juden“ gegenüber der (nunmehr ausschließlich in Mährisch-Ostrauer Hand befindlichen) jüdischen Lagerleitung. Wie erwähnt, befanden sich im Rücktransport der Deportierten im April 1940 aber 198 Wiener. Die von Kohn Ende Februar 1940 genannte Zahl von 150 Wienern bedeutet somit, dass es in den letzten Wochen des Bestehens des Lagers in Zarzecze gelang, zu fünfzig weiteren Personen Kontakt herzustellen, die sich irgendwo im Distrikt Lublin aufhielten.

¹⁸⁶ Andrea Löw, Hilferufe. Siehe auch ihren Beitrag in der vorliegenden Publikation.

¹⁸⁷ Moser, Nisko, S. 149.

Im Zuge der ab Ende 1939 geführten Auseinandersetzungen um die finanzielle Abrechnung der Nisko-Aktion¹⁸⁸ tauschten sich die Israelitischen Kultusgemeinden Wien und Mährisch-Ostrau auch über die Frage aus, wie viele Deportierte der beiden Wiener Transporte sich Ende November 1939, als der Großteil bereits auf sowjetisch besetztes Gebiet geflüchtet war, noch im Generalgouvernement aufhielten. Jonny Moser zitiert ein Schreiben der IKG Mährisch-Ostrau an Dr. Löwenherz vom 8. März 1940. Demnach hatten sich mit Stichtag 20. November 1939 in Zarzecze und in den beiden benachbarten Orten Pysznica und Ulanów 120 Wiener aufgehalten, weitere 79 in fünf anderen Orten des Distrikts Lublin, nämlich Deutsch-Przemysl, Bełżec, Zamość, Włodawa sowie in Lublin selbst.¹⁸⁹ Mit ein oder zwei Ausnahmen konnten von diesen 199 Personen im April 1940 alle die Heimreise nach Wien antreten. Die Rückreise der Deportierten aus Wien und Mährisch-Ostrau wird am Ende des nachfolgenden Kapitels behandelt.

Am 30. Oktober 1939 hätte ein dritter Transport Wien in Richtung Nisko verlassen sollen. Der Abfahrtstermin wurde viermal verschoben und musste schließlich von der Zentralstelle für jüdische Auswanderung überhaupt abgesagt werden. Am 5. November erfuhr die Kultusgemeinde, dass sämtliche Transporte nach Polen bis 1. Februar 1940 eingestellt seien. Nur die im Obdachlosenasyl Gänsbachergasse im 3. Gemeindebezirk festgehaltenen Personen sollten noch ins Generalgouvernement abgeschoben werden, doch wurde auch dieser Plan auf 1940 verschoben.

Für das Jahr 1940 kündigte Eichmann, wie Josef Löwenherz am 13. November 1939 notierte, die „vollständige Räumung Wiens“ an.¹⁹⁰ Tatsächlich gelang im Jahre 1940 aber noch einmal 4.840 Menschen die Ausreise, meist nach Übersee.¹⁹¹ 1941 kam die Auswanderung – mit 863 Personen¹⁹² – praktisch zum Erliegen, ein allgemeiner Auswanderungsstopp im Herbst 1941 beendete die legalen Fluchtmöglichkeiten endgültig, während im selben Jahr 10.000 Jüdinnen und Juden nach Polen verschickt wurden: 5.000 im Februar/März 1941 in kleine Städte im Generalgouvernement und noch einmal 5.000 im Oktober/November 1941 nach Litzmannstadt/Łódź¹⁹³ (wohin zwi-

188 Ebenda, S. 133–138.

189 Ebenda, S. 137.

190 Zitiert in: Ebenda, S. 77. Aus dem oben zitierten Aktenvermerk Dr. Beckers für Regierungspräsident Barth geht hervor, dass damit eine Forcierung der Deportationen nach Polen gemeint war. Siehe: <https://ausstellung.de.doew.at/popup.php?t=img&id=631> [7. 3. 2020].

191 Moser, Demographie, S. 42.

192 Ebenda, S. 44.

193 Lodsch/Łódź war nicht Teil des Generalgouvernements, sondern 1939 dem – aus den annektierten Gebieten Westpolens neu gebildeten – Reichsgau Wartheland angeschlossen worden.

schen 4. und 8. November 1941 auch 5.000 österreichische Roma deportiert wurden). Ebenfalls im Oktober und November 1941 deportierte die Gestapo 5.000 Juden und Jüdinnen von Prag direkt (d. h. ohne den „Umweg“ über das Ghetto Theresienstadt) nach Litzmannstadt; im selben Zeitraum gingen zehn Transporte mit mehr als 9.800 Personen aus verschiedenen Städten des „Altreichs“ (darunter vier aus Berlin) nach Litzmannstadt.

Für alle Deportationen aus Wien wurde weiterhin der Aspangbahnhof genutzt. Insgesamt wurden von diesem Bahnhof bis Anfang 1945 in 47 großen und mehreren kleineren Transporten 47.035 Menschen deportiert. Nach aktuellem Forschungsstand haben knapp 2,3 Prozent von ihnen, nämlich 1.073 Personen, überlebt.

Nach 1945 war dieser zentrale Ort des Holocaust in Wien weitgehend in Vergessenheit geraten. Der seit 1971 nicht mehr für den Personenverkehr genutzte Bahnhof wurde 1977 abgerissen, womit auch die Verladerampe der Deportationstransporte verschwand. Seit 1983 erinnerte aber immerhin ein kleiner Gedenkstein an den Verwendungszweck des ehemaligen Aspangbahnhofs. Zwölf Jahre später erfolgte die Benennung des nunmehr unbebauten Geländes in „Platz der Opfer der Deportation“.¹⁹⁴ Die feierliche Benennung des Platzes erfolgte deshalb am 50. Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, weil bei jenen Opfern der NS-Herrschaft, deren tatsächliches Sterbedatum nicht eruiert werden kann, der 8. Mai 1945 als Sterbetag gilt. Das Bahnareal wurde noch bis 2001 als Güterbahnhof genutzt. Erst im Zuge der Neugestaltung des Stadterweiterungsgebiets „Aspanggründe“ errichtete die Gemeinde Wien 2017 ein großes Mahnmal.¹⁹⁵ Der Park erhielt den Zusatznamen Leon-Zelman-Park, benannt nach dem Gründer des Vereins „Jewish Welcome Service Vienna“, der die Nachkommen der Deportierten bei Wien-Besuchen unterstützt. Jeweils am Abend des 9. November, dem Jahrestag des Novemberpogroms, veranstaltet die „Initiative Aspangbahnhof“ am Platz der Opfer der Deportation / Leon-Zelman-Park eine Kundgebung zum Gedenken an die Deportation von mehr als 47.000 Jüdinnen und Juden aus Wien.

Im April 1940 erfolgte die Umbenennung der zweitgrößten Stadt Polens in „Litzmannstadt“ und die Absperrung des Ghettos, in dem im November 1941 ein eigenes „Zigeunerlager“ eingerichtet wurde.

194 Inschrift des Gedenksteins und Angaben zur Namensgebung des Platzes: Herbert Exenberger / Heinz Arnberger (Hrsg.), Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, Wien 1998, S. 118. Online: http://www.nachkriegsjustiz.at/vgew/1030_platzderdeportation.php [7. 3. 2020].

195 KÖR / Kunst im öffentlichen Raum (Hrsg.), Mahnmal Aspangbahnhof – Aspang Railway Station Memorial, Wien 2018.

Die Nisko-Aktion als Teil der tschechoslowakischen Geschichte

Nisko war nicht nur die erste Etappe der Deportation österreichischer Juden und Jüdinnen „nach Osten“. Die Aktion bildete auch den Beginn der Deportationen aus dem Reichsprotektorat Böhmen und Mähren – zwei Tage vor der Abfahrt des ersten Transports vom Wiener Asparngbahnhof. Sie wird daher von der tschechischen Historiografie auch als Auftakt zur „Endlösung“¹⁹⁶ bzw. als „erste Deportation der europäischen Juden“¹⁹⁷ eingeschätzt.

Mährisch-Ostrau, von wo aus die ersten Juden im Zuge der Nisko-Aktion deportiert wurden, war schon in der österreichisch-ungarischen Monarchie eine bedeutende Industriestadt gewesen, die Witkowitz Eisenwerke waren von zwei jüdischen Großindustriellen zum größten Hüttenwerkkomplex der Monarchie ausgebaut worden. In den 1920er und 1930er Jahren bildete die Israelitische Kultusgemeinde Ostrava die drittgrößte der Tschechoslowakei nach Prag und Brünn, jüdische Parteien waren auch im Stadtrat stark vertreten. Wie in anderen jüdischen Gemeinden in den böhmischen Ländern (Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien) sprach die jüdische Bevölkerung von Mährisch-Ostrau deutsch. Während jedoch nach der Gründung der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) 1918 in immer mehr jüdischen Gemeinden die Mehrheit der Gemeindemitglieder dazu tendierte, die tschechische Sprache zu übernehmen, blieb das Deutsche für die Ostrauer Juden und Jüdinnen die Alltagssprache.

Mit dem von Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien über die Köpfe der tschechoslowakischen Regierung hinweg ausgehandelten Münchner Abkommen vom 29. September 1938 wurde die Tschechoslowakei zerschlagen. Unter der Bezeichnung „Sudetengau“ verleibte sich das Deutsche Reich den Großteil der deutschsprachigen Grenzgebiete im Westen und Norden der ČSR ein, die übrigen annektierten Gebiete wurden bestehenden Gauen angegliedert.

196 Die von der Universität Ostrava abgehaltene internationale wissenschaftliche Konferenz zum 55. Jahrestag hatte „die Aktion Nisko in der Geschichte der Endlösung der Judenfrage“ getitelt. Siehe: Nisko 1939/1994.

197 So der Titel von Boráks – ursprünglich vom Stadtkomitee Ostrava des Tschechischen Verbands der Freiheitskämpfer herausgegebenen – Buch, das 2009 auf Tschechisch und 2010 auf Englisch erschien: Mečislav Borák, První deportace evropských Židů. Transporty do Niska nad Sanem (1939–1940) [Die erste Deportation europäischer Juden. Die Transporte nach Nisko am San (1939–1940)], Ostrava 2009; Borák, First Deportation; Jan Dvořák / Jan Horník / Adam Hradilek, První transporty evropských Židů v dějinách holocaustu [Die ersten Transporte europäischer Juden in der Geschichte des Holocaust], in: Paměť a Dějiny [Erinnerung und Geschichte] (Prag), Jg. 2014, Nr. 4, S. 101–106.

So wurde beispielsweise das Gebiet um Český Krumlov/Böhmisch-Krumau Teil des Reichsgaues „Oberdonau“, Znojmo/Znaim und Mikulov/Nikolsburg samt dem Grenzbahnhof Břeclav/Lundenburg kamen zum Reichsgau „Niederdonau“. Polen nützte die Gelegenheit, um das so genannte Olsa-Gebiet (polnisch Zaolzie) zwischen Těšín/Teschen/Cieczyn¹⁹⁸ und Bohumín/Oderberg zu annektieren und dehnte sein Staatsgebiet damit bis an die Stadtgrenze von Ostrava/Mährisch-Ostrau aus. Nach der Abspaltung der Slowakei als „unabhängiger“ Staat von deutschen Gnaden am 14. März 1939 reiste der tschechoslowakische Staatspräsident nach Berlin. Als Deutschland in den nächtlichen Verhandlungen mit der Bombardierung Prags durch die deutsche Luftwaffe drohte, unterzeichnete Präsident Hácha am frühen Morgen des 15. März die geforderte Verzichtserklärung, die Deutsche Wehrmacht besetzte das Territorium, das die NS-Propaganda „Rest-Tschechei“ genannt hatte. Schon in den Abendstunden des 14. März rückte die SS in das Industriegebiet von Mährisch-Ostrau ein. Am Tag darauf erklärte Hitler die nicht von Deutschland annektierten Gebiete mit rund siebeneinhalb Millionen Einwohnern zum „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“ und setzte Hácha zum „Oberhaupt“ der (machtlosen) tschechischen Verwaltung ein.

Vor der Zerstörung des tschechoslowakischen Staates hatte die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung der ČSR in der östlichen Hälfte des Landes gelebt: In der Slowakei, wo die Mehrheit sich der ungarischen oder deutschen Sprache bediente, und in der heute zur Ukraine gehörenden Karpatenukraine (tschechisch: Podkarpatská Rus), wo die jüdische Bevölkerung meist jiddisch sprach.¹⁹⁹ Zu den mehr als 118.000 Jüdinnen und Juden²⁰⁰ in der westlichen

198 Die bis 1918 zu Österreichisch-Schlesien gehörende Stadt Teschen war im Gefolge des polnisch-tschechoslowakischen Grenzkrieges 1919 entlang der Olsa (polnisch Olza, tschechisch Olše) geteilt worden. Die Altstadt wurde polnisch (Cieszyn), die Neustadt tschechisch (Český Těšín).

199 1938 dürften in der Slowakei (einschließlich der an Ungarn abgetretenen Gebiete im Süden des Landes) und in der Karpatenukraine insgesamt rund 235.000 Jüdinnen und Juden gelebt haben. Siehe: Eva Schmidt-Hartmann, Tschechoslowakei, in: Wolfgang Benz, Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991, S. 353–379, hier 369, 375, 379. Zum Schicksal der 91.255 BewohnerInnen der Karpatenukraine, die sich bei der Volkszählung 1930 zur jüdischen Nationalität bekannt hatten, siehe: Jaroslav Vaculík, Židé z Podkarpatské Rusi jako optanti pro československé státní občanství v letech 1945–1947 [Die Juden aus der Karpatenukraine als Optanten für die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit in den Jahren 1945–1947], in: Nisko 1939/1994, S. 292–298 (deutsche Zusammenfassung: S. 299 f.).

200 Von diesen hatte sich bei der Volkszählung 1930 jeweils ein Drittel zur tschechischen, deutschen und jüdischen Nationalität bekannt. Borák, The First Deportation, S. 40. In der ČSR bestand die Möglichkeit, sich zur „jüdischen Nationalität“ zu bekennen, auch ohne der jiddisch sprechenden Minderheit in der Karpatenukraine anzugehören.

Hälfte des Staates, also in den böhmischen Ländern, waren in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre noch Tausende jüdische Flüchtlinge gekommen – allein 17.000 aus den infolge des Münchner Abkommens 1938 annektierten Gebieten.²⁰¹ Auch Mährisch-Ostrau beherbergte jüdische Flüchtlinge deutscher, polnischer, ehemals österreichischer Staatsbürgerschaft oder „Staatenlose“. Für die verfolgten Juden und Jüdinnen aus Österreich war die Tschechoslowakei zunächst eine der wichtigsten Zufluchtsstätten gewesen.²⁰² Für viele wurde Mährisch-Ostrau dank der unmittelbaren Nähe der Grenze zu Polen das letzte Schlupfloch vor dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht, um der nationalsozialistischen Verfolgung zu entgehen. Unter ihnen war auch ein damals 12-jähriger jüdischer Bub aus Prag namens Martin Bauer, der mit seinen Eltern am Abend des 14. März 1939 Prag mit einem Zug verlassen hatte, der über Mährisch-Ostrau nach Polen fuhr. Der Bub wurde später unter dem Namen Yehuda Bauer einer der weltweit bekanntesten Holocaust-Forscher. Bauer erinnerte sich: „The whole train was full of Jews with papers of immigration to Palestine and Czech and German social democrats who were afraid that the Germans were going to march into the country.“²⁰³ In Mährisch-Ostrau stiegen Männer mit Hakenkreuzen auf ihren deutschen Uniformen ein und überprüften die Papiere der Reisenden. Der tschechische Stationsvorsteher gab daraufhin dem Lok-Führer vorzeitig das Abfahrtsignal, und der Zug rollte auf die polnische Seite hinüber, wo er einige Hundert Meter nach der Grenze anhielt. Die Deutschen mussten aussteigen und zu Fuß zurück nach Mährisch-Ostrau gehen, die Passagiere konnten ihre Reise fortsetzen.

Im mährisch-schlesischen Grenzgebiet zu Polen lebten auch 1939 noch Tausende polnische Juden und Jüdinnen, die Opfer der ersten deutschen Ver-

201 Livia Rothkirchen, *Osud Židů v Čechách a na Moravě v letech 1938–1945* [Das Schicksal der Juden in Böhmen und Mähren in den Jahren 1938–1945], in: Livia Rothkirchen / Eva Schmidt-Hartmann / Avigdor Dagan / Milena Janišová (Hrsg.), *Osud Židů v protektorátu 1939–1945. Studie – materiály – dokumenty* [Das Schicksal der Juden im Protektorat 1939–1945. Studien – Materialien – Dokumente], Prag 1991, S. 17–79, hier 21. Zitiert in: Borák, *The First Deportation*, S. 39. Rothkirchen schätzt die Gesamtzahl der ins Protektorat Geflüchteten auf 25.000, viele von ihnen auch aus den an „Oberdonau“ und „Niederdonau“ abgetretenen Gebieten Südböhmens und Südmährens.

202 Siehe: <https://ausstellung.de.doew.at/b212.html> [7. 3. 2020].

203 Das tschechische Internet-Portal „Memory of Nations / Paměť národa“ hat die Lebensgeschichte Yehuda Bauers zugänglich gemacht. In einem 2-Minuten-Audio-File (<https://www.memoryofnations.eu/sites/default/files/witness/2972/clip/9778-audio.mp3>) berichtet Bauer, wie der Zug mit Flüchtlingen, in dem er mit seiner Familie saß, die Grenze zu Polen passieren konnte. Zusammenfassung des Texts: <https://www.pametnaroda.cz/cs/bauer-jehuda-1926> [7. 3. 2020].

treibungsaktion am 28. Oktober 1938 gewesen waren, aber keine Aufnahme in Polen gefunden hatten. Im Juni 1939 trieb die Gestapo Hunderte von ihnen, meist des Nachts in kleinen Gruppen, über die Grenze, vor allem in den Landkreis Rybnik, auf halber Strecke zwischen Mährisch-Ostrau und Kattowitz.²⁰⁴ Ähnliches hatte die Gestapo schon im Sommer 1938 an der niederösterreichisch-mährischen Grenze praktiziert.²⁰⁵

Besonders erfolgreich war diese Methode im September 1939, als die Ostrauer Gestapo die Konfusion der ersten Tage des Angriffs auf Polen ausnutzte, um noch einmal größere Gruppen von Juden und Jüdinnen nach Teschen/Cieszyn abzuschicken und ihnen die Rückkehr zu verbieten. Im Tagesrapport der Brünner Gestapo vom 3. Oktober 1939 wurde gemeldet, dass 15 Personen wegen verbotener Rückkehr in Mährisch-Ostrau inhaftiert wurden.²⁰⁶

Im Juli 1939 hatte „Reichsprotector“ Konstantin Freiherr von Neurath, den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Protektorat, Walter Stahlecker, beauftragt, gemeinsam mit Adolf Eichmann in Prag eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung nach Wiener Vorbild aufzubauen. Wie schon in Wien sollte die Zentralstelle dazu dienen, durch die Erleichterung der Ausreise die jüdische Bevölkerung im Protektorat weiter zu dezimieren. Vor der offiziellen Eröffnung der Zentralstelle am 28. Juli wurden einige der in der Wiener Zentralstelle tätigen Gestapobeamten für den Einsatz in Prag geschult. Auch der De-facto-Leiter der Prager Zentralstelle, SS-Hauptsturmführer Hans Günther, war zuvor in der Wiener Zentralstelle tätig gewesen. Bis Ende 1939 bearbeitete die Prager Zentralstelle 8.077 Anträge auf „Auswanderung“ und stellte 6.918 Genehmigungen aus, und selbst in den ersten Monaten des Jahres 1940 erhielten noch 3.131 Menschen die Erlaubnis, das Protektorat zu verlassen.²⁰⁷ Ab der dritten Februarwoche kam es zu einer Einschränkung, die eine Reihe bereits geplanter Transporte nach Übersee betraf: Die „Auswanderung von Männern zwischen 18 und 45 Jahren“ wurde verboten.²⁰⁸ (Erst fast andert-

204 Tomaszewski, Auftakt zur Vernichtung, S. 295.

205 Siehe: Wolfgang Schellenbacher, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. Der Raum Niederösterreich als Beispiel für den Umgang mit Flüchtlingen und Abgeschobenen in Österreich zwischen 1914 und 1938, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Jahrbuch 2016, Wien 2016, S. 267–284, hier 282 f.

206 Zitiert in: Borák, First Deportation, S. 51.

207 Zahlen in: Miroslav Kárný, „Konečné řešení“. Genocida českých Židů v německé protektorátní politice [„Endlösung“. Der Genozid an den tschechischen Juden in der deutschen Protektoratspolitik], Prag 1991, S. 37 f.

208 Die entsprechende Mitteilung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung an die Kultusgemeinde Prag ist zitiert in: Gruner, Die Judenverfolgung im Protektorat, S. 108.

halb Jahre später, im August 1941, wurde dieses Verbot auch auf das „Altreich“ und das annektierte Österreich ausgedehnt.²⁰⁹) Im Mai 1941 löste die Zentralstelle das „Palästinaamt“ der Kultusgemeinde auf, im Oktober 1941 wurde die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung durch Auswanderung gänzlich eingestellt. Gleichzeitig verließen, wie oben erwähnt, die ersten fünf Deportationszüge das Protektorat in Richtung Litzmannstadt/Łódź.

Im September 1939 ordnete die Prager Zentralstelle an, die Prager Kultusgemeinde müsse innerhalb von drei Tagen die immer noch im Protektorat lebenden Jüdinnen und Juden erfassen. Die Kultusgemeinde bot 1.300 Menschen auf, um den Auftrag zeitgerecht zu erfüllen. Das Ergebnis war, dass mit Stand 1. Oktober 1939 nach den Nürnberger „Rassegesetzen“ 90.147 Personen als jüdisch galten, 80.139 von ihnen waren jüdischen Glaubens.²¹⁰ (Von diesen 90.000 Personen wurden rund 78.200 ermordet.²¹¹) Mitte der 1950er Jahre wurde in der Prager Pinkas-Synagoge neben dem alten jüdischen Friedhof in der Josefstadt/Josefov eine der ersten Holocaust-Gedenkstätten Europas eingerichtet. Zwischen 1954 und 1959 erfolgte die handschriftliche Ausgestaltung der Wände der Synagoge mit den Namen aller damals bekannten 77.297 tschechischen Holocaust-Opfer, samt Geburts- und Deportationsdatum, durch die beiden Grafiker Václav Boštík und Jiří John. Durch Feuchtigkeitseinwirkung in den Folgejahren wurden die Inschriften stark in Mitleidenschaft gezogen. 1968 schlossen die ČSSR-Behörden die Gedenkstätte, der Verfall setzte sich fort. Bei der Renovierung des Gebäudes in den 1990er Jahren wurde auch die Namensliste in der ursprünglichen Form wiederhergestellt. Seit 1995 ist die Pinkas-Synagoge, als Teil des Jüdischen Museums, wieder zugänglich.²¹²

In Mährisch-Ostrau, wo sich die Gestapo in der Villa eines reichen Kaufmannes einquartierte, brannte die erste Synagoge schon wenige Stunden nach dem Einrücken der SS, am 15. März 1939. Weitere fünf Synagogen in Mährisch-Ostrau und Umgebung wurden von deutschen Nationalsozialisten und tschechischen Faschisten in den darauffolgenden Monaten niedergebrannt. Besondere Mühe gab sich der von der „Mährisch-Schlesischen Landeszeitung“ bejubelte antisemitische Mob bei der Zerstörung des großen jüdischen Tempels im südöstlichen Stadtbezirk Witkowitz, die erst im zweiten Anlauf Anfang Juni

209 Aktenvermerk des Amtsdirektors der IKG Wien, gez. Dr. Löwenherz, vom 5. 8. 1941 über ein Telefonat mit Dr. Eppstein, Reichsvereinigung, Berlin, am 5. 8. 1941, 17.45 Uhr, abgedruckt in: VEJ, Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat, Dok. 198, S. 498.

210 Gruner, Die Judenverfolgung im Protektorat, S. 88.

211 Siehe: <https://ausstellung.de.doew.at/b212.html> [7. 3. 2020].

212 Siehe: <https://www.jewishmuseum.cz/en/explore/permanent-exhibitions/monument-of-shoah-victims/> [7. 3. 2020].

1939 gelang. Die Baubehörden begutachteten die Brandruinen und stellten der jüdischen Gemeinde amtliche Bescheide aus, dass die zerstörten Gotteshäuser aus Sicherheitsgründen abzutragen seien.²¹³

Schon am ersten Tag der deutschen Herrschaft in Mährisch-Ostrau schloss die Gestapo die bekanntesten jüdischen Kaufhäuser, verhaftete jüdische Unternehmer sowie leitende Angestellte von Handels- und Industrieunternehmen und zwang sie, „freiwillig“ ihren Besitz an deutsche Treuhänder zu überschreiben und ihre Posten zu räumen. Im gesamten Protektorat wurde mit der von Reichsprotektor Neurath am 21. Juni 1939 erlassenen „Verordnung über das jüdische Vermögen“²¹⁴ der jüdischen Bevölkerung das Verfügungsrecht über ihr Eigentum entzogen. In den darauffolgenden Monaten wurde die Ausschließung von Juden und Jüdinnen aus dem gesellschaftlichen Leben mit ähnlicher Geschwindigkeit durchgeführt wie ein Jahr zuvor im annektierten Österreich.

Obwohl polnische Grenzwachposten jüdische Flüchtlinge meist nicht passieren ließen, gelang es vielen von ihnen weiterhin, dank tschechischer Fluchthelfer in das noch unbesetzte Nachbarland zu gelangen, vor allem über Mährisch-Ostrau, wo die Grenze ganz nahe war. Die wenige Monate zuvor erfolgte Annexion des Olsa-Gebiets durch Polen machte es möglich, durch so manche Schächte nach Bohumín/Oderberg auf der nunmehr polnischen Seite des Kohlereviere zu schleichen.²¹⁵ Jüdische Gemeinden in Polen, vor allem in Krakau, aber auch in Kattowitz und Bielitz, sowie zionistische Organisationen engagierten sich ebenfalls in der Fluchthilfe. Besondere Bedeutung erlangte der „Czechoslovak Refugee Trust“, eine britische Regierungsorganisation, die im Juli 1939 an die Stelle des seit Oktober 1938 ehrenamtlich arbeitenden „British Committee for Refugees from Czechoslovakia“ trat. Die wichtigste Niederlassung wurde am britischen Konsulat in Krakau eingerichtet. Sie stellte Flüchtlingen finanzielle Mittel zur Verfügung und half bei Visa-Anträgen.

Im Laufe des Jahres 1939 setzte ein Umdenkprozess innerhalb der von geflüchteten Soldaten auf polnischem Territorium gebildeten tschechoslowakischen militärischen Auslandsgruppe ein; sie erklärte sich bereit, auch Juden

213 Details dazu: Václav Štěpán, Židovská kultovní místa na území Ostravy a jejich zničení v období hitlerovské okupace [Die jüdischen Kultusstätten auf dem Gebiet der Stadt Ostrava und ihre Zerstörung zu Zeit der hitlerischen Okkupation], in: Nisko 1939/1994, S. 218–226. Deutsche Zusammenfassung: S. 226 f.

214 Abgedruckt in: VEJ, Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat, Dok. 247, S. 592–596. Zwar amtierte im Protektorat eine von den Nationalsozialisten eingesetzte tschechische Regierung, die Verordnung schaltete diese aber vom gesamten Prozess der „Arisierung“ aus, die ab diesem Zeitpunkt nur mehr den deutschen Behörden oblag.

215 Beispiele dafür in: Gruner, Die Judenverfolgung im Protektorat, S. 53.

in ihre Reihen aufzunehmen. Aufgabe dieser in Krakau tätigen Gruppe war es ursprünglich, den Abtransport der in Polen befindlichen tschechoslowakischen Soldaten nach Frankreich sicherzustellen; deshalb wurde sie von den polnischen Behörden geduldet. Die tausend Soldaten, die sich bei Kriegsbeginn noch in Polen aufhielten, wurden am 3. September 1939 vom polnischen Staatspräsidenten – als „Legie Čechů a Slováků“ [Legion der Tschechen und Slowaken] – zu einem Teil der polnischen Streitkräfte erklärt. Die Einheit erhielt ihre „Feuertaufe“ im Raum Lublin. Einer der ersten Gefallenen war ein Jude aus Mährisch-Ostrau.²¹⁶

Nach dem deutschen Überfall auf Polen im September 1939 und der darauffolgenden Annexion der 1938 zwangsweise von Tschechien an Polen abgetretenen Gebiete durch Deutschland wurde Mährisch-Ostrau, im äußersten Nordosten des Protektorats gelegen, von einer Grenzstadt fast zu einer Enklave, die nur durch einen schmalen Korridor mit dem Rest des Protektorats verbunden war: Im Westen grenzte sie an den Regierungsbezirk Troppau (tschechisch Opava) des „Sudetengaus“, im Norden und Osten an die Regierungsbezirke Oppeln und Kattowitz des Gaues Oberschlesien. Selbst die Eisenbahnverbindung über die Mährische Pforte in den Süden, nach Hranice na Moravě/Mährisch-Weißkirchen, führte teilweise über deutsches Gebiet. Diese besondere geografische Situation erklärt vermutlich auch die Gerüchte, die sich im Herbst 1939, am Beginn der Nisko-Aktion, verbreiteten. Der Plan der Besatzer sei, Ostrava zu einem Teil des Deutschen Reiches zu machen, weshalb die jüdische Bevölkerung ausgesiedelt werde.²¹⁷ Darauf, dass diese Gerüchte auch unter den tschechischen BewohnerInnen die Runde machten, deutet das Verhalten tschechischer Frauen unmittelbar vor und nach dem Abgang des ersten Transports nach Nisko. Jonny Moser zitiert einen Gestapobericht, wonach es am 18. Oktober 1939 „am Rand der Zufahrtsstraßen zum Bahnhof zu lauten Sympathiekundgebungen von Tschechen und jüdischen Frauen“²¹⁸ gekommen sei. Mečislav Borák schildert die Vorgänge rund um eine von der Kultusgemeinde auf Anordnung der Gestapo einberufene Informationsveranstaltung für ihre weiblichen Angehörigen am 20. Oktober: Eine Gruppe tschechischer Frauen tauchte auf und versuchte, die Jüdinnen am Betreten des Veranstaltungsraums zu hindern. Sie riefen ihnen zu „Zuerst nehmen sie die Juden fort, und dann sind die Tschechen an der Reihe!“²¹⁹

216 Siehe: Borák, First Deportation, S. 50.

217 Borák zitiert entsprechende Aussagen der Frau eines der Deportierten während ihres Gestapo-Verhörs am 24. 10. 1939: Ebenda, S. 90.

218 Moser, Nisko, S. 53 f.

219 Borák, First Deportation, S. 90.

Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges brachte die Ausreisewelle nahezu zum Erliegen. Dennoch gelang es bis Oktober 1941, bis zum Einsetzen der ersten Massendeportationen, noch rund 26.650 Jüdinnen und Juden, darunter auch vielen Flüchtlingen aus Österreich, das Protektorat zu verlassen.²²⁰

Wie weiter oben dargestellt, hatten die Vorbereitungen für die Nisko-Aktion am 6. Oktober 1939 begonnen, am 9. Oktober fand die erste Besprechung im Büro des Leiters des Grenzpolizeikommissariats Mährisch-Ostrau, Kriminalkommissar Gerhard Wagner, statt. Bei dieser Besprechung stand zwar der Zielort noch nicht endgültig fest, auch war noch nicht von einem Transport aus Wien die Rede, es wurde aber bereits die Aufgabe der von Mährisch-Ostrau und Kattowitz aus abgehenden „jüdische[n] Vorkommando[s]“ definiert – nämlich „ein Barackendorf zu errichten, das als Durchgangslager für alle nachfolgenden Transporte gedacht ist“. Was bereits feststand, war die Zusammensetzung der beiden ersten Transporte: „Im Gegensatz zu den später durchzuführenden Transporten, bei denen auf Alter oder Geschlecht der zur Umsiedlung gelangenden Juden keine Rücksicht genommen wird, werden sich die Judenvorkommandos ausschließlich aus minderbemittelten, männlichen, vollarbeitsfähigen Juden zusammensetzen. Dabei ist ferner wichtig, dass jüdische Ingenieure, Baumeister, Handwerker aller Art, sowie mindestens 10 jüdische Ärzte, die mit vollständigen Ambulatorien versehen sind, sich in dem Transport befinden.“²²¹

Das Protokoll der Besprechung gibt auch Aufschluss über die Finanzierung durch die IKG Mährisch-Ostrau, die ihre Mitglieder verpflichten musste, ihre (ohnehin von der Gestapo verwalteten) Konten zu plündern: „Seitens der Juden in M. Ostrau wurde der jüd. Kultusgemeinde in M. Ostrau – nach vorangegangener entsprechender Anweisung der Kultusgemeinde durch P.G. Brunner [Partei-genossen Alois Brunner] – bereits der Betrag von 300.000 RM zweckbestimmt für die Errichtung von Umschulungslagern zur Erleichterung der Auswanderung aus den Sperrkonten geschenkt.“ Auch für die „Freiwilligkeit“ der zur „Umsiedlung“ vorgesehenen Personen war vorgesorgt: „Eine Gesamterfassung aller Juden über 14 Jahre unter Verwendung der Fragebogen der Zentralstelle für jüd. Auswanderung, Prag, ist im Gange und wird bis 14.10.39 abgeschlossen sein. Die Juden haben jeweils zwei Lichtbilder einzureichen und die freiwillige Erklärung abzugeben, dass sie sich zum Zwecke ihrer Auswanderung freiwillig für die Umschulung melden.“ Eichmann und sein Stab bereiteten auch die

220 <https://ausstellung.de.doew.at/b212.html> [7. 3. 2020].

221 Faksimile des Protokolls der Besprechung vom 9. 10. 1939: Borák, First Deportation, Dok. 8, S. 322–325, hier 322.

Logistik des Transports bereits minutiös vor: „Die Aufteilung der Juden auf die Waggons hat so zu erfolgen, dass die einzelnen Handwerkergruppen bzw. die ungelerten Arbeiter von Anfang an nach Möglichkeit geschlossen fahren. Dadurch ist es am Zielpunkt reibungslos möglich, sofort die für das Entladen benötigten Kräfte geschlossen einzusetzen und die anderen Juden sofort mit dem Aufbau beginnen zu lassen.“²²²

Unzufrieden waren die Teilnehmer der Besprechung mit dem, was die Ostrauer Kultusgemeinde bis dahin zur Vorbereitung der „Umsiedlung“ beigetragen hatte. Sie war beauftragt worden, eine Liste der in Frage kommenden Männer zwischen 17 und 55 vorzulegen, die voll arbeitsfähig sein mussten und über keine finanziellen Mittel für die Auswanderung verfügten, also so genannte „Unbemittelte“ waren. Darunter wurden Personen verstanden, deren Vermögen unter 5.000 Reichsmark lag. Alle ausländischen Juden sollten einbezogen werden. In dem der Kultusgemeinde übermittelten viereinhalb Seiten umfassenden „Merkblatt“ betreffend „Umschichtung von Juden – Durchführung der Transporte“²²³ war gefordert worden, für jeden Transport 1.000 Personen namhaft zu machen und eine Transportumlage einzuheben. Nur bei Personen im Alter bis 17 „sowie bei gänzlich unbemittelten Juden kann von der Bezahlung der Umlage abgesehen werden“. Personen mit einem beweglichen bzw. unbeweglichen Vermögen bis zu 1.000 Reichsmark hatten 10 Mark, darüber 50 Mark zu bezahlen. Schwerekriegsbeschädigte und Arbeitsinvalide (über 50 %) sowie Schwerkranke, die dies nachweisen konnten, waren vorerst vom Transport auszunehmen. Die für den Transport eingeteilten Personen waren samt Gepäck (bis 50 kg) durch die IKG „in geeigneten, in der Nähe des Bahnhofs gelegenen, Sälen zu konzentrieren“.²²⁴ Als besonders geeignet erschien der Gestapo die Ostrauer Reitschule²²⁵ in der Witkowitzter Straße (Vítkovická) unweit des Don-Bosco-Klosters, auch wenn es von dort einige Kilometer bis zum Abgangsbahnhof Oderfurt/Přívov, dem heutigen Hauptbahnhof, waren.

Die von der Kultusgemeinde der Gestapo präsentierte Liste enthielt nur 1.036 Namen, darunter „nur 19 slowakischer, 7 ungarischer und 1 russischer Staatsangehörigkeit“. Die IKG musste daher einen rund um die Uhr erreichba-

222 Alle Zitate: Ebenda, S. 323 f.

223 Im Faksimile abgedruckt in: Borák, First Deportation, Dok. 5, S. 313–317.

224 Ebenda, S. 314.

225 Nahe der ehemaligen Reitschule steht heute ein Sport- und Fitnesszentrum mit einer Turnhalle. Die vom alten jüdischen Friedhof (heute Sady Dr. Milady Horákové) am Amtsgebäude des Mährisch-Schlesischen Regionalrats (Úřad Moravskoslezského kraje) vorbei zum Sportzentrum in der Gajdošova führende Straße trägt heute noch den Namen Reitschulgasse (Na Jízdárně).

ren „Dauerdienst“ einrichten, der bis zum 14. Oktober eine Gesamterfassung aller Juden über 14 vorzulegen hatte. Unzufrieden war die Runde auch mit den Vorschlägen der jüdischen Architekten für die zu errichtenden Baracken – diese würden viel zu viel Baumaterial erfordern. „Da jedoch von hier aus beabsichtigt ist, grundsätzlich die Juden in den Baracken zweischichtig unterzubringen, kann von den jüdischen Voranschlügen von vornherein 50 % gestrichen werden.“²²⁶

Mit Ausnahme kleinerer Zubringerfahrten von Orten ohne Bahnanschluss wie Jablunkov/Jabłonków/Jablunkau bei Trzynietz erfolgte der gesamte Transport der Deportierten mit der Eisenbahn. Die Verfügungsgewalt über das Eisenbahnwesen lag in Kriegszeiten bei der Wehrmacht. Um die rechtzeitige Bereitstellung des erforderlichen rollenden Materials zu sichern, aber auch, um die Fahrtroute zu klären, musste sich Günther daher an die zuständige Transportkommandantur wenden. Da es um einen Transport in dem von der Wehrmacht besetzten Gebiet in Polen handelte – eine Zivilverwaltung gab es noch nicht –, war die Transportkommandantur bei der Reichsbahndirektion in der früheren oberschlesischen Hauptstadt Oppeln (heute Opole) zuständig. Erst für die Rücktransporte im April 1940 konnte sich Günther an die näher gelegene Reichsbahndirektion Olmütz wenden.²²⁷

So kurze Zeit nach Beendigung des Krieges gegen Polen wollte Oppeln zunächst keine Züge bereitstellen, zumal einige Weichselbrücken noch nicht befahrbar waren. Die erste Idee war noch, den Zug über Tarnów und Mielec nach Rozwadów zu führen,²²⁸ doch schließlich einigte man sich auf die Hauptstrecke südlich der Weichsel (über Krakau – Rzeszów – Jaroslaw/Jarosław), wobei der Zug vor Jarosław, in Przeworsk, nach Norden, auf die am linken San-Ufer gelegene Bahnstrecke, abbiegen würde.²²⁹ Geplant gewesen wären zunächst ein Fracht- und ein Personenzug, und die Ostrauer Gestapo bestellte für den ersten Transport 23 offene Güterwaggons (18 für Bauholz, 3 für Ziegel und 2 für Dachdeckmaterial), 10 geschlossene Güterwaggons (für das Gepäck) und für den Personenzug 12 Passagierwagen dritter Klasse für die zu depor-

226 Borák, First Deportation, S. 323 f.

227 Ebenda, S. 157.

228 Der Protokollführer war noch nicht ganz vertraut mit der Geografie der eben erst eroberten Territorien. Kriminalkommissar Gerhard Wagner wusste nicht, wie man Rozwadów schreibt, und verwechselte Tarnów mit Tarnowitz (Tarnowskie Góry). Bis zu Eichmanns Telegramm vom 15. Oktober war die Ostrauer Gestapo noch von Rozwadów als Bestimmungsbahnhof ausgegangen.

229 Die nachfolgenden Angaben, die sich in gekürzter Fassung auch bei Jonny Moser (Nisko, S. 68) finden, folgen der Auswertung der einschlägigen Gestapo-Akten im Prager Nationalarchiv durch Mečislav Borák: Borák, First Deportation, S. 69 f.

tierenden Juden, 2 Passagierwagen zweiter Klasse für die Begleitpolizei sowie 3 Waggons für den Proviant. Am 13. Oktober fuhr das Vorbereitungsteam mit dem mit Eichmann abgestimmten Auftrag nach Oppeln. Es sollte nun doch ein einziger Zug mit 50 Waggons werden, da die maximal erlaubte Länge von 520 Metern hinter der Lokomotive damit nicht überschritten würde. Die 33 Güterwaggons würden, versprach die Transportkommandantur, am 14. Oktober in Mährisch-Ostrau eintreffen, damit sie beladen werden konnten. Die 17 Passagierwaggons (darunter 2 Waggons zweiter Klasse für das Begleitpersonal) würden am 17. Oktober gestellt sein.

Am 14. Oktober legte die IKG die geforderte neue Liste vor. Diese enthielt 4.510 Personen beiderlei Geschlechts im Zuständigkeitsbereich der Kultusgemeinde Mährisch-Ostrau, ein Viertel von ihnen hatte keine Staatsbürgerschaft des Protektorats Böhmen und Mähren. Mit den Juden aus Ostrau wurden übrigens auch Juden aus den beiden Nachbarstädten Frýdek/Friedeck und Místek/Mistek nach Nisko deportiert. (Für Friedeck fanden die Nationalsozialisten in den Archiven die seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr gebräuchliche Bezeichnung Friedberg, die sie zum neuen amtlichen Namen der Stadt erklärten.) 470 der rund 9.000 EinwohnerInnen der Doppelstadt waren jüdisch gewesen.

2.232 der von der IKG Mährisch-Ostrau erfassten Personen waren männlich, von denen 356 das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten (242 waren unter 14).²³⁰ Zwischen 12. und 16. Oktober druckten sämtliche (deutschen und tschechischen) Zeitungen in Mährisch-Ostrau eine Ankündigung der Kultusgemeinde, deren Wortlaut die Gestapo diktiert hatte. Darin wurden alle männlichen Juden verpflichtet, sich am 17. Juni um 8 Uhr früh bei der Reitschule einzufinden – als Zweck wurde „Umschulung“ bzw. Vorbereitung für die Emigration genannt. Die Ankündigung enthielt genaue Anweisungen, was alles mitzubringen sei. Besonders wichtig war ein Koffer. Für die Ärmsten erklärte sich die IKG bereit, Koffer, Bettwäsche und eine Grundausrüstung von Bekleidung zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich hatte die Kultusgemeinde alles, was die Gestapo für nötig hielt, zu kaufen – bis zu den 120 Meter Stacheldraht, den eine Drahtfabrik in Oderberg lieferte. Die Kultusgemeinde musste auch dafür sorgen, dass am vorgesehenen Abfahrtstag eine Tonne Brot zum Bahnhof Oderfurt geliefert wurde. Das Beladen der am 14. Oktober auf dem Bahnhof bereitstehenden Güterwaggons mussten jüdische Buben besorgen.²³¹

Am Morgen des 17. Oktober wurde der Zug bestiegen, doch verzögerte sich die Abfahrt noch 24 Stunden lang: „Alle mussten warten, bis Eichmann

²³⁰ Ebenda, S. 71.

²³¹ Ebenda, S. 80 f.

aus Wien herbei geeilt war und bei seiner Zwischenstation in Mährisch-Ostrau den vollbesetzten Transportzug inspizieren konnte.²³² Schließlich wurde eine Abfahrtszeit festgesetzt, die sich auch in der wissenschaftlichen Literatur findet: Mittwoch, 18. Oktober 1939, 8.20 Uhr. Der Zug bestand aus 51 Waggons, 22 Personen- und 29 Güterwaggons. Aus der Meldung des Ostrauer Kriminalkommissars Wagner an den obersten Chef der Gestapo im Berliner Reichssicherheitshauptamt, SS-Oberführer Heinrich Müller, vom 22. Oktober geht jedoch hervor, dass sich der Zug erst um 10 Uhr Vormittag in Bewegung setzte.²³³ Ob tatsächlich 901 Personen oder einige mehr an Bord waren, ist nicht restlos geklärt (siehe weiter unten, Exkurs „Kann Brunner nicht zählen?“), bekannt ist hingegen die altersmäßige Zusammensetzung: Der jüngste, Leo Matzner, war 11½ Jahre alt; er war unter denen, die im April 1940 nach Mährisch-Ostrau zurückkehren durften. Zweieinhalb Jahre später, im September 1942, verließen zwei Transporte mit fast allen in Ostrava und Umgebung noch lebenden Jüdinnen und Juden die Stadt in Richtung Theresienstadt. Matzner war im ersten der beiden Transporte, wurde am 18. September 1942 nach Theresienstadt deportiert und von dort gleich weiter nach Maly Trostinec²³⁴ – am 22. September 1942 fuhr der letzte von fünf Transporten von Theresienstadt zur Vernichtungsstätte bei Minsk.²³⁵ Fünf Prozent der nach Nisko Deportierten waren über sechzig. Der Älteste unter ihnen war Julius Tintner aus dem Dorf Slavkov u Opatovic/Schlagau bei Troppau. Auch Tintner durfte im April 1940 zurückkehren. Er fand eine Unterkunft in Valašské Meziříčí/Wallachisch Meseritsch, südlich von Mährisch-Ostrau. Wie Matzner musste auch er am 18. September 1942 den Zug von Ostrava nach Theresienstadt besteigen. Er war unter den 2.500 Personen, die am 18. Mai 1944 vom Ghetto Theresienstadt ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert wurden.²³⁶

Die weiter oben am Beispiel des Wiener Transports beschriebenen Bedingungen – insbesondere, dass während eines Halts unterwegs niemand ein Fenster öffnen durfte – galten bereits für den ersten Transport aus Mährisch-Ostrau.

232 Moser, Nisko, S. 53.

233 Zitiert in: Borák, First Deportation, S. 87.

234 Siehe die biografischen Daten zu Leo Matzner in der Datenbank der Holocaust-Opfer auf der vom Jüdischen Museum Prag und dem Institut Theresienstädter Initiative betreuten Website „holocaust.cz“: <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/108852-leo-matzner/> [7. 3. 2020].

235 Zu den Abgangsdaten der Transporte von Theresienstadt nach Maly Trostinec und der jeweiligen Anzahl der Deportierten siehe: Garscha, Ein unermüdliches Beharren, S. 150.

236 Siehe die biografischen Daten zu Julius Tintner in der Datenbank der tschechischen Holocaust-Opfer: <https://www.holocaust.cz/de/opferdatenbank/opfer/129982-julius-tintner/> [7. 3. 2020].

Als der Zug am Nachmittag des 18. Oktober für längere Zeit in Krakau stehen blieb, hielten es einige nicht aus und versuchten, frische Luft zu schnappen. Doch die begleitenden Polizisten liefen den Zug entlang, und wenn sie jemanden entdeckten, der aus dem Fenster schaute, holten sie ihn aus dem Zug. Mečislav Borák zitiert aus einem Erinnerungsbericht von Arnošt Spira, der im Stadtarchiv von Mährisch-Ostrau verwahrt wird:

„Sie ließen diese Leute auf dem Bahnsteig in Zweierreihen aufstellen, und dann mussten sie sich gegenseitig ins Gesicht schlagen. Es war ein bizarrer Anblick, vor allem für die deutschen Soldaten, deren Transport auf der anderen Seite des Bahnsteigs, gegenüber unserem Zug, stand. Denen gefiel die Zirkusvorstellung.“²³⁷

Über solche Vorkommnisse schrieb Gerhard Wagner nichts an den Gestapo-Chef. Er schickte aber eine Begründung, warum der am 19. Oktober in Nisko angekommene Zug erst am 20. Oktober abgefertigt wurde: Man habe zwar sofort mit dem Ausladen des Baumaterials begonnen und die Arbeiten zur Errichtung des Lagers begonnen, weil es aber regnete, sei der Zug als Unterkunft für die Juden auf dem Bahnhof geblieben. Die Schilderungen der Überlebenden lesen sich ganz anders – und stimmen darin mit den Aussagen noch lebender ZeitzeugInnen überein, die Mečislav Borák in den 1990er Jahren in Zarzecze befragte.

Als der Zug am Donnerstagvormittag um etwa 10 Uhr den Bahnhof „Nisko nad Sanem“ erreichte, blieb er zunächst einmal für längere Zeit am äußersten Ende des Bahnsteigs stehen. Dann konnte es den SS-Männern aber nicht schnell genug gehen. Die Jüngeren der Deportierten sprangen aus den Fenstern, um bei den Eingängen den Älteren zu helfen, den Zug zu verlassen. Die SS mischte sich mit Prügeln und Fußtritten ein. Über Eichmanns „Begrüßungsrede“ gibt es in den Erinnerungsberichten die unterschiedlichsten Versionen, die allerdings in einem Punkt übereinstimmen: Der Führer habe, soll Eichmann verkündet haben, den Juden das Land jenseits des Flusses versprochen. Sie seien die Ersten, die dieses Land zwischen San und Bug für die Juden urbar machen würden. Die einen erinnerten sich, Eichmann habe gesagt, es gebe nichts, wo sie wohnen könnten, sie müssten sich alles selbst aufbauen. Andere waren sich sicher, Eichmann habe von Häusern und Bauernhöfen gesprochen, die von der polnischen Bevölkerung verlassen worden seien – selbst die Brunnen seien verseucht, und wenn sie Typhus, Ruhr und Cholera vermeiden wollten, müssten

237 Borák, First Deportation, S. 83.

sie sich neue graben. Goshen gibt eine Aussage des jüdischen Lagerleiters, Emil Eisler, aus dem Jahre 1960 wieder, wonach Eichmann die Ansprache an die Deportierten „hoch zu Roß“ gehalten habe.²³⁸ Von leeren Bauernhöfen konnte keine Rede sein – was es in großer Zahl gab, waren Kriegsrüinen. Die bäuerliche Bevölkerung in den Dörfern am rechten Ufer des San, die in den ersten Wochen nach Beendigung der Kriegshandlungen immer noch durch marodierende Banden versprengter Soldaten und sonstiger entwurzelter Menschen verunsichert war, stand den Neuankömmlingen misstrauisch bis feindselig gegenüber. Allein an der Kleidung war deren städtische Herkunft erkennbar und man vermutete Geld bei ihnen.

Vor dem Bahnhof hatten sich Dutzende Bauern mit bespannten Karren eingefunden, die auf einträgliche Fuhren warteten. Die jüngeren Deportierten mussten den Inhalt der Güterwaggons auf die Karren umladen. Noch bevor die lange Kolonne der Fuhrkarren losfuhr, mussten die Handwerker in Richtung San-Brücke abmarschieren. Nach dem Passieren des Dorfs Raclawice waren von weitem die Betonpfeiler der während der Kämpfe im September zerstörten Brücke zu sehen, zwischen dem ersten und zweiten Pfeiler war die Eisenkonstruktion noch einigermaßen intakt, brach dann aber ab – und verschwand im trüben Wasser. Bei der ehemaligen Brücke ragten die Messlatten für den Wasserstand aus dem Fluss, der in diesem Streckenabschnitt normalerweise träge dahinfließt. Die Latten reichten bis zu einer Höhe von 9 Metern. Es sollte nicht einmal zwei Wochen dauern, bis die Deportierten erlebten, wie der Fluss bei Hochwasser unpassierbar wurde. Die hölzerne Behelfsbrücke über den San war wenige Hundert Meter weiter flussaufwärts errichtet worden. Auf der gegenüberliegenden Seite endete die Holzbrücke vor einer Böschung, die schwer passierbar war. Der steile, schmale Weg hatte sich durch den Regen der vergangenen Tage in eine rutschige Schlamm-Rinne verwandelt. Die Karren sanken bis zu den Achsen ein, und obwohl die Menschen schoben und zogen, blieben einige Fuhrwerke stecken. Die Bauern spannten die Pferde aus und die Deportierten mussten, angetrieben von Schlägen der SS-Männer, versuchen, die Wagen hinauf ins Dorf zu bringen. Stanisław Dziura, ein Dorfbewohner, erinnerte sich noch mehr als fünfzig Jahre später:

„Dieser alte Weg war schrecklich, aber sie hatten keine andere Wahl. Die Juden schoben die schwerbeladenen Wagen und wurden durch die Wachen angetrieben. Sie schrien, dass sie etwas zu trinken brauchten, dass sie Was-

238 Goshen, Nisko – ein Ausnahmefall, S. 99.

ser brauchten, dass sie alle müde und ausgedörrt seien. Die Wachen trieben sie den Hügel hinauf bis zur Kirche und dort links auf die Ługowa-Straße.“

Julia Oleksak, die fast ihr ganzes Leben in einem Haus nahe der Flussquerung verbracht hatte, erzählte erzählte Borák Anfang der 1990er Jahre:

„Es war hier schrecklich schlammig – sie holten sogar Schleifsteine aus der Werkstatt, um sie unter die Räder zu legen, damit die Wagen sich weiter bewegten. Es war entsetzlich – Pferde, Wagen, und das ganze Gepäck, das sie hatten, diese ganzen schweren Koffer. [...] Sie trieben sie hinauf und schrien sie an. Es war grässlich. Wenn ein Jude seine Stiefel verlor, musste er sie im Schlamm stecken lassen – man hat ihnen nicht erlaubt, sie aufzuheben.“²³⁹

Ziel war eine Wiese entlang der Ługowa-Straße, die als gemeinschaftliche Weide diente. Die Handwerker begannen sofort mit dem Aufbau, wobei mit der Baracke für die Wachmannschaft begonnen wurde.²⁴⁰ Bei der ersten Baracke für die Juden reichte es vorerst nur für ein Bretterdach und einen Teil der Seitenwände, was immerhin den anhaltenden Regen ein wenig abhielt. Am Abend gab es den ersten Toten – es war ein Mann Mitte fünfzig, der allem Anschein nach einem Herzinfarkt erlag. Weitere fünf sollten während des Winters folgen.

Da der Regen während der Nacht stärker wurde, flüchtete ein Teil der vollkommen durchnässten Männer in Scheunen in der Nähe, um ein wenig Schlaf zu finden. Während die Handwerker am Morgen die durchfeuchteten Bretter austauschten, versammelten Eichmann und der von ihm eingesetzte Lagerkommandant Post alle übrigen Deportierten auf der Wiese, sonderten rund 400 aus und verjagten sie, einige Kilometer weit von SS-Wachen eskortiert. Die Überlebenden sind sich nicht einig darüber, nach welchem Kriterium dabei vorgegangen wurde – ob vor allem Alte und Kranke aussortiert wurden oder Perso-

239 Beide Zitate in: Borák, *First Deportation*, S. 85. Adolf Sonnenschein hatte Borák über eine solche Szene erzählt: „Ich verlor eine meiner Galoschen in diesem Schlamm, aber es gab keine Zeit, danach zu suchen, denn wenn wir stehen blieben, wurden wir geschlagen und getreten.“

240 Die nachfolgenden Angaben über die ersten Tage und Wochen in Zarzecze stützen sich zum einen auf die von Mečislav Borák angefertigte umfangreiche Mitschrift von Interviews, die er 1993/1993 mit dem von Orlová/Orłowa/Orlau aus deportierten Adolf Sonnenschein (der sich später Sonek) nannte, geführt hatte. Siehe: Borák, *First Deportation*, S. 85 f. Zum anderen basieren sie auf Beschreibungen, in denen Seev Goshen ganz offensichtlich eigene Erlebnisse schilderte: *Goshen, Nisko – ein Ausnahmefall*, S. 98–102.

nen ohne handwerkliche Kenntnisse –, weshalb Goshen meinte, dass es wohl wahllos Herausgegriffene waren. Sicher ist nur, dass allen angedroht wurde, dass jeder, der versuche, nach Zarzecze zurückzukehren, auf der Stelle erschossen würde. Goshen schrieb:

„Niemand fand es für notwendig, die Namen oder auch nur die genaue Zahl der Hinausgeworfenen zu registrieren. Das Elend der Vertriebenen begann damit, daß fast alle früher oder später ihre Koffer nicht mehr weiterschleppen konnten. Die Begleitmannschaft erlaubte ihnen nicht, irgendetwas aus den Koffern zu retten, sorgte aber für das restlose Einsammeln der Koffer und für die Konzentration der Beute in einem Magazin.“²⁴¹

Dasselbe Schicksal bereitete die SS den 875 Deportierten des ersten Kattowitzer Transports, die tags darauf ankamen. Von ihnen durfte kein Einziger das Lager betreten. Vom ersten Wiener Transport, der – wie oben dargestellt – am 23. Oktober eintraf, konnte der jüdische Lagerleiter Emil Eisler eine kleine Anzahl der 912 Männer unbemerkt in das Lager hineinschmuggeln, einige weitere wurden von SS-Sturmchef Post stillschweigend geduldet. Die von der SS „Streuen“ genannte Prozedur wiederholte sich bei den weiteren Transporten aus Mährisch-Ostrau, Kattowitz und Wien. Goshen schrieb, die Menge der zurückgelassenen Koffer und die eingeheimste Beute hätten sich in diesen Tagen vervielfacht.

„Für einige Zeit war die ‚Untersuchung‘ der Koffer die beliebteste Beschäftigung einiger SD-Leute, zweifellos auch die einträglichste ihres bisherigen Lebens. Die Untersuchungen waren derart ergiebig, daß besonders großzügige SS-Leute den zur Assistenz eingeteilten jüdischen Hilfskräften manchmal Brocken vom reichlichen Segen zuwarfen.“²⁴²

Am Abend des 26. Oktober ging ein zweiter Transport von Mährisch-Ostrau mit 391 Juden ab, an den am 27. Oktober in Kattowitz mehrere Waggons mit vermutlich tausend weiteren Deportierten angekoppelt wurde. Während es für die Deportierten mit dem Abgangsbahnhof Kattowitz keine Listen gibt, sind für die Transporte aus Mährisch-Ostrau und Wien Transportlisten²⁴³ erhalten, doch

241 Ebenda, S. 98.

242 Ebenda.

243 Im Faksimile abgedruckt in: Borák, First Deportation, Dok. 1 bis 4, S. 239–312.

kann nicht für alle 2.876 darauf aufscheinenden Männer mit Sicherheit angegeben werden, ob sie tatsächlich am angegebenen Tag deportiert wurden.

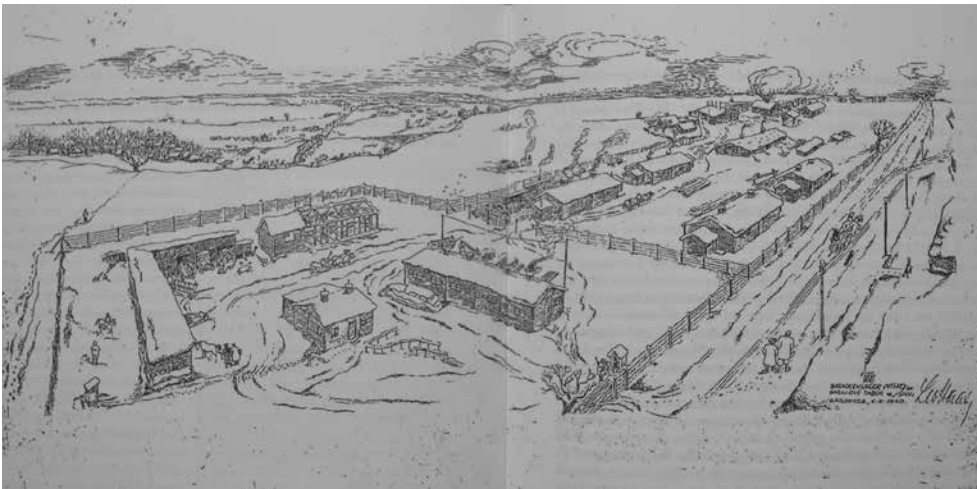
Der in Zarzecze von der SS eingesetzte jüdische Lagerleiter, der damals 52-jährige, von den Deportierten ehrfurchtsvoll „Professor“ genannte Emil Eisler war schon zur Zeit der Habsburgermonarchie im Witkowitz Berg- und Hüttenwerk VHHT (Vítkovické horní a hutní těžířstvo) tätig gewesen und seit 1920 war er dort Leiter des Rohstoffeinkaufs gewesen. Eisler und die paar Männer, die mit ihm die Lagerleitung bildeten, wohnten nicht im Lager, sondern in einem kleinen Haus in unmittelbarer Nähe. Über Eisler sprachen alle Überlebenden nur in den höchsten Tönen. Leo Haas,²⁴⁴ der in freien Stunden viele Zeichnungen anfertigte, die eine wichtige Quelle zur Geschichte von Zarzecze bilden, schuf ein Porträt, das ihm Eisler zurückgab, als er das Lager am 14. Februar verlassen durfte – mit einer Widmung und dem Wunsch auf ein Wiedersehen.²⁴⁵ Schwedische Freunde des ehemaligen führenden Ingenieurs der Witkowitz Eisenwerke hatten Eislers Freilassung erreicht. Eisler überlebte im schwedischen Exil. Als er auf einem Pferdeschlitten am Abend des 14. Februar das Lager verließ, verabschiedeten ihn die Deportierten in einer bewegenden Zeremonie, indem sie den Schlitten bei seinem Auszug aus dem Lager mit Laternen begleiteten. Leo Haas hielt die Szene in einer Zeichnung fest, die Mečislav Borák für den Umschlag seines Buches „The First Deportation of the European Jews“ wählte. Eislers Nachfolger wurde sein bisheriger Stellvertreter, der Baumeister Otto Bellak.

Von den meisten Orten im Distrikt, in denen nach Nisko deportierte Juden aus Mährisch-Ostrau, Wien und Oberschlesien „strandeten“, sind – mit Ausnahme des nur wenige Kilometer von Nisko entfernten Ulanów, von wo es mehrere Briefe gibt – wenige bis gar keine Informationen überliefert. Dagegen sind die Lebensumstände in Pysznica dank der von Jonny Moser ausgewerteten Aufzeichnungen und Briefe Ernst Kohns einigermaßen gut dokumentiert. Bezüglich des Lagers in Zarzecze selbst ist, neben den Befragungen von Überlebenden durch Mečislav Borák und mehreren von ihm ausgewerteten Erinnerungsberichten im Archiv der Stadt Ostrava, Seev Goshens Aufsatz „Nisko – ein Ausnahmefall unter den Judenlagern der SS“ die wichtigste Quelle. Goshens Aufsatz verbindet präzise Beobachtungen eines Zeitzeugen mit einer

244 Leo Haas (1901–1983) stammte aus Opava/Troppau. Er lebte nach dem Krieg in der DDR, wo er vor allem als Karikaturist der Satirezeitschrift „Eulenspiegel“ bekannt wurde. Siehe: Wolf H. Wagner, *Der Hölle entronnen. Stationen eines Lebens. Eine Biografie des Malers und Graphikers Leo Haas*, Berlin (DDR) 1987.

245 Ganzseitig abgebildet in: Moser, Nisko, S. 88.

Analyse der wichtigsten NS-Quellen zum Thema. Sowohl Seev Goshen als auch Jonny Moser standen in den 1960er Jahren, als sie mit der Sammlung von Dokumenten zu Nisko begannen, auch in Briefkontakt mit dem nach wie vor in Schweden lebenden Emil Eisler.



„Barackenlager / Barakový tábor Nisko am San“, Zeichnung von Leo (Lev) Haas, 6. 1. 1940. Das Original dieser oftmals – u. a. auf dem Umschlag des Buches von Jonny Moser – publizierten Zeichnung befindet sich, wie andere Zeichnungen von Leo Haas, in der Sammlung des Yad Vashem Art Museum, Jerusalem. Siehe: <https://www.yadvashem.org/yv/de/exhibitions/art/haas.asp> Auf der in diesem Aufsatz mehrfach zitierten Konferenz zum 55. Jahrestag der Nisko-Aktion in Ostrava war dem Künstler ein eigenes Referat gewidmet: Miroslav Kryl, Poznámki k osobnosti Lva Haase [Bemerkungen zur Persönlichkeit von Lev Haas], in: Nisko 1939/1994, S. 253–257

Die im Lager Zarzecze untergekommenen Deportierten wurden zu allen möglichen Arbeiten herangezogen. Die Quellen hierfür sind allerdings dürftig. Auf der oben erwähnten internationalen Konferenz der Universität Ostrava zum 55. Jahrestag der Nisko-Aktion hat der langjährige Leiter der Gedenkstätte Lublin-Majdanek, Józef Marszałek, darauf hingewiesen, dass das Durchgangslager Nisko von Anbeginn auch ein Arbeitslager war. Die Insassen des Lagers wurden für die Regulierung von Wasserläufen, aber auch den Bau von Grenzbefestigungen entlang der Demarkationslinie 60 Kilometer weiter südlich eingesetzt.²⁴⁶ Aber auch in der näheren Umgebung waren Straßen auszubessern,

²⁴⁶ Józef Marszałek, The Camp of Zarzecze near Nisko in the system of Jewish labour camps, in: Nisko 1939/1994, S. 139–146, hier 139. Jene Nisko-Deportierten, die nicht auf die so-

vor allem aber die vom Hochwasser zerstörte Behelfsbrücke über den San wiederherzustellen, was vor Einbruch des Winters nicht gelang.²⁴⁷ Erst nachdem der San zugefroren war, konnte der Fluss wieder passiert werden.²⁴⁸ Im Lager selbst waren die Bauarbeiten lange nicht alle erledigt – aufgrund permanenten Materialmangels dauerte die Fertigstellung bis Ende Dezember. Während Alois Brunner und Rolf Günther bei der Besprechung am 9. Oktober im Grenzpolizeikommissariat Mährisch-Ostrau verfügt hatten, die Juden seien in den Baracken „zweischichtig“ unterzubringen, bauten sich die Deportierten aus Holzbrettern eine ausreichende Anzahl von Schlafstätten, sodass jeder sein eigenes Bett hatte, unter dem der Koffer oder die Reisetasche verstaut werden konnte; „später konnten aus Ostrau sogar Matratzen und Federbetten nachgeschickt werden, die sich dann während der strengen Winterkälte als rettend erwiesen“.²⁴⁹ Emil Eisler bemühte sich wochenlang, eine bescheidene Entlohnung der Arbeitsleistung und etwas Taschengeld für alle zu erreichen. Im Dezember gelang es endlich, diese finanzielle Zuwendung durchzusetzen, und zwar nicht nur für die Männer in Zarzecze und den Nachdörfern Pysznica und Kłyżów (wo auch solche, deren Flucht über die Demarkationslinie gescheitert war, Unterkunft gefunden hatten), sondern auch für die Nisko-Deportierten in den Städten Lublin und Tomaszów Lubelski – gerade rechtzeitig vor Posts Ablösung durch SS-Sturmbannführer Anton Binner. Das Geld stammte ohnehin von der Kultusgemeinde Mährisch-Ostrau.

Wie oben („Die beiden Deportationstransporte von Wien nach Nisko“) geschildert, wurde nicht nur im Lager Zarzecze, sondern auch in der Spitalsstation Pysznica eine Küche eingerichtet. Es gab unter den Deportierten Köche, darunter ehemalige Gastwirte aus Mährisch-Ostrau, und in den ersten Wochen war auch ausreichend Proviant vorhanden, da Eichmanns Stab ursprünglich mit einer hohen Anzahl Deportierter gerechnet hatte. Um die Verpflegung sicherzustellen, wurde auch eine Bäckerei eingerichtet. Überlebende berichten zudem von einer Wäscherei unter der Leitung eines Arztes aus Mährisch-Ostrau.

wjetische Seite der Demarkationslinie vertrieben wurden, dorthin flüchten konnten oder im April 1940 die Heimfahrt antreten durften, wurden in den Folgejahren – bis zu ihrer Ermordung – wie viele Zehntausende polnische Juden im Distrikt zu Zwangsarbeiten herangezogen. Siehe: Ebenda, S. 142.

247 Den Stand der Arbeiten am 11. 12. 1939 hat Leo Haas in einer Zeichnung festgehalten. Abgedruckt in: Moser, Nisko, S. 105.

248 Am 17. 1. 1940 zeichnete Leo Haas einen Transport mit Pferdeschlitten über den zugefrorenen San. Abgedruckt in: Ebenda, S. 145.

249 Goshen, Nisko – ein Ausnahmefall, S. 98.

SS-Sturmbannführer Post war offenbar an einem guten Funktionieren „seines“ Judenlagers interessiert. Das Lager durfte auch verlassen werden (erst Posts Nachfolger ließ es abriegeln), aber die Küche, Werkstätten (Schneiderei, Tischlerei, Schusterwerkstatt) und nicht zuletzt die medizinische Versorgung ließen das Lager den meisten attraktiver erscheinen als die Flucht.

Am 19. Dezember 1939 trat Posts Nachfolger, SS-Sturmbannführer Anton Binner, sein Amt als Lagerkommandant an. Binner hatte schon vorher die SS-Wache kommandiert, die er durch Angehörige des „Selbstschutzes“ verstärkt hatte. In den Reichsgauen Danzig-Westpreußen, Wartheland sowie in Ost-Oberschlesien waren gleich nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht Angehörige der deutschsprachigen Minderheit zu einer paramilitärischen Organisation namens „Volksdeutscher Selbstschutz“ zusammengefasst worden, die die polnische und jüdische Bevölkerung terrorisierte und auf diese Weise jeden Widerstand gegen die Annexion im Keim ersticken sollte. In den Teilen des Landes, die als „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ von Krakau aus verwaltet wurden, hatte die Besatzungsmacht „Selbstschutz“-Einheiten aus Männern, die sich zum „Deutschtum“ bekannten, gebildet. Während in den an Deutschland angeschlossenen Teilen Polens der „Selbstschutz“ mit der Konsolidierung der deutschen Herrschaft wieder aufgelöst bzw. in die SS überführt wurde, bestand er im Generalgouvernement bis zum Sommer 1940. Nur im Distrikt Lublin wehrte sich SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik gegen die Auflösung; die Einheiten bestanden als „Sonderdienst“ weiter.²⁵⁰ Binner bezeichnete sich selbst als „SS- und Selbstschutzführer“, seine Leute waren vor allem gefürchtet, wenn sie betrunken waren, was oft der Fall war. Goshen bezeichnete sie als „angebliche Volksdeutsche“, die „aber in Wirklichkeit polnische Kollaboranten [waren], die nicht deutsch sprachen, sondern ein Kauderwelsch aus Jiddisch und etwas Deutsch“.²⁵¹

Der neue Lagerkommandant verschärfte die Arbeitsbedingungen und kürzte die Verpflegung. In den Wochen der Herrschaft Banners erhielt das Lager überraschend Besuch aus Warschau: Am 8. Jänner 1940 stellte sich ein Vertreter des Warschauer Büros des American Jewish Joint Distribution Committee, „Ing. Reinberger“, beim jüdischen Lagerleiter Eisler vor und überbrachte eine „größere Spende“ für das Lager und für die verstreuten Gruppen.²⁵² In einem

250 Siehe: Christian Jansen / Arno Weckbecker, Der „Volksdeutsche Selbstschutz“ in Polen 1939/40, München 1992 [= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 64], S. 195 f.

251 Goshen, Nisko – ein Ausnahmefall, S. 101.

252 So die Formulierung von Seev Goshen: Goshen, Nisko – ein Ausnahmefall, S. 103.

zwei Tage später verfassten Schreiben²⁵³ von Wiener Nisko-Deportierten aus Ulanów an den Joint beriefen sich die Brieffschreiber auf die Empfehlung eines „Ing. Reinberg“, dem Joint Bericht zu erstatten. Es liegt auf der Hand, dass es sich um dieselbe Person handelt.²⁵⁴ Aus dem Brief geht nicht hervor, ob „Reinberg“ selbst dem Joint angehörte oder, wie Andrea Löw vermutet,²⁵⁵ die Lager im Raum Nisko im Auftrag der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe besuchte.²⁵⁶ Der von „Reinberg“ übertrachte Geldbetrag war angesichts der angespannten Ernährungslage eine willkommene Hilfe, zumal sich seit der Übernahme des Lagerkommandos durch Binner die Lage für die Juden in Zarzecze ständig verschlechtert hatte.

Biners Männer drangsalierten nicht nur die jüdischen Deportierten, sondern gefährdeten durch ihre Trunkenheitsexzesse den Ruf der Besatzungsmacht, nicht zuletzt durch Übergriffe, die die religiösen Gefühle der katholischen Landbevölkerung verletzten. Als derartige Vorfälle im Amt des Generalgouverneurs bekannt wurden, setzte die Krakauer Behörde Ende Jänner 1940 seine Abberufung durch. Biners Nachfolger wurde SS-Obersturmführer Kriegel, der sich selbst „Lagerkommandant und Leiter der Zentralstelle für jüdische Umschulung, Nisko am San“ nannte.

Kriegel ließ zunächst alle Bauarbeiten für die Wintermonate stoppen. Als Hauptaufgabe sah er die Sicherstellung des Lebensmittelnachschubs. Bis zum Jahresende hatten die Deportierten noch die Reste von Salz und Seife, die sie mitgebracht hatten, gegen Fleisch und Eier eintauschen können, doch nun blieben selbst Einkaufsfahrten ins ferne Lublin immer öfter erfolglos. Die Israelitische Kultusgemeinde in Mährisch-Ostrau machte im Jänner 1940 Schulden, um ein Lastauto mit Lebensmitteln zu füllen und nach Zarzecze zu schicken. Der Plan war noch mit dem Lagerkommandanten Binner abgesprochen gewesen, doch erst der Beharrlichkeit Kriegels gelang es, ihn gegen den Wider-

253 Abgedruckt als Dok. 11 in: Löw, Hilferufe, S. 626–630. Siehe auch ihren Beitrag in diesem Jahrbuch. Zum Inhalt des Schreibens siehe oben („Die beiden Deportationstransporte von Wien nach Nisko“).

254 Goshen (S. 103) bezieht sich auf die Erinnerung Eislers, der in den 1960er Jahren möglicherweise den exakten Namen seines Besuchers nicht mehr nennen konnte.

255 Dabei handelte es sich, so Andrea Löw, mutmaßlich um „Ing. A. Weinberg“: Löw, Hilferufe, S. 626.

256 Darauf deutet auch die Tatsache hin, dass im Online-Archiv des American Jewish Joint Distribution Committee zwar Korrespondenzen mit Ulanów und Pysznica, nicht aber mit Zarzecze enthalten sind. Nisko kommt nur als Referenz vor – im Zusammenhang mit einem Schreiben aus Sosnowitz an den Joint in Bezug auf Einreisemöglichkeiten von Nisko-Deportierten in die Slowakei. Siehe: <https://archives.jdc.org/our-collections/finding-aids/warsaw/1939-1941/localities/> [7. 3. 2020].

stand von Kriminalkommissar Wagner vom Grenzpolizeikommissariat Mährisch-Ostrau durchzusetzen.²⁵⁷ Wagner schaltete die Gestapoleitstelle Brunn ein, die die Anfrage anscheinend auf die lange Bank schob. Lagerkommandant Kriegel schickte daraufhin einen SS-Mann nach Mährisch-Ostrau – formell mit dem Auftrag, den bereitstehenden LKW mit Nachschub nach Nisko bzw. Zarzecze zu eskortieren. Auf Drängen dieses Abgesandten des Lagerkommandanten rief Gerhard Wagner in Brunn an. Am 23. Februar langte dann endlich die schriftliche Genehmigung in Mährisch-Ostrau ein – jede Seite der Liste der mitgeführten Produkte war von der Gestapo abgestempelt worden. Was weder das Kommando in Nisko noch die Deportierten in Zarzecze ahnen konnten, war, dass es sich bei dieser Prozedur um keine Verzögerungstaktik der Brünner Gestapo handelte, sondern dass die Nachschublieferte nach Polen ausgerechnet zu einem Zeitpunkt erfolgte, zu dem die internen Ermittlungen gegen den Chef des Grenzpolizeikommissariats Mährisch-Ostrau, Johannes Wagner, erste Beweise für die ungeheuerliche Korruption Wagners und seiner Komplizen – alles SS-Männer und Freunde aus Stettin – erbrachten. Ein beträchtlicher Teil der Vermögenswerte, die der jüdischen Bevölkerung Mährisch-Ostraus abgepresst worden waren, war in die Taschen dieser Clique gewandert. Über die Ermittlungen wurde absolutes Stillschweigen bewahrt, die Angelegenheit wurde erst im Dezember 1969 durch eine Artikelserie des tschechischen Publizisten Dušan Tomášek in der Wochenzeitschrift des „Svaz protifašistických bojovníků v Československu“ [Verband der antifaschistischen Kämpfer in der Tschechoslowakei] aufgedeckt.²⁵⁸

Es dauerte dann noch bis 9. März, 3 Uhr früh, bis der Lastwagen endlich losfahren durfte. Die jüdischen Familien von Mährisch-Ostrau hatten nicht nur namentlich adressierte Pakete für 352 Ostrauer Juden, sondern auch drei Kisten mit Geschenkpaketen für Wiener Deportierte vorbereitet. Der LKW transportierte nicht nur Lebensmittel, sondern auch Medizinprodukte, Sanitärartikel, Schuhwerk, Material für Dachreparaturen und sogar vier Schachteln mit Nachschub an Zeichen- und Mal-Requisiten für Leo Haas.

Die Bestimmung des Platzes der Nisko-Aktion in der tschechoslowakischen Geschichte ist nicht vollständig ohne die Erwähnung eines Transpor-

257 Mečislav Borák hat die wochenlangen Auseinandersetzungen auf der Grundlage der im Prager Nationalarchiv aufbewahrten Gestapo-Dokumente rekonstruiert: Borák, First Deportation, S. 137 f.

258 Dušan Tomášek, Transport do Niska [Transport nach Nisko], in: Hlas Revoluce [Stimme der Revolution], Jg. 22 (1969), Nr. 49 bis 51, zusammengefasst in: Borák, First Deportation, S. 153–156.

tes, der Nisko nie erreicht hat, sondern in der Slowakei „gelandet“ ist.²⁵⁹ Am 28. Oktober 1939 übergab die Prager Gestapo der Gestapo Mährisch-Ostrau einen Zug aus Prag mit 317 (nach anderen Angaben 322) Juden – mit dem Auftrag, sie nach Nisko zu bringen. Es handelte sich vor allem um Juden aus Prager Gefängnissen. Der Transport verließ Mährisch-Ostrau am 1. November 1939 mit dem Zielbahnhof Nisko, musste aber umgeleitet werden, weil der Abmarsch vom Bahnhof Nisko auf die andere Seite des San nicht mehr möglich war: Die Behelfsbrücke war von einem Hochwasser weggeschwemmt worden. Der Zug hielt in Sosnowitz, wo die Männer zunächst in einem Lager festgehalten wurden. Die deutschen Behörden erteilten schließlich 275 von ihnen Ende Jänner 1940 die Erlaubnis, in die Slowakei – damals ein formal selbständiger deutscher Satellitenstaat – auszureisen, am 29. Jänner hatte das slowakische Innenministerium zugestimmt. Am 8. Februar 1940 trafen 224 Personen in Vyhne ein. Über sein Büro in Bratislava finanzierte der Joint ihren Aufenthalt in den leerstehenden Anlagen dieses Kurorts in der Mittelslowakei. Einige Monate nach der Einführung des (den Nürnberger „Rassengesetzen“ nachempfundenen) „Judenkodex“ in der Slowakei im September 1941 wandelte die slowakische Regierung Vyhne in ein Zwangsarbeitslager um. Wie viele der 1939/1940 von Prag über Mährisch-Ostrau und Sosnowitz in die Slowakei gelangten Juden den Holocaust überlebten, ist nicht bekannt.

Die Ausreise der Prager Juden aus Sosnowitz in die Slowakei sprach sich schnell herum. Ein beredtes Zeugnis dafür ist ein namentlich nicht gezeichnetes, aber offenkundig von Ostrauer Jüdinnen abgefasstes Schreiben nach Jerusalem, in dem sie der Jewish Agency zunächst ihre eigene verzweifelte Lage schilderten und dann auf eine mögliche Ausreise ihrer im Lager Zarzecze festgehaltenen Männer nach dem Sosnowitzer Vorbild eingingen.²⁶⁰ In der Jewish Agency Jerusalem wirkten zu dieser Zeit zionistische und nicht-zionistische Kräfte zusammen, um die legale Ausreise verfolgter Juden und Jüdinnen aus Deutschland zu fördern, darunter die so genannte „Jugend-Alijah“.²⁶¹ Von den

259 Eduard Nižňanský, Die Aktion Nisko, das Lager Sosnowiec (Oberschlesien) und die Anfänge des „Judenlagers“ in Vyhne (Slowakei), in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung, Jg. 11 (2002), S. 325–335.

260 Abgedruckt in: VEJ, Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat, Dok. 271, S. 662 f., online: <https://die-quellen-sprechen.de/03-271.html> [7. 3. 2020].

261 Für Österreich: Elisabeth Klamper, „Auf Wiedersehen in Palästina.“ Aron Menczers Kampf um die Rettung jüdischer Kinder im nationalsozialistischen Wien, Wien 1996; Walter Brunner, Josef Schleich, „Judenschlepper“ aus Graz 1938–1941. Eine Dokumentation, Münster–Wien 2017.

Anfang 1939 noch knapp 8.000²⁶² Jüdinnen und Juden lebten ein Jahr später, nach dem Abtransport der Mehrheit der Männer nach Nisko, noch 400 jüdische Männer und 1.800 jüdische Frauen und Kinder in der Stadt. Zwei Drittel dieser Menschen, heißt es in dem Hilferuf an die Jewish Agency, waren von Unterstützungsleistungen der Kultusgemeinde abhängig, die zwei Küchen, zwei Altersheime, ein Ambulatorium und Einrichtungen für die Jugendfürsorge unterhielt sowie weiterhin Umschulungskurse abhielt, um jungen Leuten zu erleichtern, irgendwo auf der Welt Einreisevisa zu erhalten. In Zarzecze und Umgebung würden sich noch rund 310 Ostrauer Juden befinden.

„Alle diese Menschen werden früher oder später das Lager verlassen müssen, wie dies auch in Sosnowitz der Fall war. [...] Eine Rückkehr der Männer ins Protektorat ist verboten, auch dann, wenn dieselben mit ihrer Familie auswandern wollen. Für die Protektoratsbehörden gelten die abtransportierten Juden als ausgewandert, und es ist allen jüdischen Stellen in Prag untersagt worden, für Nisko irgend etwas zu unternehmen. Aus diesem Grunde ist es für die Protektoratsjuden schwer, wenn nicht unmöglich, dieses Problem im Ausland anzuschneiden und Hilfe zu geben oder zu erleben.“²⁶³

Die Lösung würde darin bestehen, dem slowakischen Staat Geld anzubieten. Angeblich sei die Slowakei bereit, die Männer einreisen zu lassen, wenn ihr Lebensunterhalt schon im Voraus abgegolten und die Weiterreise innerhalb von drei Monaten sichergestellt werde. Die Verfasserinnen des Briefes waren der Meinung, man könne der Slowakei garantieren, dass die Männer bald nach Übersee auswandern würden, was auch ihren noch in Mährisch-Ostrau lebenden Frauen und Kindern Ausreisemöglichkeiten verschaffen würde:

„Das Aufbauen des Lagers in Nisko hat bewiesen, daß die Männer in der Lage wären, landwirtschaftliche Tätigkeit in San Domingo auszuüben. Die

262 Die offizielle Website der Jüdischen Gemeinde (Kehila) Ostrava gibt die jüdische Vorkriegsbevölkerung von (Groß-)Ostrau mit mehr als 10.000 an, von denen 8.000 umkamen („z původních více než 10 tisíc předválečných židovských obyvatel [Velké] Ostravy zahynulo na 8 tisíc osob...“): <http://www.kehila-ostrava.cz/historie> [7. 3. 2020]. Die in dem Schreiben an die Jewish Agency genannten Zahlen weichen von den durch die historische Forschung verbürgten Zahlen stark ab. Die Gesamtzahl der bei der IKG Mährisch-Ostrau registrierten Jüdinnen und Juden betrug am 15. Juli 1941, also vor dem Beginn der großen Deportationen, 3.315; nur 280 von ihnen waren keine „Glaubensjuden“.

263 VEJ, Bd. 3: Deutsches Reich und Protektorat, Dok. 271, S. 662 f., online: <https://die-quellen-sprechen.de/03-271.html> [7. 3. 2020].

Familienmitglieder, Frauen und Kinder im Protektorat, wären ebenfalls hierzu bereit. Nur ein geringer Teil besitzt reale Auswanderungsmöglichkeiten.²⁶⁴

Doch nicht nur in Mährisch-Ostrau weckte die Ausreise der in Sosnowitz festgehaltenen Prager Juden in Richtung Slowakei Hoffnungen. Vor allem in Zarecze selbst wurden die Männer ungeduldig. Über die tatsächlichen Kosten einer Ausreise nach Übersee via Slowakei gab es, so Jonny Moser, „wilde Spekulationen. Details dazu hatten die Frauen aus Mährisch-Ostrau bereits Ende Februar verbreitet: [...] Der Transfer und die Unterbringung der Mährisch-Ostrauer Gruppe sollte 600.000 Kc erfordern, als Garantie für die weitere Migration war ein Betrag von 24.000 Dollar zu erlegen, der vom Joint erwartet wurde.“²⁶⁵ Aber auch diese vage Hoffnung gab es nur für die Deportierten aus Mährisch-Ostrau. Für die Wiener zeichnete sich eine solche Lösung nicht ab. Sollten die Ostrauer Juden abreisen dürfen, würden die Wiener im Raum Nisko „ohne Geld, ohne Verpflegung, ohne Rückhalt“²⁶⁶ zurückbleiben, da die Wiener Kultusgemeinde keine Möglichkeit hatte, ähnliche Unterstützungen wie die Ostrauer IKG zu leisten. An eine Rückkehr nach Wien, um von dort aus eine mögliche Ausreise betreiben zu können, war zunächst noch nicht zu denken.

Zur Vorbereitung einer möglichen Ausreise begann die jüdische Lagerleitung, alle im Distrikt Lublin lebenden Deportierten, von denen ihr Adressen bekannt waren, zu kontaktieren, damit man sie über die Entwicklung der Ausreisemöglichkeiten auf dem Laufenden halten konnte. Es stellte sich schnell heraus, dass das „Einsammeln“ der Deportierten auf Schwierigkeiten stoßen würde, weil Juden inzwischen jegliche nicht behördlich angeordnete Reisebewegung im Generalgouvernement untersagt war. Doch dann kamen den Deportierten Zwickigkeiten innerhalb der NS-Führung zugute. Hermann Göring, der als „Beauftragter für den Vierjahresplan“ für eine reibungslose Ausbeutung der eroberten Territorien verantwortlich war, stärkte Generalgouverneur Hans Frank in seinen Auseinandersetzungen mit der SS den Rücken, der sich beschwert hatte, dass diese bei der Abschiebung von Juden in das Generalgouvernement keine Rücksicht auf dessen Aufnahmekapazitäten nehme. Göring erließ am 23. März 1940 eine Verordnung, mit der „Deportationen ohne meine Genehmigung und ohne Nachweis des Einverständnisses seitens der Herrn Generalgouverneurs“

264 Ebenda.

265 Siehe: Moser, Nisko, S. 158.

266 Schreiben Ernst Kohns an die IKG Wien, zitiert in: Ebenda.

verboten wurden.²⁶⁷ Die erste Folge des Erlasses war eine Weisung Wilhelm Krügers, des Höheren SS- und Polizeiführers Krakau, vom 26. März 1940, wonach den Lagerinsassen, die sich Anfang April 1940 noch in Zarzecze befanden, Entlassungsscheine auszustellen waren, die es ihnen ermöglichten, nach Mährisch-Ostrau oder Wien zurückzukehren.²⁶⁸ Die mit Datum 26. März 1940 ausgestellten Entlassungsscheine dienten gleichzeitig als Identitätsnachweis.

In einem im Stadtarchiv Ostrava aufbewahrten Manuskript, das von der Jüdischen Gemeinde in Ostrau herausgegeben worden war, berichtete der tschechische Überlebende Isidor Zehngut über das „Einsammeln“ derer, die in den verschiedenen Orten des Distrikts Lublin gefunden und zu den Sanitätsstationen in Pysznica oder Ulanów gebracht worden waren:

„Meistens waren es kranke oder alte Leute, hungrig, heruntergekommen und verlaust. In den Stationen wurden sie gewaschen, bekamen etwas zu essen und trinken, und wenn möglich auch Unterwäsche und Bekleidung.“²⁶⁹

Bevor die Juden Zarzecze verließen, exhumierten sie den am Abend des Ankunftstages an einem Herzinfarkt Verstorbenen, der damals nur notdürftig verscharrt werden konnte, und überführten ihn auf den jüdischen Friedhof von Ulanów.

Das letzte große Problem stellte der wegen des Frühjahrshochwassers zu enormer Breite angeschwollene San dar. Mehrere Einheimische halfen den Heimkehrern, den Fluss mit improvisierten Fähren, die an den Ufern befestigt wurden, zu überqueren.

Am 12. April 1940 verließ der Zug den Bahnhof Nisko. Vier Waggons waren für die Wiener reserviert. Die Fahrt verlief weitgehend ohne Zwischenfälle, nur in Oderberg wurde der Zug für kurze Zeit durch eine Gruppe deutscher Frauen aufgehalten, die sich darüber empörten, dass die Juden wiederkamen.

In Mährisch-Ostrau setzte die Gestapo die Rückkehrer bei Bau- und Erdarbeiten, vor allem im Zuge der Gewässerregulierung im Raum Ostrau, ein. Einige, unter ihnen Leo Haas, suchten Kontakt zu tschechischen Widerstandsgruppen. Haas war schon in Gestapo-Haft, kam aber nach wenigen Tagen durch

267 Text der Verordnung: Joseph Walk (Hrsg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat: Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung, Heidelberg 1981, S. 309.

268 Borák, First Deportation, S. 146 f.; Moser, Nisko, S. 160.

269 Isidor Zehngut, Dějiny židovstva ostravského [Geschichte des Ostrauer Judentums], Ostrava 1952, S. 20 f., zit. in: Borák, First Deportation, S. 147.

eine persönliche Intervention frei – unter Hinweis darauf, dass seine Deportation nach Theresienstadt ohnedies unmittelbar bevorstand. Tatsächlich wurden Haas und seine Frau Erna erst Ende 1942 dorthin deportiert. Leo Haas überlebte als Einziger der Malergruppe von Theresienstadt um Bedřich Fritta. Während Leo Haas in das KZ Sachsenhausen abkommandiert wurde, um in der dort von der SS eingerichteten Fälscherwerkstatt zu arbeiten, betreute Erna Haas in Theresienstadt den Sohn des in Auschwitz ermordeten Bedřich Fritta, Tommy,²⁷⁰ dessen Mutter im Gestapo-Gefängnis Kleine Festung Theresienstadt zugrunde gegangen war. Nach der Befreiung adoptierten Erna und Leo Haas den damals vierjährigen Tommy Fritta.

Die Rückkehr von 300 jüdischen Männern nach Mährisch-Ostrau im April 1940 bedeutete, dass von den rund 1.300 Deportierten nahezu tausend die Flucht in die Sowjetunion gelungen war oder sie dorthin vertrieben wurden, da nicht davon auszugehen ist, dass eine größere Anzahl der Deportierten im Distrikt Lublin geblieben ist. Von den insgesamt 5.000 jüdischen Flüchtlingen aus der ČSR in der UdSSR waren somit ein Fünftel ehemalige Nisko-Deportierte. Die Übrigen waren 1939 aus der von Ungarn annektierten Karpatenukraine in die benachbarten polnischen Wojewodschaften Lemberg und Stanislaw geflüchtet, die nunmehr zur Ukrainischen Sowjetrepublik gehörten.

Das Schicksal der vergleichsweise wenigen jüdischen Flüchtlinge aus der ČSR unterschied sich nicht wesentlich von jenem der nach Hunderttausenden zählenden jüdischen Flüchtlinge aus Polen. Die sowjetischen Behörden waren auf einen derartigen Zustrom von Fremden nicht vorbereitet, es gab auch keinerlei rechtlichen Rahmen für den Umgang mit Flüchtlingen. Viele wurden festgesetzt und ins Landesinnere zur Arbeit geschickt. Die Behörden verstanden das nicht nur als Sicherungsmaßnahme in den grenznahen Regionen der UdSSR, sondern erließen derartige Anordnungen auch gemäß der seit 1936 in der UdSSR gültigen Arbeitspflicht.²⁷¹ Verstöße gegen diese Pflicht wurden strafrechtlich geahndet. Was dies für die große Mehrheit der in die Sowjetunion gelangten Nisko-Deportierten bedeutete, wird weiter unten am Beispiel der Österreicher behandelt. Für die tschechischen Juden hat der ehemalige tschechi-

270 Siehe: Bedřich Fritta, Tomičkovi k jeho 3. narozeninám v Terezíně – 22.1.1944, deutsch: Für Tommy zum dritten Geburtstag in Theresienstadt 22.1.1944. Ein Vater malt für sein Kind im KZ, Pfullingen 1985. Frittas Bilderbuch für seinen Sohn war von der Malergruppe versteckt worden und konnte von Leo Haas nach der Befreiung geborgen werden.

271 Artikel 12 der Verfassung der UdSSR vom 5. Dezember 1936 lautete: Die Arbeit ist in der UdSSR Pflicht und Ehrensache jedes arbeitsfähigen Staatsbürgers nach dem Grundsatz: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“

sche Auschwitz-Häftling Erich Kulka, der 1968 nach Israel auswanderte, 1976 einen umfangreichen Aufsatz veröffentlicht.²⁷²

Mečislav Borák ließ in seinem Buch²⁷³ zahlreiche Nisko-Deportierte zu Wort kommen, die über teilweise sehr unterschiedliche Erfahrungen in der Sowjetunion berichteten – von Verhaftung und Internierung in Lagern mit teilweise schrecklichen Bedingungen bis zu normaler, wenngleich schwerer Arbeit gemeinsam mit russischen oder ukrainischen Kollegen in der Industrie und im Bergbau. Eine Besonderheit der Nisko-Deportierten – und zwar nicht nur derjenigen aus Mährisch-Ostrau – war, dass sie ohne ihre Personaldokumente, die sich ja in Verwahrung der Gestapo befanden, die Demarkationslinie überquert hatten. Ihr erster Kontakt mit den sowjetischen Behörden bestand daher in den meisten Fällen in Verhören, in denen ihnen mit Misstrauen begegnet wurde. Wie auch andere Flüchtlinge, die sich in den Ende 1939 an die Weißrussische und Ukrainische Sowjetrepublik angeschlossenen Gebieten aufhielten, wurden sie aufgefordert, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Viele der Nisko-Deportierten hofften aber, nach Übersee oder nach Palästina auswandern zu können, und erwarteten teilweise Einreisegenehmigungen, vor allem, wenn die Familie zu Hause weitere Bemühungen in diese Richtung unternommen hatte. Die Annahme der sowjetischen Staatsbürgerschaft hätte derartige Hoffnungen aber zunichte gemacht, weshalb viele sich weigerten. Dies hatte meist die Verhaftung zur Folge. Als „feindliche Elemente“ verhaftet wurden auch Angehörige der Legion der Tschechen und Slowaken in Polen; nicht wenige von ihnen wurden zu mehrjährigem Arbeitslager verurteilt. Sie waren von der polnischen Regierung nach dem 17. September 1939 zur Verstärkung der Abwehr des Angriffs der Roten Armee eingesetzt worden.

Durch die Bemühungen des tschechischen Diplomaten und Militärs Heliodor Píka und des ehemaligen Oberstleutnants der tschechoslowakischen Armee Ludvík Svoboda kam am 18. Juli 1941, einen Monat nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion, ein Militärbündnis zwischen der tschechoslowakischen Exilregierung in London und der UdSSR zustande. Als Chef der tschechoslowakischen Militärmission in Moskau gelang es Oberst Píka, ab Ende 1941 die Entlassung von Internierten zu erreichen. Während aber die vom polnischen General Władysław Anders geführte polnische Exil-Armee sich schon früh an eigenen Sammelpunkten formieren und schließ-

272 Erich Kulka, *The Plight of Jewish Refugees from Czechoslovakia in the U.S.S.R. Research Based on Survivors' Testimony*, in: *Yad Vashem Studies*, Jg. 11 (1976), S. 298–328.

273 Siehe zum Folgenden: Borák, *First Deportation*, Kapitel „Back home from the Soviet gulags“ (S. 166–191).

lich die Sowjetunion über Persien verlassen konnte, um sich den britischen Truppen anzuschließen, dauerte es bis Mitte 1942, bis ein erstes tschechoslowakisches selbständiges Bataillon in der UdSSR aufgestellt werden konnte. Die 15.000 tschechoslowakischen Soldaten bildeten schließlich eine eigene, von General Svoboda kommandierte Brigade, die ihren Sitz in Busuluk (zwischen Samara an der Wolga und Orenburg am Ural-Fluss) hatte. Ein Jahr später zählte die „1. československá smíšená brigáda“ [1. Tschechoslowakische Gemischte Brigade] bereits 60.000 Mann in ihren Reihen. Der Autor der umfangreichsten Studie über die tschechoslowakischen Streitkräfte in der UdSSR, der tschechisch-israelische Historiker Erich Kulka, schätzte, dass rund 80 Prozent der Svoboda-Armee aus ehemaligen Lager-Häftlingen bestand.²⁷⁴

Auch 350 Nisko-Deportierte konnten sich der Svoboda-Armee anschließen. Unter ihnen befand sich, nach heutigem Kenntnisstand, auch ein Österreicher – Ernst Schwimmer, Jahrgang 1900, deportiert aus Wien am 20. Oktober 1939, nach Lemberg geflüchtet, im Mai 1940 verhaftet und in ein Lager nahe Archangelsk in der Eimeer-Region deportiert.²⁷⁵ Mit dem österreichischen Mithäftling Ludwig Eisinger, der ebenfalls ein Nisko-Deportierter des ersten Transports aus Wien war, und einer tschechischen Gefangenen, der Prager Jüdin Marta Marková, gelang ihm die Flucht. Die drei schlugen sich bis ins fast 1.900 Kilometer entfernte Busuluk durch. Aber nur Schwimmer konnte sich der Svoboda-Armee anschließen, da Marková ihn als ihren Bruder Marek Šek ausgab. Unter diesem Namen wurde Schwimmer am 16. Juli 1942 in die Tschechoslowakische Brigade aufgenommen. Erst nachdem die Soldaten unter General Svoboda im Mai 1945 in Prag einzogen, lüftete Schwimmer sein Geheimnis.

Insgesamt dienten in dieser tschechoslowakischen Exil-Armee 2.300 Juden, unter ihnen auch so manche polnische, denen antisemitische Offiziere der Anders-Armee die Aufnahme verwehrt hatten. In den ersten Monaten hatten die Juden sogar die Mehrheit der Soldaten der Svoboda-Armee gebildet.

274 Erich Kulka, *Židé v československé Svobodově armádě* [Juden in der tschechoslowakischen Svoboda-Armee], Prag 1990, S. 151. (Eine englischsprachige Fassung des Buchs war schon 1987 in den USA erschien: *Jews in Svoboda's Army in the Soviet Union. Czechoslovak Jewry's Fight Against the Nazis During World War II*, Lanham, MD, 1987.)

275 Moser, Nisko, S. 165; Borák, *First Deportation*, S. 182. Das Archiv von Yad Vashem verwahrt unter der Signatur O.59/75 einen Erinnerungsbericht Schwimmers von Anfang der 1970er Jahre.

„Kann Brunner nicht zählen?“ – ein Exkurs über die verwirrenden Zahlenangaben

Die Anzahl von 901 Deportierten des ersten Transports aus Mährisch-Ostrau, die sich in allen historischen Darstellungen findet, beruht auf einem Fernschreiben, das Eichmanns engster Mitarbeiter, Alois Brunner („Brunner I“), am 19. Oktober 1939 an Eichmann schickte, der sich zu diesem Zeitpunkt bei der Gestapoleitstelle Krakau aufhielt. Brunner berichtete:

„Die gestern einwaggonierten Juden gingen heute früh, 8,30 h, ohne Zwischenfall Richtung Jaroslav, mit Endstation Nisko ab.

Von den ursprünglich 916 Juden wurden heute wieder 5 alte Juden (Alter von über 60 Jahren) krankheitshalber auswaggoniert, sodass der tatsächliche Stand der Juden im Transportzug Nr. 760

901

betrug.“²⁷⁶

Mečislav Borák fragte in seinem Buch über die Nisko-Aktion, ob denn Brunner nicht zählen konnte, denn nach seiner Rechnung hätten es 911 Deportierte sein müssen.²⁷⁷ In einem ebenfalls am 18. Oktober geführten Telefonat mit einem Mitarbeiter von Walter Stahlecker, Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Protektorat Böhmen und Mähren, in Prag sprach Brunner von 900 ausschließlich männlichen Deportierten, während der Landrat von Mährisch-Ostrau der Dienststelle des Reichsprotectors am 23. Oktober die Zahl von 909 abtransportierten Juden meldete.²⁷⁸

Für die Anzahl der mit dem zweiten Wiener Transport nach Nisko deportierten Personen wird in mehreren Publikationen neben der Zahl 672 auch die Zahl von 669 genannt. Die maschinschriftliche Liste des zweiten Wiener Transports, die im Archiv von Yad Vashem²⁷⁹ verwahrt wird, ist im Buch von Mečislav Borák als Faksimile (Dok. 3)²⁸⁰ abgedruckt. Diese Liste enthält 672 Namen mit Vornamen und Geburtsdatum; bei einem Namen fehlen Vorname und Geburts-

276 Ein Faksimile des Fernschreibens ist abgedruckt in: Borák, First Deportation, Dok. 13, S. 333 f.

277 Borák, First Deportation, S. 81.

278 Ebenda, unter Berufung auf Dokumente der Gestapo Prag (Národní archiv Praha, Gestapo – řídicí úřadovna Praha, 101-653-1a).

279 Alle drei hier besprochenen Dokumente tragen die Archivsignatur YVA, group 30, file number 81 (Doc. 030/25).

280 Borák, First Deportation, S. 291–307.

datum. Einige wenige Namen sind durch handschriftliche Vermerke ergänzt, die auf die Rückkehr oder ein sowjetisches Lager verweisen. Dennoch hält Borák für den zweiten Transport auch die Ziffer von 669 Deportierten für möglich.²⁸¹ In früheren Arbeiten, so in einem Aufsatz im Jahre 2005,²⁸² hatte Borák noch ausschließlich die Zahl 669 verwendet. Die bei Borák abgedruckte Liste ist eine Abschrift der ursprünglichen Liste des zweiten Transports. Diese wurde, gemeinsam mit der ursprünglichen Fassung der beiden Listen des ersten Transports, in einer Mappe mit der Aufschrift „Richtige Nisko-Listen, 1. Transport: 20. 10. 1939, 2. Transport: 26. 10. 1939“ verwahrt.²⁸³ Ein Vergleich der beiden Listen zeigt Unterschiede in der grafischen Gestaltung und den handschriftlichen Anmerkungen. Beide Listen sind alphabetisch gereiht, die ursprüngliche Liste enthält zu jedem Namen auch die fortlaufende Nummer. In einigen wenigen Fällen weist die ursprüngliche Liste auch Dubletten und Inkohärenzen hinsichtlich der alphabetischen Reihenfolge der Namen auf. Aber beide Listen enthalten (abzüglich der genannten Dubletten) exakt 672 Namen. Keine der beiden Listen enthält Adressen der Deportierten. Ob tatsächlich alle 672 Personen im Zug saßen, ist nicht feststellbar – aber hinsichtlich der Anzahl von 672 Deportierten stimmen beide Namenslisten des zweiten Transports überein.

Ganz anders verhält es sich mit den beiden Listen des ersten Transports. Die erste der beiden Versionen (die ursprüngliche Liste) enthält die fortlaufende Nummer, Name, Vorname, Beruf, Adresse und Geburtsdatum der Deportierten. Am Ende jedes Namenseintrags stehen, in Handschrift, die Waggonnummer von 1 bis 16 und Sitzplatznummer (pro Waggon sind das zwischen 48 und 69 Plätze). Die im Archiv von Yad Vashem aufbewahrte Abschrift ordnet die Namen nicht nach Waggon- und Sitzplatz-Nummer, sondern alphabetisch. Es fehlen die fortlaufende Nummer, die Angabe des Berufs und der Adresse. Während die ursprüngliche Liste 1.011 fortlaufend nummerierte Namen enthält (von denen allerdings zahlreiche durchgestrichen sind, obwohl ein Sitzplatz vergeben wurde), weist die alphabetische Abschrift im Archiv von Yad Vashem nur 945 Namen auf. In beiden Versionen finden sich handschriftliche Vermerke, in der ursprünglichen Liste wesentlich mehr als in der Abschrift, darunter auch solche, die erst nach 1945 hinzugefügt wurden.

Die zweite der beiden Listen des ersten Transports trägt die Bezeichnung „Nachtrag zur Teilnehmer-Liste des am 20. Oktober 1939 abgehenden Trans-

281 Siehe: Ebenda, S. 106.

282 Borák, *Transporty do Niska*, S. 292.

283 Kopie im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Signatur DÖW 22.142.

portes“. Die in der ursprünglichen Version auf kariertem Papier engzeilig getippte Liste ist nach 669 fortlaufenden Nummern geordnet und enthält Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Heimatort, Staatsangehörigkeit sowie, jeweils beim ersten Namen, die Waggon-Nummer (von 5 bis 15). Die alphabetisch geordnete Abschrift im Archiv von Yad Vashem trägt zwar ebenfalls den (nachträglich handschriftlich hinzugefügten) Titel „Nachtrag zur Teilnehmer-Liste des am 20. Oktober 1939 abgehenden Transportes“, weist aber nur 64 Namen auf. Die beiden Listen des ersten Transports enthalten also in der ursprünglichen Version 1.680, in der Abschrift 1.009 Namen – und es gibt keine Überschneidungen der beiden Versionen. Welche 912 Personen tatsächlich am 20. Oktober 1939 deportiert wurden, lässt sich aus diesen Listen nicht ablesen.

Der an der University of Sussex lehrende Gerhard Wolf nennt als Quelle für die Anzahl von 669 Personen, die angeblich für den zweiten Transport vorgesehen waren, die „Übersicht im Staatsarchiv Wien [...], die mit ‚Richtige Nisko-Listen‘ überschrieben ist“²⁸⁴ und in der Forschung zu Nisko bislang nicht aufgetaucht sei. Offenbar hat Wolf die 669 Namen umfassende Liste „Nachtrag zur Teilnehmer-Liste des am 20. Oktober 1939 abgehenden Transportes“ für die Liste des zweiten Transports gehalten.²⁸⁵ Eine andere Quelle für die auch in mehreren Publikationen erwähnte Anzahl von 669 Deportierten des zweiten Transports gibt es nicht.

Unterschiedliche Angaben existieren auch über die Anzahl der Deportierten, die im April 1940 nach Mährisch-Ostrau und Wien zurückkehren durften. Jonny Moser nennt die Zahl von 516 (davon 198 nach Wien).²⁸⁶ Seev Goshen zählte 501 Rückkehrer.²⁸⁷ Mečislav Borák zählt weitere abweichende Angaben auf: Der – u. a. von Miroslav Kárný²⁸⁸ zitierte – Lagebericht des Polizeidirek-

284 Gerhard Wolf, *Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen*, Hamburg 2012, S. 114.

285 Nur als Kuriosität angemerkt sei, dass Wolf es für fraglich hält, „wie belastbar“ die Liste sei, da sie doch nur die Absicht belege, diese Menschen zu deportieren. Er vertritt – im persönlichen Gespräch bis heute – die These, es gebe keinen Beweis dafür, dass der Transport nicht „in letzter Sekunde gestoppt“ worden sei: Wolf, *Ideologie und Herrschaftsrationalität*, S. 114 f. (Wolfs „Beweise“ bestehen in teilweise gewagten Schlussfolgerungen aus amtlichen Dokumenten und der Nicht-Erwähnung des Transports in Überblicksdarstellungen; die Erinnerungen Dutzender ZeitzeugInnen sowie ein so simpler Test wie die Überprüfung von Namen auf der zweiten Liste mit Hilfe der Opfersuche auf der DÖW-Website kam ihm offenbar nicht in den Sinn.)

286 Moser, *Nisko*, S. 162.

287 Goshen, *Eichmann und die Nisko-Aktion*, S. 96; Goshen, *Nisko – ein Ausnahmefall*, S. 106.

288 Kárný, *Konečné řešení*, S. 132.

tors in Mährisch-Ostrau für April 1940²⁸⁹ ordnet die 516 Rückkehrer so zu: 301 seien in Mährisch-Ostrau und 18 in der Region Teschen geblieben, 197 hätten die Fahrt nach Wien fortgesetzt. Die von Borák ausgewerteten Berichte von Überlebenden stimmen darin überein, dass, unter Einschluss der nach Český Těšín und anderen Orten des Olsa-Gebiets Zurückgekehrten, rund 320 Männer am 13. April 1940 in Mährisch-Ostrau aus dem Zug stiegen.²⁹⁰ Das heißt, dass in Wien am 14. April 1940 mit großer Wahrscheinlichkeit die oben genannte Zahl von Rückkehrern – 198 – eintraf.

Hochgradig verwirrend sind allerdings die Einträge (und vor allem die Anmerkungen) in dem vermutlich von der IKG Mährisch-Ostrau angefertigten alphabetischen Gesamtverzeichnis der am 18. und 26. Oktober 1939 aus Mährisch-Ostrau nach Nisko am San deportierten 1.292 Personen, auf das bereits oben im Zusammenhang mit der Auflösung des Namens Seev Goshen (Rudolf Goldberger) hingewiesen wurde.²⁹¹ Insgesamt 456 Namen sind mit dem Vermerk „zurückgek.“ versehen. Bei einem (nämlich Emil Eisler) ist die Ausreise nach Schweden vermerkt; da diese aber vor dem Rückkehrertransport vom April 1940 erfolgt war, ist Eisler von den 456 Rückkehrern abzuziehen. Drei der verbleibenden 455 Namen sind mit dem Zusatz „gestorben“ versehen, ohne Angabe des Todesdatums. 60 Namen tragen zum Vermerk „zurückgek.“ Zusätze wie „dann K.L.“, „unbek. wohin“, „nach Prag“ oder ähnliche Ortsangaben. Bei allen übrigen 392 Namen ist die Kennkartennummer angegeben, d. h. es handelte sich um Personen, die in Mährisch-Ostrau (mit Nummern im Bereich zwischen 114.000 und 117.999) registriert waren. Wie weiter oben erwähnt, wurde die Kennkarte erst am 2. März 1942 eingeführt. Da im September fast die gesamte noch in Mährisch-Ostrau lebende jüdische Bevölkerung nach Theresienstadt deportiert wurde, kann die Entstehungszeit dieser Liste nur zwischen März und September 1942 liegen. Eine mögliche, wenngleich unwahrscheinliche Erklärung für diese großen zahlenmäßigen Unterschiede ist vielleicht, dass es zusätzlich zu den im April 1940 vom Polizeidirektor in Mährisch-Ostrau registrierten 319 Nisko-Rückkehrern bis 1942 weiteren 73 Personen Nisko-Deportierten gelungen sein könnte, heimzukehren.

Die Gesamtzahl der zwischen 18. und 27. Oktober 1939 nach Nisko deportierten Juden liegt zwischen mindestens 4.757 und höchstens 4.911 Personen, allesamt Männer. Zu diesen Ziffern kam Mečislav Borák in einem Aufsatz im

289 BArch R 30/4b, Bd. 2 (= Bestand des Deutschen Staatsministeriums für Böhmen und Mähren, zuvor Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde).

290 Borák, First Deportation, S. 149.

291 Faksimile: Borák, First Deportation, S. 239–264.

Jahre 2005, in dem er alle verfügbaren Zahlenangaben auswertete.²⁹² Die einzige größere Unsicherheit sind die beiden schlecht dokumentierten Transporte aus Kattowitz mit Juden aus verschiedenen oberschlesischen Städten. Aus Boráks Aufstellungen ergibt sich für Katowice eine Mindestanzahl von 1.872 und ein Maximum an 2.038 Deportierten. Unbestritten ist jedenfalls, dass die von Kattowitz abtransportierten Juden das größte Kontingent der Nisko-Deportierten darstellen. Die 1.872 entsprechen auch ziemlich genau den von Jonny Moser angegebenen 1.875 oberschlesischen Deportierten, nämlich 875 am 20. Oktober und 1.000 am 27. Oktober; Borák selbst hält eine höhere Zahl für wahrscheinlicher. Unter Berücksichtigung dieser Berechnungen und Überlegungen wird im vorliegenden Aufsatz die Formulierung „1.900 bis 2.000 Deportierte aus Oberschlesien“ verwendet.

Die Nisko-Aktion als Teil der polnischen Geschichte

Bis zum deutschen Angriff 1939 hatte Nisko – zusammen mit den der Stadt gegenüberliegenden Gemeinden am rechten San-Ufer von Ulanów flussabwärts über Zarzecze, Pysznica und Jastkowice bis Radomyśl, nahe der Einmündung des San in die Weichsel – zur Wojewodschaft Lemberg (Województwo Lwowskie) gehört. Bis 1918 war es eine Kleinstadt im äußersten Norden der Donaumonarchie gewesen. Die Grenze zwischen dem habsburgischen Königreich Galizien und Lodomerien mit der Hauptstadt Lemberg und der „Gubernija Ljublin“ (Gouvernement Lublin) des zaristischen Russland war östlich des San verlaufen. Nur knappe 20 Kilometer lang, flussaufwärts von Krzeszów (russ. Krjeschow), hatte der San die Grenze zwischen den beiden Reichen gebildet.

Vor dem Zweiten Weltkrieg waren etwas mehr als zehn Prozent der Bevölkerung der Stadt Nisko jüdisch gewesen. Die ursprünglich im geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vorgesehene Demarkationslinie entlang des San hätte die Stadt von den am rechten San-Ufer gelegenen Ortschaften getrennt, da diese zur sowjetischen Einflussphäre zählen sollten und zunächst auch von der Roten Armee besetzt wurden. Die nationalsozialistischen Eroberer nutzen dies, um wenige Tage nach der Besetzung Niskos Mitte September, am 28. September 1939, die ersten Juden auf das andere Ufer des San zu verjagen. Mitte Oktober zogen sich die sowjetischen Truppen zurück, am 19. Oktober erreichte der erste Deportationstransport aus Mährisch-Ostrau die Stadt. Anfang November verhafteten die deutschen Be-

²⁹² Borák, *Transporty do Niska*, S. 293.

hörden die polnischen Beamten und Lehrer der Stadt. Unter dem Vorwand, die Besatzungsmacht wolle die Wiedereröffnung der Schulen mit ihnen besprechen, wurden alle ins Gefängnis nach Rzeszów abtransportiert.²⁹³

Der unmittelbarste Bezug der Nisko-Aktion zur polnischen Geschichte ist die Tatsache, dass, wie mehrfach erwähnt, die größte Gruppe der Ende Oktober 1939 nach Nisko deportierten Männer Juden aus dem bis zum September 1939 zu Polen gehörenden Teil Oberschlesiens waren. Ihr erster Deportationszug startete in Kattowitz am Freitag, den 20. Oktober 1939. Ursprünglich hatten sich am 19. Oktober 1.029 Männer in einer Turnhalle nahe dem Bahnhof Kattowitz einfinden müssen, um „im Laufe des Tages eingeladen zu werden“, wie SS-Hauptsturmführer Rolf Günther schrieb. Aus Günthers Aufstellung,²⁹⁴ die er am 18. Oktober 1939 über die Gestapoleitstelle Krakau an Eichmann weiterleiten ließ, geht hervor, aus welchen oberschlesischen Orten die zur Deportation vorgesehenen Männer des ersten Transports ab Kattowitz stammten: 374 aus Kattowitz selbst, 198 aus Königshütte und 457 aus Bielitz. Günther fügte allerdings hinzu: „Erfahrungsgemäß kann damit gerechnet werden, daß ein Teil der Juden von dem Transport ausfällt.“ Günther bezog sich offenbar auf solche Personen, bei denen sich erst während der Abfertigung in der Turnhalle herausstellte, dass sie nicht in Frage kamen, weil sie krank oder invalide waren. 875 Männer wurden schließlich „einwaggoniert“.

Der zweite Zug war für den 26. Oktober vorgesehen. Dieser Zug mit 1.000 oberschlesischen Juden sollte an einen Zug mit bis zu 400 Deportierten aus Mährisch-Ostrau angehängt werden. Tatsächlich dürften in dem Zug, der in der Nacht zum 27. Oktober in Kattowitz eintraf, 391 Männer gewesen sein. In Kattowitz wurde dann ein Zug zusammengestellt, der 35 Personenwaggons dritter Klasse für die Deportierten aus Mährisch-Ostrau und Oberschlesien, 2 Personenwaggons zweiter Klasse für das Begleitpersonal und 7 Güterwaggons umfasste.²⁹⁵ Das geht aus einer fernschriftlichen Anweisung Günthers vom 25. Oktober mit Informationen über den nächsten Transport aus Mährisch-Ostrau und Kattowitz hervor, die er an SS-Hauptsturmführer Roth (Einsatzgruppe z. B. V. [zur besonderen Verwendung]) nach Krakau schickte. Diese Informationen sollten mittels Militärfunk an SS-Oberscharführer Dannecker nach Nisko weitergegeben werden. Das Begleitpersonal war von der Einsatz-

293 Maria Wardzyńska, *Był rok 1939. Operacja niemieckiej policji bezpieczeństwa w Polsce Intelligenzaktion* [Es war 1939. Die Operation *Intelligenzaktion* der deutschen Sicherheitspolizei in Polen], Warschau 2009, S. 257.

294 Faksimile des Fernschreibens: Borák, First Deportation, Dok. 12, S. 331 f.

295 Faksimile des Fernschreibens: Ebenda, Dok. 16, S. 340.

gruppe „z. b. V.“ Kattowitz zu stellen. Die „Einsatzgruppen“ waren eigens für den „Polenfeldzug“ gebildete Terroreinheiten, die sich so bewährten, dass sie 1941 im Krieg gegen die Sowjetunion als Hauptinstrument des Massenmords an der – jüdischen und nichtjüdischen – Zivilbevölkerung eingesetzt wurden.²⁹⁶ Für „Befriedungsaktionen“ im ost-oberschlesischen Industriegebiet war am 3. September 1939 die „Einsatzgruppe z. b. V. Kattowitz“ gebildet worden. Als es keine polnischen Aufstände gab, zu deren Bekämpfung die Einsatzgruppe „z. b. V.“ verwendet werden konnte, bestand die „besondere Verwendung“ in erster Linie im Niederbrennen von jüdischen Einrichtungen. Diese Zerstörungen nahmen ein solches Ausmaß an, dass Himmler den Befehl erließ, zumindest die wichtigsten Synagogen zu schonen.²⁹⁷ Zum Zeitpunkt der Anordnung Günthers waren die Angehörigen der „Einsatzgruppe z. b. V. Kattowitz“ noch nicht in die Gestapo Kattowitz überführt worden.

Dass überhaupt ein zweiter Transport abgehen konnte, verdankte die örtliche Gestapo einer persönlichen Intervention Eichmanns in Berlin. Er erreichte im Reichssicherheitshauptamt, „daß ein kombinierter zweiter Ostrauer und Kattowitzer Transport am 26. Oktober abgehen konnte, um das Prestige der hiesigen (Ostrauer) Staatspolizei zu wahren“, zitierte Goshen aus Akten der Zentralstelle Mährisch-Ostrau.²⁹⁸

Die nach Nisko deportierten oberschlesischen Juden gliederten sich in zwei Gruppen – jene aus dem ehemals preußischen und jene aus dem ehemals österreichischen Teil Schlesiens, die zu unterschiedlichen Zeiten Bürger der Republik Polen geworden waren.

Die Wohnorte der erstgenannten Gruppe waren am 20. Juni 1922 zu Polen gekommen. Damals musste Deutschland, nach bewaffneten Grenzkämpfen und Volksabstimmungen, den östlichsten Teil des oberschlesischen Kohle- und Hüttenreviers an Polen abtreten. In mehreren der nunmehr polnischen Städte – so in Katowice/Kattowitz, Sosnowiec/Sosnowitz, Będzin/Bendsburg und Chorzów (damals Królewska Huta/Königshütte) – existierten jüdische Gemeinden.

Die Übrigen waren durch die Annexion des Olsa-Gebiets 1938 unter polnische Oberhoheit gekommen. Einige Städte im Olsa-Gebiet wiesen einen starken jüdischen Bevölkerungsanteil auf. Nach Nisko deportiert wurden Männer aus Teschen, Trzynietz und Jablunkau (Cieczyn/Tešín, Trzyniec/Třinec bzw. Jab-

296 Helmut Krausnick, *Hitlers Einsatzgruppen: Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938–1942*, Frankfurt/M. 1981.

297 Siehe: <https://www.balsi.de/3Reich/Verfolgung/Einsatzgruppen/zbV-EG.htm> [7. 3. 2020].

298 Goshen, *Eichmann und die Nisko-Aktion*, S. 92. Zitiert auch in: Moser, *Nisko*, S. 69.

lonków/Jablunkov). Mečislav Borák zitiert aus den Erinnerungen des aus Trzyńiec stammenden Arnošt Steiner. Die ins Rathaus bestellten Männer zwischen 16 und 60 erfuhren nur, dass sie am nächsten Tag zur Arbeit abtransportiert würden und sich warm anziehen sollten.²⁹⁹ Dass auch Juden aus Bohumín/Oderberg im Transport waren, geht aus dem Bericht des Oderberger Fluchthelfers Heřman Pick hervor.³⁰⁰ Pick hatte vor dem September 1939 mitgeholfen, Flüchtlingen aus dem „Protektorat“ Proviant und Unterkünfte zu besorgen und sie mit Identitätspapieren auszustatten.³⁰¹

Am 8. Oktober 1939 annektierte das Deutsche Reich Ost-Oberschlesien. Im neu geschaffenen „Regierungsbezirk Kattowitz“ sollte nur mehr Platz für Deutsche sein, nachdem, wie es in einer zeitgenössischen NS-Propagandaschrift hieß, der schlesische „Raum“ in seiner Gesamtheit „wieder ein geschlossener Teil Großdeutschlands geworden“ sei.³⁰² Ost-Oberschlesien teilte damit das Schicksal der anderen annektierten Gebiete Polens („Reichsgau Wartheland“, „Reichsgau Danzig-Westpreußen“). Am 17. Oktober 1939, also in genau jenen Tagen, in denen auch die Nisko-Aktion begann, erläuterte Hitler dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, den Zweck der „Umsiedlungen“: Das Reichsgebiet „von Juden und Polacken zu reinigen“.³⁰³ Die beiden Deportationszüge von Katowice nach Nisko bildeten somit sozusagen eine Vorhut der künftigen Vertreibungen.

299 Erstmals abgedruckt in einem Beitrag des im damals noch habsburgischen Auschwitz geborenen Publizisten Michal Štemr, der im 13. Jahrgang des von der jüdischen Gemeinde der ČSSR herausgegebenen Jüdischen Jahrbuchs erschien: Michal Štemr, Nejkrásnější den mého života [Der schönste Tag meines Lebens], in: Židovská ročenka, rok 1966/1967, S. 43–47, hier 44. Arnošt Steiner konnte sich an das genaue Datum nicht erinnern und schrieb, die Einbestellung ins Rathaus habe „Ende Oktober“ stattgefunden.

300 Borák bezieht sich auf ein Manuskript, das Pick 1970 beim Wettbewerb für antifaschistische Literatur eingereicht hatte, der alljährlich vom tschechoslowakischen Verband der Widerstandskämpfer abgehalten wurde: Domáci a zahraniční odboj [Einheimischer und ausländischer Widerstand], zitiert in: Borák, First Deportation, S. 93.

301 Borák, First Deportation, S. 49 f.

302 Zitiert in: Wolfgang Kessler, Das „befreite Schlesien“. Der Regierungsbezirk Kattowitz 1939–1945 in der deutschen Wahrnehmung, in: Hans-Werner Retterath (Hrsg.), Germanisierung im besetzten Ostoberschlesien während des Zweiten Weltkriegs, Münster–New York 2018 [= Schriftenreihe des Instituts für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa, Bd. 20], S. 17–54, hier 18–22.

303 Der Bericht vom 20. Oktober 1939 über die Besprechung Hitlers mit Keitel vom 17. Oktober 1939 betreffend die Zukunft Polens wurde im Nürnberger Prozess als Beweisdokument 864-PS vorgelegt: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg, 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, amtlicher Text, deutsche Ausgabe. Bd. XXVI: Urkunden und anderes Beweismaterial, Nummer 405-PS bis Nummer 1063(d)-PS, S. 378 f.

Die scharfen nationalen Gegensätze während der bewaffneten Auseinandersetzungen und Abstimmungskampagnen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg hatten auch die jüdischen Gemeinden nicht unberührt gelassen. Doch die für die multinationale Tschechoslowakische Republik der Zwischenkriegszeit charakteristische tolerante Haltung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung trug dazu bei, nationale Konflikte innerhalb der jüdischen Bevölkerung in Tschechisch-Schlesien kleinzuhalten.

Ganz anders war die Lage in Ost-Oberschlesien gewesen. Nach der Angliederung von Katowice an Polen 1922 war mehr als die Hälfte der Juden und Jüdinnen nach Deutschland ausgewandert, meist in die niederschlesische Hauptstadt Breslau, um nicht in Polen leben zu müssen. Jüdische Familien, die aus den östlich von Katowice gelegenen Teilen des Kohlreviers in die in Katowice und anderen Orten Ost-Oberschlesiens leergewordenen Wohnungen zogen, wurden von den Einheimischen – auch den jüdischen – als rückständig und polenhörig angesehen. Angesichts zunehmender Verfolgungen im nationalsozialistischen Deutschland kehrte allerdings so manche Familie in den späten 1930er Jahren nach Polen zurück. Doch auch unter der polnischen Bevölkerung erstarkte in diesen Jahren der Antisemitismus und nahm immer gewalttätigere Formen an.

Unmittelbar nach der Einnahme der Stadt Katowice/Kattowitz durch die Deutsche Wehrmacht begannen die Plünderungen jüdischer Häuser, am 5. September 1939 ging die örtliche Synagoge in Flammen auf. In der Nacht vom 8. auf den 9. September wurden die Synagogen in Sosnowice/Sosnowitz und Będzin/Bendsburg niedergebrannt, ab 13. September wurden Synagogen und Bethäuser in weiteren Ortschaften angesteckt. Hinzu kamen schwere Misshandlungen und Morde, unter anderem auf den gleichzeitig verwüsteten jüdischen Friedhöfen in Cieszyn, Orlau (20 Kilometer östlich von Mährisch-Osttau) und Jablunkau bei Trzynietz. In dem fünfstöckigen, erst zwei Jahre zuvor errichteten Gemeindehaus neben der großen Kattowitzer Synagoge schlug die Gestapo ihren Sitz auf. 1988 errichtete die Stadtverwaltung auf dem – wie er heute heißt – Synagogen-Platz ein Denkmal, dessen Inschrift insofern bemerkenswert ist, als gerade in einer Stadt wie Katowice die jüdische Bevölkerung in den Augen der „Einheimischen“ seit jeher mit dem Makel der „Fremdheit“ behaftet war – sei es als „Deutsche“ oder als „Zugewanderte“. In der (polnischen und hebräischen) Inschrift würdigten „die Kattowitzer“ die vertriebenen Juden als „Kattowitzer“.³⁰⁴

304 „Dla uczczenia pamięci żydów mieszkalców Katowic, zgładzonych przez niemieckiego okupanta w latach 1939–1945. Katowiczanie. – W tym miejscu stała Wielka Synagoga zburzona przez oprawców hitlerowskich we wrześniu 1939“ [In Würdigung des Andenkens

Die Deportationen nach Nisko Ende Oktober waren nur eine Etappe in der raschen Vertreibung der jüdischen Bevölkerung. Von den bei Kriegsbeginn rund 9.000 Kattowitzer Juden und Jüdinnen, zu denen innerhalb weniger Tage noch zwei- bis dreitausend Flüchtlinge gekommen waren, lebten Ende 1939 nur noch 900 in der Stadt. Nach dem Scheitern der Nisko-Aktion deportierte die Gestapo die meisten von ihnen entweder in die unweit von Katowice/Kattowitz, nämlich in Sosnowiec/Sosnowitz und Będzin/Bendsburg, errichteten Ghettos, die eine Durchgangsstation nach Auschwitz bilden sollten.

Noch schärfer als in Katowice/Kattowitz wurden die nationalen Gegensätze in der jüdischen Gemeinde von Królewska Huta/Königshütte (heute Chorzów) ausgetragen, wo nach dem Anschluss an Polen viele jüdische Familien nach Berlin ausgewandert waren und, wie in Katowice, polnisch-jüdische Familien aus dem Kohlerevier von Dąbrowa Górnicza/Dombrowa in die leerstehenden Häuser und Wohnungen einzogen. Ein Teil der Zugewanderten kam aus dem bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates russisch gewesenen Teil Polens (im politischen Jargon des 19. Jahrhunderts „Kongresspolen“ genannt³⁰⁵) – diese Menschen galten dem von der deutschen Kultur beeinflussten Judentum als besonders rückständig.³⁰⁶ Für die rassistischen Ideologen des Antisemitismus war es freilich egal, welchem Kulturkreis sich die Juden und Jüdinnen selbst zugehörig fühlten. Die deutschen Besatzer sprachen allen gleichermaßen das Recht ab, im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich zu leben.

Mitte der 1920er Jahre spaltete sich die Königshütter Kultusgemeinde, wobei die Schuld dafür bis in die Gegenwart auf deutschen und polnischen Websites bei der jeweils anderen Seite gesucht wird. Während das von Klaus-Dieter Aliche betreute Internet-Portal „Lexikon der jüdischen Gemeinden im deutschen Sprachraum“ die Spaltung als eine Folge des von der polnischen Regierung erzwungenen Rücktritts des Rabbiners Salomon Goldschmidt vom Amt

der Juden, Einwohner von Kattowitz, ausgerottet durch den deutschen Besatzer in den Jahren 1939–1945. Die Kattowitzer. – Auf diesem Platz stand die große von den Hitler-Schergen im September 1939 zerstörte Synagoge“. Online: https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/af/Katowice_-_pomnik_dla_uczczenia_pamieci_zydow.jpg [7. 3. 2020].

305 Der Wiener Kongress hatte 1815 dieses „Königreich“ geschaffen, das in Wirklichkeit Teil des Russischen Reiches war und im Laufe des 19. Jahrhunderts zunehmend russifiziert wurde.

306 Ein österreichisches Beispiel dieser Haltung bietet Karl Emil Franzos, der ab 1897 sechs Bände seiner ethnografischen Reportagen „Halb-Asien. Land und Leute des östlichen Europa“ veröffentlichte. Siehe: Fred Sommer, „Halb-Asien“. German nationalism and the Eastern European works of Emil Franzos, Stuttgart ¹1983.

des Präsidenten der Kultusgemeinde (das er seit 1890 innehatte) sieht,³⁰⁷ liegt es für das durch das Warschauer Museum „Polin“ betreute Internetportal „Virtuelles Shtetl“ auf der Hand, dass es die Konkurrenz zwischen den zugewanderten polnisch-jüdischen Familien und den einheimischen deutschen Familien war, die zum Bruch führte. Der Rücktritt Goldschmidts sei eine Folge des Auszugs der Deutschen aus der Synagoge gewesen, nachdem die polnischen Juden 1924 die Kultuswahlen gewonnen hatten und daraufhin die siebzig wohlhabendsten und einflussreichsten deutschen Juden die Versammlung verlassen hatten.³⁰⁸ Anzumerken ist jedoch, dass zwar – wie überall in Ost-Oberschlesien – jene rund 25 Prozent der jüdischen Bevölkerung, die über einen gewissen Wohlstand verfügten, sich größtenteils als „Deutsche“ verstanden, dass es aber keineswegs nur die aus Polen Zugewanderten waren, die zu den Armen zählten.

1933 eskalierten die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gemeinden in Königshütte. Die auf polnischer Seite zunehmend nationalistischer werdende Diktion entsprach der Stimmung des polnischen Teils der Bevölkerung der Stadt, die sich 1934 anstelle des aus dem Deutschen übersetzten Królewska Huta den altslawischen Namen eines in diesem Jahr eingemeindeten Dorfes gab, nach dem nun die ganze Stadt benannt wurde: Chorzów.

Nach dem deutschen Einmarsch im September 1939 wurde zunächst die Synagoge abgebrannt, nach den ersten Deportationen nach Nisko begann die „Absiedelung“ des Rests der jüdischen Bevölkerung ins benachbarte Dombrowa, von wo die meisten im Juni 1941 nach Olkusz (von den deutschen Besatzern 1941 in „Ilkenau“ umbenannt) verschleppt und später von dort nach Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Nach Kriegsende lebte niemand mehr, der in Chorzów die jüdische Gemeinde wiederbeleben hätte können.

Im mehrheitlich polnischsprachigen Cieszyn/Teschen, das bis 1918 Teil der Habsburgermonarchie gewesen war, orientierten sich Juden und Jüdinnen ursprünglich an der deutschsprachigen Minderheit der Stadt. Reguläre Zuwanderung orthodoxer Juden, besonders aber der Zustrom jüdischer Flüchtlinge aus den am Beginn des Ersten Weltkrieges von russischen Truppen besetzten Teilen Galiziens veränderten das Kräfteverhältnis, die Kultusgemeinde wurde mehrheitlich polnisch. Nach der Teilung der Stadt in das polnische Cieszyn und das tschechische Český Tešín 1919 trennte sich auch die Kultusgemeinde. Beide Gemeinden verfügten über eigene religiös-soziale Einrichtungen. 1938

307 <https://www.juedische-gemeinden.de/index.php/gemeinden/k-l/1095-koenigshuetten-ober-schlesien> [7. 3. 2020].

308 <https://sztetl.org.pl/en/towns/c/420-chorzow/99-history/137176-history-of-community> [7. 3. 2020].

lebten in beiden Teilen der Stadt 2.800 Jüdinnen und Juden, deren Anzahl sich nach dem deutschen Einmarsch in Tschechien im März 1939 durch Flüchtlinge erhöhte, unter denen auch solche waren, die 1938 aus Österreich in die ČSR geflohen waren. Mit dem Überfall der Wehrmacht auf Polen gerieten sie neuerlich unter nationalsozialistische Herrschaft.

Das dreißig Kilometer weiter östlich gelegene Bielsko/Bielitz und seine Nachbarstadt Biała (die seit 1951 gemeinsam die Stadt Bielsko-Biała bilden) lagen abseits der Zentren der nationalen Auseinandersetzungen am Ende des Ersten Weltkrieges, die Ost-Oberschlesien und das Olsa-Gebiet erschüttert und zur Teilung von Cieszyn und Český Tešín geführt hatten. Bis 1918 war Biała die westliche Stadt des habsburgischen Königreichs Galizien und Lodomerien gewesen, der ebenfalls Biała genannte Grenzfluss trennte sie von der Nachbarstadt Bielitz in Österreichisch-Schlesien. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden beide Städte polnisch. In der Doppelstadt lebten bei Kriegsbeginn insgesamt 7.000 Jüdinnen und Juden, die in Bielsko 20 und in Biała 15 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Die orthodoxen Zugewanderten wohnten meist in Biała, Jüdinnen und Juden in Bielsko sprachen deutsch und waren eher westlich orientiert. Am 15. September 1939, dem zweiten Tag des jüdischen Neujahrsfestes Rosch haSchana, brannten die deutschen Eroberer sämtliche Synagogen nieder, sonstige jüdische Einrichtungen und Geschäfte waren bereits in den Tagen zuvor verwüstet worden. Die Mehrheit der Juden und Jüdinnen flüchtete ins Innere Polens, über 400 jüdische Männer wurden nach Kattowitz gebracht, um auf Transport nach Nisko geschickt zu werden. Die verbliebenen 1.200 Menschen wurden teilweise in Zwangsarbeitslagern konzentriert, teilweise mussten sie Ende 1940 in das Ghetto in Biała ziehen. Im Juni 1942 lösten die Nationalsozialisten das Ghetto auf, deportierten Kranke, Alte, Frauen und Kinder in die Gaskammern von Auschwitz-Birkenau und verteilten die verbliebenen Männer auf andere Ghettos, wo sie das Schicksal der örtlichen Bevölkerung teilten.

Auch in dem in unmittelbarer Nähe der alten tschechisch-polnischen Grenze gelegenen Trzynietz (tschechisch Třinec, polnisch Trzyniec) begann die deutsche Besatzung 1939 mit dem Niederbrennen der erst Anfang der 1930er Jahre erbauten Synagoge. Als im November 1938 in Deutschland die Synagogen brannten, hatten polnische Faschisten bereits versucht, das Gebäude in die Luft zu sprengen. Die kleine jüdische Gemeinde von nicht einmal 140 Mitgliedern wurde komplett ausgelöscht – die Männer nach Nisko abtransportiert, Frauen und Kinder ins Ghetto Sosnowitz und in der Folge von dort nach Auschwitz-Birkenau deportiert.

Zwar ist die Quellenlage hinsichtlich der beiden Kattowitzer Transporte äußerst dürftig, doch dürfte feststehen, dass kein Einziger der oberschlesischen

Nisko-Deportierten in das Lager Zarzecze aufgenommen wurde. Daher ist davon auszugehen, dass alle, die nicht auf Grund verwandtschaftlicher Beziehungen oder anderer Zufälle bei einer jüdischen Familie im Distrikt Lublin unterkommen konnten, die deutsch-sowjetische Demarkationslinie überqueren – nicht selten unter großen Gefahren – und dort zu den Hunderttausenden stießen, die bereits vor ihnen dorthin geflüchtet oder vertrieben worden waren.

Die polnischen Nisko-Deportierten teilten das Schicksal Zehntausender anderer Juden und Jüdinnen in den von Deutschland annektierten Gebieten Polens jedoch nicht nur im Hinblick auf die Vertreibungserfahrung des September 1939, sondern auch im Hinblick auf die Folgen der Besetzung der Osthälfte Polens durch die Sowjetunion.

Deutsche Stellen hatten schon vor dem Beginn des sowjetischen Einmarsches am 17. September 1939 versucht, Teile der Bevölkerung, vor allem Jüdinnen und Juden, nach Osten abzudrängen, und sie nach endgültiger Festlegung der Demarkationslinie im deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939 an der Rückkehr gehindert. Zwei derartige Vertreibungsaktionen fanden im September 1939 am Mittellauf des San, in Jarosław und Przeworsk, statt.³⁰⁹ In der Kleinstadt Przeworsk, die für die Nisko-Aktion als Bahnknoten Bedeutung erlangte, lebten bei Kriegsbeginn 1.500 Juden und Jüdinnen. Gleich nach der Einnahme der Stadt durch die Wehrmacht am 12. September 1939 setzten die Nationalsozialisten die Synagoge aus dem 17. Jahrhundert und das Cheder-Schulhaus mit seiner großen Bibliothek in Brand und ermordeten dreißig Juden. Zum Laubhüttenfest am 27. September zwangen die Besatzer die jüdischen EinwohnerInnen, alle Wertgegenstände abzuliefern und trieben sie dann Richtung San. Die jüdischen Männer, Frauen und Kinder mussten auf eigene Faust versuchen, seichte Stellen und Furten zu finden, um ans Ostufer des Flusses zu gelangen. Viele ertranken, einige gerettete Familien wurden von den sowjetischen Militärbehörden in der kleinen Stadt Sieniawa angesiedelt. In Jarosław, von wo schon vor dem Eintreffen der deutschen Truppen zum Teil bekannte Juden über den San geflohen waren und sich in den Bergen versteckt hatten, begann die Massenausweisung am 23. September. Innerhalb von sechs Tagen trieben die Besatzer Tausende Einheimische und jüdische Flüchtlinge auf die sowjetisch besetzte Seite des Flusses.

Nur an ganz wenigen Stellen wie der San-Brücke in Przemysł, über die besonders viele Menschen nach Osten flüchteten, erlaubten deutsche Behörden

309 Siehe: <https://sztetl.org.pl/en/towns/j/108-jaroslaw/99-history/137399-history-of-community> und <https://sztetl.org.pl/en/towns/p/149-przeworsk/99-history/137898-history-of-community> [beide: 7. 3. 2020].

auch die Flucht in die umgekehrte Richtung.³¹⁰ Auf der Grundlage des Grenz- und Freundschaftsvertrags war die Stadt geteilt worden. Die Altstadt am östlichen San-Ufer wurde Teil des sowjetisch besetzten Gebiets und trug nun den ukrainischen Namen Peremyschl, die Neustadt blieb, unter dem Namen Deutsch-Przemysl, deutsch besetztes Gebiet.

Sowohl zeitgenössische Medienberichte als auch diplomatische Akten belegen, dass die deutschen Besatzer auch in den Folgemonaten Juden und Jüdinnen mehr oder weniger heimlich über die – bis Ende Dezember 1939 noch relativ leicht passierbare – Demarkationslinie abzuschieben trachteten. Bis Mitte Oktober hatten die sowjetischen Grenzorgane die Vertriebenen und Flüchtlinge in vielen Fällen ungehindert passieren lassen. Am 27. Oktober 1939 annektierte die Sowjetunion die von der Roten Armee besetzten Teile der Wojewodschaften Lemberg, Stanislau, Tarnopol und Wolhynien, die der Ukrainischen Sowjetrepublik angeschlossen wurden. Am 2. November folgten die von der Roten Armee besetzten Teile der Wojewodschaften Białystok,³¹¹ Polesien, Nowogródek und Wilna,³¹² durch deren Anschluss die Fläche der Weißrussischen Sowjetrepublik verdoppelt wurde.

In einem nicht bekannten Umfang war es Flüchtlingen auch danach noch gelungen, sowjetisches Territorium zu erreichen, in einigen Fällen wurden Grenzposten einfach überrannt. Zahlreiche Flüchtlinge blieben aber im Niemandsland „hängen“, wo sie von deutschen Grenzposten misshandelt und gedemütigt wurden, wie der polnische Linkszionist Israel Stolarski in der vom American Jewish Committee seit 1938 alle zwei Monate herausgegebenen Zeitschrift „Contemporary Jewish Record“ berichtete.³¹³ Stolarski war über die Sowjetunion und Japan in die USA geflüchtet.

310 Die Begegnung der Flüchtlingstrecks in der Mitte der Brücke gehört bis in die Gegenwart zu den „urban legends“ der Stadt. Beide hätten fassungslos auf die Stirne getippt, weil sie überzeugt waren, die anderen würden ins Verderben rennen, wie City Guides heute in Przemysł erzählen: „And both were right...“.

311 Der Westteil der Wojewodschaft Białystok mit der Stadt Białystok selbst wurde mit dem Vertrag zwischen Polen und der UdSSR „über die sowjetisch-polnische Staatsgrenze“ vom 16. August 1945 wieder polnisch, der Ostteil mit der Stadt Grodno blieb sowjetisch.

312 Die mehrheitlich von polnischer und jüdischer Bevölkerung bewohnte Stadt, die auf Polnisch Wilno und auf Jiddisch Wilne hieß, wurde nach dem Zerfall des zaristischen Russland von Litauen als historische Hauptstadt des Landes reklamiert, 1922 aber von Polen annektiert. Am 19. September 1939 nahm die Rote Armee die Stadt ein, die Sowjetunion trat sie aber am 10. Oktober an die Republik Litauen ab. Mit dem Anschluss Litauens an die UdSSR 1940 wurde Wilna – das nun die litauische Bezeichnung Vilnius trug – zur Hauptstadt der Litauischen SSR.

313 David Grodner [= Israel Stolarski]: In Soviet Poland and Lithuania, in: Contemporary Jewish Record. Review of Event and Digest of Opinion, Jg. 4, Nr. 2 (April 1941). Deutsche

Immer wieder versuchten die sowjetischen Grenzorgane, Abschiebungen zu verhindern – entweder mit Waffengewalt oder durch die Rücküberstellung der Deportierten an die deutschen Grenzposten. Eine geradezu groteske Methode der Nationalsozialisten, Juden und Jüdinnen auf die sowjetische Seite der Demarkationslinie abzuschieben, beschrieb der im Spätherbst 1940 nach Palästina geflüchtete Warschauer Journalist Moshe Prager. Prager publizierte in Tel Aviv 1941 eine erste ausführliche Darstellung der nationalsozialistischen Massensterbe in Ostpolen in hebräischer Sprache. Den Titel seines Buches („Der neue Jawen Mezulah“) entlehnte er einem 1653 erschienenen Buch: Der aus Wolhynien nach Venedig geflüchtete Gelehrte Natan Hannover hatte seine Chronik der Pogrome während des Kosakenaufstandes unter Bogdan Chmelnitzki nach Psalm 69, Vers 3³¹⁴ „Jawen Mezulah“ [Abgrund der Verzweiflung] genannt. Prager berichtete, dass deutsche Stellen sich auf die Formulierung in der im Gefolge des Grenz- und Freundschaftsvertrages am 16. November 1939 abgeschlossenen Vereinbarung über den Bevölkerungsaustausch³¹⁵ beriefen, die auch die Möglichkeit der Umsiedlung von Angehörigen der weißrussischen und ukrainischen Minderheit im deutsch besetzten Teil Polens in die UdSSR vorsah. Die Deutschen hätten versucht, Juden einfach als „Ukrainer mosaischen Glaubens“ zu deklarieren, was die sowjetische Seite aber zurückwies.³¹⁶

Der Staatssekretär im Berliner Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hielt im Dezember 1939 nach einem Gespräch mit Feldmarschall Wilhelm Keitel Folgendes fest: „Die Abschiebung von Juden in das russische Gebiet vollziehe sich [...] nicht so anstandslos, wie es anscheinend erwartet wurde. Praktisch gesprochen gehe die Sache so vor sich, daß z. B. an einem stillen Ort im Walde tausend Juden über die russische Grenze abgeschoben würden; 15 km davon [entfernt] kämen sie wieder zurück, wobei der betreffende russische Be-

Übersetzung in: VEJ, Bd. 4: Polen, München 2011, Dok. 275, S. 594–605, hier 595 f. Der Herausgeber des Bandes, Klaus-Peter Friedrich, informiert in einer Anmerkung, dass die Zeitschrift wegen der in dem Beitrag enthaltenen Kritik an der UdSSR im amerikanischen Außenministerium angefragt hatte, ob gegen eine Veröffentlichung Bedenken bestünden, was nicht der Fall war: Ebenda, S. 594.

314 „Ich versinke in tiefem Schlamm, wo kein Grund ist; ich bin in tiefe Wasser geraten, und die Flut will mich ersäufen.“

315 Abkommen über die Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den zur Interessenzone der UdSSR und der ukrainischen und weißrussischen Bevölkerung aus den zur Interessensphäre des deutschen Reiches gehörenden Gebieten des früheren polnischen Staates (16. November 1939). Abgedruckt in: Hellmuth Hecker, Die Umsiedlungsverträge des Deutschen Reiches während des Zweiten Weltkrieges, Hamburg 1971, S. 105–119.

316 Moshe Prager, *Yeven Metzulah heChadash* [Neuer Abgrund der Verzweiflung], Tel Aviv 1941, S. 35 f. Zitiert in: Ben-Cion Pinchuk, Jewish Refugees in Soviet Poland 1939–1941, in: *Jewish Social Studies*, Jg. 2 (1978), S. 141–152, hier 144.

fehlshaber den deutschen nötigen wolle, den Schub wieder aufzunehmen.“³¹⁷ Schließlich legte die Regierung der UdSSR formell Beschwerde ein.³¹⁸

Mečislav Borák zitiert einen Archivfund des russischen Historikers Pavel Polyan, der darauf hinweist, dass von deutscher Seite möglicherweise bis Anfang 1940 versucht wurde, die sowjetische Seite zur Aufnahme von Juden zu bewegen – wobei ausdrücklich von Juden aus Polen, Österreich und der Tschechoslowakei, also von Nisko-Deportierten, die Rede gewesen sei. Das Schreiben von Anfang Februar 1940 enthalte eine ausdrückliche Zurückweisung der von deutscher Seite geäußerten Vorstellung, man könne diese Juden „in die Ukraine oder nach Sibirien“ ausweisen.³¹⁹

In den sowjetisch gewordenen ostpolnischen Wojewodschaften mit mehrheitlich ukrainischer bzw. weißrussischer Bevölkerung hatten bis Kriegsbeginn mehr als eine Million Jüdinnen und Juden (etwas mehr als acht Prozent) gelebt. Ihr Bevölkerungsanteil erhöhte sich durch Flucht und Vertreibung innerhalb weniger Monate auf deutlich über zehn Prozent, denn die Fluchtbewegung in die umgekehrte Richtung war wesentlich geringer. Schätzungen geben teilweise noch sehr viel höhere Flüchtlingszahlen an.

Der aus Wilna stammende Journalist Eliyahu Yones, der die Kriegsjahre in Lemberg verbracht hatte, verfasste 1999 eine Dissertation an der Hebräischen Universität Jerusalem, die 2018 von der Projektleiterin der wissenschaftlichen Edition „Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945“, Susanne Heim, und dem Berliner Historiker Grzegorz Rossoliński-Liebe in einer überarbeiteten Fassung auf Deutsch herausgegeben wurde.

Darin schreibt Yones: „In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war die jüdische Gemeinde Lembergs die drittgrößte in Polen, die zahlenmäßig nur von den Gemeinden in Warschau und Łódź übertroffen wurde; vor dem Zweiten Weltkrieg lebten dort knapp 100.000 Juden. Nach der Unterzeichnung des Ribbentrop-Molotow-Pakts im August 1939 strömten aus den Gebieten, die unter deutsche Kontrolle fallen sollten, Massen an jüdischen Flüchtlingen in

317 ADAP, Serie D [1937–1945]. Bd. 8, Baden-Baden 1961, Dok. 419, S. 384.

318 Die diesbezüglichen Vorgänge sind in den Akten zur deutschen auswärtigen Politik ausführlich dokumentiert. Siehe außer Dok. 419 auch Dok. 477, ebenda, S. 439, sowie: Werner Präg / Wolfgang Jacobmeyer (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945, Stuttgart 1975, S. 82; Kurt Pätzold / Günter Rosenfeld (Hrsg.), Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, Berlin (DDR) 1990, S. 279.

319 Borák, First Deportation, S. 151, unter Bezugnahme auf einen Artikel Polyans auf der Website <http://osvetim.valka.cz>. Der Link ist allerdings nicht mehr aktiv.

die Stadt. Ihre Zahl wird auf 130.000 geschätzt. Folglich wuchs die jüdische Bevölkerung um mehr als das Doppelte an und machte nun mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung der Stadt aus.³²⁰ Yones schilderte auch die Fluchtbewegung in die Gegenrichtung: Die Grenze sei bis Oktober 1939 in beide Richtungen passierbar gewesen. „Zehntausende Polen – die meisten Angehörige der Mittelschicht und ehemalige polnische Bürokraten, die ein Leben unter den Sowjets ablehnten oder sich davor fürchteten – flohen über die westliche Grenze. [...] Zehntausende von Juden, die den Westteil des Landes zuvor in Panik verlassen hatten, waren nun auf der Suche nach ihren Familien und wollten nach Hause zurückkehren, anstatt unter dem sowjetischen Regime in Lemberg ihr Dasein als Flüchtlinge zu fristen. Junge Leute, die die Grenze überschreiten und nach Palästina gelangen wollten, begriffen nun, dass sie ihre Pläne schnell in die Tat umsetzen mussten, bevor es zu spät war. [...] Tausende hungerner, obdachloser Flüchtlinge drängten sich auf den Straßen der Stadt, darunter zahlreiche ehemalige polnische Militärangehörige, die gefangen genommen worden waren. Die einfachen Soldaten waren entlassen worden, die Offiziere wurden jedoch in Kriegsgefangenenlager verlegt.“³²¹

Zeitgenössische Beobachter bezifferten die mehrheitlich jüdischen Flüchtlinge mit 200.000³²², der israelische Historiker Yehuda Bauer schätzt ihre Zahl auf 300.000 bis 500.000.³²³ Ben-Cion Pinchuk, damals Professor an der Universität Haifa, listete in einem 1978 erschienenen Aufsatz³²⁴ die verschiedenen Schätzungen – bis zur höchsten, 1943 genannten Zahl von einer Million³²⁵ – auf. Nach Überprüfung der einzelnen Angaben erscheint ihm die Zahl von 300.000 an wahrscheinlichsten, die erstmals in einer wissenschaftlichen Arbeit in den 1950er Jahren genannt wurde.³²⁶

Eine auf mehrere polnische Publikationen gestützte Aufschlüsselung legte 2005 der Frankfurter Historiker Klaus-Peter Friedrich vor: „138.000 Polen und 198.000 Juden flohen nach Ostpolen, so dass zum Ende der Kriegshandlungen

320 Susanne Heim / Grzegorz Rossoliński-Liebe (Hrsg.), *Eliyahu Yones: Die Juden in Lemberg während des Zweiten Weltkriegs und im Holocaust 1939–1944*, Stuttgart 2018, S. 11 f.

321 Ebenda, S. 61 f.

322 Prager, Yeven Metzulah, S. 28 f. – Dieselbe Zahl nannten auch die in New York erscheinenden „Jewish Affairs“ (August 1941).

323 Yehuda Bauer, *Der Tod des Shtetls*, Berlin 2013, S. 107.

324 Pinchuk, *Jewish Refugees*, S. 145; nachgedruckt in: Michael Robert Marrus, *The Nazi Holocaust*, Teil 8: *Bystanders to the Holocaust*, Bd. 1, S. 1034–1051, hier 1038.

325 Avraham Pechenik, *Yidn un Yidishkait in Soviet Rusland* [Juden und Judentum in Sowjetrusland], New York 1943, S. 59 f.

326 Bernard D. Weinryb, *Polish Jews under Soviet Rule*, in: Peter Meyer / Bernard D. Weinryb / Eugene Duschinsky / Nicholas Sylvain, *The Jews in the Soviet Satellites*, Syracuse, NY, 1953, S. 329–369, hier 342.

im Oktober 1939 sich über 5,4 Millionen ethnische Polen im sowjetisch besetzten Ostpolen befanden.“ Vorübergehend seien außerdem 250.000 polnische Armeeangehörige auf sowjetisch besetztes Gebiet ausgewichen, mehr als die Hälfte seien aber nach Ungarn, Rumänien, Litauen und Lettland weiter geflüchtet.³²⁷ Hauptinhalt dieser Studie ist die für das historische Gedächtnis von Millionen Polinnen und Polen zentrale Frage nach den Deportationen und Mordaktionen sowjetischer Sicherheitskräfte in den Jahren 1939 bis 1941,³²⁸ für die als Überbegriff „Katyn“ steht: Im April 1940 erschossen sowjetische Sicherheitskräfte im Wald von Katyn bei Smolensk mehr als 4.000 kriegsgefangene polnische Offiziere. Im April 1943 präsentierte das deutsche Propagandaministerium die Entdeckung eines Massengrabs mit mehreren Hundert Toten der internationalen Presse und lud zur Obduktion der Leichen auch Vertreter des polnischen Roten Kreuzes ein. Die Inszenierung durch Hitler-Deutschland weckte bei vielen Argwohn, obwohl die bei den Opfern aufgefundenen Dokumente keinen Zweifel an der Tatzeit zuließen. Seitens der sowjetischen Stellen wurde das Verbrechen stets deutschen Mördern zugeschrieben. Tatsächlich nannte aber die Verwaltung der Kriegsgefangenenlager 1943 rückblickend in einem Bericht an Stalin für April und Mai 1940 die Zahl von 14.587 Erschossenen an insgesamt drei Orten, darunter Smolensk (Katyn). Die gegenwärtige polnische und russische Forschung geht von weit höheren Zahlen aus, wie sie auch der KGB-Vorsitzende Aleksandr Schelepin 1959 Parteichef Nikita Chruschtschow mitgeteilt hatte. Dem „höchst geheimen“ handschriftlichen Brief Schelepins an Chruschtschow zufolge habe man „21.857 gefangene und internierte Offiziere, Gendarmen, Militärsiedler³²⁹ u. ä. Personen des ehemaligen bürgerlichen Polen erschossen“.³³⁰

327 Klaus-Peter Friedrich, Erinnerungspolitische Legitimierungen des Opferstatus. Zur Instrumentalisierung fragwürdiger Opferzahlen in Geschichtsbildern vom Zweiten Weltkrieg in Polen und Deutschland, in: Dieter Bingen / Peter O. Loew / Kazimierz Wóycicky (Hrsg.), Die Destruktion des Dialogs. Zur innenpolitischen Instrumentalisierung negativer Fremdbilder und Feindbilder. Polen, Tschechien, Deutschland und die Niederlande im Vergleich 1900 bis heute, Wiesbaden 2007 [= Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts, Bd. 24], S. 176–191, hier 184.

328 Krzysztof Ruchniewicz, „Noch ist Polen nicht verloren“. Das historische Denken der Polen, Münster 2007, S. 48 f. – Zu den Motiven der sowjetischen Führung für die Massenhinrichtungen von Katyn und anderen Erschießungsstätten siehe ebenda, S. 50–52.

329 Militärsiedler (polnisch „osadnicy“, russisch „osadniki“) waren Veteranen der polnischen Armee, die in den von Polen 1920/1921 eroberten Gebieten im Osten Land zugewiesen bekamen, das vorher der Zarenfamilie, geflüchteten russischen Adligen oder im Gefolge der Oktoberrevolution enteigneten Klöstern gehört hatte. Nach der Annexion dieser Territorien durch die Sowjetunion 1939 wurden die Militärsiedler als „Volksfeinde“ strafrechtlich verfolgt.

330 Siehe Russisches Staatsarchiv für sozio-politische Geschichte (RGASPI), fonds 17, opis 66, delo 621, listok 138. (Die auf Wikipedia – https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Katyn [7. 3. 2020] – angebotene deutsche Übersetzung des Briefs ist ungenau.)

Die sowjetischen Statistiken unterschieden nicht zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Flüchtlingen. Auf der Basis von zwei polnischen Publikationen aus dem Jahre 1994³³¹, die bis dahin unzugängliche sowjetische Quellen auswerten, kommt Friedrich in seinem Aufsatz zu folgenden Zahlen hinsichtlich des Bevölkerungsverlusts in der Zeit zwischen dem Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen und dem deutschen Überfall auf die UdSSR: Die Anzahl der von sowjetischen Organen ermordeten Zivilisten betrug 10.000 bis 20.000. Ins Landesinnere verschickt wurden 200.000 Menschen (in der Historiografie wird allerdings nach wie vor die von der polnischen Exilregierung am 14. März 1944 genannte Zahl von 900.000 Inhaftierten bzw. Deportierten genannt)³³², wozu noch Tausende kamen, die als Wehrpflichtige in die Rote Armee eingezogen wurden oder die Arbeitsplätze im Inneren der UdSSR zugewiesen bekamen.³³³ Von den vier Deportationswellen nach Sibirien und Nordrussland im Frühjahr/Sommer 1940 sowie unmittelbar vor dem deutschen Überfall im Juni 1941 war nur die erste fast ausschließlich gegen Polen und Polinnen gerichtet. Die Deportationen im Juni und Juli 1940 betrafen „hauptsächlich Juden“.³³⁴

Eine detaillierte Untersuchung, welche Bevölkerungsgruppen wann und mit welcher Begründung aus den annektierten Gebieten Ostpolens zwangsumgesiedelt bzw. verhaftet wurden, legte der an der Universität Wrocław/Breslau lehrende Historiker Grzegorz Hryciuk 2007 in deutscher Sprache vor.³³⁵

Angesichts der mutmaßlich über 300.000 mehrheitlich jüdischen Flüchtlinge aus den von Deutschland annektierten oder besetzten Gebieten Polens, die zwischen September und Dezember 1939 über die Demarkationslinie geflüchtet waren, aber auch angesichts der sehr hohen Zahl an Opfern der stalinistischen Repressionen in dieser Bevölkerungsgruppe erscheint es nahezu aussichtslos, das Schicksal einer vergleichsweise kleinen Gruppe wie der 1.900 bis

331 Krystyna Kersten, Szacunek strat osobowych w Polsce Wschodniej [Schätzung der personellen Verluste in Ostpolen], in: Dzieje Najnowsze, Jg. 26 (1994), Nr. 2, S. 41–40; Aleksander Gurjanow, Cztery deportacje 1940–41 [Die vier Deportationen 1940–1941], in: Karta, Jg. 1994, S. 116–136.

332 So auch von Bauer, Tod des Shtetls, S. 109, unter Bezug auf den polnisch-amerikanischen Historiker Gross, der das genannte Dokument zitiert: Jan T. Gross, Revolution from Abroad. The Soviet Conquest of Poland's Western Ukraine and Western Belorussia, Princeton 2002, S. 187.

333 Friedrich, Erinnerungspolitische Legitimierungen, S. 184.

334 Bauer, Tod des Shtetls, S. 109.

335 Grzegorz Hryciuk, Sowjetische Repressionen in den östlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik (1939 bis 1941). Massenexekutionen, Verhaftungen, Zwangsumsiedlungen und die nationale Zugehörigkeit der Opfer, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Jg. 18 (2007), S. 297–318.

2.000 Nisko-Deportierten polnischer Staatsangehörigkeit zu klären. Da sie nicht ins Lager Zarzecze aufgenommen worden waren, gibt es auch wenige Hinweise in Dokumenten und Erinnerungen der übrigen, aus Mährisch-Ostrau und Wien stammenden, Nisko-Deportierten an diese Menschen.

Für viele Polen, die sich in sowjetischen Lagern befanden – unter ihnen auch jüdische Flüchtlinge –, trat wenige Wochen nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 eine Wendung ein, die ihr weiteres Leben maßgeblich beeinflusste: Am 30. Juli 1941 erkannte die UdSSR, die im September 1939 den polnischen Staat für inexistent erklärt hatte, die Exilregierung in London als Vertreterin des polnischen Staates an. Die sowjetische Regierung erließ eine Amnestie für Häftlinge und Deportierte mit „ehemals polnischer Staatsbürgerschaft“, darunter die 1939 gefangen genommenen Soldaten der polnischen Armee. Am 14. August 1941 vereinbarten die beiden Regierungen ein Militärabkommen. Mit dem Abkommen wurden nicht nur die deutsch-sowjetischen Abmachungen vom August und September 1939 außer Kraft gesetzt, sondern auch die Aufstellung einer polnischen Armee in der Sowjetunion vereinbart. Die Armee wurde von dem aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassenen polnischen General Władysław Anders geführt. Vertreter der polnischen Exilregierung stellten in den nach und nach entstehenden Sammelpunkten für diese künftige polnische Armee im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition rasch fest, dass sich unter den Zehntausenden ehemaligen Soldaten, die sich zum Dienst meldeten, kaum Offiziere befanden. Nachfragen nach deren Verbleib blieben unbeantwortet, was Misstrauen schürte und – schon lange vor der Entdeckung von Katyn – zum Entschluss auf polnischer Seite führte, die Anders-Armee aus der Sowjetunion abzuziehen. Die polnische Militärführung übergab die Kaserne in Busuluk, die sie seit Ende 1941 als Stabsquartier genutzt hatte, an die Tschechoslowakische Exilarmee unter General Svoboda, verlegte den Stab nach Taschkent und sammelte „ihre“ Soldaten vor allem im Süden Sowjetisch-Zentralasiens. 1942 vereinbarten Großbritannien und die Sowjetunion, mehr als 30.000 Angehörige der mittlerweile aus vier Divisionen bestehenden Anders-Armee über den Iran in den Nahen Osten zu verlegen. Aus den noch in der UdSSR verbliebenen polnischen Soldaten wurden die *Polskie Siły Zbrojne w ZSRR* [Polnische Streitkräfte in der UdSSR] gebildet, an deren Spitze Zygmunt Berling stand. Oberstleutnant Berling, Mitglied im Stab von Władysław Anders, hatte sich der Verlegung in den Iran widersetzt und war in der Sowjetunion geblieben, wofür er von einem Militärgericht der Anders-Armee in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurde. Die Polnischen Streitkräfte in der UdSSR umfassten schließlich zwölf Infanteriedivisionen und waren beispielsweise an der Befreiung von Lublin und des Vernichtungslagers Majdanek

im Juli 1944 beteiligt. Unter den Soldaten der so genannten „Berling-Armee“ befanden sich auch polnische Nisko-Deportierte.

Die Nisko-Aktion als Teil der Geschichte des österreichischen Exils in der Sowjetunion

Ab 1933 flohen Juden und Jüdinnen aus Deutschland, ab 1938/1939 wurden sie aus Österreich und der Tschechoslowakei verjagt. Die Einreise gestaltete sich zunehmend so schwierig wie die Ausreise. Angesichts des zunehmenden Flüchtlingsstroms auch im Gefolge der Eroberungsfeldzüge der Deutschen Wehrmacht verschärfen die Zielländer ihre Einreisebestimmungen. In der überwiegenden Mehrheit der Länder begegneten sowohl die einheimische Bevölkerung als auch die Regierungen Flüchtlingen mit Abneigung und Misstrauen. Die österreichischen Flüchtlinge galten – außer in Mexiko – als „Deutsche“. Nach den Kriegserklärungen Frankreichs und Großbritanniens an Deutschland wegen des Angriffs auf Polen hatten in diesen Ländern und ihren damals noch über den ganzen Globus verstreuten Kolonien und „Mandatsgebieten“ (wie Palästina) daher nicht nur deutsche, sondern auch österreichische Flüchtlinge und Vertriebene den Status „feindlicher Ausländer“. Mehrere Staaten, allen voran Großbritannien, begannen, Angehörige von Feindstaaten zu internieren.

Die Anhaltung in einem Internierungslager unterschied sich in der Regel von der Strafhaft durch leichtere Haftbedingungen, selbst wenn die Internierten Zwangsarbeit leisten mussten. Sie konnte auch in westlichen Ländern bedeuten zu hungern, aber auch, hervorragend versorgt zu werden.³³⁶ Ganz anders war das Lagersystem, das sich in der Sowjetunion in den 1930er Jahren zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt hatte, der durch ständig neue Verhaftungswellen mit Nachschub versorgt wurde. Dazu gehörten auch die oben erwähnten, von der politischen Polizei als „unzuverlässig“ eingestuft Teile der Bevölkerung der 1939 der Ukraine und Weißrussland angeschlossenen Osthälfte Polens, sowie Zehntausende Bewohnerinnen und Bewohner der 1940 zu Sowjetrepubliken gewordenen Staaten Estland, Lettland und Litauen. Das betraf auch jüdische Flüchtlinge und Vertriebene aus Österreich, die entweder 1938/1939 in einer der drei baltischen Republiken (meist in der lettischen Hauptstadt Riga) Aufnahme gefunden hatten oder 1939 zunächst nach Nisko

³³⁶ So schilderte beispielsweise jüngst Josef Eisinger in seinen Memoiren die unterschiedliche Ernährung in verschiedenen Lagern in England und Kanada: Josef Eisinger, *Flucht und Zuflucht. Erinnerungen an eine bewegte Jugend*, Wien 2019.

deportiert worden waren und von dort auf die sowjetische Seite der Demarkationslinie gelangt waren.³³⁷

Unter dem „österreichischen Exil in der UdSSR“ werden in der historischen Forschung jene Personen verstanden, die seit 1933/1934 aus politischen Gründen in die Sowjetunion geflüchtet waren und dort zu einem nicht unbeachtlichen Teil – gemeinsam mit solchen Personen, die schon zuvor, meist aus wirtschaftlichen Gründen, in die Sowjetunion emigriert waren – im Zuge der stalinistischen „Säuberungen“ verfolgt wurden.

Rund 750 österreichische Mitglieder des sozialdemokratischen Republikanischen Schutzbundes gelangten nach der Niederlage in den Februarkämpfen 1934 über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion.³³⁸ In zahlreichen Fällen konnten die Geflüchteten die Familien nachholen, sodass ein eigenes Kinderheim für die österreichischen „Schutzbund-Kinder“ in Moskau eingerichtet wurde.³³⁹ Der Linzer Universitätsprofessor Karl R. Stadler, der als Erster zum Schicksal dieser Menschen forschte, schrieb 1974 noch, ihre tatsächliche Anzahl und ihr Schicksal wären „wohl nur mit einem ungeheuren Aufwand an Zeit und Mühe zu erheben“.³⁴⁰ Dazu kam eine begrenzte Anzahl von Mitgliedern der KPÖ, die nach dem Verbot der KPÖ durch die Dollfuß-Regierung 1933 von der illegalen Parteileitung nach Moskau entsandt wurden und dort in der Internationalen Lenin-Schule oder anderen Einrichtungen der Kommunistischen Internationale tätig wurden. Voraussetzung für die Klärung des Schicksals dieser Personen war die – ab 1988/1989 vollzogene – Öffnung der sowjetischen Archive. Es waren vor allem Barry McLoughlin, Hans Schafrank und Walter Szevera, die maßgeblich zur Aufklärung der Lebensläufe der Schutzbündler und anderer österreichischer „Politemigranten“ beitrugen. Sie eruierten, dass von den 750 männlichen Schutzbundemigranten 200 bis 220 im Zeitraum 1934 bis 1941 freiwillig nach Österreich zurückkehrten und 160 sich zu den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg meldeten. Von den in der Sowjetunion Verbliebenen dürfte mehr als die Hälfte, nämlich rund 220, verhaftet worden sein. Von diesen wurden 46 Personen 1939 bis 1941 nach Deutsch-

337 Siehe dazu den Beitrag von Olga Radchenko in diesem Band: Jüdische Nisko-Deportierte aus Wien in der Sowjetunion.

338 Eine Übersicht der Zahlen findet sich in: Barry McLoughlin / Hans Schafrank / Walter Szevera, *Aufbruch, Hoffnung, Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945*, Wien 1997, S. 344 f.

339 Siehe: Hans Schafrank / Natalja Mussijenko, *Kinderheim No. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil*, Wien 1998; Charlotte Rombach, *Gelebte Solidarität. Österreichische Schutzbundkinder in der Sowjetunion 1934–1945*, Wien 2003, S. 16–24.

340 Karl R. Stadler, *Opfer verlorener Zeiten. Geschichte der Schutzbund-Emigration 1934*, Wien 1974, S. 209.

land überstellt und dreißig in Moskau erschossen. Wie viele der Verhafteten in einem Lager oder einer Haftanstalt ums Leben kamen, konnten die Autoren nicht eruieren, sie gingen jedoch davon aus, dass „höchstens 10–15 Prozent die mörderischen Haftbedingungen überlebten“.³⁴¹ In diesen Zahlen sind auch die oben erwähnten KPÖ-Mitglieder, die keine Schutzbündler waren, enthalten.³⁴² 2013 legten schließlich Barry McLoughlin und Josef Vogl ein vom DÖW herausgegebenes „Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer“³⁴³ vor, das allerdings nicht nur die Umgekommenen enthält, sondern alle Personen, die, wenn auch nur vorübergehend, inhaftiert gewesen waren – einerseits, weil der allergrößte Teil der Tatvorwürfe sich auf politische „Verbrechen“ bezog, andererseits, weil mit der Verhaftung in der Regel eine gesellschaftliche Ächtung selbst im Fall eines Freispruchs verbunden war. Das DÖW hat die rund 780 überarbeiteten und fallweise ergänzten Kurzbiografien über seine Website online zugänglich gemacht.³⁴⁴ Demnach wurden 731 österreichische Männer und 65 Frauen verhaftet, darunter 185 Mitglieder des sozialdemokratischen Schutzbundes, 89 Mitglieder der KPÖ und 221 so genannte „Wirtschaftsemigranten“.

Vernachlässigt man die letztgenannte Kategorie, da diese Menschen – bei aller Unschärfe solcher Einteilungen – zwar der österreichischen Emigration, nicht aber dem politischen Exil zuzurechnen sind, und zählt man andererseits jene wenigen Dutzend Personen hinzu, die das sowjetische Exil ohne Repressionsmaßnahmen der staatlichen Behörden überdauerten, so gelangt man zur Anzahl von annähernd 700 Personen, die bisher im Mittelpunkt der Forschung zum Thema „österreichisches Exil in der Sowjetunion“ standen. Auch der Band „Sowjetunion“ der DÖW-Reihe über das österreichische Exil dokumentierte ausschließlich das Schicksal der so genannten „Politemigranten“ – eine Beschränkung, die etwa auch für die Dokumentation der Evakuierungen aus Moskau bei Kriegsbeginn 1941 „und die Lebensverhältnisse in der Provinz“ galt.³⁴⁵ Barry McLoughlin und Hans Schafranek erklärten in ihren editorischen

341 McLoughlin / Schafranek / Szevera, Aufbruch, S. 344.

342 Eine erste Liste der kommunistischen Opfer war in einer 1991 von der KPÖ publizierten Broschüre enthalten: Barry McLoughlin / Walter Szevera, Posthum rehabilitiert. Daten zu 150 österreichischen Stalin-Opfern, Wien 1991.

343 Barry McLoughlin / Josef Vogl, Ein Paragraph wird sich finden. Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2013.

344 <https://www.doew.at/erinnern/biographien/oesterreichische-stalin-opfer-bis-1945> [7. 3. 2020].

345 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Österreicher im Exil: Sowjetunion 1934–1945 Eine Dokumentation, bearbeitet v. Barry McLoughlin u. Hans Schafranek, Wien 1999, S. 631–639, Dokumente: S. 640–682.

Vorbemerkungen, warum die „im Oktober 1939 im Zuge der Deportationen nach Nisko (Polen) über die sowjetische Demarkationslinie getriebenen Wiener Juden“ nicht Gegenstand des Dokumentenbandes sind: Einerseits zählten sie diese „im engeren Sinne nicht zu den Emigranten“,³⁴⁶ andererseits bedürfe es erst der wissenschaftlichen Erforschung des Schicksals der jüdischen Flüchtlinge in der Sowjetunion, was im Übrigen nicht nur für die Nisko-Deportierten gelte, sondern „auch für die 1938/39 in die drei baltischen Staaten ausgewanderten österreichischen Juden, die nach dem 22. Juni 1941 wieder in deutsche Hände fielen und umkamen“.³⁴⁷

1938/1939 flüchteten mindestens 385 österreichische Jüdinnen und Juden in eine der drei baltischen Republiken – Jonny Moser gab 1999 in seiner „Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs“ die aus verschiedenen Quellen errechneten offiziellen „Auswanderungszahlen“ für Lettland mit 292, für Litauen mit 70 und für Estland mit 23 an.³⁴⁸ Diese Zahlen wurden von der späteren Forschung weitgehend bestätigt. Rund ein Viertel der 1938/1939 nach Lettland geflüchteten 890 deutschen Staatsangehörigen hatten bis zum März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besessen, nämlich 219. „Zählt man allerdings die 93 Fälle hinzu, bei denen ‚Altösterreichern‘ mit Sicherheit die Staatsbürgerschaft der Ersten Republik nachgewiesen werden konnte, so ergibt sich eine Mindestzahl von 312 nach Lettland geflohenen ‚Österreichern‘.“³⁴⁹ Rechnet man auch die illegale Immigration insbesondere in die lettische Hauptstadt Riga dazu, könnten es, schreiben Iber und Lesjak, um gut Hundert mehr gewesen sein; sicher seien es aber über 400 gewesen.³⁵⁰ Wie viele von ihnen von dort weiter emigrierten – beispielsweise mittels sowjeti-

346 Darin unterschieden sich die Auswahlkriterien für den Sowjetunion-Band grundlegend von den bis dahin erschienenen Bänden der Exil-Reihe des DÖW, in denen Dokumente betreffend die (meist jüdischen) Vertriebenen aus Österreich einen beträchtlichen Teil des Inhalts ausgemacht hatten.

347 Österreicher im Exil: Sowjetunion, S. 12.

348 Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1999, S. 58 f.

349 Philipp Lesiak / Evita Rukke, Die Flucht österreichischer Juden nach Lettland 1938 bis 1941. Die „Konjunktur“ der Vertreibung, in: Stefan Karner / Philipp Lesiak / Heinrich Strods (Hrsg.), Österreichische Juden in Lettland. Flucht – Asyl – Internierung, Innsbruck–Wien–Bozen 2010, S. 73–98, hier 84.

350 Iber und Lesiak gehen für Lettland von tatsächlich bis zu 400 ÖsterreicherInnen aus: Walter M. Iber / Philipp Lesiak, Dem Holocaust entronnen!? Zwischenbilanz des Forschungsprojekts „Die Flucht von österreichischen Juden nach Lettland und ihre weitere Emigration“, in: Siegfried Mattl / Gerhard Botz / Stefan Karner / Helmut Konrad (Hrsg.), Krieg, Erinnerung, Geschichtswissenschaft, Wien–Köln–Weimar 2009, S. 219–228, hier 220.

scher Transit-Visa nach China, wo sie in Shanghai Zuflucht fanden, aber auch nach Westeuropa und Palästina –, ist nicht bekannt.

Mit der Annexion der baltischen Republiken durch die UdSSR (Juni bis August 1940) war es den jüdischen Flüchtlingen aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei nur mehr in Ausnahmefällen möglich, die zu Sowjetrepubliken gewordenen baltischen Staaten zu verlassen. Von der großen Verhaftungswelle im Juni 1941, mit denen die sowjetischen Behörden in den Wochen vor dem Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion aus allen drei baltischen Republiken potenziell als „feindlich“ eingestufte Personen ins Innere der Sowjetunion – meist nach Nordrussland (Archangelsk), Sibirien oder Zentralasien (Karaganda) – deportierten, war auch eine nicht bekannte Anzahl jüdischer Flüchtlinge betroffen; vermutlich sogar die Mehrheit der oben erwähnten mehr als 400 Personen in Riga und anderen Orten des Baltikums, denn sie galten samt und sonders als „Deutsche“.

Dasselbe galt übrigens für jene Nisko-Deportierten, denen es die sowjetischen Behörden zunächst ermöglicht hatten, in die Wolgarepublik³⁵¹ zu ziehen. Einigen gelang es, von dort noch Lebenszeichen an ihre Angehörigen nach Wien zu senden. Am 30. August 1941, als die Deutsche Wehrmacht bereits Nowgorod, Smolensk und Dnjepropetrowsk erreicht hatte und weiter nach Moskau vorstieß, veröffentlichten die wolgadeutschen Zeitungen einen Erlass des Obersten Sowjet der UdSSR, in dem die Wolgadeutschen in ihrer Gesamtheit der Kollaboration mit dem Aggressor beschuldigt wurden. Die Wolgarepublik wurde mit sofortiger Wirkung aufgelöst, gleichzeitig wurde die Umsiedlung der gesamten deutschsprachigen Bevölkerung entlang der Wolga nach Sibirien und Kasachstan verfügt. Für sie galten dieselben Meldepflichten und Ausgangsbeschränkungen wie für alle Zwangsumgesiedelten. Wie viele Nisko-Deportierte von dieser Deportation betroffen waren, ist nicht bekannt.

1939/1940 sind dem österreichischen Exil in der Sowjetunion somit folgende drei Personengruppen zuzurechnen:

- Erstens die bis zu 700 Männer und Frauen, die aus politischen Gründen in die UdSSR übersiedelt waren oder dort Zuflucht vor Verfolgung in Österreich gefunden hatten, die aber nicht zu jener Gruppe gehörten,

351 In der 1924 innerhalb der Russischen Föderativen Sowjetrepublik RSFSR geschaffenen „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Deutschen an der Wolga“ sprachen zwei Drittel der Bevölkerung deutsch, was vor allem für solche Deportierte, die sich mit dem Erlernen des Russischen schwertaten, eine bedeutende Verbesserung ihrer Lebensumstände darstellte.

die inzwischen das Land wieder verlassen hatte – sei es in Richtung Heimat oder um als Freiwillige in Spanien mitzuhelfen, den Vormarsch des Faschismus in Europa aufzuhalten.

- Zweitens die 400 bis 500 jüdischen Flüchtlinge in Lettland, Litauen und Estland.
- Drittens die mehr als 1.300, möglicherweise 1.350,³⁵² Nisko-Deportierten, die 1939/1940 als Flüchtlinge oder Vertriebene auf sowjetisches Gebiet gelangt waren.

Das bedeutet, dass von den 2.400 bis 2.550 österreichischen Exilierten in der Sowjetunion bisher erst das Schicksal von weniger als einem Drittel – nämlich der politischen Emigration im engeren Sinne sowie einem Teil der nach Riga geflüchteten Juden und Jüdinnen – erforscht ist. Die mit Abstand größte Gruppe derer, deren Schicksal immer noch größtenteils ungeklärt ist, sind die Nisko-Deportierten: Nur rund 6 Prozent von ihnen kehrten nach der Befreiung nach Österreich zurück.³⁵³

In den ersten Monaten, als es wegen des deutsch-sowjetischen Pakts möglich war, per Brief und Radiotelegramm mit Lemberg zu kommunizieren, bemühte sich die Israelitische Kultusgemeinde Wien, Verbindungen aufrechtzuerhalten. Im Herbst 1940 rissen alle diese Kontakte ab, was selbstverständlich bei den in Wien zurückgebliebenen Angehörigen die Ängste wachsen ließ. Diese Sorgen waren begründet. Im Mai 1940 begannen die Verhaftungen jener, die sich geweigert hatten, die sowjetische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Die meisten Nisko-Deportierten aus Mährisch-Ostrau wurden im Juni 1940 in Arbeitslager in Verwaltungsgebieten im Nordosten von Moskau (Jaroslawl, Wologda, bis hinauf nach Archangelsk am Weißen Meer) sowie östlich des Ural deportiert. Ältere Leute, die Kranken und Schwachen seien dort in großer Anzahl gestorben, wie es in einem namentlich nicht gezeichneten Beitrag hieß, der im Jänner 1947 in dem von der Prager Kultusgemeinde ab 1945 wieder (mit der Jahrgangsbezeichnung 7) herausgegebenen Mitteilungsblatt der IKG erschien.³⁵⁴ Nur die „Starken“ und „Entschlossenen“ hätten es geschafft, bis Jänner 1942 zu über-

352 Moser, Nisko, S. 165. In seinen ersten Arbeiten hatte Jonny Moser ihre Zahl noch auf 1.000 geschätzt: Moser, Demographie, S. 78.

353 Jonny Moser erwähnt die – auch in einer Namensliste festgehaltene – Rückkehr von rund 80 Männern nach dem Krieg: Moser, Nisko, S. 165 f.

354 B.-SP., Nisko nad Sanem, první koncentráční tábor židovský [Nisko am San, erstes jüdisches Konzentrationslager], in: „Věstník židovské obce náboženské v Praze“ [Mitteilungen der jüdischen Religionsgemeinde in Prag], Jg. 9 (1947), Nr. 1, S. 5 f.; zitiert in: Borák, First Deportation, S. 171.

leben, als die meisten von ihnen aus den Lagern freigelassen wurden. Es ist anzunehmen, dass die Lagerbedingungen auch für die Wiener zuträfen; nur wurden sie nicht freigelassen, weil es keine österreichische Auslandsvertretung gab, die mit der Sowjetunion Verträge abschließen hätte können wie die in London wirkenden tschechoslowakischen und polnischen Exilregierungen.

Gerade wegen ihrer Kontakte nach Mährisch-Ostrau oder Wien stellten diese Ausländer für die sowjetischen Polizeibehörden ein potenzielles Sicherheitsrisiko dar. Dazu kam, dass wegen der nicht vorhandenen Personaldokumente ihre Angaben bei der Registrierung nicht überprüfbar waren. Jonny Moser hat in seinem Buch einige Einzelschicksale von Personen geschildert, denen die Flucht oder, nach 1945, die Ausreise gelang.³⁵⁵ Generell ist aber festzuhalten, dass die Lage der Wiener Nisko-Deportierten besonders prekär war und sich in mehrerlei Hinsicht von jenen mit polnischer oder tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit unterschied. Obzwar es nur schwer möglich ist, Einzelschicksale oberschlesischer Nisko-Deportierter zu rekonstruieren – einige wenige aus dem von Polen 1938 annektierten Olsa-Gebiet, die von Kattowitz aus nach Nisko deportiert wurden, finden sich im Buch von Mečislav Borák³⁵⁶ –, so war es vielen von ihnen, trotz ihrer meist deutschen Muttersprache, doch möglich, sich in die große Gruppe der polnischen Flüchtlinge zu integrieren. In mehreren Fällen konnten sie sich sogar, wie erwähnt, den in der Sowjetunion aufgestellten bewaffneten Verbänden anschließen – meist den von Zygmunt Berling geführten Polnischen Streitkräften in der UdSSR, bei denen Juden willkommen waren, oder der Svoboda-Armee. Von den Nisko-Deportierten aus Mährisch-Ostrau hatte sich ein Drittel der Tschechoslowakischen Gemischten Brigade von General Svoboda anschließen können und war auf diese Weise dem Schicksal von Verbannung und Zwangsarbeit entkommen. Das alles traf auf die Wiener Nisko-Deportierten in der Sowjetunion nicht zu.

In welchem Zustand sie sich bereits nach wenigen Monaten Lagerhaft befunden haben mussten, geht aus Schilderungen von Tschechen, die unbehelligt in der Sowjetunion gelebt und sich zur Svoboda-Armee gemeldet hatten, hervor. Bei der Ankunft in Busuluk trafen sie auf Landsleute, die aus Arbeitslagern entlassen worden waren: Kulka zitiert einen gewissen František David Elefant: „Niemals vorher hatte ich Leute in einem so erbärmlichen Zustand gesehen, und für die meisten von uns – wir waren Kommunisten – war es ein deprimierender Anblick. Keiner von uns wusste wirklich etwas über diese La-

³⁵⁵ Ebenda, S. 163–165.

³⁵⁶ Borák berichtet über zwei Personen aus Český Těšín (ebenda, S. 166, 191) und eine aus Orlová (S. 187).

ger, und diejenigen, die gelegentlich vorsichtige Erwähnungen ihrer Existenz gehört hatten, konnten sich die entsetzlichen Leiden, denen die Insassen dort unterworfen waren, nicht vorstellen.³⁵⁷ Dieser Zustand verschlimmerte sich noch: Die Freilassung von polnischen und tschechischen Häftlingen aus den Lagern in der zweiten Jahreshälfte 1941 beschränkte sich nicht auf Polen und Tschechen, sondern galt auch für Hunderttausende sowjetische Häftlinge, die angesichts der verstärkten Kriegsanstrengungen vorzeitig entlassen und der Roten Armee überstellt wurden. Um die Abnahme der Häftlingszahlen zu kompensieren, wurden die Arbeitsnormen erhöht; kriegsbedingt verschlechterten sich außerdem die Haftbedingungen erheblich, was ab Ende 1941 die Sterblichkeitsrate emporschnellen ließ, die im Jahresschnitt auf über 25 Prozent stieg.³⁵⁸

Natürlich bestand ein Unterschied zwischen jenen, die wegen ihrer angeblichen oder tatsächlichen Gegnerschaft zum politischen System in der Sowjetunion deportiert wurden, und jenen, die aus Sicherheitserwägungen aus Gebieten im Westen der Sowjetunion ausgesiedelt wurden und einen anderen Arbeitsplatz und/oder Wohnort zugewiesen bekamen. Die Alltagsrealität am neuen Ansiedlungsort – insbesondere, wenn dieser in Sibirien oder Zentralasien lag – unterschied sich aber nur graduell von der Situation der in ITL (Isprawitelno-Trudowoj Lager [Besserungsarbeitslager]) Festgehaltenen. Zu den Zwangsangesiedelten gehörten auch viele, die aus einem ITL entlassen wurden. Den Freigelassenen wurden Aufenthaltsorte zugewiesen. Das System derartiger „Sondersiedlungen“ war 1930 im Zusammenhang mit der Zwangskollektivierung – damals für verbannte „Kulaken“ (wohlhabende Bauern) – eingeführt und 1932 in der Form von Siedlungskolonien der Besserungsarbeitslager auf ehemalige Häftlinge ausgedehnt worden. „Sondersiedler“ wurden in ein Vertragsverhältnis mit den Besserungsarbeitslagern gezwungen, beispielsweise zur Durchführung ausgelagerter Arbeiten oder zur Lebensmittelproduktion.³⁵⁹ Dies galt auch für Verbannte aus Ostpolen, z. B. aus Lemberg, die im August 1941 als Folge des Abkommens der UdSSR mit der polnischen Exilregierung amnestiert worden waren. Entlassene aus dem Karaganda-Lagerkomplex („KarLag“) mussten sich

357 Kulka, Židé, S. 182.

358 Siehe zur Entwicklung der Häftlingssterblichkeit: M. B. Smirnow / S. P. Sigatschow / D. W. Schkapow, Das System der Haftanstalten der UdSSR 1929–1960, in: Nikita G. Ochotin / Arseni B. Roginski (Hrsg. im Auftrag von MEMORIAL international), Das System der Besserungsarbeitslager in der UdSSR. 1923–1960, Moskau 1998, deutsche Fassung: Berlin 2006, S. 18–67, hier 50 f. Online: http://www.gulag.memorial.de/pdf/system_besserungsarbeitslager.pdf [7. 3. 2020].

359 Siehe: Smirnow / Sigatschow / Schkapow, Das System der Haftanstalten, S. 25, 33 f.

beispielsweise in Südkasachstan ansiedeln.³⁶⁰ Der riesige KarLag-Komplex war auch Verbannungsort vieler österreichischer Juden, die 1941 aus dem Baltikum deportiert worden waren.

Die ITL waren die Haftstätten für den Vollzug der „Besserungsarbeit“, wie die Zwangsarbeit genannt wurde. Seit der Einführung des „Besserungsarbeitsgesetzes“ 1933 musste sie nicht mehr von Gerichten, sondern konnte auch von Polizeiorganen verhängt werden.³⁶¹ Die „Arbeitssiedler“ galten zwar nicht als Häftlinge, aber auch die „Besserungsarbeitskolonien“ wurden vom NKWD verwaltet.

Dem sowjetischen Innenministerium NKWD (Narodnyj kommissariat wnutrennich del [Volkskommissariat für innere Angelegenheiten]) war bis in die Nachkriegszeit auch die GPU (korrekt: OGPU, Objedinjonnoje gosudarstwennoje polititscheskoje uprawlenije [Vereinigte staatliche politische Verwaltung]), die Sicherheitspolizei, angegliedert. Für die Verhaftungen war die GPU, für den Betrieb der Besserungsarbeitslager und -kolonien war das NKWD zuständig. Zur Koordinierung des über die ganze Sowjetunion verstreuten Lager-systems wurde eine zentrale Administration geschaffen, die Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager und -kolonien (Glawnoje uprawlenije isprawitelno-trudowych lagerej i kolonij, abgekürzt Gulag). Seit Mitte der 1930er Jahre war das NKWD für alle strategischen Verkehrsbauten (Fernstraßen, Kanäle, Bahnprojekte) zuständig und benötigte hierfür einen ständigen Nachschub an Arbeitskräften. Viele Großprojekte der ersten sowjetischen Fünfjahrpläne wären ohne den Einsatz von millionenfacher Häftlingsarbeit nicht durchführbar gewesen. Ein anderer Schwerpunkt der Häftlingsarbeit war die Holzgewinnung; für Letztere war Häftlingsarbeit besonders lukrativ, weil sie mit wenig Kapitaleinsatz auskam und in erster Linie auf der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beruhte.

Die Bemühungen der Kultusgemeinde, den Aufenthaltsort von Nisko-Deportierten festzustellen, fanden ihren Niederschlag in handschriftlichen Notizen in den Deportationslisten. In den im Anhang zu Mečislav Boráks Buch abgedruckten Deportationslisten finden sich für beide Typen von ITL Beispiele – besonders häufig Suchobeswodnoje und Perebory, jeweils in mehreren Schreibvarianten.

Suchobeswodnoje war Teil des Unscha-Lagerkomplexes im Gebiet Gorki zwischen Wolga und Ural. Das Unscha-ITL wurde im Februar 1938 einge-

³⁶⁰ Wladislaw Hedeler / Meinhard Stark, Das Grab in der Steppe. Das Straflager Karaganda in den 1930er Jahren, in: Osteuropa, Jg. 57 (2007), Nr. 8/9, S. 589–604, hier 592.

³⁶¹ Siehe: Hartwig Bülick, Die Zwangsarbeit im Friedensvölkerrecht. Untersuchung über Möglichkeit und Grenzen allgemeiner Menschenrechte, Göttingen 1953, S. 95–101.

richtet und bestand bis 1960. Suchobeswodnoje an der so genannten Gorki-Eisenbahn, der Verbindung zwischen dem mittleren Wolga- und dem mittleren Ural-Gebiet, war der Sitz der Lagerverwaltung. Die bis zu 30.000 Häftlinge wurden zu Arbeiten in der Holzgewinnung, in der Konsumgüterproduktion und im Bau eingesetzt.³⁶²

Das Dorf Perebory (heute Teil der Stadt Rybinsk) im Gebiet Jaroslawl war Sitz der Verwaltung des ITL WolgoStroi.³⁶³ „WolgoStroi“ (auch „Wolga-ITL“ oder „Wolgalager“) war ein Beispiel für einen Lagerkomplex mit kriegswirtschaftlicher und damit auch militärischer Bedeutung, nämlich die Baustelle des Wasserkraftwerks Rybinsk. Lange Zeit war der Rybinsker Wolga-Stausee die größte künstliche Wasserfläche der Welt. Seit 1936 wurde an diesem Kraftwerk gebaut, bei Kriegsbeginn im Juni 1941 waren die Turbinen zwar schon montiert, aber erst im November 1941 gingen sie in Betrieb und lieferten über ein unterirdisches Panzerkabel Strom an ein Umspannwerk in Moskau. Die besondere Rolle des Kraftwerks lag darin, dass es in den Monaten, in denen die Deutsche Wehrmacht wenige Kilometer vor Moskau stand, die Stromversorgung der strategischen Einrichtungen in Moskau trotz der deutschen Bombenangriffe sicherte. Eine ähnliche strategische Bedeutung hatte das zweite Wolga-Kraftwerk, das 70 Kilometer flussaufwärts gelegene Uglitsch, das bereits ein Jahr zuvor seinen Betrieb aufgenommen hatte. Beide Baustellen wurden durch die Verwaltung des ITL WolgoStroi mit Arbeitskräften versorgt.³⁶⁴

Nach der Befreiung 1945 lebten in Österreich noch rund 5.500 Jüdinnen und Juden.³⁶⁵ Das waren in erster Linie jene, die in „Mischehen“ mit nichtjüdischen PartnerInnen oder, dank des lebensgefährlichen Einsatzes nichtjüdischer HelferInnen, als so genannte „U-Boote“ in Verstecken überlebt hatten. Zwar kamen nach und nach Überlebende aus den Konzentrationslagern und auch aus einigen Exilländern zurück, doch betrug die Anzahl der Rückkehrer am 31. 12. 1945 erst 251 Personen.³⁶⁶ Das „Wanderungsreferat“, das die Kultusgemeinde gründete, sollte ursprünglich Übersiedlungen innerhalb Österreichs

362 Details auf der Website des Projekts „Das Lagersystem der Sowjetunion“ der Gesellschaft MEMORIAL: <http://www.gulag.memorial.de/lager.php?lag=430> [7. 3. 2020]

363 Die handschriftlichen Einfügungen auf den beiden Listen wurden offenbar zu unterschiedlichen Zeiten vorgenommen. Während sich auf der Liste des ersten Transports die diversen Verballhornungen von Perebory finden, steht auf der zweiten Liste die Bezeichnung „Wolgalager“, d. h. die Personen, die die Informationen für diese Notizen lieferten, wussten offenbar bereits, um welches Lager es sich handelte.

364 Details auf der Website: <http://www.gulag.memorial.de/lager.php?lag=63> [7. 3. 2020]

365 Moser, Demographie, S. 56.

366 Eveline Brugger / Martha Keil / Albert Lichtblau / Christoph Lind / Barbara Staudinger, Geschichte der Juden in Österreich, Wien 2013, S. 538.

erleichtern. Angesichts der Untätigkeit der österreichischen Regierung – „bis auf einen schwächlichen Versuch für die österreichischen Juden in der Sowjetunion“³⁶⁷ – verlegte das Wanderungsreferat seinen Tätigkeitsschwerpunkt auf die Rückwanderung und die Betreuung der Heimkehrten. Geleitet wurde es von Michael Kohn-Eber, führendes Mitglied im Weltverband der Poale Zion und Mitglied der Kommunistischen Partei Österreichs seit 1919.³⁶⁸ Im Tätigkeitsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde für die Jahre 1945 bis 1948 schilderte Kohn-Eber auch die Bemühungen des Wanderungsreferats für die Heimholung der Nisko-Deportierten und Karaganda-Internierten:

„Im Sommer 1946 hatten wir die Bemühungen um die Heimkehr sämtlicher in die Sowjetunion geflüchteten Juden wieder aufgenommen. Wir hatten sowohl beim Bundesministerium des Äußeren wie bei der Vertretung der Sowjetmacht in Wien wiederholt nachdrücklichst um Rücktransport unserer österreichischen Mitbürger gebeten. Es sind seither [seit der Ankunft einer Gruppe von 208 Karaganda-HeimkehrerInnen im März 1947] noch kleinere Gruppen aus Karaganda und Einzelpersonen aus den sogenannten Nisko-Transporten zurückgekommen. Allerdings befindet sich noch eine derzeit nicht bestimmte Zahl von geflohenen und deportierten österreichischen Juden in der Sowjetunion, und wir bemühen uns mit allen Kräften, möglichst alle, die die schweren Kriegsjahre überlebten, nach Wien zu bringen. Wir glauben, daß diese Frage, nämlich die generelle Bewilligung der Rückkehr für sämtliche in der Sowjetunion noch lebenden Juden, in das Entscheidungsstadium getreten ist. Als Vorbedingung für die Durchführung des Rücktransports haben wir bei der Regierung den Ausbau eines umfassenden Suchdienstes angeregt, Listen der dort Befindlichen gesammelt und zur Verfügung gestellt. In den letzten Monaten hat sich in dankenswerter Weise die österreichische Vertretung in Moskau in den Dienst der Sache gestellt und gibt allen, die sie auffindet, oder die sich bei ihr melden, den Reisepaß und ist auch bereit, die Reisekosten zu bezahlen. In diesem Punkte wenigstens haben wir den ursprünglichen Widerstand unserer Behörden überwunden.“³⁶⁹

367 Bericht des Präsidiums der Israelitischen Kultusgemeinde Wien über die Tätigkeit in den Jahren 1945 bis 1948, Wien 1948, S. 28.

368 Siehe: Manfred Mugrauer, Die Jüdische Gemeinde als Politikfeld der KPÖ (1945–1955), in: Gabriele Kohlbauer-Fritz / Sabine Bergler (Hrsg. im Auftrag des Jüdischen Museums Wien), Genosse. Jude. Wir wollten nur das Paradies auf Erden, Wien 2017, S. 210–223, hier 213 f.

369 Bericht des Präsidiums der Israelitischen Kultusgemeinde, S. 31.

Im September 1947 informierte die Kultusgemeinde den World Jewish Congress in London, dass es von den 1.584 nach Nisko deportierten Männern „einer größeren Anzahl gelungen [sei], nach Russland zu flüchten. Von diesen sind einige wenige nach Wien zurückgekehrt. Herr Dr. Siegfried Pollak,³⁷⁰ Wien 19, Sieveringerstr. 245, der vor kurzer Zeit hier ankam, brachte uns eine Liste von 8 Kameraden, die in Kamensk-Uralsk, Swerdlowsk oblast, U.d.S.S.R., gestorben sind. Weiters erfuhren wir von Dr. Pollak, dass Herr Roman Eisner noch in dieser Stadt lebt.“ Die IKG bat um die Veröffentlichung der Liste der in dieser westsibirischen Stadt Verstorbenen, „da uns die Familienangehörigen nicht bekannt sind“.³⁷¹

Zu den von Michael Kohn-Eber im IKG-Bericht 1945–1948 erwähnten Bemühungen gehörte auch, dass im Oktober 1947 im Wanderungsreferat ein eigenes „Nisko-Komitee“ gebildet wurde, das die Informationen sammelte, die von einzelnen Heimkehrern in Erfahrung gebracht werden konnten. Das Komitee, dem vier heimgekehrte Deportierte und ein Vertreter der Kultusgemeinde angehörten, wandte sich an die Angehörigen und lud sie ein, sich im Wanderungsreferat zu erkundigen, wer eventuell Näheres über den Verbleib des Deportierten wissen könnte. Allerdings hat nur der „Mahnruf“, die Zeitschrift des „Bundes der politisch Verfolgten – Österreichischer Bundesverband“ (umgangssprachlich: „KZ-Verband“) die Mitteilung veröffentlicht, der Namen und Adressen von 58 bis zu diesem Zeitpunkt zurückgekehrten Personen beifügt waren.³⁷²

Nicht nur Angehörige, auch der zionistische „Verband österreichischer Juden“ (der in seinem Briefkopf darauf hinwies, dass er „dem World Jewish Congress, Headoffice New York“ angeschlossen sei) erbat Nachforschungen – in diesem Fall nach Josef Pisker.³⁷³ In der Antwort verwies die IKG darauf, dass sie schon „vor einiger Zeit an unsere Vertretung in Moskau eine Dringlichkeits-

370 Siegfried Pollack, geb. 24. 8. 1886, hatte auf der zweiten Transportliste vom 27. 10. 1939 die fortlaufende Nummer 480. Laut handschriftlichem Eintrag auf der Deportationsliste wohnhaft in „18, Karl Beckg. 33“. Die Teschnergasse trug in den Jahren 1945–1956 die Bezeichnung Karl-Beck-Gasse. Vor 1938 hatte sie Lazaristengasse und 1938–1945 Gustloffgasse geheißen. Da Pollak zum Zeitpunkt der Abfassung des Briefes in der Sieveringer Straße wohnte, müssen die handschriftlichen Zusätze in der Liste nach dem September 1947 erfolgt sein.

371 IKG Wien an World Jewish Congress, London, 25. 9. 1947, ITS (= International Tracing Service/Internationaler Suchdienst des Roten Kreuzes) Digital Archive, Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution, 1.1.47.1 / 5160558.

372 „An die Angehörigen von Nisko-Deportierten“, in: Der Mahnruf, Nr. 9 (Doppelnummer November 1947), S. 14.

373 Josef Pisker, geb. 26. 9. 1894 in Felling (Waldviertel), am 27. Oktober 1939 aus Wien nach Nisko deportiert.

liste übergeben“ habe, die auch den Namen Piskers enthalte, „um eine rasche Heimsendung all unserer heimkehrwilligen Brüder aus der UdSSR zu erreichen“. Soeben sei eine Antwort eingetroffen, derzufolge „auch die sowjetischen Stellen diesem Bestreben volles Verständnis entgegenbringen“.³⁷⁴ Die Kultusgemeinde konnte bei Pisker immerhin den Ort in Erfahrung bringen, an dem er zuletzt gesehen wurde: „1942 Pery Bory bei Rybnik, Wolgastroy Lager“.³⁷⁵ Gemeint war das erwähnte Besserungsarbeitslager „WolgoStroj“ in Rybinsk-Perebory.

Der Tätigkeitsbericht der IKG enthielt auch eine vom Wanderungsreferat erstellte Statistik, von wo wie viele Personen bis Anfang 1948 nach Wien heimgekehrt waren. Für Nisko nennt die Tabelle die Zahl 76.³⁷⁶

Ende Mai 1955, nach der Unterzeichnung des Staatsvertrags, unternahm die Kultusgemeinde einen neuerlichen Anlauf.³⁷⁷ Ob die Suche nach verschollenen Nisko-Deportierten erfolgreich war, kann beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht gesagt werden. Von insgesamt 16 Personen konnte die Kultusgemeinde eruieren, dass sie mit einiger Wahrscheinlichkeit noch lebten. Bei vier von ihnen war auch der mutmaßliche Aufenthaltsort 1955 bekannt.³⁷⁸ Diese vier wurden in folgenden Besserungsarbeitslagern festgehalten:

- Im Straflagerpunkt am Kohleschacht „Dubowka“ im Kohlebecken von Karaganda (heute Qaraghandy in Kasachstan), einem Lager „für notorische Verletzer der Lagerordnung“ und Gefangene, „die im Lager erneut wegen konterrevolutionärer Verbrechen verurteilt“³⁷⁹ worden waren.
- Im ITL Solikamsk, 200 km nördlich der sibirischen Stadt Perm – ein Verbannungsort u. a. für Wolgadeutsche, an dem Mitte der 1950er Jahre immer noch zwischen 15.000 und 20.000 Gefangene, vor allem in der Holzgewinnung, arbeiteten.³⁸⁰
- In Tajschet, auf halbem Wege zwischen Krasnojarsk und Irkutsk in Sibirien. In Tajschet befand sich die Verwaltung der 1948 gegründeten „Seelager“ (auch „OserLag“, benannt nach dem Baikalsee, russ. Osero

374 Verband österreichischer Juden an IKG/Nisko-Komitee, 16. 12. 1947, und Antwort der IKG (Wanderungsreferat), gez. Amtsdirektor W. Krell, 18. 12. 1947, Archiv der IKG Wien, III/AD/59/15.

375 Ebenda.

376 Bericht des Präsidiums der Israelitischen Kultusgemeinde, S. 32.

377 Garscha, Deportation als Vertreibung, S. 140 f.

378 Archiv der IKG, A/VIE/IKG/III/BEV/63/4.

379 Hedeler / Stark, Grab in der Steppe, S. 593.

380 Details auf der Website <http://www.gulag.memorial.de/lager.php?lag=433> [7. 3. 2010].

Bajkal).³⁸¹ Das waren Sonderlager mit verschärftem Regime, die Häftlinge wurden im Eisenbahnbau und zu Holzarbeiten eingesetzt.

- Im riesigen ITL Norilsk in Nordsibirien, wo Zehntausende Häftlinge sowohl in den Kohleschächten als auch im Kupfer-Nickel-Kombinat arbeiten mussten.³⁸²

Für Angehörige war inzwischen nur mehr der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes (International Tracing Service – ITS) im niedersächsischen Bad Arolsen eine Anlaufstelle. Dort erkundigte sich 1960 Gertrude Stewart aus London, Schwester des Nisko-Deportierten Paul Hirsch,³⁸³ nach dem Verbleib ihres Bruders. Nach der „Besetzung Wiens durch die Wehrmacht“ sei ihr Bruder in ein Lager gebracht worden, seine letzte Adresse habe gelautet: „Lemberg /Polen/ Spitalner 24“.³⁸⁴ Gemeint war die Lemberger Szpitalna (ukrainisch Schpytalnaja) Straße. Der Suchdienst konnte ihr allerdings keine andere Auskunft geben, als dass Paul Hirsch am 27. Oktober 1939 „von Wien nach Nisko evakuiert“ worden sei.³⁸⁵

Am 24. Juli 1979 leitete das Österreichische Rote Kreuz an den Internationalen Suchdienst die Anfrage der tauben Mutter eines Nisko-Deportierten weiter: Die Wienerin Ludmilla Coschell-Martinu sei „verzweifelt, von ihrem Sohn überhaupt keine Nachricht mehr zu haben“. Sie habe „schon bei den verschiedensten Stellen vorgesprochen. Das Rote Kreuz ist ihre letzte Hoffnung“. Das Auskunftsbüro des Roten Kreuzes in der Hofburg notierte die Angaben der alten Frau über ihren Sohn folgendermaßen: „Johann HERZ-MARTINU, geb. 26. 6. 1918 in Wien, Jude, der 1939/1940/am 27. X. 39 von Wien nach Nisco am Sand [sic!] in ein Lager verschleppt wurde. Letzte Nachricht 19. 12. 1939 aus Lemberg, sollte dann nach Stanislaw oder in das Innere Russland[s] gebracht werden.“ Arolsen konnte auch nicht helfen, das ITS korrigierte auf dem Schreiben des Österreichischen Roten Kreuzes allerdings mit Rotstift den Deportationsort in „Nisko nad Sanem/Polen“.³⁸⁶

381 Details auf der Website <http://www.gulag.memorial.de/lager.php?lag=261> [7. 3. 2010].

382 Details auf der Website <http://www.gulag.memorial.de/lager.php?lag=258> [7. 3. 2010].

383 Paul Hirsch, geb. 22. 4.1905 in Wien, letzte Wohnadresse Wien 2, Förstergasse 8, am 27. Oktober 1939 aus Wien nach Nisko deportiert, verstorben am 15. 5.1943.

384 Anfrage vom 15. 5. 1960, ITS Digital Archive, Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution, 6.3.3.2 / 107240082.

385 Ebenda, Nr. 107240084. Die Formulierung „evakuiert“ statt „deportiert“ findet sich auch in anderen Anfragebeantwortungen.

386 Ebenda, Nr. 107969123.

1983 wandte sich Regine Chum³⁸⁷ an den wissenschaftlichen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wolfgang Neugebauer, mit der Bitte um Unterstützung bei der Suche nach ihrem verschollenen Vater. Nach ihrer Erinnerung hatte er Unterkunft bei einem Leon Zindler in der „Nadbrazena“-(=Nadbrzeźna)-Gasse gefunden. Innerhalb des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes musste erst geklärt werden, ob das DÖW als Institution Auskunft bekommen darf. Der Leiter notierte auf dem Schreiben: „In Einzelfällen Auskunft ja“³⁸⁸ – Grund war, dass das DÖW sozusagen als Anwalt für eine Angehörige des Vermissten handelte. Die Auskunft war ernüchternd: In Arolsen konnte man zwar die ohnehin bekannten Angaben zu Samuel Waringers Lebensweg bis zur Deportation nach Nisko – KZ Dachau (31. Mai bis 23. September 1938) und KZ Buchenwald (24. September 1938 bis 7. August 1939) – rekonstruieren und teilte auch das Deportationsdatum (27. Oktober 1939) mit. Weitergehende Informationen lagen nicht auf.

Ausblick

Nur langsam sickerte die Nisko-Aktion in das kulturelle Gedächtnis, entstand ein Bedürfnis nach ehrendem Andenken für die Opfer dieser ersten Massendeportation von Juden aus mehreren Ländern in ein Lager. Dies begann in den 1990er Jahren, als in zahlreichen Ländern Europas vermehrt Erinnerungszeichen an den Holocaust errichtet wurden. Die Initiative für Nisko ging von einer Privatperson aus.

Mehr als fünfzig Jahre nach den Deportationen, im September 1992, kam ein fast siebzigjähriger kanadischer Geschäftsmann, Sigmund Sobolewski, nach Nisko, um auf dem Bahnhofsgebäude eine Gedenktafel anzubringen. Die

387 Regine Chum, geb. Waringer (1923–2007), in den 1990er Jahren Mitglied von Memorial-Österreich und ehrenamtliche Mitarbeiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, hat 1989 an einer vierteiligen Videodokumentation von Liesl Frankl (Kamera: Hans Friedel, Begleithefte mit Interview-Transskripten: Winfried R. Garscha) mitgewirkt. Interviewt von zwei jungen Gewerkschaftsmitgliedern, Petra Bayr und Clemens Becker, berichteten jeweils ein Mann und eine Frau über ihre Erfahrungen in der NS-Zeit: Verband Österreichischer Schulungs- und Bildungshäuser (Hrsg.), Zukunft ohne Angst – Hoffnungen des Widerstands. Widerstandskämpfer im Gespräch, H. 3: „...man muss den jungen Leuten Mut machen...“, Wien 1989. Online: <https://www.weitererzaehlen.at/interviews/regine-chum-franz-cernut> [7. 3. 2010].

388 Anfrage DÖW an Suchdienst Arolsen, 22. 9. 1983; Konzept des Antwortschreibens, 26. 10. 1983, ITS Digital Archive, Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution, 6.3.3.2 / 109135061 bzw. 109135063.

Beziehung des Stifters der Tafel zu Nisko war eher eine zufällige und hatte mit Flucht und Vertreibung nach dem deutschen Überfall auf Polen 1939 zu tun.³⁸⁹ Er war 1923 als Sohn des damaligen Bürgermeisters von Toruń geboren worden. Nach der Eroberung Polens hatte Deutschland Toruń dem neuen Reichsgau Danzig-Westpreußen angeschlossen. Zehntausende polnische Familien mussten aus ihrer Heimat fliehen oder wurden ins „Generalgouvernement“ vertrieben. In Nisko am San engagierte sich sein Vater in der polnischen Untergrundbewegung. Da er bei seiner Verhaftung tuberkulosekrank war und die Gestapobeamten sich nicht anstecken wollten, nahmen sie seinen 17-jährigen Sohn Zygmunt mit und brachten ihn ins Gefängnis Tarnów. Von dort wurde am 14. Juni 1940 der erste Transport ins Konzentrationslager Auschwitz abgefertigt. Sobolewski erhielt die Auschwitzer Häftlingsnummer 88. Aufgrund seiner guten Deutschkenntnisse wurde er für Dolmetschdienste verwendet und schließlich der Lagerfeuerwehr zugeteilt. Nach dem Aufstand der Häftlinge des Sonderkommandos am 7. Oktober 1944 in Birkenau setzte die SS die Lagerfeuerwehr ein, um den Brand im gesprengten Krematorium 4 zu löschen. Sobolewski wurde Zeuge der „Vergeltungsmaßnahme“, der Exekution von 450 jüdischen Häftlingen. Die Lagerfeuerwehr wurde in das KZ Sachsenhausen verlegt, während der Räumung des Konzentrationslagers konnte Sobolewski fliehen. 1949 verschlug es ihn nach Kanada, wo er sich schließlich in Fort Assiniboine niederließ, einem kleinen Dorf im Nordwesten Kanadas, das während des „Goldrauschs“ ein Stützpunkt auf dem Weg nach Klondike gewesen war. Seit 1967 hatte er sich gegen das Erstarken des Neonazismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland und in Kanada engagiert und sich mit Versuchen des politischen Katholizismus auseinandergesetzt, Auschwitz zu einem katholischen Gedenkort zu machen, was ihn als ehemaligen katholischen Häftling, der die Judenvernichtung mitansehen musste, besonders empörte. Die Idee zur Gründung einer „Auschwitz Awareness Society“ war ihm gekommen, nachdem er per Zeitungsinserat Unterstützung für seine geplante Autobiografie gesucht hatte und feststellen musste, dass von den 43 Personen, die sich meldeten, nur vier jemals etwas von Auschwitz gehört hatten.³⁹⁰ Sobolewski fand

389 Die nachfolgenden biografischen Angaben stützen sich im Wesentlichen auf: https://www.wikiwand.com/de/Sigmund_Sobolewski [7. 3. 2020], das sich vor allem auf (kanadische) Zeitungsartikel stützt. Obwohl Wikipedia den Holocaust korrekt als „nationalsozialistische[n] Völkermord an 5,6 bis 6,3 Millionen europäischen Juden“ definiert, wird der katholische Pole Sobolewski, den nicht einmal die Nationalsozialisten als „Juden“ klassifizierten, in diesem Eintrag als „Holocaust-Überlebender“ bezeichnet.

390 Siehe: Carol Ritch, Catholics, Jews Recall Auschwitz Anniversary, *The Jewish Star* (Edmonton Edition), Jg. 9 (1989), February, S. 1.

schließlich einen Rabbiner, der seine Biografie aufschrieb und unter dem Titel „Häftling 88“ publizierte.³⁹¹

Der Text der kleinen, unauffälligen Gedenktafel über den beiden Fahrplankarten mit Ankünften und Abfahrten auf dem Bahnhof in Nisko ist nicht ganz korrekt: Der 18. Oktober war nicht der Ankunftstag der Deportierten, sondern der Abfahrtstag des ersten Transports mit neunhundert Männern aus Mährrisch-Ostrau. Außerdem wurden nicht nur Juden aus der Tschechoslowakei und Österreich nach Nisko deportiert. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass zum Zeitpunkt der Anbringung der Tafel erst wenige Forschungsergebnisse über die Nisko-Aktion international verfügbar waren – nämlich einzig ein Aufsatz von Jonny Moser in einer amerikanischen Zeitschrift.³⁹² Auch die revidierte, dreibändige Neuauflage von Raoul Hilbergs epochalem Standardwerk „Destruction of the European Jews“ enthielt nur einen ganz allgemeinen Hinweis auf die Deportationen 1939/1940. Im Zusammenhang mit der Abschiebung von 200.000 Juden und Jüdinnen ins Generalgouvernement schrieb Hilberg: „Their number included 6,000 Jews from Vienna, Prague, Moravska Ostrava (Protektorat), and Stettin.“³⁹³

Die Angaben auf der Gedenktafel finden sich auch auf der Website der Stadt Nisko www.nisko.pl. Mečislav Borák hat 2005 als Erster darauf aufmerksam gemacht, dass die Website fehlerhafte Angaben zur Nisko-Aktion enthält: Die nach Nisko deportierten Juden seien aus Prag und Wien gekommen – Ostrava/Mährrisch-Ostrau und Katowice/Kattowitz würden gar nicht erwähnt.³⁹⁴ Auch 2020 lautet der Eintrag immer noch, am 18. Oktober 1939 sei ein 1000-köpfiger Konvoi von Juden aus Wien und Prag auf dem Bahnhof Nisko angekommen, wo ihnen SS-Hauptsturmführer Adolf Eichmann eine „Begrüßungsrede“ gehalten habe.³⁹⁵

Wie mehrfach erwähnt, veranstaltete die Universität Ostrava im Oktober 1994, zum 55. Jahrestag der ersten Deportation, eine erste wissenschaftliche

391 Roy D. Tanenbaum, *Prisoner 88. The Man in Stripes*, Calgary 1998.

392 Jonny Moser, *Nisko. The First Experiment in Deportation*, in: *Simon Wiesenthal Annual*. (New York), Jg. 2 (1985), S. 1–30.

393 Raoul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, New York–London 1987, Bd. 2, S. 207. Übrigens enthielt auch die drei Jahre später erschienene deutsche Ausgabe nur in der Fußnote den Namen Nisko. Die Anmerkung korrigierte die irrtümliche Angabe Prag in der englischen Ausgabe, enthielt aber ebenfalls keinen Hinweis auf die Kattowitzer Deportierten: Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 2, S. 416.

394 Borák, *Transporty do Niska*, S. 284.

395 „18 października 1939 roku na stacje kolejową w Nisku przybył 1000-osobowy konwój Żydów z Wiednia i Pragi, do którego sam SS-Hauptsturmführer Adolf Eichmann wygłosił „mowę powitalną“.“ <https://www.nisko.pl/miasto/poznaj-miasto/historia> [7. 3. 2020].

Konferenz zum „Fall Nisko in der Geschichte der ‚Endlösung der Judenfrage‘“.³⁹⁶ Im Zusammenhang mit der Konferenz wurde in einem großen Park im Westen der Stadt, den „Sady Dr. Milady Horákové“ [Milada-Horáková-Gärten], ein Denkmal enthüllt. Bei der Zeremonie am 18. Oktober 1994 gedachte Präsident Václav Havel zwar der Opfer der Deportationen, doch die einzige Inschrift auf dem vom Olmützer Bildhauer Karel Hořínek und dem Architekten Vít Plensník gestalteten Stein mit dem siebenarmigen Leuchter ist ein „Memento!“ („Jizkor“) in lateinischen und hebräischen Lettern. Das Denkmal erinnert auch daran, dass der Park sich an der Stelle des alten jüdischen Friedhofs der Stadt aus den 1870er Jahren befindet. Der neue jüdische Friedhof war in den 1960er Jahren auf der anderen Seite der Oder, in Slezská Ostrava/Schlesisch-Ostrau, angelegt worden. Auch fünfzig noch gut erhaltene Grabsteine waren dorthin transferiert worden. Alles was in dem großen Grün-Areal, das nunmehr den Namen des vormaligen kommunistischen Staatspräsidenten Klement Gottwald trug, an den ursprünglichen Verwendungszweck erinnerte, war die bereits im Zerfall begriffene große Zeremonienhalle, ein langgestrecktes Gebäude mit einer Arkadenhalle, das den Friedhof von der vorbeiführenden Straße trennte. Die Halle samt Nebengebäuden war 1913 nach Plänen des aus Mährisch-Ostrau stammenden Otto-Wagner-Schülers Richard Straßmann errichtet worden.³⁹⁷ Gleichzeitig mit der Eröffnung der Zeremonienhalle beim Neuen Jüdischen Friedhof 1988 – deren Errichtung auch durch ein hohes Ausmaß an Freiwilligenarbeit ermöglicht worden war – ordnete die Stadtverwaltung von Ostrava den Abriss der Zeremonienhalle des alten Friedhofs an.³⁹⁸ 1990 wurde der Park nach der Widerstandskämpferin Milada Horáková, die 1950 von der stalinistischen Justiz als „Spionin“ hingerichtet worden war, benannt. Ein eigenes Denkmal für die Nisko-Deportierten wurde erst 15 Jahre später errichtet.

Das erste Denkmal in Österreich, das auch an die nach Nisko deportierten Wiener Juden erinnert, ist das von Rachel Whiteread entworfene Mahnmal auf dem Wiener Judenplatz. Die am 25. Oktober 2000 vom Bundespräsidenten,

396 Siehe: Nisko 1939/1994.

397 Neue Kultusanlagen in Mährisch-Ostrau, in: Zeitschrift des österreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereines, Jg. 65 (1913), H. 8, S. 413. Die dazugehörige „Tafel IV“ des Bildteils ist online einsehbar über das Portal ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek: <http://anno.onb.ac.at/cgi-content/anno-plus?aid=zia&datum=1913&page=1834&size=33> [7. 3. 2020].

398 Borák, First Deportation, S. 207; Jacob Ari Labendz, Re-Negotiating Czechoslovakia. The State and the Jews in Communist Central Europe: The Czech Lands, 1945–1989, Dissertation an der Washington University in St. Louis, Missouri, 2014, S. 308, online: <https://open-scholarship.wustl.edu/etd/1315> [7. 3. 2020].

dem Präsidenten der Wiener Kultusgemeinde, der Architektin sowie dem Initiator des Mahnmals, Simon Wiesenthal, der Öffentlichkeit übergebene Anlage listet auf den Steinplatten rund um das eigentliche Denkmal alle 45 Orte auf, an denen österreichische Juden und Jüdinnen nach ihrer Deportation ermordet wurden. Unter diesen ist auch Nisko genannt. Wenige Monate später legte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes eine CD-ROM mit den Namen und biografischen Daten der bis zu diesem Zeitpunkt eruierten 62.000 Holocaust-Opfer vor, unter ihnen auch die Namen jener Nisko-Deportierten, die späteren Verfolgungen zum Opfer gefallen waren. Seit 2005 sind diese Daten auf der Website des DÖW www.doew.at abfragbar und werden regelmäßig überprüft und ergänzt.

Bereits 1975 hatte das DÖW im dritten Band der Dokumentation „Widerstand und Verfolgung in Wien“ mehrere Schlüsseldokumente zur Nisko-Aktion veröffentlicht.³⁹⁹ In der Hauptsache war es aber das Verdienst des ehrenamtlichen DÖW-Mitarbeiters Jonny Moser (1925–2011), dass Nisko in all den Jahren in der Tätigkeit des DÖW präsent blieb – nicht zuletzt auch durch Gespräche unter den MitarbeiterInnen und mit BesucherInnen des Archivs. Darüber hinaus publizierte Jonny Moser im Oktober 1989 in dem von den Jüdischen Akademikern Österreichs und der Vereinigung Jüdischer Hochschüler Österreichs herausgegebenen Jahrbuch „Das Jüdische Echo“ einen großen Aufsatz zu Nisko.⁴⁰⁰ So wurde das Andenken an diese ersten österreichischen Deportierten nach Osten in Wien gewahrt, auch ohne dass ein Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum für sie existierte.

Angesichts des jahrzehntelangen Engagements Jonny Mosers war es nur folgerichtig, dass er als sein letztes Werk ein umfangreiches Manuskript zur Nisko-Aktion hinterließ. Mit seiner Redaktion hatte der langjährige wissenschaftliche Leiter des DÖW, Wolfgang Neugebauer, noch zu Lebzeiten Mosers begonnen, er übergab die aufwändige Bearbeitung nach Mosers Tod an den Verlag. 2012 gaben Jonny Mosers Söhne Joseph und James das Buch in der Wiener Edition Steinbauer heraus, womit erstmals eine umfangreiche Studie in deutscher Sprache vorlag, die sich noch dazu – im Gegensatz zu früheren wissenschaftlichen Beiträgen, etwa in der neunbändigen Dokumentation „Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“⁴⁰¹

399 Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945, Bd. 3, S. 284–288. (Die Dokumentation erschien 1982 als unveränderter Nachdruck.)

400 Jonny Moser, Nisko. Ein geplantes Judenreservat in Polen, in: Das Jüdische Echo, Jg. 38 (1989), S. 118–122.

401 Moser, Zarzecze bei Nisko.

oder in der dreibändigen „Enzyklopädie des Holocaust“⁴⁰² – an ein breiteres Publikum wandte. Die dem Buch zugrundeliegenden Quellen sind als privater Nachlass der Öffentlichkeit bislang leider nicht zugänglich.

Zum 70. Jahrestag der Nisko-Aktion, am 18. Oktober 2009, enthüllte der Bürgermeister von Ostrava hinter dem Hauptbahnhof, gemeinsam mit dem Oberrabbiner von Ostrava und Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Organisationen, ein von der Architektin Zuzana Havlínová und dem Bildhauer Michal Bič gestaltetes Denkmal. Am selben Tag fand auch eine wissenschaftliche Konferenz statt, allerdings in wesentlich kleinerem Rahmen als 1994. Das Denkmal trägt die Inschrift „Památce obětí prvního deportačního transportu Židů v Evropě dne 18.10.1939 z Ostravy do Niska v Polsku“ [Im Andenken an die Opfer des ersten Deportationstransports von Juden in Europa am 18. 10. 1939 von Ostrava nach Nisko in Polen].⁴⁰³ Es ist dies der Ort, an dem seither Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Deportation stattfinden.

Aus Anlass des 80. Jahrestags hielt das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes am 17. September 2019 jenes internationale Symposium ab, auf dessen Grundlage der vorliegende Band entstand.⁴⁰⁴

Eine wissenschaftliche Tagung, die an die Konferenz von 1994 in Ostrava anknüpfen sollte, war auch in Tschechien angedacht worden; nach dem Tod von Mečislav Borák (1945–2017) fehlte aber die treibende Kraft für ein solches Projekt. Allerdings hat die Stadt Ostrava aus Anlass des 80. Jahrestags des „allerersten Transports“ europäischer Juden⁴⁰⁵ eine Kundgebung beim Deportationsdenkmal beim Hauptbahnhof veranstaltet, auf der die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Ostrava, Milena Slaninová, an das Schicksal der Deportierten erinnerte: Ein Teil derer, die zurückkehren konnten, wurde 1942 nach Theresienstadt und von dort weiter in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert. Am Beispiel eines der Männer, die über die Demarkationslinie auf sowjetisches Gebiet gelangten und sich später Einheiten der Tschechoslowakischen Brigade im Rahmen der Roten Armee anschlossen, machte Slaninová

402 Nisko-und-Lublin-Plan, in: Israel Gutman / Eberhard Jäckel / Peter Longerich / Julius H. Schoeps (Hrsg.), Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Berlin 1993, Bd. 2, S. 1011–1013.

403 Unterlagen zum Denkmal sind zugänglich über die Website des Ostrauer „Projektstudios“ (David Kotek und Zuzana Sýkorová): <https://www.archiweb.cz/b/pamatnik-transportu-zidu-z-ostravy-do-niska> [7. 3. 2020].

404 <https://www.doew.at/termine/veranstaltungsarchiv/nisko-1939-erste-massendeportation-aus-wien-deportation-und-vernichtung-maly-trostinec> [7. 3. 2020].

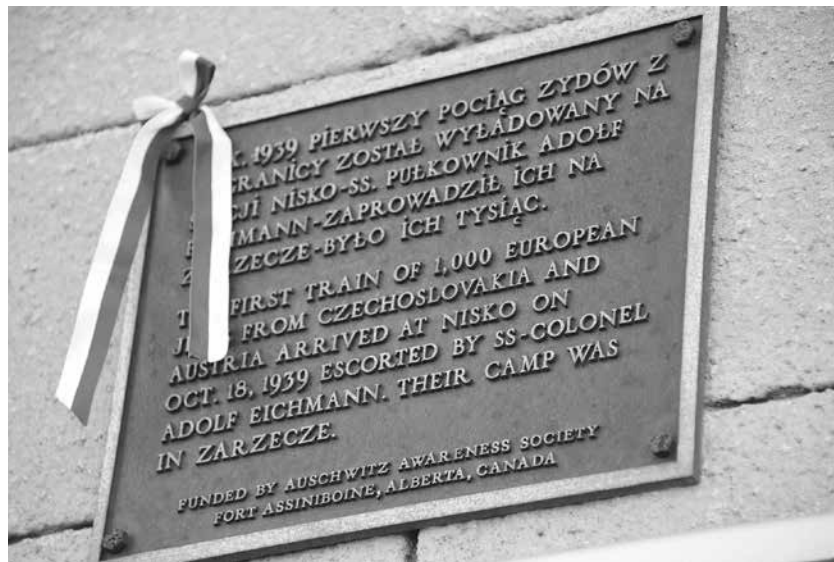
405 So die Formulierung („vůbec první transport“) im Bericht auf der offiziellen Website der Stadt: <https://www.ostrava.cz/cs/o-meste/aktualne/prvni-transport-zidu-v-evrope-vyjel-z-ostravy-pred-80-lety> [7. 3. 2020].

deutlich, dass viele Nisko-Deportierte einen sichtbaren Beitrag zur Befreiung ihres Landes von der nationalsozialistischen Herrschaft geleistet hatten. An der Veranstaltung beteiligten sich auch Vertreter der Stadt Ostrava, der Föderation der jüdischen Gemeinden in der Tschechischen Republik, der israelischen Botschaft in Prag sowie der polnische Generalkonsul in Ostrava.

Die Ungeheuerlichkeit der deutschen Massenvernichtungsverbrechen im eroberten Polen hatte zur Folge, dass kleinere Opfergruppen von der Öffentlichkeit häufig unbemerkt blieben. Eine Aktion, die „nur“ wenige Tausend Deportierte betraf, die außerdem von „außerhalb“ kamen, blieb unterhalb der Wahrnehmungsschwelle. Es ist daher nicht verwunderlich, dass, wie oben erwähnt, die Initiative für ein erstes Erinnerungszeichen in Nisko selbst von außen kam – von einem nach Übersee emigrierten Polen, der selbst nur kurz, nämlich als Vertriebener des Jahres 1939, in Nisko gelebt hatte. Beachtlich ist, dass diese Tafel das erste Erinnerungszeichen an die Nisko-Aktion überhaupt war; nicht nur in Polen.

Die Tafel auf dem Bahnhofsgebäude von Nisko ist aber auch unter einem anderen Aspekt bemerkenswert: Unter polnisch-jüdischen Opfern wurden und werden in erster Linie die rund drei Millionen Ermordeten verstanden, die jüdischen Glaubens gewesen waren und jiddisch gesprochen hatten. Mit dem Übertritt zum Katholizismus war für assimilationswillige Juden und Jüdinnen auch der Wechsel der Sprache vom Jiddischen zum Polnischen verbunden. Jene Tausenden von Vertriebenen aus den von Deutschland annektierten Gebieten, die deutsch sprachen und entweder jüdischen Glaubens waren oder von den Nationalsozialisten zu „Juden“ gemacht wurden, weil sie jüdische Vorfahren hatten, „passten“ nicht in das polnische Nachkriegsnarrativ (und wurden auch von der deutschen Publizistik und Geschichtswissenschaft nicht beachtet). Zu ihnen zählten auch die Deportierten der beiden Transporte aus Górný Śląsk/Oberschlesien.⁴⁰⁶ Es ist bezeichnend, dass in dem vermutlich von Sigmund Sobolewski selbst verfassten Text die größte Gruppe unter den nach Nisko Deportierten fehlt: die etwa 1.900 bis 2.000 Männer aus verschiedenen ober-schlesischen Orten, die von Katowice/Kattowitz aus deportiert worden waren.

⁴⁰⁶ Erst seit den 1990er Jahren wird in Büchern, Artikeln und Ausstellungen an die jüdische Bevölkerung Oberschlesiens erinnert. Eine Pionierrolle kam dabei der historischen Vierteljahreszeitschrift „Sobótka“ [Johannisfeuer] zu, die das erste Heft des Jahrgangs 1989 der Geschichte der jüdischen Bevölkerung Schlesiens widmete. Darin war auch ein erster Aufsatz über die Verfolgung der ober-schlesischen Juden und Jüdinnen enthalten: Bogdan Cybulski, *Żydzi polscy w prowincji górnośląskiej w okresie II wojny światowej* [Polnische Juden in den Provinzen Oberschlesiens während des Zweiten Weltkriegs], in: *Śląski Kwartalnik Historyczny „Sobótka“*, Jg. 44 (1989), Nr. 1, 137–149.



Auf Initiative der Stadt Nisko und der Kulturgesellschaft für die Region Nisko („Towarzystwo Ziemi Niżańskiej“) fand zum 80. Jahrestag der ersten Deportation nach Nisko am 18. Oktober 2019 eine Kranzniederlegung vor dem Bahnhof Nisko statt. Die Gedenktafel auf dem Bahnhofsgebäude war bereits im September 1992 angebracht worden – durch den katholischen Auschwitz-Überlebenden Sigmund Sobolewski (1923-2017) aus Fort Assiniboine in der kanadischen Provinz Alberta. Sobolewskis Leidensweg hatte 1940 in Nisko begonnen.

Tygodnik „Sztafeta“, Stalowa Wola. Fotos: Kamila Brzezińska

Vor dieser Tafel legten zum 80. Jahrestag der ersten Deportation nach Nisko am 18. Oktober 2019 der Bürgermeister von Nisko, Waldemar Ślusarczyk, Vertreter der Kulturgesellschaft für die Region Nisko („Towarzystwo Ziemi Nizańskiej“), der deutsche Generalkonsul in Krakau, Michael Groß, und der Direktor des Genozid-Studienzentrums Terezín (Theresienstadt), Šimon Krbec, Kränze nieder. Die Initiative für die Aktion war von der Gesellschaft „Towarzystwo Ziemi Nizańskiej“ ausgegangen, die den Ort des nationalsozialistischen Lagers eruiert und einen Gedenkstein auf dem ehemaligen Lagergelände in Auftrag gegeben hatte.⁴⁰⁷ Der Text auf dem Gedenkstein lautet: „An diesem Platz, in Zarzecze, im Ortsteil Ług, existierte von Oktober 1939 bis April 1940 ein Durchgangslager für Juden aus Ostrava, Wien und Katowice, deportiert durch die deutschen Nationalsozialisten. Towarzystwo Ziemi Nizańskiej, Nisko – Zarzecze, 18. Oktober 2019“.⁴⁰⁸ Nach der Kundgebung vor dem Bahnhof Nisko fand eine weitere Kranzniederlegung am Gedenkstein in Zarzecze, auf der Wiese neben der Ługowa-Straße, statt. Die heute in gerader Linie von der San-Brücke bis zur Kreuzung mit der Mickiewicz- bzw. Ługowa-Straße führende Straße durchquert das ehemalige Lagergelände. Das Gelände ist heute eine spärlich mit Büschen bewachsene Wiese mit zwei kleinen Teichen.

Die Leiterin der Pädagogischen Bibliothek in Stalowa Wola, Ewa Krzyżek, hatte eine umfangreiche Sonderausstellung mit Kopien von Dokumenten, Fotos und Zeichnungen von Leo Haas vorbereitet, die aus Anlass der Enthüllung des Gedenksteins im „Centrum Kultury w Zarzeczu“ [Kulturzentrum in Zarzecze] an der Mickiewicz-Straße eröffnet wurde.

Die Veranstaltungen in Nisko und Zarzecze fanden nicht nur ihren Niederschlag in der in Stalowa Wola erscheinenden Tageszeitung „Sztafeta“ samt ihren Lokalausgaben in Nisko, Tarnobrzeg, Sandomierz und Leżajsk, sondern auch in lokalen Wochenzeitungen, beispielsweise in dem in der kleinen Stadt Sandomierz an der Weichsel erscheinenden „Sandomirer Boten“ („Gość Sandomierski“).⁴⁰⁹ Der Nachrichtenkanal des tschechischen Fernsehens, ČT24, brachte einen ausführlichen Bericht, in dem unter anderem die Ansprache von

407 Siehe die Einladung zur Gedenkveranstaltung: <http://www.tzn.nisko.pl/?p=737> [7. 3. 2020]. Durch Anklicken der Grafik wird die Skizze sichtbar gemacht.

408 Der Text („W tym miejscu, w Zarzeczu na Ługu od października 1939 r. do kwietnia 1940 r. istniał obóz przejściowy dla Żydów z Ostrawy, Wiednia i Katowic, deportowanych przez niemieckich nazistów“) ist auf einem der 37 Bilder zu erkennen, mit denen Kamila Brzezińska die Online-Version ihres Berichts für die Tageszeitung „Sztafeta“ illustrierte: <http://www.sztafeta.pl/upamietniono-ofiary-akcji-nisko/> [7. 3. 2020].

409 In der Ausgabe vom 3. 11. 2019. Online: <https://sandomierz.gosc.pl/doc/5931497.Pamiatko-wa-tablica> [7. 3. 2020].



Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung beim Bahnhof Nisko wurde auf dem gegenüberliegenden San-Ufer, auf einer Wiese beim Dorf Zarzecze, ein Gedenkstein zur Erinnerung an das Lager, das hier von Oktober 1939 bis April 1940 bestand, enthüllt. Oben: Blick über das ehemalige Lagergelände. Unten: der Bürgermeister von Nisko, Waldemar Ślusarczyk, flankiert vom Präsidenten und Vizepräsidenten der Kulturgesellschaft für die Region Nisko, Stanisław Gawryś und Mariusz Kowalik.

Tygodnik „Sztafeta“, Stalowa Wola. Fotos: Kamila Brzezińska

Šimon Krbec vor dem Gedenkstein in Zarzecze gezeigt wurde.⁴¹⁰ Das tschechische „Radiožurnál“ sendete eine Reportage, in der auch Historiker zu Wort kamen.⁴¹¹ Direktor Krbec verfasste für die Website des von ihm geleiteten Theresienstädter Genozid-Studienzentrums („Centrum studií genocid Terezín“) einen Beitrag aus Anlass des Jahrestages, der auch auf die Veranstaltungen in Nisko und Zarzecze einging.⁴¹²

Die Gedenkkultur hat sich in Österreich seit den beiden jeweils zu den 50. Jahrestagen von 1938 und 1945 von der Bundesregierung ausgerufenen „Bedenk-“ bzw. „Gedenkjahren“ 1988 und 1995 tiefgreifend gewandelt. Bis in die 1990er Jahre war das Bild vor allem durch Veranstaltungen und Gedenkfahrten der Israelitischen Kultusgemeinde und der „Opferverbände“⁴¹³ bestimmt worden, aber auch durch offizielle Veranstaltungen unter Beteiligung der Staatsspitze, in Wien beispielsweise im „Weiheraum für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes“ im Äußeren Burgtor, gesamtösterreichisch vor allem in Form der jährlichen Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen Anfang Mai, der – abgesehen von den Großveranstaltungen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau – mit Abstand größten regelmäßigen Kundgebung in einer KZ-Gedenkstätte. Ein vor allem für die „Opferverbände“ – als den Organisationen, die sich in erster Linie dem Andenken an den politischen Widerstand widmen – bedeutender Termin ist die Kranzniederlegung rund um den 1. April vor der Gedenktafel für den ersten „Dachau-Transport“ auf dem Wiener Westbahnhof. Auf diese Weise wird seit Jahrzehnten ein jenseits der österreichischen Grenzen gelegenes Konzentrationslager gewissermaßen „hereingeholt“ in die österreichische „Gedenklandschaft“.

Seit den 1990er Jahren ist zusätzlich zu diesen traditionellen, teilweise seit der unmittelbaren Nachkriegszeit durchgeführten Veranstaltungen ein verstärk-

410 <https://ct24.ceskatelevize.cz/domaci/2953667-80-let-od-prvniho-transportu-evropskych-zidu-tisic-ostavanu-odvlekli-nacisti-na> [7. 3. 2020].

411 https://www.irozhlas.cz/veda-technologie/historie/koncentracni-tabor-polsko-lagr-historie-zide-transport-reportaz-lagr-gulag_1910191739_gak [7. 3. 2020].

412 Šimon Krbec, První transport v dějinách holocaustu [Erster Transport in der Geschichte des Holocaust], <http://www.genocidestudies.cz/2019/12/30/prvni-transport-v-dejinach-holocaustu/> [7. 3. 2020].

413 Der „Bundesverband österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (KZ-Verband/VdA)“, der „Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen“ sowie die „ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich“ sind seit 1968 in einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, die seit 2016 die Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände und WiderstandskämpferInnen“ trägt.

tes zivilgesellschaftliches Engagement zu beobachten, in das, besonders im lokalen Bereich, in großem Umfang auch SchülerInnen und Lehrlinge eingebunden sind. Einige dieser Aktivitäten betreffen auch Gedenkstätten nationalsozialistischer Verfolgung außerhalb Österreichs. Erwähnt seien beispielsweise die von Claudia Kuretsidis-Haider organisierten Gedenkfahrten nach Bratislava-Petržalka (Engerau) jeweils zum Jahrestag des Todesmarschs ungarischer Juden von Engerau nach Bad Deutsch-Altenburg am 29. März 1945⁴¹⁴ oder die seinerzeit von Hannes Schwantner initiierten, vom Verein „Niemals vergessen“ organisierten Fahrten österreichischer Lehrlinge nach Auschwitz und Lublin-Majdanek. Auch die früher ausschließlich von den „Lagergemeinschaften“, d. h. den Verbänden der Überlebenden der einzelnen Konzentrationslager, bzw., nach deren Auflösung, von den „Opferverbänden“ und der Israelitischen Kultusgemeinde organisierten Gedenkfahrten zu den KZ-Gedenkstätten sind inzwischen einem breiteren Kreis von Interessierten zugänglich. Roma-Verbände veranstalten Fahrten zur Teilnahme an der Gedenkfeier in Birkenau aus Anlass des Jahrestages der Ermordung der letzten noch lebenden Roma im dortigen „Zigeunerlager“ am 2. August 1944, aber auch nach Kulmhof (Chełmno nad Nerem bei Łódź). Auch Jugendorganisationen führen Studienreisen, insbesondere nach Auschwitz, durch. Es ist zu erwarten, dass mit der für 2021 vorgesehenen Wiedereröffnung der österreichischen Dauerausstellung im Block 17 der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau⁴¹⁵ sich die Anzahl derartiger Gedenk- und Studienfahrten erhöht und dadurch der beschämend geringe Anteil österreichischer BesucherInnen an den 2,2 Millionen Menschen, die jährlich diese Gedenkstätte besuchen, gesteigert werden kann. Dass es möglich ist, öffentliches Augenmerk auch in Österreich für andere Orte nationalsozialistischer Verbrechen als Mauthausen und Auschwitz zu erreichen, hat der Verein IM-MER mit den Gedenkfahrten nach Maly Trostinec bei Minsk bewiesen.⁴¹⁶

Durch all diese Aktivitäten wurden in den letzten beiden Jahrzehnten auch Orte wie Auschwitz, Buchenwald, Dachau oder Theresienstadt, ja selbst das mehr als 1.200 Kilometer entfernte Maly Trostinec, zu „österreichischen“ Gedenkorten, die in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen von Gruppen aus Österreich aufgesucht werden. Auch wenn in Nisko bzw. Zarzecze keine Infrastruktur besteht, die mit der einer Gedenkstätte vergleichbar wäre – aber das

414 http://www.nachkriegsjustiz.at/service/archiv/engeraugedenken_indexNEU.php [7. 3. 2020].

415 <https://www.nationalfonds.org/neue-ausstellung> [7. 3. 2020].

416 Zum innovativen Charakter des „lebendigen Denkmals“, das am Ort der Massenmorde durch die jeweiligen TeilnehmerInnen der von Waltraud Barton organisierten Gedenkfahrten ständig erneuert und erweitert wird, siehe: Garscha, Ein unermüdliches Beharren, S. 144–148.

gilt etwa auch für den oben erwähnten Gedächtnisort Engerau –, ist dennoch zu hoffen, dass in absehbarer Zeit auch an den Ort der ersten Deportation von Juden aus Wien, Ostrava und Katowice Gedenkfahrten (vielleicht sogar länderübergreifend) stattfinden.